Wolfgang Benz (Hrsg.)

Streitfall Antisemitismus

Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen

Stadtbibliothek
Charlottenburg-Wilmersdorf

METROPOL

Mit CamScanner gescannt

Eine Publikation des
Instituts für Vorurteils- und Konfliktforschung Berlin e. V.

ISBN: 978-3-86331-532-0
ISBN: 978-3-86331-981-6 (E-Book)

© 2020 Metropol Verlag
Ansbacher Str. 70
D–10777 Berlin
www.metropol-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck: buchdruckerei.de, Berlin

Inhalt

Warum dieses Buch?
Wolfgang Benz 7

Shimon Stein · Moshe Zimmermann
Wegweiser für die Verwirrten 19

Daniel Cil Brecher
Zwischen Stigma und Identität
Antisemitismus, Israel und die Juden in Deutschland 33

Juliane Wetzel
Kampagnen um die Deutungshoheit
über Antisemitismus 61

Wolfgang Benz
Anspruch auf Einzigartigkeit
Darf man Ressentiments gegenüber
verschiedenen Minderheiten miteinander vergleichen? 82

Daniel Bax
Nicht „jüdisch genug"
Chronik einer Kampagne 100

Michael Kohlstruck
Zur öffentlichen Thematisierung von Antisemitismus 119

Peter Widmann
Der nahe Konflikt
Israelkritik und Antisemitismus –
Herausforderungen der Schule und der politischen Bildung 149

Mit CamScanner gescannt

Micha Brumlik
„Israelsolidarität" als Islamophobie –
Formen eines neuen McCarthyismus 166

Thomas Knieper
Dieter Hanitzsch, seine Netanjahu-Karikatur
und die *Süddeutsche Zeitung*
Die Geschichte einer Antisemitismus-Unterstellung 182

Derviş Hızarcı
Antisemitismus und Muslime
Ein Drahtseilakt zwischen rassistischer Zuschreibung
und falscher Toleranz 213

Wolfgang Benz
Wütende Abwehrreflexe
Warum es in der DDR keine Judenfeindschaft
gegeben haben soll 239

Katajun Amirpur
Schurkenstaat Iran? 255

Alexandra Senfft
Deutschland und Israel:
Dynamik einer komplexen Beziehung 269

Muriel Asseburg
Die deutsche Kontroverse um die BDS-Bewegung 284

Gert Krell
Achille Mbembes „Politik der Feindschaft" und
der Vorwurf des Antisemitismus 299

Die Autorinnen und Autoren 321

Warum dieses Buch?

Zur Vorgeschichte dieses Buches, das 15 Beiträge zum aktuellen Diskurs über Antisemitismus in Deutschland versammelt, gehört die Schelte, die Kanzlerin Merkel vom israelischen Premierminister Netanjahu empfing, weil seiner Regierung eine nicht nur von Fachleuten gelobte Ausstellung des Jüdischen Museums Berlin missfiel. Das Museum, seit 2001 Publikumsmagnet und Symbol für die besten Traditionen des Judentums in Deutschland, Liberalität und Toleranz, und international bewundert, sei zu Unrecht von der Bundesrepublik alimentiert, klagte Netanjahu und forderte, Juden müssten dort mehr Einfluss haben.

Gründungsdirektor Michael Blumenthal, der das als lokale Berliner Institution gedachte Haus mit genialem Weitblick zur deutschen Sache von Weltrang machte, hatte als jüdischer Flüchtling aus Hitlerdeutschland, aufgewachsen im Ghetto Shanghai, prominent geworden in den USA als Manager und als demokratischer Politiker, die Summe seiner Erfahrung als Kosmopolit in das Haus eingebracht und es mit einem Nachfolger bestellt, der zu den prominentesten Judaisten der Welt gehört. Gegen diesen, Professor Peter Schäfer, setzte eine politische Kampagne ein, in deren Verlauf er schließlich resignierte und zurücktrat. Das war denen, die das Museum auf politischen Kurs bringen wollten, noch nicht genug. Der Feldzug ging weiter. Renommierte Zeitungen waren sich nicht zu schade, unterhalb jedes journalistischen Niveaus Machenschaften aufzudecken, die es gar nicht gab, und die dafür als vermeintlich Verantwortliche denunzierte Leiterin des

Mit CamScanner gescannt

Bildungsprogramms als schadenstiftende Person, gar als Muslima, zu stigmatisieren. Das beschädigte freilich weniger die Person als vor allem ein Lieblingsprojekt des scheidenden Chefs Blumenthal, nämlich die Akademie des Museums als Ort der Aufklärung, der Begegnung zu etablieren, als Stätte der Bildung. Das hatte allerdings größeren Anspruch, als der kleingeistigen Enge nörgelnder Kritiker begreifbar war.

Wie das erfolgreiche Jüdische Museum Berlin zum Zankapfel politischer Interessen in der Öffentlichkeit wurde, warum Kampagnen entfacht und wie sie geführt wurden, beschreibt Daniel Bax im Beitrag „Nicht ‚jüdisch genug'?". Das Thema ist auch in den anderen Texten des Bandes präsent. Dass es bei solchen Kampagnen um das Verlangen nach Deutungshoheit geht, zeigt Juliane Wetzel an exemplarischen Ereignissen und alltäglichen Problemzonen. Sie macht zugleich deutlich, dass in der Auseinandersetzung beim Thema Antisemitismus Expertise weniger gefragt ist als Meinungsstärke, Leidenschaft und Durchschlagskraft. Trotz blamabler Fehlleistungen und unhaltbarer Zuschreibungen garantieren Eifer und Impertinenz, die Verortung im richtigen Lager, Position und Überzeugung nur zu oft den medialen Sieg über differenzierende Analyse und abwägendes Urteil.

Die Identitätsprobleme und Entwicklungen der schwierigen Beziehung zwischen Israel und Deutschland werden aus verschiedenen Perspektiven von Daniel Cil Brecher und Alexandra Senfft betrachtet. Dem Antisemitismus unter Muslimen widmet Derviş Hızarcı Überlegungen, die auf der Erfahrung aufbauen, mit dem Problem aktiv umzugehen, anstatt es nur zu beklagen. Einen Aspekt des Themenfeldes Nahost-Konflikt, Antisemitismus und Israelfeindschaft bilden der Iran und seine Rolle als Schurkenstaat, in die er gedrängt wurde. Katajun Amirpur zeichnet ein realistisches Bild der Situation im Land vor dem Hintergrund weltpolitischer Konstellationen und im Wissen, dass es – unabhängig von Absichtserklärungen, Proklamationen und Manifestationen aus dem Iran – Darsteller des Bösen auf der internationalen Bühne braucht, als Schuldige, als Aggressoren, als Spiegel für Ressentiments.

Für den Ostblock hatte Israel vier Jahrzehnte lang eine solche Rolle zu spielen. Die Nachwirkungen des Feindbildes Israel sind in einem Beitrag erörtert, der die wütenden Abwehrreflexe im Titel führt, die manche ehemaligen DDR-Bürger schon bei der Nachfrage empfinden, ob es im Staat des realen Sozialismus, der sich dem Nachbarn BRD moralisch überlegen fühlte, Antisemitismus gegeben und in welcher Form er sich geäußert habe. Als neue Form der Judenfeindschaft ist der „israelbezogene Antisemitismus" in die öffentliche Debatte eingeführt. Die extensive Auslegung dieses in erster Linie politischen Phänomens ist ein Anliegen des zuständigen israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten. Aber nicht nur dieser Behörde, sondern vieler, die Antisemitismus am liebsten auf die Einstellung zu Israel reduziert sehen möchten.

Wann überschreitet berechtigte Kritik an der Politik Israels gegenüber den Palästinensern die Grenzen und ist Judenfeindschaft? Das geschieht gewiss dann, wenn Vorurteile und Stereotypen, die mit der zu kritisierenden Angelegenheit nichts zu tun haben, weit über den Anlass hinaus als Erklärung und zur Schuldzuweisung an „die Juden" benützt werden. Als besondere Form von Antisemitismus hat sich aus solcher Israelkritik auf dem Boden des Antizionismus ein Surrogat der Judenfeindschaft etabliert, das eigene Funktion hat, nämlich Seitenwege zu öffnen, auf denen mit scheinbar rationalen Argumenten Antisemitismus agiert wird. Der „israelbezogene Antisemitismus" ist ein Nebenschauplatz der Judenfeindschaft, auf den aber Interessierte das Problem insgesamt reduzieren wollen.

Die Frage „Ist Israelkritik erlaubt und wenn ja wie viel?" bewegt das Publikum seit Langem und fördert verbreitete Unsicherheit. Willkommen war daher eine Studie, für die der Psychologe Wilhelm Kempf verantwortlich zeichnet, beraten von seinem Kollegen, dem Neuromediziner Rolf Verleger, der 2005–2009 Direktoriumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland war. Das Buch, eine Bestandsaufnahme aktueller Formen des Antisemitismus und der Israelkritik in Deutschland nach Einstellungsmustern und Manifestationen, stellt das Material

Mit CamScanner gescannt

und die daraus gewonnenen Ergebnisse dar, erläutert nach allen Regeln der Kunst Design und Methoden des Surveys, um die Befunde in Gestalt antisemitischer und antizionistischer Einstellungen sowie israelfeindlicher, palästinenserfeindlicher und islamophober Ressentiments zu ermitteln und zu präsentieren. Dem nicht auf die empirischen Zweige der Sozialwissenschaften spezialisierten Leser könnte die Lektüre Mühe bereiten, einer Ressentimentforschung, die von differenzierten Fragestellungen lebt, ist die Studie aber hilfreich und nützlich. Einmal mehr belegt sie, dass die notwendige Beschäftigung mit Antisemitismus und Israelkritik mit deklamatorischem Eifer und emotionaler Betroffenheit allein nicht erfolgreich zu leisten ist. Die Ergebnisse schwer rezipierbarer Fachwissenschaft sind aber, das beweist die Untersuchung, unverzichtbar, weil sie fundamentale Einsichten nicht nur zum Verständnis des israelisch-palästinensischen Konflikts, sondern auch in die Struktur und den Mechanismus der öffentlichen Erörterung des Problems Israelkritik und Antisemitismus ermöglichen. Im alltäglichen Disput geben allerdings eher diejenigen den Ton an, die an Erkenntnis realer Zusammenhänge, Ursachen und Wirkungen weniger interessiert sind als an der brachialen Durchsetzung einer von ihnen als richtig erkannten Lesart.

Peter Widmann sieht auf der Suche nach Antworten auf die Frage nach den Zusammenhängen von Israelkritik und Antisemitismus Herausforderungen für die politische Bildung: In der Schule wie auch in freier Trägerschaft muss der Nahost-Konflikt aus den verschiedenen Perspektiven der jeweils eigenen Identität in der Migrationsgesellschaft betrachtet werden. Ziel ist die Orientierung des Individuums in der pluralen Gesellschaft an Toleranz statt der Konfrontation durch Feindbilder. Die Debatte über Antisemitismus wird seit Langem und nicht ohne Grund in Deutschland geführt. Neben Vertretern der Wissenschaft und der Politischen Bildung, jüdischen Repräsentanten wie dem Zentralrat, den christlich-jüdischen Gesellschaften oder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ist das Bemühen um ein fundamentales Problem der Gesellschaft neuerdings institutionalisiert im „Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen

Antisemitismus". Außerdem sind Aktivisten auf den Plan getreten, deren Eifer im Aufspüren, Brandmarken, Verfolgen und Unschädlichmachen von Antisemitismus und Antisemiten nicht immer mit Sachkunde einhergeht. Der Essay von Shimon Stein und Moshe Zimmermann verweist auf kontraproduktive Folgen der Instrumentalisierung der Antisemitismusdebatte für politische Zwecke, Michael Kohlstruck referiert deren Koordinaten, und Micha Brumlik analysiert die Zusammenhänge von bedingungsloser Israelsolidarität und Islamophobie, die an die vom US-Senator McCarthy in den 1950er-Jahren entfesselte Hexenjagd auf Kommunisten (oder wen immer man dafür hielt) erinnert.

Der israelische Historiker Moshe Zuckermann, Sohn polnisch-jüdischer Holocaustüberlebender, exzellenter Kenner deutscher Zustände, Befindlichkeiten und Debatten fragt in seinem Buch „Der allgegenwärtige Antisemit" (2018) nach den Beweggründen derer, die sich im Alleinbesitz gültiger Wahrheit über Juden und Judenfeindschaft glauben, und jener, die deren Verdikte gegen „Israelkritiker", sich „selbsthassende Juden" und „stigmatisierte Antisemiten" lautstark nachvollziehen: „Glauben sie, dass die nichtjüdischen Israelkritiker an der physischen Vernichtung von Juden interessiert seien? Oder an der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Juden in Deutschland, gar an deren Vertreibung? Meinen sie, dass die deutschen Kritiker an der prinzipiellen Schädigung Israels interessiert seien, gar an dessen Untergang? Und meinen sie allen Ernstes, dass der in Deutschland ohnehin existierende Antisemitismus der aus Deutschland kommenden Kritik an Israels Politik bedarf, um sich von Neuem zu speisen? Die Frage spitzt sich zu, wenn Juden israelkritische Juden als Antisemiten beziehungsweise ‚sich selbsthassende Juden' diffamieren."

Dass es in Deutschland mehr Grund zum Diskurs über Antisemitismus gibt als irgendwo sonst in der Welt, dass die Debatte auch kein Ende haben darf, dass es den von vielen ersehnten Schlussstrich unter die Verbrechen deutscher Vergangenheit nie geben kann, versteht sich als historische, politische und moralische Notwendigkeit. Dass dieser notwendige Diskurs über Antisemitismus, über Juden und Nichtjuden

Mit CamScanner gescannt

in Deutschland, über Israel und deutsch-israelische Beziehungen nicht emotionsfrei geführt werden kann, ist wohl auch einsichtig, nicht aber, dass er ausschließlich von Emotionen und politischen Interessen bestimmt sein darf. Rationalität und wissenschaftliche Erkenntnis im Kampf gegen den leider verbreiteten wirklichen Antisemitismus über Bord zu werfen und ausschließlich auf die Leidenschaft aus frommer Gesinnung zu vertrauen, führt auf Irrwege mit bösen Folgen.

Wenn die Rechtspopulisten und Erinnerungsverweigerer der Partei AfD sich mit ihrem Hass gegen muslimische Flüchtlinge als die wahren Garanten jüdischer Existenz gebärden und wie die linke Sekte der „Antideutschen" mit ihrer Hetze gegen vermeintliche Antisemiten in blinder obsessiver Parteinahme für Israel den Rechten das Wasser auf die Mühlen treiben, dann zeigt das, wie nahe linke und rechte Extreme einander sind im Kampf gegen Vernunft, Toleranz, demokratisches Miteinander. Moshe Zuckermann beobachtet die Auswüchse einer zunehmend auf Zerstörung und Vernichtung Andersdenkender gerichteten Debatte mit berechtigter Sorge: „Den Höhepunkt unüberbietbarer perfider Unverfrorenheit bilden in diesem Zusammenhang junge nichtjüdische Deutsche (Enkel der Tätergeneration), die israelischen Kritikern ihres Staates (womöglich Kinder von Holocaust-Überlebenden) Antisemitismus und Selbsthass vorwerfen. Schier unbegreiflich, welchen Abgründen ihre Anmaßung entstammen muss."

Paradigmatisch für die Instrumentalisierung von Antisemitismus war die Debatte im Deutschen Bundestag am 15. Mai 2019. Die nach ihrer Intention nicht judenfeindliche und das Existenzrecht Israels nicht bedrohende Boykottbewegung BDS will ohne Gewalt mit ökonomischen Mitteln eine Änderung der israelischen Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten herbeiführen. Zweifellos sind in den weit verzweigten Organisationen der Bewegung auch antisemitische Mitglieder zu finden, das macht BDS aber nicht zum Stoßtrupp gegen „die Juden", wie Aktivisten glauben machen wollen. Der Deutsche Bundestag verabschiedete in seltener Einmütigkeit im Mai 2019 unter dem Markenzeichen „Antisemitismus bekämpfen" eine Resolution,

die den Eindruck erweckt, als sei Judenfeindschaft schlechthin und in besonders gefährlicher Ausprägung ins Fadenkreuz geraten. Die Resolution ist ein drastisches Exempel für Willfährigkeit gegenüber politischem Druck und mehrheitsfähiger Stimmungslage im Publikum vor dem Hintergrund von Unsicherheit, Ratlosigkeit und Unkenntnis. Das wird von interessierter Seite seit Jahr und Tag ausgenutzt, um ausschließlich eine einzige Version von Antisemitismus zum Nutzen Israels und zulasten aller Kritiker zu etablieren.

Struktur und Dimension der palästinensischen Solidaritätsbewegung, die seit 2005 mit Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) Israel zum politischen Kurswechsel zwingen will, stehen im Mittelpunkt des Beitrags von Muriel Asseburg. Sie stellt das tatsächliche politische Potenzial von BDS der Bedeutung gegenüber, die ihr in den Kontroversen der deutschen Öffentlichkeit zugemessen wird.

Ein wegen handwerklicher Mängel und Einseitigkeit umstrittenes dokumentarisches Fernsehstück, das Antisemitismus weitgehend ausschließlich auf Israel bezog, half zwei Jahre vor dem Bundestagsbeschluss, den Weg dorthin zu bereiten. Die TV-Produktion war von zwei seriösen Anstalten, WDR und Arte, in Auftrag gegeben, dann aber nicht abgenommen worden. Die Skandalisierung zeigte unmittelbar Wirkung. Der Produzent rief zwei Historiker in den Zeugenstand, die erwartungsgemäß das Produkt lobten, die Boulevardpresse machte Krawall, die Ausstrahlung wurde erzwungen. Der Aufklärung über Judenfeindschaft war die Affäre nicht dienlich. Aber eine beträchtliche Zahl von Bürgern sieht sich wohl in der Haltung bestätigt, von allem, was mit Juden zu tun hat, die Finger zu lassen, weil man sie sich verbrennen könnte.

Anlass zu diesem Buch war auch die Aufregung, die sich im Frühjahr 2018 erhob, als die *Süddeutsche Zeitung* eine Karikatur des israelischen Premiers veröffentlichte, die ihn in der Freude über den Sieg der israelischen Sängerin Netta im European Song Contest zeigt. Leicht erregbar durch beliebigen Antisemitismusvorwurf gellte der Schrei durchs Land, die Karikatur revitalisiere den *Stürmer*. Das

Mit CamScanner gescannt

Blatt des notorischen Antisemiten Julius Streicher war ohne Zweifel die obszönste und gemeinste Inkarnation der Judenfeindschaft, umso schwerer wog der Vorwurf. Absicht und Stil des Zeichners Dieter Hanitzsch unterscheiden sich aber von der Nazi-Gazette. Viele jedoch, die kaum je den *Stürmer* gesehen haben, schrien auf das Stichwort, das den Einsatz zum kollektiven Abscheu gab, „haltet den Dieb". Die Losung war in der *BILD*-Zeitung ausgegeben worden. Bitter war, dass die *Süddeutsche*, bis dahin das Bollwerk des liberalen Journalismus, nach wenigen Tagen einknickte und ihren langjährigen Zeichner hinauswarf. Dass Hanitzsch bald darauf den Ehrenpreis der Stadt München für sein Lebenswerk erhielt, wurde als Akt der Wiedergutmachung verstanden, beseitigt aber nicht den Schaden und die Verunsicherung, die in der Öffentlichkeit darüber herrscht, wie Feindschaft gegenüber Juden zu definieren ist. Der Begriff Antisemitismus wird zum Schlagwort im Wortsinne, wenn er nur politischen Zwecken dient, und zwar dazu, ohne Differenzierung mundtot zu machen. Thomas Knieper analysiert die Karikatur, die Netanjahu im Kostüm der Sängerin Netta zeigt, stellt sie in den ikonografischen und historischen Kontext antisemitischer Bildstereotypen, betrachtet auch die politische Situation der Publikation und kommt zu einem differenzierten Urteil, das sich von den Aufwallungen des Mai 2018 unterscheidet. Auch dieser Beitrag ist ein Beleg dafür, dass es in diesem Buch nicht um Polemik geht, sondern um wissenschaftlich geführte und belegte Problemanalyse.

Die Erforschung des Phänomens Antisemitismus ist aufgrund seiner Geschichte, die in eine Menschheitskatastrophe führte, erkenntnisleitend für die Untersuchung jeder anderen menschenfeindlichen Ideologie. Das mindert die Empathie für die Opfer des Antisemitismus in keiner Weise. Für die Wissenschaft ist auch die Legitimität einer Genozidforschung, die den Holocaust im Kontext mit anderen Völkermorden betrachtet, selbstverständlich. Auch wenn das politischen Interessen nicht entsprechen mag. Die Singularität des Judenmords ist nicht zu relativieren. Das wird unter dem Titel „Anspruch auf Einzigartigkeit?" auch in diesem Band thematisiert.

Das jüngste Manifest eines politisch angetriebenen denunziatorischen Aktionismus ist der Fall Mbembe. Ein Provinzpolitiker witterte im Frühjahr 2020 Verdacht, erkannte aus Lesefrüchten die Tatbestände Antisemitismus und Holocaust-Relativierung und schlug Alarm gegen einen weltweit renommierten Gelehrten. Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben und Antisemitismusbekämpfung nahm Haltung an und forderte ein Redeverbot für den Wissenschaftler. Der prominente Mann aus Südafrika, Achille Mbembe, der kein Antisemit ist, der nie den Holocaust marginalisiert hat, der nie das Existenzrecht Israels bestritt und der kein BDS-Aktivist ist, wurde ausgeladen, den Eröffnungsvortrag der Ruhr-Triennale im August 2020 zu halten. Wegen der Corona-Pandemie wurde das Festival abgesagt. Am Skandal änderte das nichts.

Die Peinlichkeit des Missverstehens und die Anmaßung des Zensurverlangens sind die eine Seite des Falles Mbembe. Der Schaden für die Freiheit der Wissenschaft ist die andere Seite. Dieser Schaden ist erheblich. Achille Mbembe, Professor an der Witwatersrand University in Johannesburg, politischer Philosoph und führender Theoretiker des Post-Kolonialismus, fand sich durch die Unterstellungen so verletzt und respektlos behandelt wie selten in seinem ganzen Leben. Wissenschaftler aus aller Welt verteidigen mit der Zurückweisung der Beschuldigung die Integrität des Kollegen und damit die Freiheit der Wissenschaft. In der *Süddeutschen Zeitung* deutete Sonja Zekri die Dimension des intellektuellen Schadens an, der in der Resonanz des Antisemitismus-Vorwurfs an Mbembe entstand. Die internationale Scientific Community sieht fassungslos eine Provinzposse, inszeniert vor dem Hintergrund deutscher Befindlichkeiten. Mbembe sagt dazu: „Ich respektiere die deutschen Tabus, aber es sind nicht die Tabus aller anderen Menschen auf der Welt." Auch der Fall Mbembe zeigt, wie notwendig dieses Buch ist, das politischen Interessen, die auf Unsicherheit und Unkenntnis bauen, die mit dubiosen Methoden verfolgt werden, Aufklärung entgegensetzen will.

Sicherlich hat sich der aus Kamerun stammende Gelehrte in seinem Werk, in dem er sich mit dem Kolonialismus auseinandersetzt,

Mit CamScanner gescannt

kritisch gegenüber israelischer Besatzungspolitik geäußert, wohl auch einmal missdeutungsfähigen Zungenschlag erkennen lassen. Die einen argwöhnten im feuilletonistischen Getümmel, dass Mbembes „Israelhass" die „Postcolonial Studies ins Zwielicht" rücke, andere forderten vom Bundesinnenminister die Amtsenthebung des Antisemitismusbeauftragten Klein (der in Kamerun deutscher Botschafter gewesen war und dort Material für seine Doktorarbeit gesammelt hatte). Dass sich Wissenschaftler in aller Welt mit dem Kollegen aus Südafrika solidarisierten, war selbstverständlich, denn damit haben sie die Freiheit der Wissenschaft gegen den politischen Anspruch auf eine „richtige" Wahrheit und daraus resultierende Deutungshoheit verteidigt.

Der Soziologe Nathan Sznaider (Tel Aviv) fragt, „Warum soll Achille Mbembe, einer der wichtigsten afrikanischen Intellektuellen, zum Brennpunkt der deutschen Befindlichkeiten im Hinblick auf Israel und den Antisemitismus dienen?" Die israelische Soziologin Eva Illouz, die in Paris lehrt, den BDS-Boykott-Aufruf „naiv, fehlgeleitet und völlig unproduktiv" findet, die aber auch die israelische Regierung motiviert sieht, ihre Annexionspolitik mit dem Antisemitismus-Vorwurf zu armieren, fürchtet: „Durch die Ausweitung des Antisemitismus-Begriffs verharmlost man gefährliche Menschen, die Juden für Ungeziefer halten, indem man sie mit Menschen gleichsetzt, die Menschenrechte verteidigen und glauben, Israel betreibe eine unmenschliche Politik. In Israel herrscht eine Atmosphäre der Einschüchterung, die jetzt exportiert wird. Die politischen Spaltungen Israels sind auf die jüdischen Gemeinden übertragen worden, die früher viel geeinter und solidarischer waren. Die Palette der Einschüchterung umfasst schwarze Listen, Verratsvorwürfe, Rücktrittsforderungen und Aufrufe, Veranstaltungen zu boykottieren."

Auch im deutschen Feuilleton stehen sich Mbembes Kritiker und seine Verteidiger in unerbittlicher Gewissheit des Rechthabens gegenüber. Gert Krell untersucht im abschließenden Beitrag dieses Buches nicht nur den Antisemitismus-Vorwurf gegen den Wissenschaftler. Er stellt seine Thesen gegen den nicht überwundenen Kolonialismus des

Westens in den Kontext Zionismus und Post-Kolonialismus, betrachtet die Positionen des Philosophen in Johannesburg auf dem Prüfstein des Nahost-Konflikts und kritisiert überzogene Positionen Mbembes ohne falsche Nachsicht. Der differenzierten Analyse hält der Antisemitismus-Vorwurf aber nicht stand, umso deutlicher ist das politische Interesse derer erkennbar, die Achille Mbembe und andere kritische Geister mundtot machen wollen, aber auch die Beschädigung der Sache, um die es wirklich geht: die unbedingte Absage gegen jede Form von Judenfeindschaft.

Worum muss es im notwendigen Diskurs über Judenfeindschaft und Israel gehen? Natürlich um das von Feinden bedrohte Israel. Aber auch, wie es der israelische Philosoph Omri Boehm formuliert, darum, wie Deutsche „ihrer Unterstützung für den jüdischen Staat Ausdruck verleihen, ohne die Augen vor der rechten Gesetzgebung in Israel oder dem antisemitischen Ethnopluralismus in Europa und den USA zu verschließen". Und es geht natürlich darum, wie Antisemitismus in seinen verschiedenen Ausprägungen erscheint und wie Antisemitismus zu definieren und dann zu bekämpfen ist. Das leistet Wissenschaft, mit Empathie und in Solidarität für die Opfer der Judenfeindschaft, aber nicht durch Observanz politischer Interessen.

Berlin im Juni 2020 *Wolfgang Benz*

Mit CamScanner gescannt

Shimon Stein · Moshe Zimmermann

Wegweiser für die Verwirrten

Die in den letzten Jahren neu entfachte deutsche Diskussion um den Antisemitismus geriet schnell in eine Schieflage: Aus dem Stegreif werden Analysen und Vorschläge angeboten, die mal dilettantisch, mal manipulativ mit dem Diskussionsgegenstand umgehen und nicht selten Ausdruck befremdlicher Intentionen sind.[1] Im folgenden Beitrag möchten wir einige Schlüsselfragen erörtern: Welche Gesellschaftssegmente sind für Antisemitismus besonders anfällig? Darf man von einer neuen Qualität des gegenwärtigen Antisemitismus sprechen? Wie bedrohlich ist die Situation tatsächlich? Welche Rolle spielt im Gesamtkomplex jener Aspekt, der „israelbezogener Antisemitismus" genannt wird? Die Antworten auf diese Fragen könnten denen, die den Antisemitismus bekämpfen wollen, eine Orientierungshilfe geben.

Die Schieflage

Ein Beispiel bot die Debatte über das Problem des Antisemitismus im Bundestag am 18. Januar 2018. Dass Antisemitismus grundsätzlich und überall bekämpft werden muss, ist eine Binsenwahrheit. Dass die Deutschen vor dem Hintergrund ihrer Geschichte dabei eine besondere

1 Der Aufsatz beruht auf vier im Laufe der Jahre 2018–2020 von uns in diversen deutschen Zeitungen veröffentlichten Artikeln zum Thema Antisemitismus in Deutschland.

Mit CamScanner gescannt

Verantwortung tragen, ist genauso unumstritten wie die Erkenntnis, dass spätestens seit 1948 in die Diskussion um Israel auch antisemitische Töne einflossen. Dies bestätigen die Befunde des vom Bundestag berufenen Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus vom April 2017. Doch manche Antworten auf die Frage „was tun?" machen nachdenklich.

Die Bundestagsdebatte hat viel Empathie für die Juden und eine Bereitschaft zum Einsatz gegen den Antisemitismus zum Vorschein gebracht. Und doch: Das allgemeine Phänomen Rassismus – der wahre „Elefant im Raum" – blieb unterbelichtet, als könnte tatsächlich der Antisemitismus (d. h.: Judenfeindschaft) als isoliertes Phänomen bekämpft werden. Der Bundestag entschied sich für die Berufung eines Antisemitismusbeauftragten. Wäre hier nicht Vorsicht geboten? Das jüdische Thema wie gewohnt abgesondert zu behandeln, statt systematische Rasssismusbekämpfung zu betreiben, auch bei „Integrationskursen" für die bis zum Überdruss während der Bundestagsdebatte erwähnten „bei uns Schutzsuchenden" – das garantiert den Erfolg keineswegs.

Weitere Ungereimtheiten charakterisierten die Bundestagsdebatte: Erneut wurde die judeo-christliche Tradition heraufbeschworen, auch von der Vertreterin der AfD, als wäre das Christentum nie eine Quelle des Antisemitismus gewesen, und die Verbrennung der israelischen Fahne am Brandenburger Tor wurde als ultimativer Ausdruck des Antisemitismus in Deutschland angeführt. Beides lenkt vom Ziel ab: Der Mythos von der judeo-christlichen Allianz positioniert quasi automatisch Moslems als Vertreter einer Gegenkultur, zu der auch der Antisemitismus gehört. Und der Fokus auf die israelische Fahne, in deren Mitte der Davidstern erscheint, als Symbol sui generis (ein Abgeordneter schlug besondere Vorschriften bezüglich dieser Fahne vor) führt zur undifferenzierten, automatischen Gleichsetzung der Israel-Kritik mit Antisemitismus. So befindet sich der Kampf gegen Antisemitismus auf dem falschen Pfad.

Wie man diesen Kampf ad absurdum führen kann, zeigte die Bundestagsabgeordnete der AfD Beatrix von Storch: Nicht nur hat sie die

Hauptschuld am Antisemitismus von der radikalen Rechten auf die Moslems abgewälzt, sie gab sich auch als stramme Zionistin: Der muslimische Terror in Frankreich erkläre die Massenflucht der Juden nach Israel, meinte sie. Dass von Flucht die Rede nicht sein kann, verrät die offizielle israelische Statistik: Zwischen 2016 und 2018 kamen nicht 40 000, sondern weniger als 10 000 Einwanderer aus Frankreich nach Israel – viele dazu nachweislich nicht allein in Reaktion auf den Antisemitismus. Es geht bei solcher Argumentation selbstverständlich nicht um Mitleid für jüdische Flüchtlinge, auch nicht um den ernst gemeinten und notwendigen Versuch, Muslime in Europa oder auch im Nahen Osten beim Thema Juden aufzuklären. Zu beobachten ist vielmehr eine unheilige Allianz von Rechtspopulisten mit der israelischen Regierung, die den „Elefanten im Raum" nach der Vorstellung der AfD, die Muslime, als Hauptquelle des Antisemitismus betrachtet und die extreme Rechte in ihrem Judenhass in der Regel in Ruhe lässt.

„Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das noch als unser Deutschland erkennbar ist", verkündete die AfD offiziell unter der Überschrift „Afrika kann nicht in Europa gerettet werden". Klartext: Zu viele Jerome Boatengs passen nicht in „unser Deutschland", wohl aber viele Björn Höckes, auch wenn sie eine Wende um 180 Grad in der Erinnerungspolitik, vornehmlich in Bezug auf die Shoah, verlangen oder die zwölf Jahre des „Dritten Reiches" als Bagatelle in der glorreichen deutschen Geschichte betrachten. Ähnlich lautete früher der Vorwurf gegen Deutschlands Juden „Ihr gehört nicht hierher". Ergo: Ohne den Kampf gegen Rassismus fehlt dem Kampf gegen Antisemitismus der Kontext.

Ebenso wie die gesamte deutsche Gesellschaft ist auch die Führung der deutschen Juden herausgefordert. Die Abwehr des Antisemitismus war in der Vergangenheit eine ihrer Aufgaben, und das bleibt weiterhin ihre Pflicht. Doch wo zieht man die roten Linien? Soll die Teilnahme von Vertretern der Partei Björn Höckes in Gremien des Holocaust-Denkmals toleriert werden? Soll unter dem Deckmantel des Antisemitismus-Vorwurfs die israelische Politik unantastbar gemacht werden, bis

Mit CamScanner gescannt

am Ende auch die Kritik z. B. an der israelischen Flüchtlings-Politik – an der Zwangsausweisung von Asylsuchenden nach Afrika – als Antisemitismus bewertet wird?

Was tun? Aufklärung auf allen Ebenen für alle Menschen gegen Rassismus, in der Schule wie auch in den Integrationskursen, lautet die Antwort. So wird auch der Rahmen für eine aufrichtige Antisemitismus-Bekämpfung abgesteckt.

Neue Qualität?

Der Antisemitismus ist bekanntlich keine spezifisch deutsche Krankheit, auch wenn Deutschland die extremste antisemitische Praxis, nämlich die Shoa, vollbrachte. Antisemitische Vorfälle evozieren heutzutage breite öffentliche Empörung, und Meinungsumfragen zum Thema Rassismus geben Anlass zum Schlagen von Alarm, auch wenn sie den Zeigefinger nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf Frankreich, Polen, die Vereinigten Staaten oder Argentinien und andere Länder richten.

Einer in zwölf Ländern der Europäischen Union durchgeführten Umfrage der Fundamental Rights Agency (Bericht vom November 2019) ist zu entnehmen, dass im Jahr 2018 85 Prozent der Juden den Antisemitismus als größte Herausforderung für ihr Land einschätzen und 89 Prozent davon überzeugt sind, dass der Antisemitismus in den vergangenen fünf Jahren zugenommen habe. 2013 waren 76 Prozent der Befragten dieser Meinung. Die jüngsten Zahlen veranlassten Politiker und andere Vertreter des öffentlichen Lebens zu überstürzten Reaktionen – in der guten Absicht, dem Antisemitismus entgegenzutreten. Dabei blieb die Antwort auf die Frage, was mit „neuer Qualität" des Antisemitismus gemeint sei, oder besser: worum es eigentlich geht und was man wie bekämpfen solle, offen.

Tatsächlich beginnt bereits mit der Begriffsbestimmung von Antisemitismus die Unklarheit. Die Definition der International Holocaust

Remembrance Alliance aus dem Jahr 2016, die darüber Klarheit schaffen sollte, erwies sich zuletzt als problematisch, vor allem wenn man früheren Antisemitismus mit heutigem oder Antisemitismus in verschiedenen Ländern vergleichen will. In jüngerer Zeit spricht man von „sekundärem Antisemitismus", von „israelbezogenem Antisemitismus" oder auch von „Umwegkommunikationsantisemitismus" – das sind Begriffe, die viel Raum für Interpretation lassen. Bei den Schlussfolgerungen ist also Vorsicht geboten. Nur wenn über die Methode der Erhebungen Übereinstimmung herrscht, sind Vergleiche möglich, und nur dann darf man überhaupt von mehr oder weniger Antisemitismus sprechen.

Zum Vergleich gehört vor allem die Anwendung klarer Kriterien. Wie ist die Gefährlichkeit von Antisemitismus zu messen? An der Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten? An den statistisch erfassbaren Vorurteilen gegen Juden? Oder an den Ängsten, die von der Zielgruppe des Vorurteils zum Ausdruck gebracht werden? Wenn nach der „größten Gefahr" gefragt wird, ist der Vergleich mit der Einstellung gegenüber anderen Gruppen notwendig. Ein wichtiger Befund der Umfragen, dem zufolge die Feindschaft gegenüber Muslimen in Europa dreimal so deutlich ausgeprägt ist wie die Ablehnung der Juden (nach CNN-Umfragen viermal so hoch), relativiert die Einstufung von Antisemitismus als „höchster Gefahr". Auch die Diskrepanz zwischen Statistiken über Straftaten oder Einstellungen einerseits und Einschätzungen der antisemitischen Gefahr andererseits mildert die Behauptung von einer „neuen Qualität" des Antisemitismus ab: Die Meinung der befragten Juden, wonach der Antisemitismus zugenommen habe, steht im Widerspruch zu den Befunden über antisemitisch motivierte Straftaten oder antisemitische Einstellungen, zumindest in Deutschland.

Wie erklärt sich dann aber die in der Umfrage erfasste Einschätzung? Schauen wir in einem anderen Zusammenhang auf die Reaktion hinsichtlich solcher Diskrepanzen: Der Eindruck, die Kriminalität in Deutschland habe zugenommen, steht im Widerspruch zur Kriminalitätsstatistik der vergangenen Jahre. Eine seriöse Auseinandersetzung

Mit CamScanner gescannt

mit der „neuen Qualität" des Antisemitismus setzt also eine Analyse solcher Diskrepanzen voraus. Sie hat viel mit der Auffälligkeit des Themas in der Öffentlichkeit zu tun, die sich im Laufe der Zeit verändert.

Elastisch ist nicht nur die neue Definition des Begriffs „Antisemitismus" – elastisch, manchmal unverantwortlich, ist auch seine Quantifizierung im Internet und in den sozialen Netzwerken. Klar ist: Mit der Zunahme des Datenflusses vervielfachen sich auch antisemitische Äußerungen. Über eine allgemein sinkende Hemmschwelle und die Flut an vulgären talk-back-Reaktionen im Netz hinaus stellt sich die Frage, was sich hieraus lernen lässt über eine „neue Qualität" des Antisemitismus.

Eine weitere Herausforderung im Kampf gegen Antisemitismus wäre der Versuch, diesen als Phänomen zu kontextualisieren, statt ihn zu isolieren. Reicht ein „Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus"? Oder wäre der Auftrag, allgemein gegen Rassismus und Nationalismus, also auch gegen religiösen Fundamentalismus, vorzugehen, effektiver? Dass die meisten antisemitischen Straftaten aus dem rechtsradikalen Milieu kommen und dass es eine hohe positive Korrelation zwischen Unterstützung rechtspopulistischer Parteien und Antisemitismus gibt, darüber sind sich Statistiker und Demoskopen einig, und sie stecken somit die Konturen des Kampfes gegen Antisemitismus ab.

Dass aber unter Migranten aus der muslimischen Welt antisemitische Stereotypen stärker zum Vorschein kommen – laut Expertenkommission des Bundestags glauben sechzehn Prozent der muslimischen Jugendlichen, aber nur neun Prozent der Nichtmuslime in Deutschland, dass „Juden geldgierig sind" –, verweist auf einen anderen zusätzlichen Kontext für den Kampf gegen Antisemitismus. Was natürlich nicht dazu verleiten darf, bei diesem Kampf den Islam höher einzustufen als den Rechtspopulismus. Versuche, den Schwerpunkt auf „die Linken" oder „die Muslime" zu verlagern, sind politisch motiviert und dienen keineswegs der Abwehr des Antisemitismus. Relevant ist außerdem der Befund der Leipziger Autoritarismus-Studie aus dem Jahr

2018, wonach antisemitische Stereotype in den neuen Bundesländern stärker vertreten sind als in den alten. Auch hierfür gibt es Gründe, die etwa mit der unterschiedlichen Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit in Ost und West zusammenhängen.

Dass die deutsche Öffentlichkeit in der jüngsten Zeit für Anzeichen von Antisemitismus hellhöriger wurde, ist begrüßenswert. Doch besteht der Verdacht, dass in diesem Zusammenhang eine Überempfindlichkeit beim sogenannten israelbezogenen Antisemitismus – mittlerweile die in den Statistiken meistgenannte Form von Antisemitismus – kontraproduktiv wirkt. Auch hier sind klare Kriterien wichtig. Natürlich dürfen antisemitische Vorurteile nicht in die Kritik an Israel einfließen. Aber ist das Boykottieren von Waren aus den jüdischen Siedlungen im Westjordanland antisemitisch? Ist eine entsprechende Gesetzvorlage des irischen Parlaments ein antisemitischer Akt, wie die israelische Regierung es den Iren vorwirft? Ist die Kritik an Netanjahus Unterstützung für die antisemitische Anti-Soros-Kampagne des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán selbst auch antisemitisch? Gehört der Versuch, in Deutschland auftretende Kritiker der israelischen Politik in den besetzten Gebieten zum Schweigen zu bringen, zur Abwehr von Antisemitismus?

In Meinungsumfragen wird oftmals auf eine wachsende Ignoranz bezüglich der Shoa hingewiesen, die den angeblich erstarkenden Antisemitismus erklären soll. Dass jeder Mensch über Auschwitz informiert sein und aus der Geschichte Schlüsse ziehen sollte, ist selbstverständlich. Doch die Information an sich ist noch keine Garantie gegen Vorurteile oder falsche Behauptungen. Es geht vielmehr um die Einordnung der Informationen auf der Basis von kritischem Denken. Auch kann gelegentlich die intensive Beschäftigung mit einem Thema sogar kontraproduktiv wirken. Wahrscheinlich ist es gerade die intensive Beschäftigung mit dem Thema, die dazu führt, dass zwei Drittel der Europäer den Anteil von Juden an ihren Gesellschaften für viel höher halten, als er tatsächlich ist. Dieser Eindruck dient eher den Antisemiten als Vorlage als dem Kampf gegen Antisemitismus.

Mit CamScanner gescannt

Wie verhält es sich nun mit der „neuen Qualität" des Antisemitismus? 38 Prozent der europäischen Juden, so die Umfrage der Fundamental Rights Agency, erwägen die Auswanderung. Doch die Zahl der Juden, die Europa in den vergangenen Jahren tatsächlich verlassen haben, ist, wie bereits erwähnt, nicht hoch. Deutschland verließen seit 2015 weniger als eintausend Juden. Doch diese Zahlen sollen natürlich nicht als Messlatte für die Schwere des Problems dienen. Antisemiten brauchen keine realen Juden. Auch ohne die postulierte „neue Qualität" steht eine Entwarnung aus. Solange Rassismus, Intoleranz und gesellschaftliche Vorurteile nicht fortwährend bekämpft werden, bleibt auch der altbekannte Antisemitismus ein Problem.

Der Ernst der Lage

„S'brent! briderlekh, s'brent! oy, undzer shtetl brent": So reagierte ein bekanntes jiddisches Gedicht seinerzeit auf die antisemitische Pogromstimmung, als Nazi-Deutschland Polen eroberte. Ist diese Vorstellung aber auf heute übertragbar? Brennt das „Schtetl Deutschland" also tatsächlich? Oder erleben wir eine Überreaktion? Was sagen die veröffentlichten Daten über die Zunahme von antisemitischen Vorfällen oder von Gewalttaten gegen Juden aus? Trägt die größere Aufmerksamkeit auch zur besorgniserregenden Statistik bei? Seit dem Überfall auf die Synagoge in Halle ist der Eindruck entstanden, dass der nächste „Brand" bevorsteht oder schon im Gange ist: Bereits vorher riet der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Juden sollten, um die Gefahr von Gewalt zu vermeiden, nicht „jederzeit und überall in Deutschland die Kippa tragen". Jüdische Wortführer rufen „Gewalt!", und bereits vor Halle räumte die Bundeskanzlerin in einem CNN-Interview ein, dass der Antisemitismus in Deutschland zugenommen habe.

Zu Recht hob die Bundeskanzlerin hervor, was keine Schlagzeilen machte: Es habe seit 1945 immer eine gewisse Größenordnung von Antisemitismus in Deutschland gegeben. Er war nie verschwunden,

auch nicht in der vermeintlichen „Stunde Null" nach dem Untergang des NS-Regimes. Doch nahmen antisemitische Einstellungen in Deutschland seit den 1960er-Jahren ab und blieben seitdem auf ziemlich konstantem Niveau: Etwa ein Fünftel der Bevölkerung vertritt judenfeindliche Einstellungen. Nicht zum ersten Mal können wir eine einstweilige Zunahme registrieren. Dass man Antisemitismus allzeit bekämpfen muss, ist für jede Demokratie selbstverständlich. Nur wie?

Der Bundestag, der im Jahr zuvor sich für einen Antisemitismus-Beauftragten entschied, bezog sich mit seinem Beschluss am 17. Mai 2019 auf die sogenannte BDS-Kampagne von palästinensischen Gruppen und vielen ausländischen Partnern, die Israel durch „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen" isolieren wollen, um gegen seinen Umgang mit den Palästinensern zu protestieren. Das deutsche Parlament erweckt den Eindruck, dass die BDS-Kampagne Hauptziel des Gegenangriffs der Demokratie auf den Antisemitismus sein sollte. Bedeutet das nicht eine Aufwertung der Boykotteure – und zugleich eine Ablenkung vom Antisemitismus aus der „Mitte der Gesellschaft"? Ist die Klage über den Antisemitismus unter (zugewanderten) Muslimen nicht ein Vorwand, um auf diese Gruppe die Hauptschuld für den Antisemitismus in Deutschland abzuwälzen? Handelt es sich nicht überdies um einen Versuch, über die antisemitischen Teile der BDS-Bewegung hinaus jegliche Kritik an der israelischen Politik zu ersticken?

Umfragen zeigen, dass der „israelbezogene Antisemitismus" viel stärker ist als seine beiden anderen Formen: die „klassische" Judenfeindlichkeit und der „sekundäre" Antisemitismus von Personen, die die Shoa infrage stellen oder einen geschichtspolitischen „Schlussstrich" verlangen. Deswegen droht der israelbezogene den „klassischen" Antisemitismus als Angriffsfläche für den Kampf gegen den Antisemitismus zu überdecken.

Die deutsche Gesellschaft neigt zum „politisch korrekten" Verhalten. Es scheint, als fürchteten Politiker und Medien nichts mehr als den Vorwurf, Antisemiten zu sein. Der besagte Beschluss des Bundestags kam denn auch aus Angst vor der AfD zustande. Sie hatte die

Mit CamScanner gescannt

„Altparteien" beschuldigt, sie beschützten Israel nicht und förderten somit den Antisemitismus. Das ist eine neue Absurdität: Nicht nur in Deutschland nehmen die Rechtspopulisten in Anspruch, an der Spitze des Kampfes gegen Anti-Zionismus und Antisemitismus zu stehen, und setzen so die „Altparteien" unter Zugzwang.

Die Auseinandersetzung zwischen Antisemiten und Anti-Antisemiten wird seit jeher mit religiösen Argumenten geführt, woran auch der Aufstieg des rassistischen Antisemitismus im 19. Jahrhundert nichts änderte. Aber der Zeitgeist der Kopfbedeckungsfrage sorgte dafür, dass der Konflikt zwischen den Religionen wieder in den Mittelpunkt des Diskurses gerückt ist. Die Aufwertung der Kippa als Symbol des Kampfes gegen Antisemitismus ist neu – und irreführend. Erstens tragen die meisten Juden, gewiss in Deutschland, keine Kippa. Obendrein ist die in den Medien so oft vorgezeigte Kippa mit dem Davidstern eher eine neue Erfindung. Noch wichtiger: Die Wahl der Kippa als Ikone der Solidarität mit den Juden könnte bald zur Falle werden, nämlich wenn der Kampf gegen das muslimische Kopftuch die Frage aufwirft: Nein zum Kopftuch, ja zur Kippa? Und nicht zu vergessen: verheiratete jüdisch-orthodoxe Frauen tragen auch Kopftuch.

Das Übergewicht des „israelbezogenen Antisemitismus" im Antisemitismus-Diskurs hat dagegen wenig Tradition. Keine Frage: In der Debatte um Israel sind antisemitische Inhalte und Vorurteile keine Seltenheit. Der sich verbreitende Eindruck aber, jede Kritik an der israelischen Politik gehöre in die Sparte Antisemitismus, ist gefährlich. Kein Wunder, dass sich Rassisten und Populisten als Israelfreunde gebärden, um den Vorwurf des Antisemitismus abzuwehren und dabei ihre Gegner in Bedrängnis zu bringen. So führt die Antisemitismusdebatte dazu, dass die israelische Besatzungspolitik gegen Kritik immunisiert wird.

Brennt die Stadt oder bereiten sich die Brandstifter erst vor? Die Brandgefahr besteht jedenfalls – doch die Feuerwehr darf nicht in die falsche Richtung geschickt werden. Will man dem Antisemitismus Paroli bieten, muss vor allem um die Grundwerte der liberalen

Demokratie gerungen werden, ohne von deren Hauptgegnern abzulenken. Das ist der Geist, in dem sich der Antisemitismus am besten bekämpfen lässt.

Auf dem Holzweg

Seit dem Angriff auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019 sagt Deutschland dem Antisemitismus nachdrücklich den Kampf an. „Wir dulden keinen Rassismus und keinen Antisemitismus", versprach die Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch in Auschwitz am 6. Dezember 2019. Es sei die Pflicht der gesamten Gesellschaft, sich dem „ideologischen Gift des Antisemitismus und Rassismus" entschlossen zu widersetzen, beteuerte der Bundespräsident in seiner Rede am Gemeindetag des Zentralrats der Juden in Deutschland zwei Wochen später.

Klare Worte. Und doch, wie soll der Staatsbürger, der sich dem Kampf gegen den Antisemitismus anschließen möchte, diese Parolen in die Praxis umsetzen? Um den hölzernen Weg zu meiden, sind zuerst einmal Antworten auf zwei Fragen erforderlich. Erstens – worum geht es konkret, wenn man über Antisemitismus spricht? Und zweitens: Wer sind die Antisemiten, die man bekämpfen muss? Denn Antisemitismus ohne Antisemiten gibt es nicht.

Halle war ein klarer Fall: Ein deklarierter Antisemit, ein Rechtsextremist, entschied sich aufgrund von antisemitischen Vorurteilen, Juden zu ermorden, weil er „die Juden" für Schädlinge hält. Doch zeigt die Verwirrung in der gegenwärtigen Antisemitismus-Debatte, dass dieser Fall in seiner Eindeutigkeit eher die Ausnahme ist, obwohl uns die seit 2016 geltende, breit angelegte Definition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance Klarheit verschaffen sollte: Judenfeindschaft beruht auf drei Grundpfeilern – dem „klassischen", dem sekundären und dem israelbezogenen Antisemitismus. Doch während bei den ersten zwei Varianten weitgehend Klarheit besteht, bleibt die dritte problematisch.

Mit CamScanner gescannt

Anders als im modernen Fußball fehlt beim Thema Antisemitismus die Technik, um über Abseits-oder-nicht entscheiden zu können. Beim Versuch, zwischen antisemitischen und nicht-antisemitischen Haltungen zu differenzieren, muss der breitere Kontext – Rassismus, Vorurteile, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – berücksichtigt und auch deshalb mit Grauzonen gerechnet werden. Besonders bei der Variante „israelbezogener Antisemitismus", die in der jetzigen Antisemitismusdebatte an Volumen stark zugenommen hat, ist das „Abseits" unklar.

Dabei geht es hier nicht um eindeutige Fälle, bei denen antisemitische, auf Israel bezogene Stereotypen verwendet werden oder das Recht von Juden auf nationale Selbstbestimmung bestritten wird. Zur Verwirrung trägt besonders die Tatsache bei, dass in der Antisemitismus-Debatte nicht immer die Bekämpfung der Judenfeindschaft im Vordergrund steht, sondern oft ein Stellvertreterkrieg ausgetragen wird. Nicht selten wird die Antisemitismuskeule instrumentalisiert, um auf diesem Umweg Gegenspieler zu treffen. Nicht nur im Fall der AfD und nicht nur in Deutschland dient die „philosemitische", vor allem „israelfreundliche" Haltung als Mittel, um „die Muslime" oder „die Linken" oder andere einzuschüchtern. Gerade weil der Antisemitismus eine echte Gefahr darstellt, ist es wichtig, diese Instrumentalisierung zu meiden, denn sie lenkt vom eigentlichen Kampf ab.

Wie gesagt – es gibt keinen Antisemitismus ohne Antisemiten. Auch hier führt der Stellvertreterkrieg in die Irre. Und irregeführt sind nicht nur durchschnittliche Zeitungsleser, sondern auch Politiker. Wie es bereits im Bundestagsbeschluss vom 17. Mai 2019, im vom französischen Parlament verabschiedeten Gesetz vom 3. Dezember 2019 oder in Trumps Antisemitismus-Verordnung vom 18. Dezember 2019 zum Ausdruck kommt – die volle Wucht des Wunsches, Antisemitismus zu bekämpfen, richtet sich nicht nur gegen den Antizionismus, sondern ausdrücklich gegen die eher marginale BDS-Bewegung bzw. gegen Kritiker der israelischen Besatzungspolitik. Niemand wird bestreiten, dass es Antisemitismus auch im linken politischen Spektrum oder unter

Muslimen gibt, oder dass von der BDS oft antisemitische Äußerungen zu hören sind, aber von den Hauptverfechtern des Antisemitismus abzulenken, schadet dem Kampf gegen Antisemitismus. Halle war ein Warnruf – denn der Blick sollte sich vornehmlich auf die rechte Seite richten. Für Instrumentalisierer war es aber das falsche Signal: „Nach Halle [...] erwähnt kaum noch jemand antijüdische Gedanken oder Gewalt von Muslimen und Linken", lamentiert ein Vertreter dieser Haltung in der *Neuen Zürcher Zeitung* (4. 12. 2019). Man könnte sarkastisch hinzufügen: Wie schade, dass es ein Rechter war.

Energisch trägt das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten zur Instrumentalisierung des Kampfes gegen Antisemitismus bei. In dem Text „Hinter der Maske" stellte es fest: „Dieser Bericht soll zeigen, dass die BDS-Bewegung mit ihrer Kampagne zur Delegitimierung Israels [...] einen wichtigen Beitrag im Hinblick auf den zeitgenössischen Antisemitismus leistet." Entsprechend unangebracht spielte der Bundestagsbeschluss auf die NS-Vergangenheit an: „‚Don't Buy'-Aufkleber der BDS-Bewegung auf israelischen Produkten wecken unweigerlich Assoziationen zu der NS-Parole ‚Kauft nicht bei Juden!'" Noch perfider klingt es bei den Befürwortern der Siedlungspolitik auf der Westbank: Sie brandmarken das Verlangen nach einem Ende dieser Politik als Zustimmung zur NS-Ideologie von „judenreinen" Gebieten. Alle diese Beispiele sind unter dem Dach des „israelbezogenen Antisemitismus" zu rubrizieren. Solche schiefen Formeln haben in Deutschland eine starke Wirkung und tragen damit umso mehr zur Banalisierung des Problems des Antisemitismus bei.

Für den Zweck der Instrumentalisierung werden auch Namen genannt: Auf der Liste des Simon Wiesenthal Center der zehn schlimmsten Antisemiten des Jahres 2019 ist der deutsche UN-Botschafter zu finden, der für „anti-israelische" Vorlagen gestimmt hatte. Schon 2017 stand der Name des Regierenden Bürgermeisters von Berlin auf der Liste des Simon Wiesenthal Center, weil er angeblich nicht entschieden genug gegen die BDS-Bewegung vorging. Solche Abschusslisten dienen gewiss nicht dem Kampf gegen Antisemitismus, sondern umgekehrt

Mit CamScanner gescannt

der Bagatellisierung dessen, was aufs Schärfste verurteilt werden muss. Auf diesen Irrweg schickte nicht nur das Wiesenthal Center den Normalbürger. Er konnte vor Kurzem, nicht nur aus dem Feuilleton, erfahren, dass eine Quelle des „antisemitischen Übels" der Direktor des jüdischen Museums in Berlin sei, der es zugelassen habe, dass dort auch Ideen, die nicht mit der in Israel bzw. unter manchen Diasporajuden herrschenden Geschichtsinterpretation übereinstimmen, zum Ausdruck gebracht worden seien. Und nun wurde dem blauäugigen Bürger mitgeteilt, dass hinter der Unterwanderung des Jüdischen Museums Wissenschaftler des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung stünden, die den Antisemitismus auch mit anderen gruppenverachtenden Vorurteilen vergleichen, was freilich zu den grundlegenden Methoden der historischen Forschung gehört. Auch so wird der Bürger, der den Antisemitismus bekämpfen will, auf einen falschen Pfad geschickt.

Keine Art von Bekämpfung des Antisemitismus kann kontraproduktiver sein. Die unscharfe Definition, die Blindheit auf dem rechten Auge und nicht zuletzt der Missbrauch dieses Kampfes für fremde Zwecke lenkt vom eigentlichen Ziel ab und wird am Ende zum Bumerang. Der Hirtenjunge, der zu oft den falschen Hilferuf ertönen ließ, wurde ja mitsamt seiner Schafe vom Wolf gefressen.

Daniel Cil Brecher

Zwischen Stigma und Identität

Antisemitismus, Israel und die Juden in Deutschland

Wer dieser Tage in Israel Fernsehen oder Radio einschaltet, wird den Werbespot „Spür die Kraft" bemerkt haben. Ein deutscher Automobilhersteller preist damit seine neuesten Modelle für den täglichen Überlebenskampf im israelischen Straßenverkehr an. Die Werbung, die von „strengen deutschen Standards" und von „120 Jahren kompromissloser deutscher Qualität" spricht, endet mit dem Slogan „Geboren in Deutschland!"[1] Vor einigen Jahrzehnten hätte „deutsch" in Israel noch ganz andere Assoziationen hervorgerufen. Auch in vielen anderen Ländern lässt sich ein ähnlicher Wandel verzeichnen. Das allmähliche Verblassen des Stigmas „deutsch" wurde von einem Projekt begleitet, das wir als „Vergangenheitsbewältigung" kennen. Diese bundesrepublikanische Auseinandersetzung von Staat und Zivilgesellschaft mit Nationalsozialismus und Holocaust gilt inzwischen als internationaler Qualitätsstandard für die kollektive Beschäftigung mit staatlichen Verbrechen.

Bereits vor dreißig Jahren verglich der Niederländer Ian Buruma die Vergangenheitsbewältigung Japans mit den deutschen Bemühungen und kam zu wenig schmeichelhaften Schlussfolgerungen für den Staat im Pazifik. In der Bundesrepublik traf Buruma 1991 auf Menschen, die intensiv mit den schwierigen Fragen von Politik und kollektiver Verantwortung rangen. Buruma bewunderte in seinem 1994 erschienenen Buch das politische Engagement der Zivilgesellschaft und meinte, selbst eine religiöse Komponente in der „Betroffenheit" zu entdecken,

1 Vgl. https://opel.co.il [25. 3. 2020].

Mit CamScanner gescannt

die weit über politische Zwecke hinauszugehen schien.[2] 2019 machte die in Berlin wohnende US-Amerikanerin Susan Neiman vergleichbare Beobachtungen und kam zu ähnlichen Ergebnissen. Sie verglich die US-amerikanischen Anstrengungen, sich mit Sklaverei und der langen, immer noch virulenten Geschichte des Rassismus auseinanderzusetzen, mit der deutschen Debatte über den Nationalsozialismus und empfahl ihren amerikanischen Landsleuten, von den Deutschen zu lernen.[3]

Mit dem Projekt der Vergangenheitsbewältigung entstand in der Bundesrepublik auch ein Gespräch über Juden, Israel und Antisemitismus, das das Anliegen nach einer Überwindung des Stigmas „deutsch" wiedergab. Dabei entwickelten sich Wunschbilder von Juden und vom jüdischen Staat, die spezifisch deutsche Züge trugen und das Gespräch in der Bundesrepublik bis heute beeinflussen. Diese „Hinwendung" zu Israel und zu Juden wurde zu einem wichtigen Element der neuen politischen Identität der Bundesrepublik und ihrer Eliten sowie zum Symbol der West-Orientierung und des erfolgreichen Wandels zu Demokratie, Toleranz und Liberalismus.

Einigen Elementen dieses Gesprächs will ich im Folgenden nachgehen. Zuallererst sind da die Konstruktionen von „deutsch" und „jüdisch", die als besonders auffallende Konstanten auch nach 1945 das Gespräch weiter bestimmten. Die Unterscheidung von „Deutscher" und „Jude" entsprach Ideen des 19. Jahrhunderts über Nation und Volk, tradierte die politische und soziale Funktion von „Jude" und damit auch die Ideen über positive und negative Eigenschaften, die Juden zugeschrieben werden. Nach 1945 wurde dieses traditionelle Bild mit der Tabuisierung des Antisemitismus hauptsächlich durch das „Othering" des Philosemitismus, durch Idealisierungen und die ostentative Zuwendung zu Juden und Israel aufrechterhalten. Dieses für das

2 Ian Buruma, Wages of Guilt. Memories of War in Germany and Japan, London 2009 [Erstauflage 1994], S. 19.

3 Susan Neiman, Learning from the Germans. Race and the Memory of Evil, New York 2019, S. 15 (dt.: Von den Deutschen lernen. Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können, Berlin/München 2020).

Gespräch über Juden, Israel und Antisemitismus bis heute wichtige Element enthält eine Botschaft, die auch der Antisemitismus verbreitet: Juden sind anders, Juden sind nicht „wir". Ein wichtiger Faktor: Auch auf jüdischer und israelischer Seite wurden die Idealisierungen begrüßt und vor allem das Wunschbild von Israel hartnäckig verteidigt. Die besondere Positionierung von Israel und Juden in der Bundesrepublik als „Juden" (Brian Klug[4]) und die Wiederbelebung jüdischer Alterität im Prozess der Vergangenheitsbewältigung hatten große Folgen.

Durch die Hinwendung der Bundesrepublik zu Israel und die Resonanz der Vergangenheitsbewältigung in Israel entstanden bemerkenswerte geschichtspolitische Konvergenzen und komplementäre Verständnisse von Staatsraison. In der Bundesrepublik wie Israel trugen geschichtspolitische Aufträge, die sich aus dem Holocaust herleiten, zur Legitimierung von Politik und besonders zur Rechtfertigung des israelischen Exzeptionalismus bei. Dieser Exzeptionalismus stellt eine spezifisch israelische „Vergangenheitsbewältigung" dar und stößt wegen der gemeinsamen kollektiven Identitätskonstruktionen gerade in der Bundesrepublik auf Zustimmung. Die Partnerschaft schuf allerdings auch manche Spannungen bei der reziproken geschichtspolitischen Imagepflege.

Zu weiteren Elementen gehören das Gespräch über Antisemitismus unter Juden in Deutschland und die Wirkungen des israelischen Antisemitismus-Narrativs. In den letzten 20 Jahren haben sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in Israel die Verständnisse von Antisemitismus stark ausgeweitet und radikalisiert. Antisemitismus wird nicht mehr allein als eine Bedrohung der Juden in der Diaspora verstanden, sondern als eine Gefahr für Israel. Dort hat sich das Antisemitismus-Narrativ inzwischen zu einem umfassenden Feindbild entwickelt, das u. a. jüdische Kritiker israelischer Politik und Protagonisten liberaler Ideen von Staat und Gesellschaft einschließt. Diese Israelisierung des

4 Brian Klug, The collective Jew. Israel and the new antisemitism, in: Patterns of Prejudice 37 (2003) 2, S. 5 f.

Mit CamScanner gescannt

Antisemitismus-Verständnisses hat die Wahrnehmungen unter Juden in der Diaspora nicht nur stark beeinflusst, sondern auch das gesellschaftliche Gespräch über Antisemitismus erheblich erschwert.

Juden als die „Anderen"

Eine der Eigenheiten des aktuellen bundesdeutschen Gesprächs über Juden und Antisemitismus ist das Fortleben eines traditionellen Verständnisses von „deutsch" und „jüdisch" als separate ethnische und kulturelle Identitäten. Diese Abgrenzung schöpft aus einem Katalog von nationalistischen und rassistischen Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts, in denen Juden als ontologisch „anders" erscheinen, als ewig fremd und „zersetzend", aber auch als eine Gruppe, die eine „Achtung gebietende Kraft" besitzt und Bewunderung verdient.[5] Diese Vorstellung von „Juden" zögerte im 19. Jahrhundert die rechtliche Gleichstellung von Juden hinaus, verlieh einer lautstarken antisemitischen Opposition Legitimität, die gegen die Aufnahme von Juden in das „deutsche Volk" agitierte, und schuf den bleibenden Mythos der kulturellen Unvereinbarkeit und Fremdheit. In den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft bildeten diese Traditionen die ideologische Grundlage für die Vernichtung des europäischen Judentums. Nachdem die Rolle des „Jüdischen" in der Definition des „Deutschen" generationenlang Identität und Kontinuität gestiftet hatte, blieb sie offenbar auch in den Krisen der Nachkriegszeit weiter wichtig. Der Neubeginn von 1945 hatte in dieser Hinsicht nur den Effekt, diese Haltungen und Gefühle in den Untergrund zu treiben. Politiker sprachen nun von „jüdischen Menschen" und hofften, die negative Konnotation von „Jude" und das völkische Denken, das dahinterstand, zu überdecken. Wer „Jude" war, konnte auch weiterhin kein „Deutscher" sein – und umgekehrt. Das alte

5 Houston Stewart Chamberlain, Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts, München 1899, S. 223, 338.

Gegensatzpaar wurde gleichzeitig durch eine neue, zusätzliche Bedeutung von „Opfer" und „Täter" in eine politisch korrekte Form gebracht, die jüdischer Alterität neue Legitimität und ein neues Leben verlieh.

Bei der Feierstunde einer Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sprach Bundespräsident Theodor Heuss Ende 1949 von der „suggestiven Wiederholung", die es unmöglich mache, das Wort „Jude" auszusprechen. Das Wort wurde durch den adjektivischen Gebrauch umgangen, zum Beispiel durch den Zusatz „Mitbürger". Die traditionelle Vorstellung von „Jude" trat in der Öffentlichkeit nur noch in Form philosemitischer Umkehrungen zum Vorschein. Der Heidelberger Dekan Hermann Maas, der als Mitglied des Pfarrernotbundes und der Bekennenden Kirche vom NS-Staat 1944 in ein Arbeitslager nach Frankreich deportiert worden war, schrieb: „Jüdischer Mensch sein bedeutet ein Leid tragen, das [von Christen] mitgelitten werden muss." Hermann Maas war der erste deutsche Kirchenvertreter, der 1949 auf Einladung Jerusalems Israel besuchte. Er schrieb 1952 vom „jüdischen Menschen als Mysterium", der durch das „geheimnisvolle, unauslöschliche Leid" zu einer „besonderen Geistigkeit", einem „feinsinnigen Menschentum" und zu einem „tiefen Empfinden für Gerechtigkeit, Güte, Gastfreundschaft und Milde" gelangt sei.[6]

Von jüdischer Seite wurden diese realitätsfernen philosemitischen Konstruktionen zu einem gewissen Grad erwidert. Der in Düsseldorf ansässige Landesrabbiner Robert Geiss drückte das in den Fünfzigerjahren bei der Einweihung eines Gedenksteins für Naziopfer auf dem jüdischen Friedhof so aus: „[Hitler] nahm uns sehr ernst, wahrlich blutig ernst, ernster als wir uns selbst nehmen wollten. [...] Der Jude, das war für ihn der Mensch, aus dem in jedem Augenblick die Visionen der Propheten wieder auferstehen konnten, [...] der Mensch, der nicht müde wurde, an eine Welt der Gerechtigkeit und des Völkerfriedens

6 Frank Stern, Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen 1991, S. 352, Zitate Maas ebenda, S. 273, 293 f.

Mit CamScanner gescannt

zu glauben." Geiss schloss mit der Feststellung: „Als Geschöpfe und Bekenner Gottes mussten wir der Staatsfeind des Dritten Reiches sein, und in all unserem Leid sagen wir noch heute ‚ja' dazu."[7]

Der Sozialdemokrat Ludwig Rosenberg, der spätere Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, von den Nazis als Gewerkschafter und Jude verfolgt, schrieb 1957 ähnlich: „Es war das Schicksal der Juden, stellvertretend für alles Menschliche, die besondere Zielscheibe des Hasses der Unmenschen zu werden. In den brennenden Synagogen traf man nicht allein die Bethäuser einer Glaubensgemeinschaft, sondern den Glauben an ewige Werte schlechthin."[8]

Dieser Mythos von Juden als Vertreter der „ewigen Werte" und als „Staatsfeinde" des Bösen war wegen der entmenschlichenden Hetze im Nationalsozialismus nicht unwillkommen. Er enthielt allerdings auch eine äußerst problematische Botschaft: dass Antisemitismus doch eine Reaktion auf besondere Merkmale des „Juden" darstellte, angebliche Eigenheiten, die Juden „letztendlich selbst für ihr Schicksal verantwortlich machten".[9] Zusammen mit der Idee von Juden als wertvollen Kulturträgern begannen diese Vorstellungen neue, unpersönliche und realitätsferne Abstraktionen von „Jude" zu formen, die die Bekämpfung des Antisemitismus subtil unterminierten. Die Politologin Eleonore Sterling schuf Mitte der Sechzigerjahre für diese Figuration den Ausdruck „philosemitische Idole", die das Fremdartige und Anders-Sein der Juden unterstrichen.[10] In einer kritischen Analyse der „Aufarbeitung" hatte Theodor W. Adorno bereits 1959 gewarnt: „Lobreden auf

7 Rede von Landesrabbiner Robert R. Geiss, in: Hans Joachim Schoeps (Hrsg.), Jüdische Geisteswelt. Zeugnisse aus zwei Jahrtausenden, Köln 1960, S. 319.

8 Ludwig Rosenberg, Gewerkschaften im Nachkriegsdeutschland, in: Marcel W. Gärtner/Hans Lamm/E. G. Lowenthal (Hrsg.), Vom Schicksal geprägt, Düsseldorf 1957, S. 87.

9 Anson Rabinbach, Why Were the Jews Sacrificed? The Place of Anti-Semitism in the Dialectic of Enlightenment, in: New German Critique 81 (2000), S. 51.

10 Eleonore Sterling, Judenfreunde – Judenfeinde. Fragwürdiger Philosemitismus in der Bundesrepublik, in: Die ZEIT, Nr. 50 vom 10. 12. 1965.

die Juden, welche diese als Gruppe absondern, geben selber dem Antisemitismus allzuviel vor." Auch die „Hinwendung" zu Juden und Israel gehe von fragwürdigen Annahmen aus: „Ich glaube auch nicht, daß durch Gemeinschaftstreffen, Begegnungen zwischen jungen Deutschen und jungen Israelis und andere Freundschaftsveranstaltungen allzu viel geschafft wird, so wünschbar solcher Kontakt auch bleibt. Man geht dabei allzu sehr von der Voraussetzung aus, der Antisemitismus habe etwas Wesentliches mit den Juden zu tun und könne durch konkrete Erfahrungen mit Juden bekämpft werden."[11]

Dass Philosemitismus kein harmloses Phänomen ist, zeigen die Erfahrungen der Fußballclubs Tottenham Hotspur und Ajax Amsterdam. Die Fanclubs der Vereine entwickelten in den Siebzigerjahren einen Fahnen schwingenden Philosemitismus, getragen von der Bewunderung für Israels militärische Erfolge, und dichteten den Clubs –und sich selbst – eine Identität als „Super-Jude" an. Jüdische Organisationen und israelische Medien reagierten positiv, zumindest solange israelische Fahnen geschwungen wurden. Erst mit der Zweiten Intifada, mit der Zunahme antisemitischer Sprechchöre und dem Gebrauch nationalsozialistischer Symbole bei den Fans rivalisierender Clubs, wurden sich jüdische Organisationen der Gefahren bewusst und begannen das Phänomen zu bekämpfen.[12]

Das deutsche Israelbild

Die transformatorische Logik der Vergangenheitsbewältigung erfasste neben dem „Deutschen" und dem „Jüdischen" auch das Bild Israels. Deutsche begannen eine Geschichte über Israel zu erzählen, die die

11 Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders., Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt a. M 1963, S. 125–146.

12 Daniel Cil Brecher, Der David. Der Westen und sein Traum von Israel, Köln 2011, S. 230–242.

Mit CamScanner gescannt

neuen Selbstbilder des eigenen Landes spiegelte und verstärkte, und umgekehrt. Einer der Wegbereiter dieser Erzählungen war der liberale Politiker Erich Lüth, der 1951 mit drei Gleichgesinnten die „Aktion Friede mit Israel" gegründet hatte und 1953 als einer der ersten Bundesbürger auf Einladung der Regierung in Jerusalem Israel besuchte und darüber einen Bericht schrieb. Lüth hatte seine Landsleute zuvor zur Annäherung an die „jüdische Restgemeinde in Deutschland" und an Israel aufgerufen. Die Deutschen müssten die „Bereitschaft zur Wandlung" öffentlich bekennen. „Damit sollten sie die Rückkehr Deutschlands in die Familie der freiheitlichen Völker vom Makel der Verhaftung an Hitlers mörderische Ideologien zu befreien suchen."[13]

Lüths Reisebericht enthält Elemente, die den Diskurs über Juden und Israel bis heute kennzeichnen. Er nahm die jüdischen Bürger Israels nicht mehr als „Juden" wahr, sondern als „neue Menschen", die von den negativen Assoziationen des Diasporatums befreit waren. Hier vermischten sich die Wunschbilder des Zionismus mit denen einer Gesellschaft, die jetzt eine Transformation vom Antisemitismus zum Philosemitismus herbeiwünschte. „Die letzten Reste des Ghettos, die bis in die volle Emanzipation und bis in die Assimilierung fühlbar blieben, haben sich im neuen Staat Israel in ein Nichts verflüchtigt." Lüth schrieb über die „alten" Juden als „ruhelose Wanderer", vom „jüdischen Typus", von „jenen alten Merkmalen", die „teils durchaus positiv" waren, aber nun endlich, nach der „Heimkehr in das Land der Väter", verschwunden waren. Diese Logik formte eines der Bindeglieder zwischen der Ideologie Israels und dem Geist der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland.

Der „Prototyp des neuen Israeli", schrieb Lüth, ist „der Typus der Aufrechten, Starken, Selbstbewussten, körperlich und geistig Beweglichen, der Zähen und im Ringen ums Dasein Tapferen". Er benutzt

13 Erich Lüth, Wir bitten Israel um Frieden, in: Neue Zeitung vom 30. August 1951, abgedruckt in: Kurt R. Grossmann, Die Ehrenschuld. Eine Kurzgeschichte der Wiedergutmachung, Frankfurt a. M. 1967, S. 187–191. Erich Lüth, Reise ins Gelobte Land, Hamburg 1953, S. 3 f.

Begriffe wie „Land Israel" und „Volk Israel" und legt damit die Quellen seiner Impressionen bloß: die israelischen Selbstdarstellungen der Zeit und die zionistischen Mythen über die Kongruenz von jüdischem Volk, jüdischem Land und jüdischem Staat. Es sind diese spezifisch deutschen Wunschbilder von Israel, mit denen Lüth den israelischen Exzeptionalismus als Gegensatz zum deutschen Nationalismus stilisiert: Das Streben nach einem auf ethnischer Basis definierten Staat für Juden und die Mittel, die dabei angewendet wurden, stellen den anständigen Nationalismus dar. Das Prinzip des Völkischen, die Organisation von Staat und Gesellschaft um eine ebenso mythische deutsche Volksgemeinschaft, ist das Vergangene, Verwerfliche.[14]

Die Verklärungen, die den Reisebericht kennzeichnen, wurden in den folgenden Jahren zum festen Teil des Gesprächs über Juden und Israel sowie, indirekt, über die entstehenden Selbstbilder der jungen Bundesrepublik. Dieser Diskurs passte nicht nur zu den politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Israels. Die Idolisierung Israels und eines neuen, durch Israelis repräsentierten jüdischen Anti-Typus korrespondierte auch mit einer umfassenderen Bewältigungsstrategie, die sich in der schnellen Identifizierung mit Siegern und Opfern ausdrückte und in den Sechzigerjahren zu der Popularität von Figuren wie Anne Frank und Moshe Dayan führte. Diese Strategien unterminierten in den Augen von Kritikern eine tiefere Auseinandersetzung mit der NS-Zeit oder kamen einer Abwehrhaltung gleich.[15]

Lüth führte auch den Topos der „Fruchtbarmachung der Wüste" in den deutschen Israel-Diskurs ein: die Idee von der Vernachlässigung des Bodens durch die arabische Bevölkerung und die Erlösung durch die jüdische; von den Juden als eigentlicher Urbevölkerung, die den „Boden der Väter" wieder in Besitz nehmen; und von den komplementären Mythen über das Diasporajudentum, das sich nach „jahrhundertelangem Gastdasein" wieder ein „eigenes Dach über dem Kopf gezimmert"

14 Ebenda, S. 11, 13, 15, 36 f.
15 Inge Deutschkron, Israel und die Deutschen, Köln 1970, S. 17.

Mit CamScanner gescannt

habe. Die Idee vom Gastdasein der Juden in Europa bedingte die Vorstellung von Arabern als eine Gastbevölkerung in Palästina.

Der Reisebericht wurde zur Pflichtlektüre für bundesdeutsche Schüler, die ab den Sechzigerjahren nach Israel geschickt wurden. Bei der Verabschiedung einer Reisegruppe sprach der Frankfurter Oberbürgermeister Werner Bockelmann von Israel-Aufenthalten als einem „unvergleichlichen politischen Anschauungsunterricht". Die alten Naziargumente, „Juden seien Ausbeuter und Halsabschneider, sie scheuten körperliche Arbeit, seien feige und verschlagen, konnten in Israel leicht widerlegt werden. Was die Juden beim Aufbau ihres Staates geleistet und erreicht hatten, war ein schlagendes Beispiel des Gegenteils".[16]

Im Frühjahr 1960 erhielt der Diskurs über Juden und Israel nach der Gefangennahme und Entführung Adolf Eichmanns durch den israelischen Geheimdienst eine neue Wendung. Die Entführung und das Gerichtsverfahren, das 1961 in Jerusalem folgte, gaben Israel die Möglichkeit, den Staat und die zionistischen Geschichtsauffassungen einem internationalen Publikum auf dramatische Weise nahezubringen. Hunderte Journalisten strömten nach Jerusalem und beschrieben das Land in einem Zusammenhang, in dem die Regierung es präsentieren wollte: als Zufluchtsstätte der Holocaust-Überlebenden und als einen Staat, dessen Handeln durch den Holocaust legitimiert war.

Entführung und Prozess sollten als Anschauungsunterricht des Holocaust-Ethos dienen, der auf den Holocaust bezogenen politischen und moralischen Maxime, die den Staat zu bestimmten Handlungen legitimierten. Der unrechtmäßige Akt der Entführung im Namen eines höheren Rechtsprinzips schien dafür besonders geeignet. Während der Verhandlungen selbst, die aus der Jerusalemer Stadthalle live in die ganze Welt übertragen wurden, ergriffen israelische Politiker immer wieder die Gelegenheit, den Staat Israel als das Land der Rettung und Erlösung zu präsentieren, während sie die Diasporageschichte als die

16 Zit. nach ebenda, S. 171 f., 190.

Stätte von Verhängnis und Untergang darstellten. Der Prozess half jenes Narrativ zu verfestigen, das den Nahost-Konflikt aus dem Kontext eines kolonialen Konfliktes über Territorium und Selbstbestimmung in den europäischen Geschichtsraum von Judenhass und Judenverfolgung verpflanzte.

In Deutschland befasste sich die Presse vor allem mit dem „sensationellen Akt der Ergreifung". Die Zeitungen behandelten den Fall zwar als Menschenraub, aber die Meinung überwog, dass „angesichts dieses unvergleichbaren Ausnahmefalles die Sympathie nicht dem Entführten, sondern den Entführern gehöre".[17] Auch israelische Regierungsstellen und die Presse stellten diesen Aspekt heraus. Die „Unvergleichbarkeit" des Holocaust legitimiere die Ausnahmehandlungen des Staates, ja verpflichte Israel sogar dazu, argumentierte Ben Gurion in einem offenen Brief an Nachum Goldmann, der zu den Befürwortern eines internationalen Gerichtsverfahrens gehörte. Während sich einige Intellektuelle in Israel und in westlichen Ländern gegen die „Selbstjustiz der Opfer" (Martin Buber) aussprachen, wertete die überwiegende Meinung in der Bundesrepublik wie in anderen westlichen Ländern die Eichmann-Episode als Zeichen des israelischen Exzeptionalismus, der sich aus dem Exzeptionalismus der jüdischen Geschichte und des Holocaust ableite und dem jüdischen Staat und Juden bestimmte Privilegien einräume.[18]

Der Juni-Krieg von 1967 zwischen Israel und den Nachbarstaaten löste in der Bundesrepublik eine Welle der Solidarität mit dem jüdischen Staat aus. Tausende Bundesbürger schrieben in diesen Tagen Briefe an die israelische Botschaft in Bonn und an den Botschafter Asher Ben-Natan, der sie kurz nach seiner Abberufung 1969 veröffentlichte. Die Briefe geben die deutschen Wunschbilder vom jüdischen

17 Ebenda, S. 139, 143 ff.

18 Tom Segev, The Seventh Million. The Israelis and the Holocaust, New York 2000, S. 329, 361; ders., 50 years after Eichmann capture, much information still withheld, in: Haaretz, 4. 4. 2011.

Mit CamScanner gescannt

Staat und von der Läuterung der „Deutschen" wieder, spiegeln aber auch die Bilder, die Israel über sich selbst entwarf und verbreiten wollte. Aus den Briefen sprechen alte Wir-Konstruktionen über das „deutsche Volk", das wie selbstverständlich keine Juden einschloss, und die umgekehrten Stereotypen von den edlen und tapferen Juden. Auch Botschafter Ben-Natan erkannte im Junikrieg einen wichtigen Wendepunkt. Deutschland habe 1967 in Israel Neues entdeckt, „Charakterzüge, die dem Deutschen am Herzen liegen: Mut, Tapferkeit, Fleiß und Zuverlässigkeit". Dies sei die erste „richtige Wahrnehmung" gewesen und sie habe die weitverbreitete, „von Vorurteilen belastete Meinung über Juden" endlich korrigiert.[19]

Einen überraschend großen Teil seiner 1971 veröffentlichten Briefsammlung widmete Ben-Natan einem neuen Phänomen – oder dem, was er als ein neues Phänomen ausgab –, der Kritik von Deutschen an Israel. Nur etwa „1,5 Prozent" der Briefe seien es gewesen, die „an Israel oder an meiner Person Kritik übten oder ihren antisemitischen Neigungen Ausdruck geben wollten", schrieb der Botschafter in seiner Einleitung. Für ihn hätten diese „ablehnenden Briefe" trotzdem ein besonderes Problem dargestellt. „Ich habe ihnen bei der Auswahl einen großen Raum eingeräumt, weil ich glaube, dass der Prozentsatz solcher Ansichten in der Bundesrepublik größer ist, als es sich in den Briefen ausdrückt."[20]

Die bemerkenswerte Entscheidung des hohen israelischen Diplomaten, ein Drittel des fast 400 Seiten umfassenden Bandes der Veröffentlichung von „kritisch-ablehnenden und antisemitischen Briefen" zu widmen, stand in einem besonderen Zusammenhang: der israelischen Presse- und Informationspolitik, die sich seit Mitte der Sechzigerjahre darum bemühte, Kritik an israelischer Politik in der westlichen

19 Asher Ben-Natan, Brücken bauen – aber nicht vergessen. Als erster Botschafter Israels in der Bundesrepublik (1965–1969), Düsseldorf 2005, S. 111, 116.

20 Asher Ben-Natan (Hrsg.), Briefe an den Botschafter, Frankfurt a. M. 1971, S. 14.

Öffentlichkeit mit dem Makel des Antisemitismus zu behaften. Diese Strategie wurde zuerst in den USA angewendet, wo Israel sich seit der Präsidentschaft Kennedys um die Festigung eines anfangs noch brüchigen politischen und militärischen Bündnisses bemühen musste. Israel begriff Kritik an seiner Politik, auch von jüdischer Seite, als existenzielles Problem und bekämpfte sie mit einem der wirkungsvollsten Mittel, die dem jüdischen Staat zur Verfügung standen – dem Antisemitismusvorwurf.

Während der Amtszeit von Avraham Harman, der von 1959 bis 1968 als israelischer Botschafter in Washington diente, wurde in diese Diffamierungsstrategie viel investiert. Der damalige Washington-Korrespondent der israelischen Tageszeitung *Haaretz*, Amos Elon, erzählte gerne eine Anekdote über dieses ihm damals äußerst bizarr erscheinende Phänomen, das später zum Allgemeingut der Nahost-Debatten wurde. In den frühen Sechzigerjahren interviewte er einen hohen israelischen Diplomaten, der kurz davorstand, von seinem Washingtoner Posten nach Israel zurückzukehren. Auf die Frage, was er als seinen wichtigsten Erfolg in Washington betrachte, antwortete er: „Ich habe die Amerikaner davon überzeugen können, dass Anti-Zionismus Antisemitismus ist."[21]

Je weniger sich die komplexen Ursachen und Wirklichkeiten des Nahost-Konflikts mit den transformatorischen Idealisierungen des deutschen Diskurses deckten, desto mehr mussten die Grenzen bewacht werden. In der Bundesrepublik wurde das Bild von Israel und vom Ursprung und der Dynamik des Konflikts zunehmend von Themen und Strategien bestimmt, die ihre Quelle im Jerusalemer Außenministerium oder bei Organisationen hatten, die sich mit der Bekämpfung »palästinensischer Propaganda" oder der Verteidigung des „Existenzrechts Israels" befassten. So wurde der neue Diskurs über Juden und Israel, der als Verwandlung des „Deutschen" begann, allmählich zum

21 Zitat Amos Elon bei Tony Judt, Amos Elon (1926–2009), in: The New York Review of Books 56 (2. Juli 2009) 11.

Mit CamScanner gescannt

politischen Besitzstand des jüdischen Staates, der verteidigt werden musste. Diese Entwicklung war in gewissem Maße unumgänglich. Der Diskurs basierte auf gemeinsamen Identitätskonstruktionen, auf spezifisch deutschen Wunschbildern von Israel und auf reziproken israelischen Vorstellungen über ein geläutertes Deutschland, die voneinander abhängig waren.

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungsarbeit

Für viele Juden in Deutschland enthielten der pro-jüdische und pro-israelische Diskurs und die entstehenden Partnerschaften zwischen der Bundesrepublik und Israel eine äußerst positive Botschaft, die allerdings auch Versprechen barg, die kaum einzulösen waren. Das galt vor allem für den nicht zufällig immer wieder als „neu" deklarierten, altbekannten Antisemitismus, der als soziales Vorurteil und als politisches Instrument auch in der Bundesrepublik weiter existent und, trotz aller rhetorischen Anstrengungen, offenbar nicht so schnell auszurotten war. Antijüdische Handlungen und Äußerungen ließen sich zwar sanktionieren und konnten bis zu einem gewissen Grad aus der Öffentlichkeit verbannt werden, aber damit war das Instrumentarium der akuten Antisemitismusbekämpfung schon erschöpft.

Der beste Weg zur Reduzierung der Vorurteile war die langfristige Bildungs-, Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit. Sie gehörte auch zum Instrumentarium des Wandels, wurde aber von einigen Aspekten der „Vergangenheitsbewältigung" selbst behindert und unterminiert. Da war in erster Linie die fortbestehende Bestimmung von Juden als „Juden" und die Ausrichtung der Erinnerungskultur auf jüdische Opfer. Die Erinnerung an „Auschwitz", die bis heute im Vordergrund der Vergangenheitsbewältigung steht, rief viel unterschwelligen Widerstand hervor und trug dazu bei, die Vergangenheitsbewältigung mit dem Stigma einer „undeutschen" Erinnerung zu belegen. Das Narrativ der „Tätergesellschaft", ohnehin simplifizierend und bemäntelnd, schlug

sich bald in Ressentiments nieder, die als „sekundärer" Antisemitismus bezeichnet wurden.[22]

Kritiker der Vergangenheitsbewältigung begannen mehr oder weniger subtil, auf Juden als angebliche Nutznießer und Drahtzieher hinter der „Fremdbestimmung" der Erinnerung an den Weltkrieg zu verweisen. So sprach der Schriftsteller Martin Walser 1998 von der „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken", von Auschwitz als „Drohroutine", als „jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel" oder „Moralkeule". Walser beklagte die Exzesse der Erinnerungskultur und nannte als Beispiel den „fußballfeldgroßen Alptraum, die Monumentalisierung der Schande"[23] des Holocaustdenkmals in Berlin. Der Literaturwissenschaftler Matthias Lorenz stellte später fest, dass Martin Walser auch in seinen Werken versucht habe, „den Opferstatus von jüdischen Figuren zu demontieren und durch die Andeutung eigener Täterschaft zu ersetzen, während die Angehörigen des Tätervolks als stille Opfer der Geschichte repräsentiert werden".[24] Walsers Sicht gehörte zu einem breitem Spektrum an Meinungen, die eine „deutsche" Erinnerung an Nationalsozialismus, Krieg und die deutschen Opfer stärken und sie vom „jüdischen" Erinnern unterscheiden wollten.

Der ostentative Philosemitismus und die Zuspitzung der „Aufarbeitung" der deutschen Geschichte auf Holocaust und Antisemitismus kollidierten im Laufe der Jahrzehnte auf vielen Ebenen mit gegenläufigen Tendenzen: in den sozialen Spannungen zwischen den westdeutschen Eliten in Politik und Medien, die sich zu „Juden" und

22 Daniel Cil Brecher, Die unverträgliche Erinnerung. Holocaust und kollektive Identitäten in Deutschland und Israel, in: Psychoanalyse –Texte zur Sozialforschung 28 (2012) 1, S. 112 ff.

23 Börsenverein des Deutschen Buchhandels (Hrsg.), Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1998. Martin Walser. Ansprachen aus Anlaß der Verleihung, Frankfurt a. M. 1998.

24 Matthias N. Lorenz, Auschwitz drängt uns auf einen Fleck. Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser, Stuttgart 2005, S. 492 f.

Mit CamScanner gescannt

„Israel" hinwendeten, und Teilen der Bevölkerung, die unterschwellig eine eigene Erinnerung pflegten, in denen nicht Juden, sondern Deutsche als die hauptsächlichen Opfer erschienen;[25] zwischen Befürwortern einer liberalen Gesellschaft, die schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik Antisemitismus als Instrument antidemokratischer Strömungen identifizierten,[26] und deutschen Nationalisten verschiedenster Couleur, die Juden als Internationalisten oder als Gefahr für das „Deutsche" darstellten; und in der Auseinandersetzung über die Position des Holocaust in der europäischen Geschichte und der deutschen Geschichtsschreibung. Nach der Wiedervereinigung traf die „Vergangenheitsbewältigung" als ideologischer Wegbereiter der Westintegration auf eine Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in der ehemaligen DDR, die auf Ostintegration und die Erinnerung an die Opfer des kommunistischen Widerstands und der Roten Armee gesetzt hatte.

In den neuen Bundesländern musste nicht nur der Umgang mit der westlichen Erinnerungskultur gelernt werden, sondern auch das Gespräch über „Juden" als Stellvertreter des „Anderen". Diese Elemente galten in der alten Bundesrepublik als Symbol der gesellschaftlichen Erneuerung, im Osten allerding mussten sie als Symbole der Dominanz des Westens erscheinen. Die „undeutsche" Erinnerungskultur mit ihrer Ausrichtung auf „Juden" wurde zur Zielscheibe fremdenfeindlicher und rassistischer Strömungen. Juden erschienen in Verschwörungstheorien wieder in der Rolle der Drahtzieher, diesmal von einer „Umvolkung" Deutschlands. Das Ideal eines Deutschlands diverser Religionen und

25 Vgl. Konrad Brendler, Die NS-Geschichte als Sozialisationsfaktor und Identitätsballast der Enkelgeneration, in: Dan Bar-On/Konrad Brendler/Paul A. Hare (Hrsg.), „Da ist etwas kaputtgegangen an den Wurzeln ..." Identitätsformation deutscher und israelischer Jugendlicher im Schatten des Holocausts, Frankfurt a. M 1997. S. 53–104; Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall (Hrsg.), Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M. 2002.

26 Wolfgang Benz, Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments, Schwalbach/Ts. 2015, S. 16, 46

Ethnizitäten war im westdeutschen Diskurs immerhin mit Juden verbunden. So blieb die Rolle von „Juden" als homogenes Subjekt einer Ideologie, die auf die Beseitigung des Stigmas „deutsch" zielte und dabei explizit und implizit „deutsch" unter den Vorzeichen einer politischen Wandlung als Kollektiv neu konstruieren wollte, auch weiter aktuell.

Auf gepackten Koffern

In den letzten zwanzig Jahren hat Antisemitismus als Thema unter Juden unverkennbar an Bedeutung zugenommen. Medien wie der New Yorker *Forward*, der Londoner *Jewish Chronicle*, das Amsterdamer *Het Nieuw Israëlietisch Weekblad* oder die Berliner *Jüdische Allgemeine* widmen seit geraumer Zeit einen großen Teil ihrer Berichterstattung und Kommentare dem, was als stark zunehmender Antisemitismus und Anti-Israelismus dargestellt wird. Auch außerhalb jüdischer Medien und Netzwerke wird dem Thema mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Im Rahmen eines größeren Projekts hatte ich 2011–2018 Gelegenheit, mit etwa einhundert jüdischen Bürgern in Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien Gespräche darüber zu führen. Vor allem bei meinen deutschen Gesprächspartnern schälte sich ein deutliches Muster heraus: die großen Unterschiede zwischen positiven Erfahrungen im persönlichen Bereich und den Wahrnehmungen der Gesellschaft, die (wieder) als stärker bedrohlich und feindlich empfunden wurde.[27]

Die Uniformität dieser Erzählungen wirft Fragen auf. Warum wurde die eigene Umgebung als sicher, die Gesellschaft allgemein

27 Daniel Cil Brecher, Nachbarn und Fremde. Juden in Europe zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Buchveröffentlichung in Vorbereitung). Eine Auswahl der Gespräche wurde 2012–2019 in einem halben Dutzend Sendungen des Deutschlandfunks und des Westdeutschen Rundfunks veröffentlicht. Sie lassen sich auf den Internetseiten der Sender unter dem Namen des Autors aufrufen.

Mit CamScanner gescannt

aber als gefährlich empfunden, und welchen Einfluss hatten die Veränderungen im Antisemitismus-Diskurs darauf? 1982 verursachte eine Antisemitismus-Studie einiges Aufsehen, die diese Diskrepanz zum ersten Mal in Zahlen ausdrückte. Die Studie hatte neben einer repräsentativen Gruppe in der Bevölkerung zum ersten Mal auch Juden über ihre Wahrnehmung des Antisemitismus befragt.[28] Die Umfrage unter fast 400 Juden in der Region Düsseldorf-Köln-Bonn ergab, dass zwischen Zweidrittel und Dreiviertel der Befragten nie oder nur selten persönliche anti-jüdische Erfahrungen gemacht hatten. Einer der Befragten sagte zum Beispiel: „Ich merke keine direkten Vorurteile, aber es liegt in der Luft, man spürt es ganz deutlich." Ein anderer meinte: „Man spürt eigentlich nicht das Geringste, aber man hat doch irgendwie das Gefühl, auf einem Pulverfass zu sitzen."

Trotz der positiven Wahrnehmungen im Nahbereich schätzten die Befragten den Umfang antijüdischer Ressentiments in der Bundesrepublik überraschend hoch ein. Fast 80 % hielten die deutsche Bevölkerung für mäßig oder stark antisemitisch. Die Verfasser der Studie beurteilten diese unterschiedlichen Wahrnehmungen als eine Neigung, die eigenen Erfahrungen zu verharmlosen und sie auf den kollektiven Bereich zu verlagern, und warfen den Juden wie der deutschen Gesellschaft eine „Verharmlosungstendenz" gegenüber Antisemitismus vor.[29]

Andere Antisemitismus-Studien der Jahre 1946–1989 zeigen, dass nach einer Schamperiode in der direkten Nachkriegszeit unter etwa 15 % der Bevölkerung ein antisemitisches Weltbild vorherrschte, etwa ein weiteres Drittel Vorurteilen hegte und somit bei ca. der Hälfte der Bevölkerung in unterschiedlichem Maße anti-jüdische Vorurteile vorhanden waren. Die Befunde blieben in vier Jahrzehnten konstant und passten zu dem, was in dieser Periode aus anderen Ländern bekannt ist. Auch in den USA, in Frankreich und England ließen sich bei 40–50 %

28 Alphons Silbermann, Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982, S. 90.

29 Ebenda, S. 10.

der Bevölkerung in unterschiedlichem Maße Vorurteile gegenüber Juden feststellen.[30] In der Bundesrepublik führten diese Ergebnisse allerdings zu heftigen Reaktionen. Die verständliche Erwartung war, dass gerade in Deutschland nach dem Holocaust eine gewisse Läuterung hätte stattfinden müssen.

Die Studie von 1982 war Teil einer neuen Gegenerzählung zur „Vergangenheitsbewältigung" und bildete zusammen mit anderen kritischen Äußerungen eine neue „jüdische" Stimme. Diese Stimme war nicht jüdisch im herkömmlichen Sinne, sondern positionierte sich gegenüber dem „Deutschen" als Kollektiv. Im Gegensatz zu dem durch Politik und Mainstream-Medien erzeugten Bild sei der Antisemitismus in der Bundesrepublik, so die Vertreter dieser neuen Tendenz, sowohl unter Rechten wie unter Linken stark verbreitet. Besondere Zielscheibe der Kritik war der Antisemitismus unter Linken und der vermeintlich antisemitische Israel-Diskurs in der BRD. Bei der „jüdischen" Stimme stand vor allem die These vom Deutschen als dem „Ewigen Antisemiten" im Vordergrund, der sich von allem Jüdischen nach „Auschwitz" provoziert und erniedrigt fühlte.[31]

Die kollektiven Muster dieses Diskurses tauchten auch mehr als zwanzig Jahre später bei fast allen meinen Gesprächspartnern auf. Während die eigenen Erfahrungen als sehr positiv eingeschätzt wurden, fiel das Urteil über die „Deutschen" insgesamt negativ aus. Wichtigster Grund: die angeblich negative Berichterstattung über Israel in deutschen Medien und die negative Haltung gegenüber Juden, die sich darin spiegele. Diese Israelisierung des Antisemitismus-Diskurses zeigte sich auch in einer großen Distanz zur „deutschen" Gesellschaft

30 Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989, Opladen 1991, S. 58–62, 152.

31 Siehe u. a. Wolfgang Port, Endstation. Über die Wiedergeburt der Nation, Berlin 1982; Eike Geisel, Lastenausgleich. Umschuldung. Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Essays, Polemiken, Stichworte, Berlin 1984; Henryk Broder, Der Ewige Antisemit, Frankfurt a. M. 1986.

Mit CamScanner gescannt

und der Nähe zu Israel, eine Besonderheit, die auch Umfragen unter Juden in Deutschland immer wieder bestätigen.[32] In der Verbundenheit mit Israel und der großen Reserviertheit gegenüber Staat und Gesellschaft im eigenen Land bilden Juden in Deutschland eine Ausnahme in Europa, selbst im Vergleich zu Juden in Frankreich, wo eine ähnliche Nähe zu Israel zu verzeichnen ist, allerdings auf einem anderen Hintergrund.[33]

Dieses Syndrom der „gepackten Koffer" als Kennzeichen der jüdischen Bevölkerung in Deutschland ist seit 70 Jahren überraschend konstant. Während sich die Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung drastisch veränderte, blieben die Wahrnehmung von Antisemitismus und die damit verbundenen Sorgen ein Grund, sich weiterhin in Deutschland fremd zu fühlen. Hier wird eine der einschneidendsten Folgen jüdischer Alterität sichtbar, die von der „Vergangenheitsbewältigung" gefördert und von einem israelisierten Antisemitismus-Diskurs instrumentalsiert wurde. 2014 zeigte eine Studie unter Kindern aus „gemischten" Ehen zwischen Juden und Nichtjuden in der Bundesrepublik, dass auch für diese fragile Schwellengruppe Wahrnehmungen von Antisemitismus für ihre Identität ausschlaggebend blieben.[34]

Die Berichterstattung über Israel, Antisemitismus und vor allem über anti-jüdische Anschläge nimmt in der Bunderepublik traditionell einen besonderen Platz ein. Das gilt sowohl für die Quantität als

32 Siehe z. B. Walter W. Jacob Oppenheimer, Über die jüdische Jugend im heutigen Deutschland. Eine sozialpädagogische Studie, München 1967, S. 126 ff.; Eliezer Ben-Rafael/Yitzhak Sternberg/Olaf Glöckner, Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland. Eine empirische Studie im Auftrag des L.A. Pincus Fund for Jewish Education in the Diaspora, Jerusalem 2010, S. 80.

33 Erik H. Cohen, The Jews of France at the Turn of the Third Millennium. A Sociological and Cultural Analysis, Ramat Gan 2009, S. 67.

34 Julia Bernstein, „Ab und zu Kosher, ab und zu Shabbat". Eine Studie zu Identitäten, Selbstwahrnehmungen und Alltagspraktiken von Kindern aus „mixed families" in Deutschland, Oxford 2014, S. 20ff, 40.

auch die kollektiven Qualifizierungen von „Juden" und „Israel" als bedrohte Subjekte. Wie die Sicherheitsmaßnahmen vor Synagogen und Einrichtungen erinnert auch diese Art der Berichterstattung Juden täglich daran, dass sie eine besondere Position als „Juden" einnehmen und jederzeit Ziel von tödlichen Angriffen sein können. Zudem werden Ängste, und vor allem Ängste vor Muslimen, von verschiedenen Narrativen geschürt: vom Antisemitismus-Diskurs in Israel, von rechten Parteien in Europa, aber ungewollt auch von denen, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus verschrieben haben.

Jüdische Medien spielen dabei eine besondere Rolle. Beginnend mit den Anschlägen in Israel während der Zweiten Intifada wurden gerade über jüdische Netzwerke die Thesen vom „neuen Antisemitismus" verbreitet, die auf sehr problematische Weise die Antisemitismus-Erfahrungen in der Diaspora mit den Erfahrungen von Krieg und Anschlägen in Israel verbanden und damit äußerst wichtige Unterschiede verwischten. Dass diese Antisemitismus-Narrative schnell mit anderen Elementen jüdischer Identität verschmolzen, kam kürzlich treffend in einer Abonnenten-Werbung des *Forward* zum Ausdruck. Der Inhalt des Blattes wurde so angepriesen: „Antisemitismus, Hummus und alles, was dazwischen liegt".[35]

Eine ähnliche Wirkung geht von den Zahlen der „Antisemitismus-Monitore" aus, die jährlich in vielen europäischen Ländern veröffentlicht werden. Sie geben die Arbeit zivilgesellschaftlicher Meldestellen wieder, die anti-jüdische Vorfälle und Äußerungen sammeln und damit ein oft alarmierendes Bild der Zunahme von Antisemitismus zeichnen. Die Statistiken, die u. a. durch Meldebereitschaft, Dunkelziffer und subjektive Sichtweisen sowohl der Melder als auch der Zähler beeinflusst werden, enthalten allerdings mehr als nur systematische Fehler.

35 „Forward. Fiercely independent Jewish journalism. Anti-Semitism. Hummus. And everything in between." Werbe-E-Mail, verschickt am 16. März 2020 von subscriptions@e.forward.com.

Mit CamScanner gescannt

Sie reproduzieren bekannte Narrative, anstatt sie durch methodisch fundierte Forschung zu hinterfragen.

Die Meldungen über die Zunahme und das Auftauchen neuer Antisemitismen in Bezug auf Israel stehen im Gegensatz zu den Aussagen der Sozialforschung, die seit Jahrzehnten die Haltung von Bürgern gegenüber Juden ermittelt und keine starke Zunahme der Vorurteile in der Gesellschaft erkennen lässt. Eine gezielte Umfrage zum Thema „Israelkritik" 2010–2012 ergab zudem, dass die Schnittmenge zwischen antisemitischem Denken und Kritik an Israel in der Bundesrepublik klein ist. Bei einer Mehrheit der Deutschen erscheine diese Kritik gerade mit einer deutlichen Ablehnung von antisemitischen Stereotypen gepaart, schrieb der Autor der Studie, Wilhelm Kempf.[36]

Trotz der großen medialen Aufmerksamkeit für Umfragen und Zähl-Projekte wird selten erwähnt, dass Wahrnehmungen von Antisemitismus unter Juden sich nur schwer quantifizieren lassen. Das liegt unter anderem an methodologischen Problemen, die von der demografischen „Unsichtbarkeit" von Juden verursacht wird. Die meisten europäischen Staaten registrieren zum Beispiel weder Herkunft noch Religion ihrer Bevölkerungen, noch können jüdische Gemeinden Sozialforschern Namenlisten bieten, von denen eine willkürliche Auswahl getroffen werden könnte. Um Juden zählen oder befragen zu können, greifen Forscher schon lange zu unkonventionellen Methoden. So suchen sie nach jüdischen Namen im Telefonbuch, rufen an und fragen „Sind sie Jude?".[37] Oder sie befragen schon jahrzehntelang dieselben Menschen und extrapolieren die Veränderungen. Das Problem der Unsichtbarkeit ist inzwischen so weit gediehen, dass bei einer großen, 2012 von der European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) in Auftrag gegebenen Umfrage zu subjektiven Erfahrungen

36 Wilhelm Kempf, Antisemitismus und Israelkritik. Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 79, 2017, S. 7.

37 Hanna van Solinge/Carlo van Praag, De Joden in Nederland anno 2009, Diemen 2010, S. 2 ff.

mit Antisemitismus zu einer Notlösung gegriffen werden musste. Der erste Versuch, eine repräsentative Zahl von Juden in acht ausgewählten europäischen Ländern zu finden, scheiterte. Im zweiten Anlauf wurden Juden über jüdische Medien und Organisationen aufgefordert, einen Fragebogen online auszufüllen. Fast 6000 europäische Juden, die sich selbst als Juden identifizierten, über jüdische Netzwerke erreichbar waren und aus eigenen Motiven heraus Auskunft geben wollten, berichteten über ihre Erfahrungen mit Antisemitismus. Dieses Auswahlverfahren hatte natürlich Folgen. Der Anteil derjenigen, die Antisemitismus als großes Problem empfanden (66 %) oder Antisemitismus in Europa anwachsen sahen (76 %), war entsprechend hoch. Der Prozentsatz der Teilnehmer, die selbst verbalen oder physischen Attacken ausgesetzt waren, lag hingegen zwischen drei und fünf Prozent, also bei einem Anteil, der früheren Studien entspricht.[38]

Die Methode der FRA-Studie wurde von den beteiligten Forschern als problematisch eingeschätzt, allerdings nur in der Fachliteratur.[39] In der allgemeinen Öffentlichkeit übten die Ergebnisse der Studie hingegen großen Einfluss aus. Im Frühjahr 2018 ließ die Europäische Grundrechte-Agentur eine zweite Umfrage unter 16 000 Juden in 12 Staaten durchführen. Auch diesmal veröffentlichten jüdische Organisationen den Aufruf zur Ausfüllung des Online-Fragebogens, mit der Folge derselben Wahrnehmungen auf Basis der gleichen Stichprobenverzerrung: Selbstbeteiligung, Überrepräsentation von Teilnehmern, die durch jüdische Medien motiviert und informiert waren, und

38 European Union Agency for Fundamental Rights, Discrimination and hate crime against Jews in EU Member States. Experiences and perceptions of antisemitism, Wien 2013, S. 11 f. Zu den Problemen der Methodologie: Jonathan Boyd, Jewish life in Europe: Impending catastrophe, or imminent renaissance? London (Institute for Jewish Policy Research), Februar 2013, S. 9–11.

39 Sergio DellaPergola/L.D. Staetsky, Perceptions and experiences of antisemitism among Jews in Italy. London (Institute for Jewish Policy Research), Februar 2015, S. 4.

Mit CamScanner gescannt

starke Unterbeteiligung von Nichtmitgliedern jüdischer Gemeinden und Organisationen – etwa die Hälfte der Juden Europas. Auch hier wurden, ebenso wie bei den Meldestellen-Zahlen, bekannte Wahrnehmungsmuster reproduziert, ohne die beschränkte Aussagekraft dieser Ergebnisse zu betonen. Das Gespräch über Antisemitismus in der Bundesrepublik ist damit in einen argumentativen Zirkel geraten, der von der Berichterstattung in den Medien, von den Zahlen der Meldestellen und vom Gespräch im jüdischen Umfeld genährt wird, sich dann in Umfragen ausdrückt, die wiederum ihren narrativen Niederschlag in den Medien finden.

Äußere und innere Feinde Israels

Ein beträchtlicher Einfluss auf das Gespräch über Antisemitismus in Deutschland geht von den Antisemitismus-Narrativen und der Instrumentalisierung der Holocaust-Erinnerung in Israel aus. 1953 war Israel der erste Staat, der per Gesetz der Holocaust-Erinnerung explizit eine bestimmte Bedeutung zuwies. Es sollte erinnert werden an „die Katastrophe, die die Nazis und ihre Kollaborateure über das jüdische Volk gebracht hatten, und die Akte des Heldentums und der Revolte" („Märtyrer- und Helden-Gedenkgesetz"). Die Katastrophe stand in Israel sowohl für die Schwäche der Diaspora, von der sich der Staat zu unterscheiden suchte, als auch für die Erzählungen der Selbstwehr und Selbstbestimmung, die Israel sich aneignete. Mit der Rolle Israels als Zufluchtsstätte und Schutzmacht der Juden im Ausland erhielt auch das Gespräch über Antisemitismus in der Diaspora eine prononciert politische Rolle. Die Selbstpositionierung Israels als Verteidigerin der Diaspora fand in der Darstellung des Juni-Krieges 1967 als „Antithese zur Katastrophe der Galut" ihren Höhepunkt.[40] Mit dem Beginn der

40 Baruch Kimmerling, The Invention and Decline of Israelness. State, Society and the Military, Berkeley 2001, S. 94, 113.

Besiedlung der besetzten Gebiete, dem umstrittenen Libanonkrieg von 1982 und der Ersten Intifada begann sich das israelische Antisemitismus-Narrativ auszuweiten auf Palästinenser und auf die Kritiker israelischer Politik im In-und Ausland.

Als im Juni 1980 europäische Staaten erstmals zu Friedensverhandlungen mit der PLO aufriefen, lehnte Ministerpräsident Begin es ab, mit der „Arabischen SS, auch PLO genannt", zu verhandeln. „Seit *Mein Kampf* hat niemand mehr so deutlich seine Absicht erklärt, die jüdische Nation vernichten zu wollen".[41] In einer Stellungnahme während der Invasion des Libanon 1982 ging Begin noch einen Schritt weiter: „Ich fühle mich wie ein Regierungschef, der seine tapfere Armee nach Berlin führt, wo sich Hitler und seine Henker in einem Bunker tief unter der Erde eingegraben haben. Meine Generation [...] hat am Altar Gottes geschworen, dass der, der seine Absicht verkündet, den jüdischen Staat oder das jüdische Volk zu vernichten, sein Schicksal besiegelt hat."[42]

Dieser Diskurs begleitete und beschleunigte den Prozess der Umdeutungen, die den nahöstlichen Ursprung des Konflikts mit den Palästinensern bagatellisierten, ihn dem europäischen Geschichtsraum von 1933–1945 zuordneten und ihn mit Antisemitismus verbanden. Für den jüdischen Bevölkerungsteil bedeuteten diese Sinngebungen nichts weniger als eine neue, umfassende Interpretation des Konflikts und seiner Dynamik, die der arabischen-palästinensischen Seite die entscheidende Verantwortung für den Grundkonflikt zuwies. Wenn die Feindschaft gegenüber dem jüdischen Staat auf antisemitischen Einstellungen und genozidalen Absichten beruhte, war die jüdische Bevölkerung aus ihrer Verantwortung für Entstehung und Lösung des Konflikts entlassen.

41 The EEC's Venice statement. BBC Summary of World Broadcasts, June 17, 1980. Lexis Nexis Academic database [19. 5. 2011].

42 Compares Arafat To Hitler. The Associated Press, August 4, 1982. Lexis Nexis Academic database, [19. 5. 2011].

Mit CamScanner gescannt

Das traditionelle Bild vom Antisemitismus als „nicht behebbares" Problem der Diaspora, wie Theodor Herzl es 1896 in „Der Judenstaat" beschrieben hatte, entwickelte sich in diesem Kontext allmählich zu einem umfassenden Feindbild, das neben den Judenfeinden im Ausland auch die Widersacher des Staates Israel umfasste und schließlich auch die „inneren" Feinde, die sich gegen die Besatzung und gegen rassistisch-nationalistische Ideen vom „Land Israel" für das „Volk Israel" aussprachen. Antisemitismus bedeutete nicht mehr allein eine Gefährdung der Juden in der Diaspora, sondern eine Gefahr für Israel, die mithilfe der Diaspora bekämpft werden musste. Israelische Regierungen begannen gezielt, jüdische Organisationen im Ausland für diesen Kampf zu mobilisieren.[43]

Einer der Protagonisten dieser Wandlung und Radikalisierung des Antisemitismus-Diskurses war der in den USA geborene Rabbiner Meir Kahane, Gründer der Jewish Defense League in den USA und der rassistisch-nationalistischen Kach-Partei in Israel. In seinen Reden und Schriften richtete sich Kahane (1932–1992) vor allem gegen den angeblich jüdischen Anteil am Fortbestehen des Antisemitismus. Er beklagte die Unterwürfigkeit des jüdischen Liberalismus in den USA ebenso wie den Defätismus der traditionellen israelischen Politik. Wie der US-amerikanische Rabbiner und Religionswissenschaftler Shaul Magid eindrucksvoll dargestellt hat, bezogen sich Kahanes Ideen nicht mehr auf traditionelle Vorstellungen von einem „ewigen" Antisemitismus in der Diaspora, dem Juden durch Gründung eines eigenen Staates entfliehen konnten. Inspiriert von den Motiven antikolonialer Befreiungsbewegungen war für Kahane Antisemitismus nicht mehr ein äußerer „Amalek", ein außerhistorisches, „metaphysisches Prinzip" (Hannah Arendt), das jüdisches Leben seit biblischen Zeiten begleitete, sondern ein verinnerlichter Feind, der auf ganz andere Weise beseitigt werden musste – durch ein Ende der „Komplizenschaft". „Die schlimmsten

43 John J. Mearsheimer/Stephen Walt, The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy, New York 2007, S. 121 ff.

Antisemiten sind die Antisemiten jüdischen Ursprungs", schrieb er 1971 in „Nie Wieder!" Einige Jahre später rief er dazu auf „Antisemitismus sofort zu zertreten, sobald er sich bemerkbar macht". Das sei „die einzige Garantie für jüdisches Überleben".[44]

Die wachsende Kritik an der Besatzung und an der Ideologie der Siedlerbewegung stärkte das Narrativ des internen Antisemitismus, vor allem bei der israelischen Rechten.[45] Die Räumung der Siedlungen im Gazastreifen und die Evakuierung von Siedlern im Sommer 2005 führte zu einer Explosion von Antisemitismus-Vorwürfen und Holocaust-Analogien. So sprach der Vorsitzende des Siedlungsverbandes Pinhas Wallerstein von einer drohenden „Deportation" von Juden durch Juden, während Zvi Hendel, bis 2004 stellvertretender Erziehungsminister in der Regierung Sharon, die Beachtung der Räumungsbefehle durch das israelische Militär mit dem Gehorsam im Nationalsozialismus verglich: „Auch Eichmann hat nur Befehle befolgt." Die an der Räumung beteiligten Beamten seien „Mitglieder des Judenrates", schrieb der rechtsgerichtete Historiker Amnon Shapira.[46]

Die Erzählung vom Antisemitismus als umfassende Gefährdung Israels, die sich in antijüdischer Hetze der Palästinenser, in vorurteilsbeladener Berichterstattung im Ausland und in einer jüdischen Komplizenschaft mit antijüdischen Interessen äußert, bewegte sich während der Krisenjahre der Zweiten Intifada vom rechten Rand des politischen Diskurses ins Zentrum. So floss das Narrativ u. a. in das Gesetz über die „Transparenz-Anforderungen für Nicht-Regierungsorganisationen" ein, das im Juli 2016 verabschiedet wurde.[47] Das Gesetz verpflichtet NGOs, die einen großen Teil ihrer Mittel von ausländischen

44 Shaul Magid, Antisemitism as Colonialism. Meir Kahane's „Ethics of Violence", in: Journal of Jewish Ethics 1 (November 2015), S. 5 f., 16.

45 Vgl. Idith Zertal/Akiva Eldar, Die Herren des Landes. Israel und die Siedlerbewegung seit 1967, München 2004, S. 361 ff.

46 Yair Sheleg, The battle of the „Jews" vs. the „Israelis", in: Haaretz, 17. 8. 2005.

47 Vgl. https://m.knesset.gov.il/EN/News/PressReleases/pages/Pr12164_pg.aspx [25. 3. 2020].

Mit CamScanner gescannt

Organisationen und Regierungen erhalten, diese Quellen in allen Publikationen anzugeben. Wie der Leiter einer dieser NGOs 2019 in einem persönlichen Gespräch berichtete, kommt diese Bestimmung dem Stempel „Verräter" gleich, den er auf allen Schriften seiner Organisation selbst anbringen muss.

Diese Wandlung des Antisemitismusbegriffs in Israel hatte auch Einfluss auf den Holocaust-Diskurs. Die Umdeutung des Internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Januar ist dafür ein gutes Beispiel. Der Jahrestag der Befreiung von Ausschwitz, an dem im Ausland der Opfer des Holocaust gedacht wird, wurde in Israel 2004 zum „Tag des Kampfes gegen Antisemitismus" umgetauft. Während der israelische Holocaust-Gedenktag, der „Tag der Katastrophe und des Heldentums", symbolisch weiterhin im Frühjahr zwischen dem Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto und dem israelischen Unabhängigkeitstag begangen wird, widmet die Regierung seit 2004 den Internationalen Gedenktag dem Problem des internationalen Antisemitismus. An diesem Tag wird jedes Jahr der Antisemitismus-Bericht des Diaspora-Ministeriums vorgelegt. Der Bericht von 2016 befasste sich auf 31 von 60 Seiten mit „anti-israelischer Hetze".[48] Über diese Israelisierung des Antisemitismus-Diskurses schrieben ein britischer und ein israelischer Forscher 2016: „Was ist die Judenfrage heute? Gibt es überhaupt noch eine ‚Judenfrage', abgesehen von einer ‚Israelfrage'?"[49]

48 Ministry of Diaspora Affairs. Report on: Antisemitism in 2016. Overview, Trends and Events. http://www.mda.gov.il/Antisemitism/Pages/Antisemitism.aspx [25. 3. 2020].

49 Toby Greene/Yossi Shain, The Israelization of British Jewry: Balancing between home and homeland, in: The British Journal of Politics and International Relations 18 (2016)4, S. 848.

Juliane Wetzel

Kampagnen um die Deutungshoheit über Antisemitismus

Seit über zwölf Jahren beteiligen sich die immer gleichen Personen an Kampagnen gegen das Zentrum für Antisemitismusforschung, weil sie die Deutungshoheit beanspruchen über das, was als antisemitisch einzuordnen ist. Dabei findet der Begriff „Antisemitismus" inflationären Gebrauch, und häufig werden selbst solche Aussagen als judenfeindlich eingestuft, die zwar als harsche Kritik an der israelischen Regierung, aber keinesfalls als antisemitisch zu werten sind, auch wenn es sicherlich in diesem Bereich Grauzonen gibt. Wenn selbst Schüler, die auf dem Schulhof ihre Mitschüler mit „Du Jude" beschimpfen, als Antisemiten tituliert werden, dann läuft etwas ziemlich schief. Wir alle wissen, dass Antisemitismus eng verbunden ist mit Verschwörungsdenken, mit bestimmten, Juden zugeschriebenen Charaktereigenschaften, die angeblich nicht überwunden werden können, und dass solche abstrusen Vorstellungen verbunden sind mit einer Weltanschauung, in der „den Juden" unterstellt wird, sie seien schuld an allem Unbill dieser Welt. Will man also allen Ernstes Kindern unterstellen, sie seien Teil einer solchen Sphäre? Es geht hier nicht darum, solche Beschimpfungen unwidersprochen hinzunehmen. Sie müssen thematisiert und bearbeitet werden, aber nicht als „Kampf gegen Antisemitismus". Das Schimpfwort „Du Jude" kann, muss aber keine antisemitische Konnotation haben. Es kann als Provokation eingesetzt werden und/oder es wird synonym zu „Du Opfer" verwendet. Die negative Zuschreibung rekurriert auf vermeintliches oder tatsächliches Wissen, das die Kinder in Schule, Elternhaus oder via Internet generiert haben: Juden werden

Mit CamScanner gescannt

in Bildung und öffentlichem Diskurs nahezu ausschließlich als Opfer wahrgenommen, positive Impressionen, Vielfalt und Normalität hingegen werden kaum vermittelt. Hat das Schimpfwort Konjunktur, weil „Juden" als Verlierer imaginiert werden, was dem jahrhundertealten Stereotyp, das den Juden Macht zuschreibt, widerspräche, oder ist es nicht vielmehr der Gedanke, dass die ehemaligen Opfer zu Tätern gemacht werden sollen, wie es in Bezug auf israelbezogenen Antisemitismus geschieht, um deutsche Verantwortung zu verdrängen? In jedem Fall kommt es immer darauf an zu hinterfragen, wer sagt was, wann und zu welchem Zweck, also um Kontextualisierung, um das Erkunden der dahinterstehenden Intention, um Interpretation und um die Entwicklung von Gegenstrategien.

Betroffene und Experten

Das wellenartige Auf und Ab antisemitischer Vorfälle in Europa seit Herbst 2000, die insgesamt auf einem höheren Niveau als in den 1990er-Jahren liegen, hat ein Szenario in Gang gesetzt, dessen sich Presse und Politik in regelmäßigen Abständen bedienen, um – ungeachtet aller tatsächlichen Zahlen –, immer wieder einen angeblich neuen extremen Anstieg des Antisemitismus zu behaupten. Nach der Veröffentlichung der Zahl der Straf- und Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund für das Jahr 2018 mahnten Presse und einige Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ein weiteres Mal, es handele sich um ein nie dagewesenes Niveau der Judenfeindschaft. Eine genauere Betrachtung der Werte der letzten 17 Jahre allerdings macht deutlich, dass etwa im Jahr 2006, infolge des sogenannten zweiten Libanonkrieges, mit 1809 antisemitischen Straf- und Gewalttaten (Fallzahlen) der gleiche Wert wie 2018 ermittelt wurde. In beiden Fällen handelt es sich um Ergebnisse einer Eingangsstatistik der Polizei, d. h. die Werte sind vergleichbar. Zieht man in Betracht, dass die Polizei heute sensibler dafür geworden ist, was sie bei der Erstermittlung

als antisemitische Straftat einstuft, dann sind die Zahlen von 2006 sogar noch dramatischer zu werten. Zu konstatieren ist allerdings dennoch ein Dunkelfeld, das auch darauf zurückzuführen ist, dass viele Betroffene antisemitische Vorfälle nicht melden und erst allmählich beginnen, Vertrauen in Recherchestellen zu fassen, die bei Anzeigen behilflich sind. Genau dies ist vermutlich auch einer der Gründe dafür, dass die Zahlen des Jahres 2019 mit 1839 Straf- und Gewalttaten auf ein höheres Niveau gestiegen sind.[1]

Neben den offiziellen Statistiken standen schon seit vielen Jahren Erhebungen von NGOs zur Verfügung, die aber von staatlicher Seite kaum anerkannt wurden. Seit 2015 hat sich die Lage insofern verändert, als sich mit dem Einsatz der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), die antisemitische Vorkommnisse registriert und mit staatlichen Behörden, der Polizei und Justiz in engem Austausch steht, das vermutete Dunkelfeld allmählich etwas aufhellen lässt.[2]

Es besteht allerdings auch die Gefahr, dass die erhobenen und dann veröffentlichten Zahlen ein Bild zeichnen, das eine permanente Zunahme antisemitischer Vorfälle suggeriert. Die Möglichkeit, antisemitische Übergriffe einer NGO und nicht der Polizei zu melden, erleichtert das Meldeverhalten und führt so automatisch zu einem Anstieg der Werte. Josef Schuster, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, bestätigte dies in seinem Interview mit den *Nürnberger Nachrichten* im April 2019: „Man muss diese Zahlen differenziert sehen. Wenn ich beginne solche Fälle systematisch zu erfassen und Menschen motiviere, auch antisemitische Vorfälle unter der

1 Antisemitische Straftaten 2019 (quartalsweise), https://www.petrapau.de/19_bundestag/dok/down/2019_zf_antisemitische_straftaten.pdf [dieser und alle anderen Links abgerufen am 10. 5. 2020].

2 RIAS existiert bisher nur in Berlin und seit Kurzem auch in Bayern. Geplant ist eine bundesweite Ausdehnung, dazu wurde im Oktober 2018 ein Verein zur bundesweiten Koordinierung von Meldestellen judenfeindlicher Vorfälle gegründet, https://www.report-antisemitism.de/#/de/about.

Mit CamScanner gescannt

Strafbarkeitsgrenze zu melden – wie wir es ja seit 1. April mit RIAS Bayern auch hier im Freistaat haben –, dann ist klar, dass die Anzahl der erfassten Vorgänge mehr wird. Denn bei RIAS müssen die Betroffenen nicht eine so hohe Hemmschwelle überwinden, wie wenn sie zur Polizei gehen und dort Anzeige erstatten. Der daraus resultierende Anstieg würde keine qualitative Veränderung bedeuten." Schuster warnte aber davor, den Anstieg nicht ernst zu nehmen, denn er würde die Lage eher abbilden als die bisherigen Statistiken.[3]

Schusters letzter Satz macht die Problematik der Erhebung antisemitischer Übergriffe deutlich. Die Statistiken sind jene der „Politisch Motivierten Kriminalität" (PMK), die ausschließlich Straf- und Gewalttaten und eben nicht Fälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze abbilden.

Die Differenzierungen zwischen den offiziellen Zahlen, die als Eingangsstatistik mögliche strafbare Handlungen registrieren, und den Zahlen von RIAS, die diese Engfassung nicht vornimmt und damit vergleichsweise höhere Werte ermittelt und zudem die Hürden, sich zu melden, vermindert hat, werden von den Medien häufig übersehen. Dadurch kommt es nicht selten zur medialen Zuschreibung einer kontinuierlich steigenden Anzahl antisemitischer Übergriffe, die nicht ohne Folgen für die jüdische Gemeinschaft bleibt, deren Ängste sich zum Teil auch aus der Präsenz des Themas in der Öffentlichkeit erklären lassen. Es wäre falsch, daraus den Schluss zu ziehen, dass antisemitische Übergriffe und Hass im Internet hier kleingeredet werden sollen. Für die jüdische Community ist diese Bedrohungslage nur schwer auszuhalten, sie muss deshalb von Gesellschaft und Politik ernst genommen werden. Ein wissenschaftlicher Zugang bedeutet aber auch, sich mit verlässlichen Quellen auseinanderzusetzen. Experten müssen Empfehlungen geben, wie die Quellenbasis verbessert werden kann, aber sie dürfen sich eben nicht vereinnahmen lassen von politischen Opportunitäten. Hinzu kommt, dass im Feld des

3 Nürnberger Nachrichten, 20. 4. 2019.

Antisemitismus eben jene selbst ernannten Experten agieren, die nur die aktuellen Verhältnisse im Blick haben; Kontext und Vergleichsebenen werden vernachlässigt oder gar gänzlich negiert. Auch wenn dies manche nicht hören wollen: Von antisemitischen Manifestationen betroffen zu sein bedeutet nicht, über eine Expertise für den Gesamtkomplex Antisemitismus zu verfügen. Selbst betroffen zu sein ist nicht gleichzeitig auch eine Gewähr dafür, die Situation nüchtern einschätzen zu können. Es ist nicht notwendig, einer Minderheit anzugehören, um die Bedrohungslage und das Diskriminierungspotenzial zu bewerten. Als Schwester eines Bruders mit Down Syndrom maße ich mir keinerlei Expertise über die Situation von Behinderten und deren tägliche Diskriminierungserfahrungen an.

Die Beachtung, die mögliche antisemitische Äußerungen in jüngster Zeit erfahren, ist für die Betroffenen ein wichtiges Zeichen, aber sie kann auch dazu führen, dass der Vorwurf „Antisemitismus" zu einer inflationär verwendeten Anschuldigung verkommt und nicht mehr mit der nötigen Sorgfalt behandelt wird. Ein Beispiel hierfür ist etwa die Debatte um die Band „Rammstein". Am 28. März 2019 veröffentlichte die Gruppe ihre Single „Deutschland", zuvor allerdings war bereits ein Trailer im Umlauf, der die Bandmitglieder in KZ-Häftlingskleidung mit gelbem Stern bzw. rosa Winkel an einem Galgen zeigte. Das Musikvideo ist ein Parforceritt durch die deutsche Geschichte von den Germanen bis heute. Die unterlegten Texte sind eine deutliche Absage an alle Deutschtümelei. Trotz großer Inszenierung und martialischer Bilder wird doch eine kritische Auseinandersetzung mit den einzelnen Epochen deutscher Geschichte deutlich, nicht zuletzt auch mit dem raffinierten Einsatz einer Afrodeutschen, die die Figur der Germania verkörpert. Rammstein stand nicht zum ersten Mal in der Kritik wegen NS-Reminiszenzen, etwa Anspielungen auf den Leni-Riefenstahl-Film über die Olympischen Spiele 1936. Durch den Teaser wollte die Band genau das erreichen, was durch die ebenso negativen wie leichtfertigen Reaktionen erfolgte, nämlich Aufmerksamkeit erzeugen und Verkaufszahlen steigern.

Mit CamScanner gescannt

In der üblichen Manier titelte *Bild* „Rammstein schockt mit KZ-Video".[4] Nach der reflexartigen Zuschreibung mancher Politiker und Vertreter von Verbänden, die Bilder seien von einer „widerlichen Geschmacklosigkeit", würden Grenzen bzw. rote Linien überschreiten und den Holocaust verharmlosen, erfolgte nach Erscheinen des Gesamtvideos keine öffentliche Zurücknahme des übereilten Urteils. In der Presse allerdings, die von *Bild* über *Welt Online*, *Hamburger Abendblatt*, *Tagesspiegel* bis hin zur *Süddeutschen Zeitung* Ende März über die vermeintlichen Provokationen berichtet hatte,[5] wurde so manche vorschnelle Behauptung zurückgenommen.[6] Daniel Killy kritisierte treffend Anfang April 2019 unter dem Titel „Rammstein. Oder der Fluch des vorschnellen Denkens" in den *Kieler Nachrichten* die überzogenen Äußerungen: „Die Band behandelt in ihrer allegorischen Reise durch die deutsche Geschichte das Thema Nazizeit und Massenmord mit dem ästhetisch wie sprachlich größtmöglichen Abscheu. [...] Wer der Band unterstellt, sie arbeite mit rechten Chiffren, ist wirklich ahnungslos. Rammstein entlarvt diese – in Wort und Bild. [...] Die ‚Deutschland'-Inszenierung ist eine wirklich meisterhafte Metapher auf alles, was so seit der Varus-Schlacht für deutsch gehalten wird und wurde."[7] Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung hatte der *Deutschen Presse-Agentur* gegenüber bereits Ende März geäußert,

4 Bild, 28. 3. 2019, https://www.bild.de/unterhaltung/leute/leute/rammstein-schockt-mit-kz-video-darf-man-die-nazi-zeit-fuer-pr-benutzen-60907904.bild.html.

5 U. a. Bild, 29. 3. 2019; Welt Online, 28. 3. 2019; Tagesspiegel, 29. 3. 2019; Hamburger Abendblatt, 29. 3. 2019; Süddeutsche Zeitung, 28. 3. 2019.

6 Siehe etwa Philipp Luther, Wer Rammstein Antisemitismus unterstellt, hat das neue Video nicht verstanden, in: Focus Online, 1. 4. 2019, https://www.focus.de/kultur/musik/neue-single-skandal-video-deutschland-rammstein-steigen-hinab-in-die-deutsche-seele_id_10521514.html [25. 4. 2019].

7 Daniel Killy/RND, Rammstein oder der Fluch des vorschnellen Denkens, in: Kieler Nachrichten, 2. 4. 2019, http://www.kn-online.de/Nachrichten/Kultur/Rammstein-oder-Der-Fluch-des-vorschnellen-Denkens; siehe auch Leipziger Volkszeitung, 1. 4. 2019.

dass man abwarten müsse, was die Band in ihrem neuen Album aufgenommen habe: „Sollten es Lieder gegen den Judenhass sein, wäre ich positiv überrascht."[8]

Es lässt sich sicherlich darüber streiten, ob solche Provokationen, wie sie der Teaser der Band verbreitete, unter die Kategorie Kunstfreiheit zu subsumieren sind oder ob das Spiel mit Bildern, die Erinnerungen an den Holocaust wachrufen, Grenzen überschreitet. Die reflexartige Reaktion jedoch, die die Band in die Nähe von antisemitischen Mustern rückte, gehört in das Repertoire eines inflationären Gebrauchs des Begriffs Antisemitismus.

Wenn Experten zwischen die Mühlsteine geraten

Über mehrere Jahre wurde die Bank für Sozialwirtschaft dafür kritisiert, ein Konto der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost" zu führen. Besonders massiv gegen die Bank gingen – neben anderen selbst ernannten Experten – einige Journalisten, Publizisten und Politiker vor, die die „Jüdische Stimme" als antisemitisch einstuften. Die Bank hatte sich, nach einer vorübergehenden Kündigung 2016, entschlossen, das Konto des Vereins doch wieder zuzulassen. Das rief die üblichen Protagonisten erneut auf den Plan. Die Bank entschied, ein Gutachten über die Organisation anfertigen zu lassen, das die Haltung der „Jüdischen Stimme" etwa gegenüber der antiisraelischen Boykottbewegung BDS genauer beleuchten sollte. Die Autorin dieses Beitrags wurde damit beauftragt, ein solches Gutachten zu erstellen. Sobald bekannt wurde, wer das Gutachten verfassen sollte, begannen die einen – ohne, dass nur eine einzige Zeile geschrieben war – mir Einseitigkeit und Ignoranz, Verharmlosung, das Verbreiten von Verschwörungstheorien vorzuwerfen bzw. in merkwürdigen Wendungen zu unterstellen, „keine

8 KZ-Anspielungen in Video – Empörung über Rammstein, dpa-Meldung, in: ZEIT Online, 28. 3. 2019.

Mit CamScanner gescannt

nennenswerte Ahnung vom jüdischen (sic) Antisemitismus" zu haben. Die andere Seite, die „Jüdische Stimme", war zu keinem Gespräch bereit und initiierte anstatt dessen lieber einen Brief, den 90 jüdische Wissenschaftler unterzeichneten. Darin findet sich folgender Wortlaut:

„Die deutsche Historikerin Dr. Juliane Wetzel übernahm die Aufgabe jenes Gutachten in Übereinstimmung mit der hochgradig politisierten und fragwürdigen Definition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaustgedenken (IHRA) zu erstellen. Dieses IHRA-Dokument kann gefährlich instrumentalisiert werden, um dem israelischen Staat Immunität gegen Kritik an schwerwiegenden und verbreiteten Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu verschaffen – Kritik, die für legitim und nötig erachtet wird, wenn sie sich gegen andere Länder richtet.

Dieses Vorgehen ist alarmierend: Repräsentanten des deutschen Staates, Finanzsektors und der Wissenschaft sind zusammengekommen, um gemeinsam ein Urteil darüber zu fällen, ob eine Gruppe von Juden und Israelis, darunter viele Nachkommen von Holocaust-Überlebenden, antisemitisch sei. Aus gutem Grund weigern sich Mitglieder der *Jüdischen Stimme*, bei einem solchen lächerlichen und schamlosen Unterfangen mitzuwirken. Als jüdische und israelische Akademiker und Intellektuelle, die dem Kampf gegen Antisemitismus und alle Formen von Rassismus verpflichtet sind, verurteilen wir die laufende Kampagne, die darauf abzielt, die *Jüdische Stimme* und ihre Mitglieder zum Schweigen zu bringen, unabhängig davon, ob wir mit allen ihren Positionen übereinstimmen oder nicht."[9]

Letztlich sprechen damit Wissenschaftler einer Kollegin die Kompetenz ab, als nicht-jüdische Deutsche ein Gutachten zu verfassen über eine Organisation, die sich als jüdisch definiert. Ist unter solchen Bedingungen ein seriöses wissenschaftliches Gutachten noch möglich?

9 Offener Brief: Der Einsatz für Menschenrechte ist nicht antisemitisch, 18. 1. 2019, https://www.juedische-stimme.de/2019/01/18/offener-brief-der-einsatz-fuer-menschenrechte-ist-nicht-antisemitisch/.

Angesichts der Problematik, zwischen alle Fronten zu geraten, wurde in Absprache mit der Bank entschieden, das Gutachten nicht zu verfassen. Am Ende hat die Bank das Konto der „Jüdischen Stimme" gekündigt. Inzwischen ist nahezu ein Jahr ins Land gezogen, und es stellt sich mehr denn je die Frage, welchen Sinn es gemacht hat, einer kleinen, eher unbedeutenden Gruppe eine derartige Aufmerksamkeit zu schenken und ihr damit eine Prominenz weit über ihren tatsächlichen Einfluss hinaus zu verleihen. Bedenkenswert ist es allerdings, dass sich letztlich die selbst ernannten Vertreter der Deutungshoheit über den Antisemitismus durchgesetzt haben und die Bank ihren Forderungen gefolgt ist.

Diese als „Experten" chargierenden Aktivisten gegen Antisemitismus glauben, mit ihrem angeblichen Sachverstand der Wissenschaft gegenüber überlegen zu sein, und gerieren sich entsprechend. Dies wird zunehmend zu einem Problem, weil jeder besser als die jahrzehntelang im Feld tätigen Forscher zu wissen glaubt, was Antisemitismus ist, und dies auch über entsprechende Medien – Print und online – hinausposaunen kann.

Jahrelang erklärten solche Leuten mit der Inbrunst der Überzeugung, das größte Problem in unserer Gesellschaft in Bezug auf Antisemitismus seien „die Muslime" und zuletzt seit 2015 vor allem auch „die Flüchtlinge", ohne nur die geringste empirische Grundlage dafür vorlegen zu können. Nach den Ereignissen der Jahre 2019/2020 scheint sich allmählich auch in diesen Reihen das Bewusstsein durchzusetzen, dass ein rechtsextremer Hintergrund jahrelang vernachlässigt wurde. Spätestens seit den Morden des NSU und der Rezeption des Berichts des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, dem ich als Ko-Koordinatorin angehörte, hätte sich eine solche Einschätzung der aktuellen Lage in Bezug auf Antisemitismus durchsetzen müssen. Noch immer wird zwar unterstellt, dass der – laut Statistiken – bei 90 Prozent der antisemitischen Straftaten festgestellte rechtsextreme Hintergrund nicht der Realität entspräche, aber die Stimmen sind leiser geworden. Selbst wenn es nur 80 Prozent wären, bleibt die Feststellung richtig,

Mit CamScanner gescannt

dass antisemitische Straftaten mehrheitlich aus dem rechtsextremen Umfeld stammen.

Die neuen selbst ernannten Experten aus Politik und Gesellschaft

Dass auch die Politik sich zu lange von der Annahme, Antisemitismus unter Muslimen sei das zentrale Problem, beeinflussen ließ, zeigte etwa die Debatte am 19. Januar 2018 im Deutschen Bundestag über einen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Antisemitismus entschlossen bekämpfen". Der Antrag rezipiert eine Vorstellung, die jeglicher empirischen Grundlagen entbehrt: „neu tritt durch Zuwanderung ein verstärkter Antisemitismus aus den Ländern Nordafrikas, dem Nahen und Mittleren Osten hinzu, in denen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit einen besonderen Nährboden haben". Zumindest wird einschränkend hinzugefügt: „Allerdings findet sich Antisemitismus in allen politischen Lagern und er nimmt mit dem Antizionismus und der Israelfeindlichkeit auch neue Formen an."[10]

Manche Politiker behaupten auch weiterhin – ungeachtet des Anschlags in Halle –, Antisemitismus sei primär ein Problem „der Muslime". Anstatt am 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz über die deutsche Verantwortung für den Genozid an den Juden zu reflektieren, fühlte sich der CDU-Politiker Philipp Amthor dazu berufen, an diesem Tag des Gedenkens die muslimische Minderheit zu diskreditieren. Er sagte in einem TV-Interview: Antisemitismus sei in „muslimischen Kulturkreisen besonders stark vertreten". Vor dem Hintergrund der angestiegenen Migration seien „an dieser Stelle

10 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Antisemitismus entschlossen bekämpfen, Drucksache 19/444, 17. 1. 2018, S. 1, https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/004/1900444.pdf.

natürlich viele Sorgen für die jüdische Bevölkerung da". Friedrich Merz, der 2000 eine „freiheitliche deutsche Leitkultur" beschworen hatte, die zehn Jahre später zu einer Kultur des „christlich-jüdischen Abendlandes" mutierte, schlug in dieselbe Kerbe: „75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz erleben wir erneut Antisemitismus – überwiegend von rechts, aber auch durch die Einwanderung von 2015/16. Viele bringen Judenhass mit, der in ihren Heimatländern gepredigt wird. Auch dafür darf es keine Toleranz geben."[11] Die Frage muss erlaubt sein, worauf die beiden Politiker ihre vermeintlichen Kenntnisse über Antisemitismus von Muslimen stützen, der in einem viel differenzierteren Licht gesehen werden muss und stark kontextabhängig ist.[12]

Vieles deutet darauf hin, dass die beiden Politiker ihre Behauptungen auf Aussagen in der Presse stützen, ohne sich je mit wirklichen Experten darüber ausgetauscht zu haben. Dies gilt in gleichem Maße auch für Historiker, die sich dazu hinreißen lassen, Aussagen zu treffen, die sie empirisch kaum belegen können. Michael Wolffsohn etwa hat ebenso wie Amthor und Merz den 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz benutzt, seine kritische Haltung gegenüber Muslimen zu untermauern: „Als ob etwa die muslimische Welt beim Judenmorden und im Zweiten Weltkrieg nicht mit den Hitler-Banden zusammengearbeitet hätte." Dass dies ein sehr einseitiger Blick auf die Geschehnisse wirft, zeigt einmal mehr Malte Lehming. In einem Artikel im

11 Zit. nach Marc Pfitzenmaier, Antisemitismus bei Muslimen kaum erforscht, in: Welt Online, 29. 1. 2020, https://www.welt.de/politik/deutschland/article205449325/Judenfeindlichkeit-Antisemitismus-bei-Muslimen-kaum-erforscht.html.

12 Siehe die Erkenntnisse aus der vom Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus in Auftrag gegebenen Pilotstudie: Sina Arnold/Jana König, Flucht und Antisemitismus. Erste Hinweise zu Erscheinungsformen von Antisemitismus bei Geflüchteten und mögliche Umgangsstrategien. Qualitative Befragung von Expert_innen und Geflüchteten. Expertise für den Expertenkreis Antisemitismus, Berlin 2016, https://www.bim.hu-berlin.de/media/Abschlussbericht_Flucht_und_Antisemitismus_SA_JK.pdf.

Mit CamScanner gescannt

Tagesspiegel Ende Januar 2020 weist er darauf hin, dass mehr Muslime an der Seite der Alliierten kämpften als aufseiten der Nationalsozialisten.[13] Wolffsohn hatte sich ja bereits mit seinem Buch „Die Deutschland Akte"[14] über die DDR von der seriösen Forschung entfernt.[15] Der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer schrieb damals in seiner Rezension: „Man muß kein verkalkter Professor sein um festzustellen, daß Wolffsohn sich mit diesem Buch aus der seriösen Wissenschaft abgemeldet hat. Er will nicht aufklären und erhellen, sondern denunzieren und enthüllen, nicht sine ira et studio untersuchen und verstehen, sondern bloßstellen und richten."[16]

Ähnliches ist bezüglich seiner Beiträge in der *Neuen Zürcher Zeitung* zu konstatieren. Ende Februar 2018 erklärte Wolffsohn in einem Interview mit dem Blatt, Gewalt gegen Juden in Deutschland gehe nur von Muslimen aus, rechter Antisemitismus dagegen sei marginal: „Teile der Mehrheitsgesellschaft haben sich mit antijüdischen und antizionistischen Extremisten aus Arabien identifiziert, vor allem Linke."[17] Im Verlauf des Interviews wird deutlich, dass Wolffsohn die

13 Malte Lehming, Muslimischer Antisemitismus: Was Wolffsohn, Amthor, Merz und Co. unterschlagen. Ein Kommentar, in: Der Tagesspiegel, 29. 1. 2020, https://www.tagesspiegel.de/politik/muslimischer-antisemitismus-was-wolffsohn-amthor-merz-und-co-unterschlagen/25482342.html.

14 Michael Wolffsohn, Die Deutschland Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995.

15 Angelika Königseder/Juliane Wetzel, Antisemitismus und Antifaschismus in der DDR. Kritische Betrachtungen zum Forschungsstand, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in der DDR, Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel, Berlin 2018, S. 204–231, hier S. 215–219.

16 Kurt Sontheimer, Verzicht auf intellektuelle Redlichkeit, in: Süddeutsche Zeitung, 12. 2. 1996.

17 Interview von Marc Felix Serrao mit Michael Wolffsohn: „Wir haben eine immer grösser werdende muslimische Minderheit, die sich radikalisiert", in: Neue Zürcher Zeitung, 27. 2. 2018, https://www.nzz.ch/feuilleton/der-historiker-michael-wolffsohn-sieht-in-einer-radikalisierten-muslimischen-minderheit-den-grund-fuer-wachsenden-antisemitismus-ld.1359869.

Kriminalstatistik falsch liest: „Viele Vorfälle landen unter dem Stichwort ‚Israel-Palästina-Konflikt' in einer anderen Statistik, der für politisch motivierte Kriminalität. Freundlich formuliert, könnte man von Verschleierung sprechen. [...] Es ist eine Lüge. Wenn ich mich in meinem jüdischen Bekanntenkreis umhöre, dann sagen alle das Gleiche: Gewalt gegen Juden geht ausschließlich von Muslimen aus." Der Historiker hat offensichtlich übersehen, dass zahlreiche Fälle der Kriminalstatistik sowohl dem Unterthema „Israel-Palästina-Konflikt" als auch der Rubrik „antisemitisch" zugeordnet werden. (2009: Von 350 Fällen, die unter die Rubrik „Israel-Palästina-Konflikt" fielen, sind 159 zusätzlich als „antisemitisch" eingestuft worden; 2014: 575 – 214; 2015: 62 – 31; 2016: 40 – 23).[18]

In jedem Fall bleibt die Frage, wie ein seriöser Historiker solche Thesen verbreiten kann, wenn es diesbezüglich keinerlei empirische Nachweise gibt. Endgültig erwiesen sich seine Erkenntnisse durch die Ereignisse in Halle als falsch. In jenem Interview vom Februar 2018 hatte Wolffsohn noch behauptet: „Der gewalttätige Antisemitismus kommt heute nicht von rechts, auch wenn die irreführenden Statistiken etwas anderes sagen."

An vorderster Front in Bezug auf Antisemitismuszuschreibungen an Muslime steht *Bild*. Im April 2019 titelte das Blatt: „Verfassungsschutz warnt: Antisemitismus von radikalen Muslimen immer

18 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Irene Mihalic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/10834 – Antisemitismus in Deutschland, Drucksache 18/1115218, 14. 2. 2017, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/111/1811152.pdf. Vgl. auch Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2017, S. 38, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf;jsessionid=E239B51B632F4ABE950CB3A9A1492863.1_cid364?__blob=publicationFile&v=4.

Mit CamScanner gescannt

schlimmer!"[19] In der Broschüre des Bundesamtes für Verfassungsschutz, auf die die *Bild* Bezug nimmt, sind solche Aussagen allerdings nicht zu finden. Sachlich werden die einzelnen Strömungen des Islamismus und etwaige antisemitische Tendenzen in der Szene in ihren verschiedenen Facetten beschrieben. Neu ist dies alles nicht, bereits der erste „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus" ist in seinem Bericht 2011 ausführlich auf die Fragen im Themenfeld „Migrationshintergrund und Antisemitismus" eingegangen.[20]

In Bezug auf antisemitische Tendenzen unter den Geflüchteten, die in Ländern sozialisiert wurden, in denen Antizionismus Staatsdoktrin ist, schränken die Autoren der Broschüre mit Bedacht ein: „Aus dieser Tatsache darf jedoch nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, dass jeder muslimische Flüchtling ein bewusster Antisemit ist."[21]

Der Alarmismus der *Bild*-Zeitung passt in die Stimmung, die uns in den letzten Jahren von der Boulevardpresse, aber auch von manchen seriösen Medien vermittelt wird. Der Fokus liegt einzig auf der Unterstellung, in unserem Land seien „die Muslime" das größte Problem im Hinblick auf Antisemitismus. Kaum öffentlich thematisiert wird hingegen die Verbreitung der Judenfeindschaft in der Mehrheitsgesellschaft. Und der Rechtsextremismus mit seinem integralen ideologischen Bestandteil Antisemitismus scheint in weiter Ferne.

19 Bild, 16. 4. 2019, https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/verfassungsschutz-antisemitismus-radikaler-muslime-immer-schlimmer-61266812.bild.html.

20 Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2011, S. 78–83, 92, siehe auch S. 109–126, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/antisemitismus-in-deutschland-bericht.pdf;jsessionid=E239B51B632F4ABE950CB3A9A1492863.1_cid364?__blob=publicationFile&v=3.

21 Bundesamt für Verfassungsschutz, Antisemitismus im Islamismus, Berlin 2019, S. 7, https://www.verfassungsschutz.de/de/download-manager/_broschuere-2019-06-antisemitismus-im-islamismus.pdf.

Dem Argument, die Geflüchteten seien in ihren Herkunftsländern von antizionistischen Ideen beeinflusst worden, und deshalb sei es kein Wunder, wenn sie den Antisemitismus nach Deutschland tragen würden, könnte man entgegenhalten, dass antizionistische Inhalte ebenso für die Bürger der DDR prägend waren und zur Staatsdoktrin der DDR gehört hatten. Auch sie haben ihre latent stärker oder weniger stark vorhandene Haltung nach der Wende nicht in manifesten Übergriffen kanalisiert.[22]

Leider verlassen sich viele Medien auf die Aussagen einiger weniger exponierter Personen, deren Expertise in anderen Bereichen durchaus anzuerkennen ist, die allerdings ihre Informationen über die aktuelle Situation des Antisemitismus in Deutschland häufig ebenfalls nur den Medien entnommen haben. So entsteht ein Zirkelschluss, den tatsächliche Experten nur schwer durchbrechen können, zumal wenn die Aussagen von Personen kommen, die eine jüdische Identität haben und damit per se als Fachleute für das Thema Antisemitismus gelten.

Es steht zu befürchten, dass jene Politiker, die den Antrag im Bundestag zur Resolution gegen die äußerst heterogene Bewegung „Boycott, Divestment and Sanction" (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen; BDS) forcierten, sich auf Aussagen gestützt haben, die eine sehr einseitige Position vertreten. Der „Unabhängige Expertenkreis", der im Auftrag des Deutschen Bundestages die Situation des Antisemitismus beurteilen sollte, hatte im Frühjahr 2017 konstatiert, dass „aufgrund der geringen Relevanz für den deutschsprachigen Raum die BDS-Bewegung [...], die sich gezielt mit einem Waren-Boykott gegen Israel richtet und sich dabei z. T. einer Sprache bedient, die die Grenze der Kritik an Israel als Staat überschreitet und antisemitische Stereotype nutzt",[23] in seinem

22 Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan, Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2019, S. 86.

23 Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, S. 155.

Mit CamScanner gescannt

Bericht keine Beachtung finde. Die BDS-Bewegung spiele international eine wichtige Rolle, dabei müsse jedoch unterschieden werden zwischen dem Boykott von Waren aus den Siedlungsgebieten und einem Boykott ganz Israels, der nicht nur Waren umfasse, sondern auch Personen mit einschließe.[24] BDS war in Deutschland – im Gegensatz etwa zu Großbritannien – lange Zeit eine Randerscheinung und hatte wenig Einfluss. Die Situation hat sich inzwischen geändert, nicht zuletzt deshalb, weil das mediale Interesse deutlich zunahm. Die Politik glaubte, gefordert zu sein. Kommunalpolitiker und Stadtverwaltungen sprachen sich gegen BDS aus und haben Veranstaltungen unterbunden. Die Mehrheit der im Bundestag vertretenen Parteien verabschiedete schließlich im Mai 2019 die Resolution,[25] die „Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung" als antisemitisch einstufte. Ob BDS grundsätzlich als antisemitisch einzuordnen ist, ist weiterhin Thema hitziger Debatten.

In jedem Fall kann es nicht Aufgabe des deutschen Parlaments sein, eine Bewegung ohne feste Strukturen undifferenziert als antisemitisch einzustufen. Dass die Bewegung kritisch zu beobachten ist, steht außer Zweifel. Aktionen von BDS überschreiten dann die Grenzen zum israelbezogenen Antisemitismus, wenn das Existenzrecht Israels infrage gestellt und das uneingeschränkte Rückkehrrecht aller Palästinenser gefordert wird, denn dies würde die israelische Bevölkerung vertreiben. Unbestritten hat die Kampagne in Deutschland einen anderen Zungenschlag als in anderen Ländern: „Kauft keine israelischen Waren" ruft Assoziationen an die Parole der NS-Zeit: „Kauft nicht bei Juden" hervor. Insofern wäre von den Anhängern der BDS-Bewegung und jenen, die einzelne Kampagnen unterstützen, in Deutschland mehr Sensibilität zu erwarten.

24 Siehe ebenda.

25 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen, Drucksache 19/10191, 15.5. 2019, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf.

Kritikern jener Positionen, die BDS als antisemitisch einstufen, wird etwa vorgeworfen, sie seien keine Antisemitismusforscher und könnten dies daher nicht beurteilen. Interessanterweise ist jene Wissenschaftlerin, die solchen Vorwurf erhebt, ebenfalls keine Antisemitismusforscherin, sondern Professorin für Allgemeine Linguistik. In ihrer Studie „Antisemitismus 2.0" aus dem Jahr 2018 hat sie einige wichtige Beispiele für die im Internet verbreiteten Formen von Antisemitismus und antisemitischer Hate Speech vorgelegt.[26] Die Langzeitstudie, die Daten für den Zeitraum 2007 bis 2017 erhoben hat, berücksichtigt allerdings nicht die Entstehung und Wandlung von Plattformen und problematisiert ebenso wenig, dass ein Teil des Anstiegs von Hasseinträgen auch darauf zurückzuführen ist, dass sich immer mehr Menschen dieses Mediums bedienen und insgesamt Gewalt im Web 2.0 stark angestiegen ist. Zudem werden Menschen unreflektiert als Antisemiten bezeichnet, ohne den Kontext zu hinterfragen oder Grauzonen zuzulassen. Dass Einträge in Chats, in Blogs, in Leserkommentarspalten, bei facebook oder twitter von ein und derselben Person stammen könnten, wird ebenso nicht in Betracht gezogen.[27]

Monika Schwarz-Friesel betont zu Recht, dass Antisemitismus ein Phänomen der Mitte der Gesellschaft sei, zugleich aber beschreibt sie das Phänomen Antisemitismus als unvergleichbar mit anderen Formen der Diskriminierung. Ihrer Meinung nach ist der Antisemitismus etwas Einzigartiges und nicht etwa mit antimuslimischem Rassismus zu vergleichen. Die Erfahrung mit der Bekämpfung judenfeindlicher Haltungen hat allerdings gezeigt, dass eine Sensibilisierung für das Phänomen

26 Monika Schwarz-Friesel, Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses, Berlin 2018 (Kurzfassung), https://www.linguistik.tu-berlin.de/fileadmin/fg72/Antisemitismus_2-0_kurz.pdf; Monika Schwarz-Friesel, Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl, Leipzig 2019.

27 Aufschlussreiche Studie. Wie Rechtsextreme Hetzkampagnen organisieren, dpa, 21. 2. 2018, https://www.t-online.de/digital/internet/id_83265998/recherchen-belegen-rechtsextreme-stimmungsmache-im-netz.html.

Mit CamScanner gescannt

Antisemitismus nur gelingen kann, wenn auch die Diskriminierungserfahrungen, denen sich etwa die muslimische Minderheit ausgesetzt sieht, ernst genommen werden, um dann antisemitische Vorstellungen gemeinsam zu bearbeiten.

Differenzierung ist nicht gefragt

Stefanie Schüler-Springorum, Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung, veröffentlichte Anfang März 2020 einen Kommentar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der unter dem Titel „Ein politisch aufgeheiztes Feld" völlig zu Recht einmal mehr eine Lanze für die Grundlagen eines seriösen Wissenschaftsverständnisses brach. Vergleich und Differenzierung als oberstes Gebot der Wissenschaft zu benennen bedeutet eigentlich, Eulen nach Athen tragen. Scheinbar muss diese Grundlage eines methodisch-systematischen Arbeitens im Bereich der hochgradig emotional aufgeladenen Forschung zu Antisemitismus immer wieder von Neuem verteidigt werden.

Die Reaktion auf den *FAZ*-Beitrag in den Sozialen Medien ließ nicht lange auf sich warten. Die bekannten Stimmen selbstermächtigten Sachverstandes meldeten sich zu Wort und versuchten, den Beitrag als dumm, banal und inkompetent abzukanzeln. Den Vorwurf der Inkompetenz kann man allerdings nur allzu leicht zurückspielen. Die Schreiber solcher Postings entlarven sich damit selbst als unwissende und sinnfreie Agitatoren, denen es offensichtlich nur darum geht, das einzige universitäre Forschungsinstitut in Deutschland, das sich interdisziplinär mit dem Thema Antisemitismus und seinen angrenzenden Themenfeldern beschäftigt und dabei selbstverständlich auch andere Formen von Diskriminierungen in den Blick nimmt, zu diskreditieren.

Die 2018 verstorbene niederländische Professorin für Moderne Jüdische Geschichte und Antisemitismusforscherin Evelien Gans hat schon vor Jahren kritisiert, dass ihre Forschung von politischen Aktivistinnen und Aktivisten regelmäßig angegriffen werde, weil sie das

Problem des heutigen Antisemitismus nicht – wie gewünscht – als ein Problem der Muslime brandmarkte. In einem Beitrag für das *NRC Handelsblad* brachte Gans die Lage auf den Punkt: „Der Kampf gegen den Antisemitismus hat sich zu einer Ideologie gegen die Muslime entwickelt."[28] Nach der Vorstellung der niederländischen Freiheitspartei, so Gans bereits 2010, seien linke Jüdinnen und Juden nicht „‚wirklich' jüdisch", sondern hätten sich dem Islam unterworfen. Mit solchen Vorstellungen gehe der Mythos einer muslimisch-jüdischen Verschwörung gegen den christlichen Westen einher.[29] Als Projektionsfläche für solche Zuschreibungen galt Job Cohen, der langjährige jüdische Amsterdamer Bürgermeister (2001–2010).

Einer der Protagonisten in dieser Auseinandersetzung war der in Wien geborene und in Amsterdam aufgewachsene israelische Publizist Manfred Gerstenfeld, der in seiner Publikation „Het Verval: Joden in een stuurloos Nederland" (Der Niedergang. Juden in den führungslosen Niederlanden) aus dem Jahr 2010, so Gans, allen Ernstes davon ausging, dass die Shoah wiederkehre und die Täter dieses Mal Muslime seien, und zwar auch niederländische, die von Cohen angestachelt würden. Cohen wurde, so Gans, von Gerstenfeld als feiger, niederträchtiger, „nichtjüdischer Jude" beschrieben.[30]

In der 2017 zusammen mit Remco Ensel herausgegebenen Publikation griff die Autorin das Thema nochmals auf: „Da Israel immer

28 Evelien Gans, De strijd tegen het antisemitisme is verworden tot ideologie tegen moslims, in: NRC Handelsblad, 8. 1. 2011, https://www.nrc.nl/handelsblad/2011/01/08/#202.

29 Evelien Gans, „Hamas, Hamas, alle Juden ins Gas" – Die Geschichte und Bedeutung einer antisemitischen Parole in den Niederlanden von 1945 bis 2010, in: Günther Jikeli/Kim Robin Stoller/Joëlle Allouche-Benayoun (Hrsg.), Umstrittene Geschichte: Ansichten zum Holocaust unter Muslimen im internationalen Vergleich, Frankfurt a. M./New York 2013, S. 155–183, hier S. 170.

30 Ebenda; Remco Ensel/Evelien Gans (Hrsg.), The Holocaust, Israel and "the Jew". Histories of Antisemitism in Postwar Dutch Society, Amsterdam 2017, S. 503.

Mit CamScanner gescannt

weiter nach rechts rückt, ist seine Instrumentalisierung als Partner im Kampf gegen den Islam umso bequemer."[31] Nach Gans verstärken „sich Islamfeindlichkeit und Antisemitismus gegenseitig".[32] Letztlich konstatierte die Forscherin Ähnlichkeiten zwischen dem Vorsitzenden der Freiheitspartei (PVV) Geert Wilders und Gerstenfeld: Beide seien anti-Islam, anti-Muslim, anti-Links und explizit pro-Israel.[33]

Gerstenfelds merkwürdige Zuschreibungen gipfelten im Februar 2019, vorgetragen in der *Jerusalem Post*, in dem Zerrbild, Berlin sei die europäische Hauptstadt des Antisemitismus, vor allem deshalb, weil die deutsche Regierung Hunderttausende von Antisemiten aus muslimischen Ländern ohne „Selektion" ins Land gelassen habe.[34] Schon indem der Autor eingangs vorschlägt, verschiedene Kategorien von europäischen Hauptstädten des Antisemitismus – gemäß ihrer jeweiligen Anzahl an Juden – zu schaffen, zeigt er, wie wenig er vom Phänomen des Antisemitismus versteht. Es ist für eine judenfeindliche Stimmung völlig unerheblich, wie viele Juden in einem Land oder in einer Stadt leben: Antisemitische Haltungen machen sich nicht an solchen Zahlen bzw. überhaupt an der Existenz von Juden fest, sondern sind Ergebnis von Verschwörungsdenken, das das Gerücht über „den Juden" rezipiert und stets auf einen imaginierten Juden und die ihm zugeschriebenen Eigenschaften abhebt.

Der skizzierte Fall in Amsterdam, bei dem besonders Evelien Gans, aber auch andere Wissenschaftler heftigsten Angriffen ausgesetzt waren,

31 Ensel/Gans (Hrsg.), The Holocaust, Israel and "the Jew", S. 508.

32 Het Parool, 13. 12. 2016, https://www.parool.nl/nieuws/hoogleraar-jodendom-evelien-gans-neemt-afscheid-met-dit-debat-maak-je-altijd-vijanden~b7f86eeb/?referer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F.

33 Ensel/Gans (Hrsg.), The Holocaust, Israel and "the Jew", S. 504.

34 Manfred Gerstenfeld, Berlin – Europe's antisemitism capital. The German government that resides there has in recent years allowed hundreds of thousands of antisemites from Muslim countries to immigrate without selection, in: Jerusalem Post, 8. 2. 2020, https://www.jpost.com/opinion/berlin-europes-antisemitism-capital-580076.

lässt vielleicht die These zu, dass die Debatte an jenen Orten eskaliert, an denen unterschiedliche jüdische Gruppierungen aufeinandertreffen, die z. T. erbittert darüber streiten, welche Position sie gegenüber dem Islam und einer potenziellen Bedrohung einnehmen.

In manch anderen Ländern, etwa in Norwegen, ist die wissenschaftliche Debattenkultur in Bezug auf Antisemitismus verglichen mit der Berliner Republik erfrischend normal, weil es keine emotionalen Aufgeregtheiten zu bändigen gilt, sondern divergierende Perspektiven seriös diskutiert werden können. Der wissenschaftliche Austausch ist oberste Maxime, unterschiedliche Herangehensweisen bzw. Wertungen werden zugelassen und ermöglichen es, dass der Diskurs über konträre Positionen zu einer besseren Erkenntnis führt, um schließlich Zugänge und Positionen weiterzuentwickeln. Ähnliches gilt für Großbritannien, und selbst in Österreich ist die Debatte nicht so emotional aufgeheizt wie in Deutschland.

Mit CamScanner gescannt

Wolfgang Benz

Anspruch auf Einzigartigkeit

Darf man Ressentiments gegenüber verschiedenen Minderheiten miteinander vergleichen?

Der Massenmord in Hanau im Februar 2020 war Ausdruck jener Islamfeindschaft, die Demagogen seit Langem propagieren,[1] obszön und rabiat aus der Dunkelzone des Internet, mit Argumenten aus ressentimentgesättigter Überzeugung in Qualitätsmedien vorgetragen, auf der Straße gepöbelt und neuerdings in den Parlamenten von Abgeordneten der „Alternative für Deutschland" deklamiert. Man muss nicht offen Gewalt gegen Muslime predigen (das geschieht in der Blogger-Szene freilich ebenso wie gegen Juden), die Botschaft wird auch ohne Aufforderung verstanden. Die Bekennerschreiben der Attentäter beweisen, wie Vorurteile und Feindkonstrukte als Handlungsanleitung funktionieren.

Im privaten Alltag wie im öffentlichen Leben spielen Vorurteile die Rolle von Katalysatoren für individuelle und kollektive Frustrationen und Aggressionen. Vorurteile verdichten sich zu Feindbildern, die als Bestandteile politischer Ideologien instrumentalisiert werden. Das negative Fremdbild steht am Anfang der agierten Feindseligkeit, die als individuelles fremdenfeindliches Delikt, als gemeinsamer Angriff gegen stigmatisierte Minderheiten, als kollektive Raserei gegen Fremde bis hin zum organisierten und geplanten Völkermord zum Ausdruck kommt.

1 Kay Sokolowsky, Feindbild Moslem, Berlin 2009; Angelika Königseder, Feindbild Islam, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17 (2008), S. 17–44; Bülent Uçar/Wassilis Kassis (Hrsg.), Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit, Osnabrück 2019.

Ressentiments sind gefährlich, sie beginnen als Vorurteil mit der Tendenz, im Hass gegen stigmatisierte Individuen, gegen Gruppen, ethnische, religiöse oder nationale Gemeinschaften zu kulminieren, in Hass, der sich durch Gewalt entlädt. Denn Ressentiments schaffen der Mehrheit, die sie lebt und agiert, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Überlegenheit auf Kosten von Minderheiten, die definiert, diskriminiert, ausgegrenzt werden. Die Ausgrenzung stiftet Gemeinschaftsgefühl und bietet außerdem schlichte Welterklärung in einem System von Gut und Böse, in dem beliebige Minderheiten – z. B. Juden, Asylbewerber, Muslime, „Zigeuner", Ausländer schlechthin – für Missstände, Bedrohungen und Bedrohungsängste, Mängel oder Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht sind. Die Ausgrenzung erfolgt durch Vorurteile und über Feindbilder.

Die Katastrophe in Hanau, bei der neun Menschen ihr Leben verloren, weil ein Muslimfeind zum Mörder wurde, hat der Politik endlich die Augen geöffnet für das Gewaltpotenzial der Islamfeinde. Innenminister Seehofer kündigte eine unabhängige Expertengruppe gegen Muslimfeindlichkeit an, damit „Hassprävention und Förderung der Demokratie weiter gestärkt" würden. Die Sachverständigen sollen „aktuelle und sich wandelnde Erscheinungsformen von Muslim- und Islamfeindschaft eingehend analysieren" und „Schnittmengen mit antisemitischen Haltungen" untersuchen.[2]

Dass Antisemitismus und Islamfeindschaft im Zusammenhang verstanden werden, klingt sensationell, wenn man sich der Kampagnen erinnert, die Aktivisten führen, weil sie keine Gemeinsamkeiten zwischen Judenhass und Muslimfeindschaft sehen wollen, weil ihnen schon der Vergleich der Methoden von Diskriminierung gegen die beiden Minderheiten als Tabubruch vorkommt. Da von Juden noch nie eine Bedrohung der Mehrheit ausgegangen sei, verbiete sich der Vergleich von Ressentiments gegen Muslime mit denen gegen Juden, lautet

2 Bundesinnenminister Seehofer beschließt Expertenkreis gegen Islamfeindlichkeit, dpa-Meldung 29. 2. 2020.

Mit CamScanner gescannt

ein Argument. Noch schlichter ist das Missverständnis, wer Antisemitismus mit Islamfeindschaft vergleiche, setze Juden und Muslime gleich.

Mit solchen und ähnlichen Parolen kämpfen Fanatiker gegen eine vergleichende Ressentimentforschung, die das Ziel hat, die Mechanismen der Ausgrenzung von Minderheiten durch Mehrheitsgesellschaften zu ergründen. Und zwar mit dem Ziel, wirksamere Strategien gegen Antisemitismus, Islamfeindschaft, Antiziganismus und alle anderen Formen der Dämonisierung, Verachtung, Unterdrückung zu finden. Die Einzigartigkeit jüdischen Schicksals steht dabei so wenig infrage wie die Singularität des Holocaust. Auch Genozidforschung muss in vergleichender Perspektive betrieben werden. Der Holocaust war einzigartig wegen der Konsequenz ideologischer Zielgerichtetheit, wegen der Verbindung aus Propaganda gegen die Betroffenen mit dem Ziel der Akzeptanz des Völkermords durch die Mehrheitsgesellschaft und gleichzeitiger Geheimhaltung der Methoden, der Orte und des Personals seiner Durchführung. Und der Mord an sechs Millionen europäischen Juden war auch in seiner Dimension ohne Vorbild.

Die Würde keines einzigen Opfers des Judenmords ist angetastet, wenn man durch Vergleich zu enträtseln sucht, wie Ressentiments zu Vernichtungsfantasien verdichtet und zu Vernichtungsmacht konkretisiert werden zum Leid der Opfer, die vor ihrer Ermordung entrechtet und gedemütigt und Qualen unterworfen wurden, die als Ausfluss von Atavismus und Barbarei von Militärs und Bürokraten, von Bürgern und Nachbarn so leicht agiert wurden, wie sie schwer zu erklären sind. Eine Methode der Forschung ist der Vergleich, und seine Absicht ist das Verstehen der Beweggründe gewaltsamen Handelns.[3] Der Judenmord unter nationalsozialistischer Ideologie bleibt das Paradigma für die vergleichende Genozidforschung. Die Einzigartigkeit des Holocaust liegt in der Dimension, der Systematik und Perfektion des zielgerichteten Mordens sowie in dem territorial unbegrenzten Anspruch

3 Vgl. Jacques Sémelin, Säubern und Vernichten. Die Politik der Massaker und Völkermorde, Hamburg 2007.

der Vernichtung, sie ist durch die vergleichende Betrachtung anderer Völkermorde nicht tangiert.[4]

Genozidforschung ist eine junge Disziplin, die wie die Ressentimentforschung wesentlich vom Vergleich der Ereignisse und Erscheinungen lebt. Der traditionell geübten Marginalisierung genozidalen Geschehens und – den vor noch nicht langer Zeit entstandenen und verdächtig rasch eingebürgerten Begriff aufgreifend – „ethnischer Säuberung" im öffentlichen Diskurs ist als komplementäres Verhalten der schiefe Vergleich zur Seite getreten, der Bevölkerungstransfer ohne genozidales Motiv aufgrund seiner Phänomenologie als Völkermord verstanden wissen will, um damit Interessen durchzusetzen.

Vergleichende Genozidforschung ist sich der jeweiligen Eigenart des Ereignisses bewusst. Vergleich als wissenschaftliche Methode bedeutet weder „Gleichsetzung" noch Nivellierung oder Marginalisierung. Vergleichende Genozidforschung leistet deshalb auch keiner Opferkonkurrenz Vorschub und lässt sich nicht in den Dienst politischer Interessen nehmen.

Zum Wesen des Völkermords gehören nicht nur die staatliche Organisation, die ihr zugrunde liegende ideologische Intention, sondern auch die aus Vorurteilen und Feindbildern entstandenen Emotionen der Täter (Hass, Scham, Schuldbewusstsein oder trotzige Abwehr) und die Traumata der Opfer und ihrer jeweiligen Nachkommen. Gegenstände der vergleichenden Genozidforschung sind außer der Rekonstruktion des Geschehenen, der Analyse der Motive, Triebkräfte und Interessen deshalb auch die Folgen des Völkermords, nämlich die gesellschaftliche, politische und juristische Aufarbeitung des Genozids und seine psychologischen und moralischen Wirkungen in dem Kontext, in dem der Völkermord geschah. Ziel einer vergleichenden Genozidforschung bleibt die Prävention (dazu ist komparatistisches

4 Vgl. Yehuda Bauer, Holocaust und Genozid heute, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Vorurteil und Genozid. Ideologische Prämissen des Völkermords, Wien 2010, S. 275–292.

Mit CamScanner gescannt

Vorgehen unerlässlich) – auch wenn der referierende Historiker angesichts des vielfachen Ausbruchs von genozidaler Massengewalt in den Jahrzehnten seit dem nationalsozialistischen Judenmord sich einer gewissen Resignation nicht erwehren kann.

Im 19. Jahrhundert entstand der „moderne Antisemitismus" als Ideologie der Judenfeindschaft, vorgetragen in Traktaten und Schriften, in denen stereotyp argumentiert wurde, dass Juden Fremde seien, mit der Absicht ins Land gekommen, dieses zu erobern und zu unterwerfen. Ihre Ansprüche auf Herrschaft und Dominanz müssten abgewehrt werden. Wilhelm Marr, einer der Begründer des Rassenantisemitismus, argumentierte: „Ein Volk von geborenen Kaufleuten unter uns, die Juden, hat eine Aristokratie, die des Geldes, geschaffen, welche alles zermalmt von oben her, aber, zugleich auch eine kaufmännische Pöbelherrschaft, welche durch Schacher und Wucher von unten herauf die Gesellschaft zerfrißt und zersetzt. Zwischen der semitischen Oligarchie und der dito Ochlokratie wird die Gesellschaft zerrieben wie Korn zwischen zwei Mühlsteinen."[5]

Das war um das Jahr 1880. Die Folgen der Panikmache durch Antisemiten sind bekannt und noch lange nicht überwunden. Heute ist auch das Feindbild Islam aktuell, und es zeigt sich: Die Methode der Diskriminierung ist von einer Gruppe auf eine andere übertragbar. So behaupten Feinde des Islam, Muslime seien durch Gebote ihrer Religion zu Bösem verpflichtet. Ähnlich der akuten Koranhetze trieben einst die Propagandisten des Antisemitismus Talmudhetze.

Wenn ein Demagoge in der Attitüde des Sachverständigen behauptet, „der Islam" folge einer „eingewachsenen Tendenz zu einer ganz natürlichen und historisch vielfach bestätigten Dominanz",[6] dann ist das

5 Wilhelm Marr, Goldene Ratten und rothe Mäuse, Chemnitz o. J. [1880], S. 29.

6 Hans-Peter Raddatz, Wer beleidigt Allah, in: Junge Freiheit, 6. 4. 2001; vgl. Peter Widman, Der Feind kommt aus dem Morgenland. Rechtspopulistische „Islamkritiker" um den Publizisten Hans-Peter Raddatz suchen die Opfergemeinschaft mit Juden, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17 (2008), S. 45–68.

lediglich vornehmer formuliert als die Pöbelei in einem Internetforum: „Ich bin weder rechts noch links, habe auch nichts gegen Ausländer. Ich habe aber etwas dagegen, wenn bildungsferne muslimische Einwanderer unsere Kultur zerstören und uns mit ihrem irrwitzigen Aberglauben das Leben vermiesen wollen. Ich habe etwas dagegen, dass immer mehr integrationsunwillige Muslime bestimmen wollen, wo es lang zu gehen hat."[7]

Die als negativ empfundene Eigenart der „Anderen", kulturell, ethnisch, religiös oder wie auch immer definiert, dient der Hebung des eigenen Selbstbewusstseins und fixiert es durch die Gewissheit, dass die Anderen nicht integrationsfähig oder assimilationsbereit oder von ihrer Konstitution her kriminell, asozial und aggressiv sind bis hin zu Verschwörungsfantasien, nach denen eine Minderheit Dominanz über die Mehrheit erstrebe. Die Stereotypen in der Wahrnehmung von Minderheiten dienen der Selbstvergewisserung der Mehrheit und der Fortdauer des prekären sozialen Status der jeweiligen Minorität. Sozialpsychologisch sind die Existenz von Vorurteilen und ihre Attraktivität leicht zu erklären, das darin gestaute Konfliktpotenzial ist erheblich und bedeutet für das Zusammenleben der Menschen in einer komplexen Gesellschaft eine latente Bedrohung.

Ressentiments gegen den Islam haben seit dem 11. September 2001 weltweit Konjunktur. Das auf Vorurteilen und Zuschreibungen gegründete, mit Stereotypen agierende, verbreitete Ängste instrumentalisierende Feindbild Islam hat sich auf einem politisch-sozialen Aktionsfeld etabliert, das Impulse von Moscheebau-Projekten, aus Debatten über Kopftuch und Zwangsehe, über die von obskuren Publizisten beschworene Gefahr einer „Islamisierung Europas" erhält. Politisch agiert wird das Feindbild durch die Partei „Alternative für Deutschland" und – auf gleichem intellektuellem Niveau, nämlich Mutmaßung und Selbstgewissheit – am Stammtisch und bei Kundgebungen der Gruppierung Pegida.

7 Zit. nach Yasemin Shooman, Islamfeindschaft im World Wide Web, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17 (2008), S. 69–96, hier S. 93.

Mit CamScanner gescannt

Ein Kulminationspunkt war im September 2008 erreicht, als Islam-Feinde sich mit Rechtsextremen in Köln zum Protest gegen Liberalität und Toleranz vereinten. Der „Anti-Islamisierungs-Kongress" war freilich, dank der großen Zahl der Gegendemonstranten und dank bürgerlichen Engagements gegen xenophobische Hysterie, nicht die machtvolle „Kraftprobe gegen die *Political Correctness*" geworden, wie eine damals vom Verfassungsschutz beobachtete Zeitung im Vorfeld frohlockt hatte, sondern gescheitert. Das gleiche Blatt spricht von „Landnahme" und propagiert Widerstand gegen Überfremdung angesichts eines vermuteten Ansturms auf Europa. Differenziert wird dabei – und darum geht es – nicht oder nicht genug zwischen der Mehrheit friedlicher Anhänger der islamischen Religion und einer kleinen Minderheit extremer und gefährlicher Islamisten, die keineswegs im Einklang mit der Mehrheit der Muslime steht. Die solchem Verfolgungseifer Abgeneigten, die Toleranz als Grundverabredung der demokratischen Gesellschaft verstehen, werden diffamiert als „Quislinge und Karrieristen, die früh in das Lager der kommenden Mächte übergelaufen sind und als eloquente Konvertiten, Vorzeige-Imame oder Verbandsfunktionäre ihren Renegatenfanatismus ganz in den Dienst der Bewegung stellen".[8]

Aus der Perspektive der Vorurteilsforschung ist das Phänomen der Islamfeindschaft deshalb interessant, weil weithin mit Stereotypen argumentiert wird, die aus der Antisemitismusforschung bekannt sind, etwa der Behauptung, die jüdische bzw. die islamische Religion sei inhuman und verlange von ihren Anhängern unmoralische oder aggressive Verhaltensweisen gegenüber Andersgläubigen. Anlass für die intensive Beachtung dieses Problemfelds besteht also durchaus.

Die Horrorszenarien, mit denen Überfremdungsängste stimuliert werden, finden sich nicht nur im rechten Spektrum, sie werden auch in angesehenen Zeitungen und Zeitschriften entfaltet, von „Experten" vorgetragen, in Talkshows debattiert. Ressentiments grassieren

8 Zeichen der Landnahme, in: Junge Freiheit 19. 9. 2008.

aber ungehemmt vor allem im Internet. Dass mit der Gleichsetzung des Islam (also der Mehrheit friedlicher Muslime) und radikaler Islamisten (einer terroristischen Minderheit von Extremisten) irrationale Verschwörungsmythen und Fremdenfeindlichkeit propagiert werden, ist das Resultat von Bedrohungsfantasien, die sich gegen die Idee der Toleranz als einer zentralen Kategorie der demokratischen Werteordnung zum Hass ausweiten.

Das Plädoyer für eine vergleichende Betrachtung von Feindbildern, für die Untersuchung von deren Strukturen und Wirkungen ist mit dem Hinweis auf Muster, die aus der Antisemitismusforschung geläufig sind, leicht zu belegen. Eines der bösartigsten und wirkungsmächtigsten Pamphlete gegen die Emanzipation der Juden erschien 1791 anonym mit dem Verlagsort „Germanien" unter dem Titel „Über die physische und moralische Verfassung der heutigen Juden".[9] Die im Untertitel apostrophierte „Stimme eines Kosmopoliten" war die des preußischen Justizrats Karl Wilhelm Friedrich Grattenauer. Das Buch markiert den Übergang vom Antijudaismus zum Antisemitismus (der Begriff war noch nicht geprägt und die rassistische Argumentation war noch nicht entwickelt, warf aber Schatten voraus), und die Begründungen, die Grattenauer für seine Ressentiments fand, wurden stilbildend.

Die Stereotypen, die Grattenauer verwendet, sind ebenso wie seine Metaphorik, in der Juden als Fäulniserreger und Schädlinge erschienen und mit unangenehmen physischen Eigenschaften behaftet waren, Bestandteil des antisemitischen Repertoires. Grattenauer konstatierte, die jüdische Religion gipfele in einer schlechten Sittenlehre und deshalb mache die Ausübung ihrer Religion die Juden zu schlechten Menschen und untauglich als Bürger. Sie hielten es „für einen Glaubens-Artikel, die Christen zu betrügen, und zu hintergehen, und machen sich, vermöge ihrer schlechten Moralität ein Verdienst daraus, treulos, unred-

9 [Karl Wilhelm Friedrich Grattenauer], Über die physische und moralische Verfassung der heutigen Juden. Stimme eines Kosmopoliten, Germanien [Leipzig] o. J. [1791].

Mit CamScanner gescannt

lich, falsch, und lieblos gegen die Bekenner des christlichen Namens zu seyn. Aus diesem Gesichtspunkt, muß man die Juden betrachten, und da sie so verstockt, und hartnäckig in ihrem verkehrten Glauben sind, daß sie jeder bessern Einsicht und Erkenntnis, im Geist, und in der Wahrheit muthwillig widerstreben, so folgt schon daraus, daß sie qua Juden, zu Bürgern untüchtig sind [...]."[10]

Die Schrift, in der Grattenauer Vorschläge zur Ghettoisierung und Deportation machte, war sensationell erfolgreich und löste eine öffentliche, mit Traktaten und Pamphleten ausgetragene Debatte aus, die 1803 von der preußischen Zensur gestoppt wurde.

Grattenauer war jedoch nicht der Erste, der Judenfeindschaft in schriftliche Formen brachte. Der wahrscheinlich wirkungsmächtigste Judenfeind, der seinen Judenhass als Frucht jahrzehntelanger Gelehrsamkeit deklarierte, war Johann Andreas Eisenmenger, geboren 1654 in Mannheim (dort ist er 1704 auch gestorben). Er war ab 1700 Professor für orientalische Sprachen in Heidelberg. Sein zweibändiges, 1700 im Selbstverlag publiziertes Werk „Entdecktes Judentum"[11] war das Initial einer Judenfeindschaft, die in der Tradition des christlichen, religiös fundamentierten Antijudaismus argumentierte, aber die Säkularisierung der Judenfeindschaft durch Zuschreibungen über ihr Wesen und ihren Charakter vorbereitete und die wichtigsten Stereotypen über „Die Juden" fixierte.

Die Wirkung Eisenmengers bestand in der Installation der Vorstellung vom Juden, der durch die Lehren seiner Religion zu abscheulichen Handlungen im täglichen Leben verpflichtet ist, zu Handlungen wie

10 Ebenda, Vorrede.

11 Joh.[ann] Andr.[eas] Eisenmenger's, weiland Professors der Orient. Sprachen an der Universität Heidelberg, Entdecktes Judentum. Das ist: Wortgetreue Verdeutschung der wichtigsten Stellen des Talmuds und der sonstigen, den Christen zu einem großen Teile noch ganz unbekannten, hebräisch-rabbinischen Litteratur, welche einen sicheren Einblick in die jüdische Religions- und Sittenlehre gewähren. Zeitgemäß überarb. u. hrsg. von Dr. Franz Xaver Schieferl, Dresden 1893.

Betrug, Diebstahl, Wucher, sexueller Lüsternheit, und zwar gerichtet gegen Nichtjuden: Eisenmenger stützte sich auf die Exegese des Talmuds und rabbinischer Literatur; mit der Autorität des Wissenschaftlers verkündete der Philologe seine für Laien nicht nachvollziehbaren, aus hebräischem Schrifttum gewonnenen Erkenntnisse.

Zu den Folgen des Eisenmenger-Buches gehört nicht nur die weitverbreitete und viel zitierte Abhandlung des katholischen Theologen August Rohling, die unter dem Titel „Der Talmudjude" 1871 erschien.[12] Die Denunziation des Talmud als geheimnisvoller Gebrauchsanweisung jüdischer Heimtücke wurde damit gängiges Ingredienz des antisemitischen Weltbilds bis zum Rechtsextremismus der Gegenwart.

Ein anderer Epigone Eisenmengers, einer von Hunderten, war Christian Frank, der sich ausdrücklich auf dessen Talmud-Polemik bezog und sie zu einem Bild verdichtete, in dem „die Juden" revolutionären Umsturz gegen die christlichen Staaten planten, die Weltmacht durch Geldherrschaft anstrebten, die öffentliche Meinung vergifteten und erklärte Feinde von Christentum und Sittlichkeit seien.[13] Der Weg zu einem ebenso unerfreulichen wie wirkungsmächtigen Fanal des modernen Antisemitismus, zu den „Protokollen der Weisen von Zion", ist von dieser Argumentation aus geradlinig und kurz. Gerade dieses Beispiel (das islamistische Fundamentalisten übernommen haben als Waffe gegen Israel und „die Juden") lehrt uns, wie Vorurteile gegen eine Gruppe zum Feindbild destilliert und dann instrumentalisiert werden. Das Beispiel lehrt auch, wie zählebig solche Konstrukte der Stigmatisierung sind und wie verantwortungslos es ist, sie in die Welt zu setzen.

12 August Rohling, Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Juden und Christen aller Stände, Münster 1873.

13 Christian Frank, Die Juden und das Judenthum wie sie sind. Dargestellt aus ihren eigenen Schriften als die erklärten Feinde des Christenthums und der reinen Sittlichkeit, ihrer Geschichte, ihrer Schriften und der Erfahrung gemäß erkannt als offene und geheime Störer des bürgerlichen und moralischen Wohlstandes christlicher Staaten, Köln 1816.

Mit CamScanner gescannt

Die „Protokolle der Weisen von Zion“[14] sind heute, mehr als ein Jahrhundert nach ihrer Entstehung, weltweit verbreitet wie nie zuvor, nicht zuletzt durch die Möglichkeiten, die das Internet Fanatikern eröffnet. Aber auch durch die suggestive Kraft des Irrationalen. Verschwörungsfantasien gehören zur Grundausstattung aller Arten von Gruppendiskriminierung.

Auch Muslimfeinde benutzen gerne schlichte Welterklärungen, wie sie Verschwörungstheorien bieten. So entwarf Udo Ulfkotte, einstmals Redakteur der *Frankfurter Allgemeinen*, dann als selbsternannter Islam-Experte und Verschwörungstheoretiker Erfolgsautor des rechtslastig-dubiosen Kopp-Verlags, ein düsteres Gemälde, mit dem er die bevorstehende „muslimische Weltrevolution“ beschwor. In seinem Buch „Heiliger Krieg in Europa“ schildert er die Bedrohung durch den „zentralen Geheimbund, der mit grenzenlosem Hass und einer langfristigen Strategie die europäische Kultur zu zerstören sucht“.[15] Autor Ulfkotte hatte den verschwörerischen Geheimbund in der Muslim-Bruderschaft ausgemacht, die 1982 einen „Masterplan“ zur Eroberung der Welt ausgeheckt habe, der 2001 in der Schweiz bei einer Hausdurchsuchung gefunden worden sei. Dass es die Muslim-Bruderschaft tatsächlich gibt, weiß jeder Zeitungsleser, der Rest entsprang Ulfkottes Fantasie: „Die Muslim-Bruderschaft hat einen geheimen Plan zur Unterwanderung nichtmuslimischer Staaten. Das ist keine Verschwörungstheorie, denn sie bekennt sich freimütig zu diesem Ziel.“[16] Das kann der Autor zwar nicht beweisen, aber Gläubigen genügt die Versicherung des jeweiligen Vordenkers, es verhalte sich so, wie er es schildere, egal ob es sich um die „Protokolle der Weisen von Zion“ handelt oder um den Heiligen Krieg Ulfkottes.

14 Wolfgang Benz, Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung, München 2007.

15 Udo Ulfkotte, Heiliger Krieg in Europa. Wie die radikale Muslim-Bruderschaft unsere Gesellschaft bedroht, Frankfurt a. M. 2007, S. 11.

16 Ebenda.

Autoren wie Udo Ulfkotte bemühen sich publikumswirksam mit demagogischen Büchern darum, als Experten für die Gefahren aus dem Orient wahrgenommen zu werden. In Talkshows sind solche Populisten willkommen, die Ängste schüren und Gefahren beschwören, die nicht existieren. Die Panikmache verkauft sich gut. In einer ganzseitigen farbigen Anzeige wurde in einem Fernsehmagazin, das Tageszeitungen beiliegt, für ein Buch geworben, das unter dem Titel „SOS Abendland. Die schleichende Islamisierung Europas" gegen den Islam Stimmung macht. Der Werbetext stimuliert das Bedürfnis vieler nach schlichten Welterklärungen, adaptiert die Überwältigungsfantasien der Judenfeinde des 19. Jahrhunderts und mobilisiert Feindbilder mit suggestiven Fragen:

> „Wissen Sie, in welchem europäischen Land ... [...]
> – die wachsende Zahl von Vergewaltigungen durch Mitbürger aus dem islamischen Kulturkreis mit dem ‚Klimawandel' begründet wird?
> – Muslime in arabischer Sprache darüber aufgeklärt werden, dass die Einheimischen nicht Menschen zweiter Klasse sind, sondern auch Menschenrechte haben? [...]
> – die Polizei nicht eingreifen durfte, als junge muslimische Demonstranten öffentlich die Vergasung von Juden forderten?
> – 70 Prozent der inhaftierten Straftäter Muslime sind?"[17]

Die Ankündigung ist Verheißung und Drohung zugleich: „In diesem Buch lesen Sie, was die Islamisten gerne vor Ihnen verborgen hätten. Es ist die wohl erschreckendste Chronologie über die Ausbreitung des Islam in Europa. Hier erfahren Sie aber auch, was Ihnen die deutschen

17 rtv. Das Fernsehmagazin Ihrer Zeitung Nr. 44, 2008, siehe auch: https://www.amazon.de/SOS-Abendland-schleichende-Islamisierung-Europas/dp/3938516720 [9. 5. 2020]. Eine fast identische Anzeige erschien in der Mitgliederzeitschrift des ADAC: Motorwelt Heft 12, Dezember 2008.

Mit CamScanner gescannt

Massenmedien verschweigen. Fakten, die Ihnen den Atem stocken lassen – in einer Fülle, die erdrückend ist. Was schon lange prophezeit wurde, scheint nun finstere Realität zu werden: Der Untergang des Abendlands."[18]

An anderer Stelle finden wir Argumente gegen Muslime in der Migrationsgesellschaft, die demselben Muster folgen. Der Artikel in der *Jungen Freiheit*, der aus Anlass der Kölner Demonstration im September 2008 erschien, lädt zur Gleichsetzung des terroristischen Islamismus als totalitärer Herausforderung des 21. Jahrhunderts mit allen muslimischen Bürgern ein: „Die Gefahr geht dabei keineswegs allein von den auch bei uns längst heimischen islamistischen Terroristen und Gotteskriegern aus, die sich – ob zu Recht oder zu Unrecht – von der Lehre ihres Propheten in einem Maße in ihrem blutigen und mörderischen Treiben aufgefordert und bestätigt sehen, das bei den Anhängern anderer großer Religionen bislang ohne Beispiel ist. Für Europa und speziell für die Deutschen hat die islamische Herausforderung eine eigene, demographische Brisanz. Den altersmüden Einheimischen und ihrer vom Drang zum kollektiven Aussterben gezeichneten Kinder- und Zukunftsverweigerung steht eine vitale muslimische Einwanderung gegenüber, die längst nicht mehr allein über die ohnehin meist abmontierten Schlagbäume führt, sondern tagtäglich in den Kreißsälen stattfindet."[19]

Die Botschaft solcher Niedergangsliteratur (die einst mit Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes" begann) wurde mit sozialdarwinistischer und kulturrassistischer Stoßrichtung von Thilo Sarrazin aufgenommen und zu dem Pamphlet verarbeitet, das rasch zur Ikone von Ängsten geplagter Wutbürger wurde.[20] Frappierend am Erfolg

18 rtv. Das Fernsehmagazin Ihrer Zeitung Nr. 44, 2008.

19 Zeichen der Landnahme, in: Junge Freiheit, 19. 9. 2008, S. 1.

20 Zur Valenz der Thesen Sarrazins vgl. das Dossier des VW-Forschungsprojektes an der Humboldt-Universität: Naika Foroutan (Hrsg.) Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen

des mäßig recherchierten und ohne intellektuellen Anspruch argumentierenden apodiktischen Buches ist sein Publikum: besitzendes, gebildetes Bürgertum, keineswegs die an den Reibeflächen der Integration lebenden Bewohner sozial prekärer Stadtviertel. Das ist ein Indiz für ähnliche Probleme, die im 19. Jahrhundert beginnend auf dem Rücken der jüdischen Minderheit ausgetragen wurden: Angeführt vom Historiker Heinrich von Treitschke, der 1879 vor den aus dem Osten „hereinflutenden" Juden warnte und die demografische Katastrophe prophezeite, die Sarrazin 130 Jahre später abermals ausmacht (lediglich die Angreifer sind andere), fanden Unterwanderungs- und Überwältigungsfantasien Propagandisten, die sich in Antisemitenparteien organisierten, viel Lärm machten, politisch zunächst keinen Einfluss hatten, aber dann, in der richtigen historischen Konstellation nach dem Ersten Weltkrieg Hitler den Baustoff seiner Ideologie lieferten. Die wichtigste Arena der Muslimfeindschaft ist das Internet. Im Webblog „Politically Incorrect" ist der Kampf „gegen die Islamisierung Europas" wichtigstes Thema. Diplom-Sportlehrer Stefan Herre, der im Herbst 2004 das Forum gründete, um gegen die „tendenziell proislamische Berichterstattung in den deutschen Medien anzutreten", erläuterte in einem Interview seine Beweggründe, über „das Wesen des Islam" aufzuklären: „Der Koran ist ein unglaublich gewalttätiges Werk, das Leben des ‚Propheten' Mohammed war ein einziger Gewaltexzess. Der Islam bedroht unsere freiheitlichen Gesellschaften in ihrer Existenz."[21]

Die Muslimfeinde sind mit großem zeitlichen Abstand von den gleichen Sorgen getrieben, der Furcht vor Überwältigung und Überfremdung, und sie begründen sie mit angeblichen Geboten der Religion der vermuteten Aggressoren: „Die Ausbreitung des Islam bedeu-

zu Muslimen in Deutschland, Berlin 2010; Deutschlandstiftung Integration (Hrsg.), Sarrazin: eine deutsche Debatte, München 2010.

21 Leitlinien. Gegen den Mainstream des Webblog „Politically incorrect", http://www.pi-news.net/leitlinien/ [9. 5. 2020].

Mit CamScanner gescannt

tet [...], dass unsere Nachkommen – und wahrscheinlich schon wir selbst – aufgrund der kulturellen Expansion und der demographischen Entwicklung in zwei, drei Jahrzehnten in einer weitgehend islamisch geprägten Gesellschaftsordnung leben müssen, die sich an der Scharia und dem Koran orientiert und nicht mehr am Grundgesetz und an den Menschenrechten. Wir sehen es daher aus staatsbürgerlichen und historisch gewachsenen Gründen als unsere Verpflichtung an, einer sich ankündigenden religiösen Diktatur in Deutschland durch Information und Aufklärung gemäß dem Motto entgegen zu treten: ‚Nie wieder!'"[22]

Die Sorge, durch die demografische Entwicklung ins Hintertreffen zu geraten, plagte schon die Judenfeinde der Gründergeneration des Antisemitismus. Otto Böckel predigte zur Zeit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert einem dankbaren Publikum, das sich durch die Doktrin der Überfremdung in seinen Existenzängsten bestätigt sah, die Lehre von den Gefahren der Migration: „Die Juden haben sich besonders stark auch durch Einwanderung vermehrt. Bekanntlich sitzen sie in großer Zahl in Polen, Litauen, Weiß- und Rotrußland, in Podolien und der Ukraine. Dort wohnt beinahe die Hälfte aller europäischen Juden. Hier befindet sich die große *vagina judaeorum*, aus welcher die übrigen Juden Europas Auffrischung und neuen Zuwachs erhalten. Stets in Bewegung, strömen diese polnischen Juden nach Rumänien, Oesterreich und Deutschland ein."[23]

Wer sich die Mühe macht, die Quellschriften des Antisemitismus aus dem 19. Jahrhundert zu lesen, stößt auf ähnliche Argumentationslinien und Schuldzuweisungen, wie sie heute Muslimfeinde benützen. Eine Chance wäre vertan, wenn die Einsichten, die die Beschäftigung mit dem ältesten und folgenreichsten Vorurteil der Welt, dem gegen die Juden, vermittelt, nicht genutzt würden, um gesellschaftliche Probleme

22 Ebenda.

23 Otto Böckel, Nochmals: Die Juden – die Könige unserer Zeit. Eine neue Ansprache an das deutsche Volk, Berlin 1901 (zweites Zehntausend), S.1.

zu erkennen, denn sie können womöglich bei der Lösung Hilfen geben. Und genau darum geht es, nicht um Opferkonkurrenz oder Viktimisierung. Und die Vermutung, es sei Empathie-Entzug für die Sache der Juden und des Staates Israel, wenn man gesellschaftliche Entwicklungen in den Blick nimmt und Analogien in struktureller Hinsicht feststellt, ist ein Missverständnis, wenn nicht Schlimmeres. Um es ganz deutlich zu machen: Es geht um Entwicklungen, Tendenzen, Trends in dieser, der deutschen Gesellschaft. Es geht um Ausgrenzung durch Vorurteile und Feindbilder, und dabei hat die historische Erfahrung mit der Judenfeindschaft paradigmatische Funktion. Dies übrigens nicht plötzlich oder seit gestern.

Mit der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Ideologie des modernen Antisemitismus reagierten Teile der Bevölkerung auf einen als bedrohlich empfundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel. Das Feindbild war, wie die Forschung zeigt, auch eine antimoderne Reaktion auf die Emanzipation der Juden, welche die Antisemiten rückgängig machen wollten. Man kann die pauschale Dämonisierung des Islam in der Gegenwart als eine Reaktion auf die Integration von Muslimen betrachten, in deren Verlauf die Bevölkerungsgruppe äußerlich sichtbarer wird, etwa durch den Bau von Moscheen. Im Streit um solche Projekte, das fällt vielen mit dem Antisemitismus des späten 19. Jahrhunderts vertrauten Beobachtern auf, wiederholen sich Motive deutscher Synagogendebatten.[24]

Die derzeit beschworene Gefahr einer „Islamisierung Europas", ausgetragen in Kopftuchdebatten, artikuliert im Verlangen nach Minarettverboten, agiert mit hasserfüllten Tiraden nicht nur in der Blogger-Szene, greift auf jahrhundertealte Deutungsmuster zurück. Der aktuelle „islamkritische" Diskurs hat erhebliche xenophobe und kulturrassistische Züge, bedient Überfremdungsängste, argumentiert durchgängig mit religiösen Vorbehalten, die seltsamerweise in den

24 Salomon Korn, Zu schwach, um Fremdes zu ertragen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 10. 2008.

Mit CamScanner gescannt

säkularisierten Gesellschaften Europas mit großem Ernst vorgetragen und nachempfunden werden. Die Vorstellungen von Despotie (beginnend in der Familie), Gewaltbereitschaft, Bildungsunlust reichen weit zurück. Sie werden bekräftigt durch Verweise auf aktuellen Terrorismus von Islamisten und auf den „Schurkenstaat" Iran, in der Absicht, Islam und Islamisierung, die Mehrheit der Muslime mit der Minderheit der Islamisten gleichzusetzen.[25]

Die aktuelle Islamkritik, wie sie auch von jüdischer Seite (aus nachvollziehbaren Gründen angesichts der Bedrohung Israels und offensiv gelebter Judenfeindschaft mancher Muslime) vehement vorgetragen wird, hat kein historisches Gedächtnis und kein Problembewusstsein für die Austauschbarkeit der Stigmatisierung von Gruppen. Fixiert auf ihr Feindbild, wüten Populisten gegen differenzierende Betrachtungsweisen und verteidigen Demagogen ihre eindimensionale Weltsicht. Dass populistische Islamfeindschaft, die Hass gegen eine fremde Kultur predigt und Intoleranz proklamiert, an anderen Traditionen der Feindseligkeit gegen Menschen wie dem Antisemitismus oder dem Antiziganismus zu messen ist, steht wissenschaftlich außer Frage.[26]

Wer dies thematisiert, etwa auf Parallelen zur Agitation des organisierten Antisemitismus im späten 19. Jahrhundert verweist, mit der gegen die Emanzipation der Juden in Deutschland gekämpft wurde, muss allerdings damit rechnen, mit Krawall überzogen zu werden, weil er angeblich Judenfeindschaft mit Feindschaft gegen Muslime gleichsetzt. Worum es wirklich geht, bleibt dabei außer Acht. Es geht um Toleranz in der demokratischen Gesellschaft, um das Bemühen, Diskriminierung und Ausgrenzung minoritärer Gruppen zu verstehen und einen Beitrag zu leisten, um dieses zu verhindern.

25 Patrick Bahners, Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift, München 2011; Wolfgang Benz, Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet, München 2012.

26 Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude", Berlin 2009.

Es geht aber auch darum, aus der Geschichte der Judenfeindschaft zu lernen. Alle Anstrengungen, den Holocaust zu erforschen und zu verstehen, um die Erfahrung der Katastrophe des Judenmords für die Entwicklung einer demokratischen, humanen und toleranten Gesellschaft zu nutzen, wären vergeblich, wenn anstelle der Juden andere Gruppen stigmatisiert würden.

Mit CamScanner gescannt

Daniel Bax

Nicht „jüdisch genug"?

Chronik einer Kampagne

Als das Jüdische Museum Berlin im Dezember 2017 die Sonderausstellung „Welcome to Jerusalem" eröffnete, waren die deutschen Medien voll des Lobes. „Eine großartige, faszinierende Ausstellung", schwärmte *Deutschlandfunk Kultur*. Sie zeichne „ein rundes Bild der alten Sehnsuchts-Stadt aller drei monotheistischen Religionen", befand das Berliner Boulevardblatt *BZ* anerkennend. Ihre „eindringliche Wirkung" verdanke die Jerusalem-Schau ihrem multimedialen Ansatz, hob die *Jüdische Allgemeine* hervor: mit Filmszenen und anderen Präsentationsformen würde das Publikum „direkt in den israelischen Alltag" katapultiert; bereits mit dem ersten Schritt sei „der Besucher auch schon mittendrin". „Überraschend gelungen" sei „das Zusammenspiel von Objekten, Kunstwerken, Dokumenten und Filmsequenzen, Videoinstallationen, Bildschirmen", rühmte auch die *Süddeutsche Zeitung* das Konzept, und ihr Kulturredakteur Jens Bisky empfahl, „mehrfach hinzugehen". In der *Welt* schrieb deren Autor Wolfgang Büscher begeistert, die Jerusalem-Ausstellung schaffe es, die Kräfte der drei Weltreligionen, die auf die Stadt gewirkt hätten, „atmen zu lassen". Das gelinge „teils mit so subtilen Mitteln, wie nur echte Vertrautheit mit der Materie es vermag", urteilte er hingerissen.

Als die Ausstellung im April 2019 zu Ende ging, schloss sie zudem mit einem Besucherrekord. Zwar gehört das Jüdische Museum Berlin seit seiner Eröffnung im Jahr 2001 ohnehin schon zu den meistbesuchten Museen in Deutschland – mehr als 12,5 Millionen Menschen haben

es bis heute besucht.[1] Allein aufgrund seiner spektakulären Architektur ist der Libeskind-Bau eine der Top-Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt. Als Touristen-Attraktion zieht das Haus viele Gäste aus dem Ausland an, ein Besuch gehört außerdem zum Pflichtprogramm vieler Klassenfahrten und Schulausflüge. In dieser Bilanz der Superlative stach die Ausstellung „Welcome to Jerusalem“ aber noch einmal heraus. Denn mit 340 000 Besuchern ging „Welcome to Jerusalem“ als mit Abstand bestbesuchte Ausstellung in die fast 20-jährige Geschichte des Hauses ein – auch wenn man einschränkend hinzufügen muss, dass sie auch die längste Laufzeit hatte und die Dauerausstellung des Hauses währenddessen geschlossen war.[2] Doch was den Höhepunkt einer eindrucksvollen Erfolgsgeschichte markierte, wurde durch eine politisch motivierte Schmutzkampagne schlechtgeredet und von interessierter Seite ins glatte Gegenteil verdreht: Die Ausstellung wurde zu einem vermeintlichen Sündenfall erklärt, der das Museum in Verruf bringen und zum Rücktritt des Museumsdirektors Peter Schäfer führen sollte. Wie konnte es nur so weit kommen? Dazu muss man die Ereignisse rekapitulieren.

Schon der Zeitpunkt, zu dem die Ausstellung eröffnet wurde, war brisant. Kurz zuvor hatte US-Präsident Donald Trump Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt und angeordnet, die US-Botschaft von Tel Aviv dorthin zu verlegen. Das war ein Schachzug, um seinen christlich-fundamentalistischen Wählern zu gefallen und Israels rechtem Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, seinem Verbündeten, einen Dienst zu erweisen. Weltweit rief diese Entscheidung scharfe Kritik und Proteste hervor, weil sie das Völkerrecht ignorierte und dem international anerkannten Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung widerspricht.

1 Stand: April 2020.

2 Auf dem zweiten Platz folgte die Ausstellung „10+5=Gott. Die Macht der Zeichen“, die im Jahr 2004 rund 88 000 Besucher zählte. Andere erfolgreiche Ausstellungen des Hauses sahen im Schnitt 50 000 bis 60 000 Menschen.

Mit CamScanner gescannt

Den Status der Stadt darf man getrost als „kompliziert" bezeichnen. Israel betrachtet ganz Jerusalem seit 1980 als seine Hauptstadt, dort tagt das Parlament, die Knesset, und dort befinden sich der Sitz des Staatspräsidenten und des Obersten Gerichts. Den Ostteil betrachten die meisten Länder der Welt jedoch als völkerrechtswidrig besetztes Gebiet, und viele Palästinenser möchten darin gerne die Hauptstadt eines zukünftigen palästinensischen Staates sehen. Gegenwärtig ist Jerusalem in jedem Fall die mit Abstand größte und vielfältigste Stadt innerhalb der Grenzen von Israel und den von ihm besetzten Gebieten. Fast 900 000 Menschen leben dort auf der israelischen Seite der Sperrmauer, die nur einige arabisch geprägte Randbezirke vom Rest der Stadt abschneidet. Die Stadt ist eine Hochburg ultraorthodoxer Juden, die ein Drittel der Bewohner ausmachen und ganze Stadtviertel im Westteil prägen. Mehr als ein weiteres Drittel bilden christliche und muslimische Palästinenser, die fast alle im von Israel annektierten Ostteil der Stadt leben. Sie sind Bürger zweiter Klasse und dürfen sich nicht einmal an den Wahlen zum israelischen Parlament beteiligen, das in ihrer Stadt tagt, und genießen weder die gleichen Rechte noch den gleichen Wohlstand wie die Bürger im Westteil. Drei Viertel der palästinensischen Bewohner Jerusalems leben unterhalb der Armutsgrenze. Kommunale Dienste wie Müllabfuhr, Kanalisation und Wasserversorgung bleiben ihnen häufig verwehrt, von den Behörden werden sie systematisch diskriminiert.[3]

Den Kuratorinnen Margret Kampmeyer und Cilly Kugelmann war von Anfang an klar, dass es unmöglich sein würde, es mit einer Jerusalem-Ausstellung allen Seiten recht zu machen, dass überall Fettnäpfchen und Fallen lauerten. Sie konzentrierten sich daher auf den Aspekt der „Heiligkeit", die der Stadt mit den meisten Sakralbauten der Welt

3 Nir Hasson, Tamar Almog, Palästinenser*innen in Ost-Jerusalem – Daten und Fakten. Rosa Luxemburg Stiftung, Israel Office, 6. 6. 2018, https://www.rosalux.org.il/palastinenserinnen-ost-jerusalem [dieser und alle folgenden Links wurden am 26. 4. 2020 abgerufen und geprüft].

von den drei monotheistischen Weltreligionen zugeschrieben wird. Komplizierte politische und rechtliche Fragen und die massive Diskriminierung der Palästinenser klammerten sie weitgehend aus. Trotzdem sollte der Ausstellung absurderweise vorgeworfen werden, sie sei Palästinensern gegenüber zu freundlich und „einseitig". Im Dezember 2018 wurde bekannt, dass sogar Israels Premier Benjamin Netanjahu persönlich diesen Vorwurf erhob. Zwei Monate zuvor hatte er während der siebten israelisch-deutschen Regierungskonsultationen in Jerusalem der Bundeskanzlerin ein Papier übergeben. Darin hieß es forsch, Deutschland solle seine Unterstützung für Organisationen und Institutionen einstellen, die „antiisraelische Aktivitäten befördern", berichtete die taz.[4] Als Beispiel dafür wurde explizit das Jüdische Museum Berlin genannt. Das Haus zeige eine Ausstellung über Jerusalem, „die hauptsächlich das muslimisch-palästinensische Narrativ wiedergibt", war in dem Text zu lesen. Zudem halte das Museum „häufig Veranstaltungen mit prominenten BDS-Unterstützern ab". Die „Boycott, Divestment and Sanctions"-Bewegung wurde im Jahr 2005 von palästinensischen Organisationen ins Leben gerufen und richtet sich sowohl gegen die israelische Besatzung des Westjordanlands und die Abriegelung des Gaza-Streifens als auch gegen Israel insgesamt.

Neben dem Jüdischen Museum Berlin erwähnte der Brief aus Jerusalem auch das Filmfestival Berlinale und zwölf NGOs, die sich nach Meinung des israelischen Premiers an „antiisraelischen" Aktivitäten beteiligten und denen die Bundesregierung die finanzielle Förderung streichen sollte – ein Ansinnen, das Monika Grütters, die Staatsministerin für Kultur und Medien, umgehend zurückwies. Auch das Jüdische Museum fällt in ihren Zuständigkeitsbereich. Dessen Etat wird zu drei Vierteln aus Bundesmitteln bestritten, zu einem Viertel aus Einnahmen und Spenden. Über die Linie des Hauses wacht ein Stiftungsrat, dem Politiker, Wissenschaftler und Vertreter der Jüdischen

4 Jannis Hagmann, Schwere Vorwürfe aus Israel, in: taz, die tageszeitung, 5. 12. 2018, https://taz.de/Schreiben-liegt-der-taz-exklusiv-vor/!5553564.

Mit CamScanner gescannt

Gemeinde angehören und dem die CDU-Politikerin Grütters vorsitzt. Der Rat wird alle fünf Jahre neu besetzt und vom Bundespräsidenten berufen.

Netanjahus Vorstoß wurde nicht nur von der Politik als unzulässige Einmischung empfunden, sondern kam auch in der deutschen Presse nicht gut an. Die *Süddeutsche Zeitung* nannte den Eingriff „präzedenzlos",[5] Die *Frankfurter Rundschau* attestierte Netanjahu „Chuzpe" und witterte eine Retourkutsche für deutsche Kritik am israelischen Siedlungsbau.[6] Und im Berliner *Tagesspiegel* sprang der konservative Historiker Michael Wolffsohn dem Jüdischen Museum und insbesondere dessen Direktor Peter Schäfer zur Seite. Sicher sei die Jerusalem-Ausstellung „meilenweit vom Standpunkt der israelischen Regierung entfernt".[7] Sie sei aber weder „antijüdisch" noch „antiisraelisch", sondern lediglich im Geist der israelischen „Tauben" und nicht der „Falken" konzipiert.

Doch nach einer kurzen Schamfrist meldeten sich plötzlich wie auf Zuruf weitere Kritiker zu Wort. In der *ZEIT* pflichtete Volker Beck, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen und unermüdlicher Anwalt offizieller israelischer Interessen, im Januar 2019 Netanjahu ausdrücklich bei. Dessen Kritik sei in der Sache sehr berechtigt, denn die Jerusalem-Ausstellung habe „eine Schlagseite". Sie sei „geschichtsklitternd, unwahrhaftig und einseitig" und stelle Israel „an den Pranger". In schrillem, scharfrichterlichem Tonfall deklarierte Beck, diese „Entgleisungen" müssten für das Jüdische Museum „Konsequenzen

5 Alexandra Föderl-Schmid/Sonja Zekri, Netanjahu fordert Finanzierungsstopp für Jüdisches Museum, in: Süddeutsche Zeitung, 19. 12. 2018, https://www.sueddeutsche.de/kultur/netanjahu-bundesregierung-juedisches-museum-1.4259580.

6 Inge Günther, Netanjahus Chuzpe, in: Frankfurter Rundschau, 28. 12. 2018, https://www.fr.de/meinung/netanjahus-chuzpe-10943720.html.

7 Michael Wolffsohn, Nicht länger jüdisch light, in: Der Tagesspiegel, 19. 12. 2018, https://www.tagesspiegel.de/kultur/juedisches-museum-berlin-nicht-laenger-juedisch-light/23779838.html.

haben“.[8] Eine Forderung, mit der er schon in seiner eigenen Partei ziemlich alleine dastand: Seine Parteifreunde Claudia Roth und Omid Nouripour wiesen sie als „unverständlich“ zurück und statteten der Ausstellung sogar demonstrativ einen Besuch ab.[9]

Zur Erinnerung: Zu diesem Zeitpunkt war die Jerusalem-Ausstellung bereits ein ganzes Jahr zu sehen gewesen. Doch auch Sigmount Königsberg, der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, vermeinte im Januar 2019 plötzlich, in der Ausstellung gegenüber arabischen Positionen einen seltsam „verständnisvollen Unterton“ zu erkennen, wohingegen „jüdische Perspektiven“ zu kurz kämen, wie er sich in der *Berliner Morgenpost* beschwerte.[10] Und auch in der *Jüdischen Allgemeinen*, dem Zentralorgan des Zentralrats der Juden in Deutschland, wurde der Jerusalem-Ausstellung auf einmal vorgeworfen, sie sei „einseitig“ und befeuere sogar den Antisemitismus.[11] Vier Wochen, bevor sie zu Ende ging, hatte die Frankfurter Soziologin Julia Bernstein noch schnell die Ausstellung besucht. In der *Jüdischen Allgemeinen* berichtete sie im März 2019 wie unter Schock, sie habe dort an einer Führung teilgenommen, diese aber abgebrochen, weil „Inhalte unausgewogen dargestellt wurden“. Schlimmer noch, die ganze Ausstellung vermittle den „Eindruck, dass kein legitimer jüdischer Ort auf diesem Planeten existiert“. Erstaunlich, dass dies vor ihr noch niemandem aufgefallen war – auch in der *Jüdischen Allgemeinen* nicht.

8 Volker Beck, Wem gehört Jerusalem?, in: Die ZEIT, 25. 1. 2019, https://www.zeit.de/2019/05/juedisches-museum-berlin-jerusalem-ausstellung-benjamin-netanjahu.

9 Jannis Hagmann, Grüne streiten über Jerusalem-Schau, in: taz, 2. 2. 2019, https://taz.de/Juedisches-Museum-in-Berlin/!5567150/.

10 Julius Betschka, Jüdische Gemeinde kritisiert Leitung des Jüdischen Museums, in: Berliner Morgenpost, 23. 1. 2019, https://www.morgenpost.de/kultur/article216272811/Juedische-Gemeinde-kritisiert-Leitung-des-Juedischen-Museums.html.

11 Julia Bernstein, Einseitig und relativierend, in: Jüdische Allgemeine, 28. 3. 2019, https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/einseitig-und-relativierend.

Mit CamScanner gescannt

Bemerkenswerterweise wuchs der Chor der Kritiker erst dann öffentlich vernehmbar an, nachdem der Vorstoß des israelischen Premiers bekannt geworden war. Eine ähnliche, in der deutschen Öffentlichkeit wahrnehmbare Kritik an der Jerusalem-Ausstellung oder dem Jüdischen Museum Berlin insgesamt hatte es bis dahin kaum gegeben. Wenn es solche Kritik vorher gab oder gegeben haben sollte, dann wurde sie höchstens hinter vorgehaltener Hand oder in den Weiten des Internets, in marginalen Blogs, geäußert.

Eine Ausnahme bildete allein der Journalist Alan Posener, der schon etwas früher den ersten Stein warf. Bereits im September 2018 fragte er in einem Kommentar in der *Welt*, was am Jüdischen Museum in Berlin denn eigentlich noch jüdisch sei. Seine Kritik galt hauptsächlich der Konferenz „Living with Islamophobia", die im Oktober in der Akademie des Jüdischen Museums stattfinden sollte. Poseners Vorwurf: Dort würden Referenten auftreten, „die zum Teil Verbindungen zur antisemitischen Muslimbruderschaft oder zur antiisraelischen BDS-Bewegung haben".[12] Das sei „ein Skandal" und ein „Schlag ins Gesicht der Juden", schrieb Posener empört und forderte Kulturstaatsministerin Grütters unmissverständlich dazu auf, am Jüdischen Museum einzugreifen, denn dort sei etwas „faul".[13]

Nachdem die Islamophobie-Konferenz stattgefunden hatte, ohne dass er es verhindern konnte, legte Posener einen Monat später in der *Welt* nach. Dem Jüdischen Museum unterstellte er nun sogar eine veritable „Führungskrise".[14] Insbesondere die Akademie des Jüdischen

12 Seine Behauptung, der Salzburger Politikwissenschaftler Farid Hafez habe Verbindungen zu den Muslimbrüdern, mussten er und der Axel Springer Verlag später allerdings auf juristischen Druck hin als unwahr widerrufen und eine Richtigstellung veröffentlichen. Sie steht online unter dem Artikel.

13 Alan Posener, Was ist am Jüdischen Museum Berlin noch jüdisch?, in: Die Welt, 5. 9. 2019, https://www.welt.de/debatte/kommentare/article181424992/Islamophobie-Was-ist-am-Juedischen-Museum-Berlin-noch-juedisch.html.

14 Alan Posener, Es ist etwas faul im Hause Libeskind, in: Die Welt, 15. 10. 2018, https://www.welt.de/kultur/plus182143682/Juedisches-Museum.html.

Museums und namentlich deren Leiterin Yasemin Shooman nahm er ins Visier: Sie spiele Rassismus von Einwanderern „systematisch herunter" und sei auch dafür verantwortlich, dass das Museum „ein Hort der BDS-Propaganda" geworden sei. Eher am Rande ging er auf die Jerusalem-Ausstellung ein und meinte, der „arabische Antisemitismus" und das „zionistische Narrativ" würden darin „verschwiegen". Ausführlich zitierte er als Gewährsmann für diese fragwürdigen Vorwürfe schon damals Volker Beck.

Nachdem im Dezember 2019 bekannt geworden war, dass Netanjahu das Jüdische Museum in Berlin mit ähnlichen Worten kritisiert und deswegen bei der Bundesregierung interveniert hatte, stellte sich Posener entschlossen hinter den israelischen Premier. Es fehle „der Standpunkt derjenigen, die sagen, Jerusalem ist nun einmal die ewige und ungeteilte Hauptstadt Israels", klagte Posener im *Deutschlandfunk* die offizielle israelische Linie ein.[15] Damit nicht genug: Das Museum habe noch keine einzige Veranstaltung durchgeführt, „in der explizit beispielsweise die Linie der israelischen Regierung in den ganzen Auseinandersetzungen Siedlungsfrage, Hebron-Frage, Gaza-Frage vertreten wurde", bemängelte er und forderte unverblümt, dem Standpunkt der israelischen Regierung mehr Raum zu geben. Nur konsequent war es da, dass Posener nach dem Rücktritt von Museumsdirektor Peter Schäfer im Juni 2019 forderte, Vertreter des Staates Israel und israelischer Institutionen gleich in den Stiftungsrat des Jüdischen Museums Berlin zu berufen.[16] Eine Idee, der Kulturstaatsministerin Monika Grütters postwendend eine Absage erteilte: „Im Jüdischen Museum Berlin geht

15 „Absolut einseitige" Ausrichtung. Alan Posener im Gespräch mit Axel Rahmlow, in: Deutschlandfunk Kultur, 20. 12. 2018, https://www.deutschlandfunkkultur.de/kritik-am-juedischen-museum-berlin-absolut-einseitige.1008.de.html?dram:article_id=436620.

16 Alan Posener, Israel sollte beim Jüdischen Museum in Berlin mitentscheiden, in: Die Welt, 27. 8. 2019, https://www.welt.de/kultur/plus199191853/Israel-sollte-beim-Juedischen-Museum-in-Berlin-mitbestimmen.html.

Mit CamScanner gescannt

es um die Geschichte des Judentums in Deutschland, nicht um die des Staates Israel", hielt die Staatsministerin kühl fest.[17]

Bevor Netanjahu von höchster Stelle aus intervenierte, hatte Poseners Kritik jedoch noch keine großen Kreise gezogen. Lediglich rechte Propagandablogs oder das Wochenblatt *Jungle World*, das sich traditionell der israelischen Regierungslinie zugewandt zeigt, griffen seine Kritikpunkte auf. Dennoch sah sich Museumsdirektor Peter Schäfer schon im Oktober 2018 veranlasst, sich zum Selbstverständnis seines Hauses zu äußern. In einem Gastbeitrag für den *Tagesspiegel* schrieb er, es werde „immer deutlicher versucht, Einfluss auf unsere Programmgestaltung zu nehmen und uns vorzugeben, welches unsere Themen und Schwerpunkte sein sollten".[18] Schäfer beklagte außerdem eine „Kultur des Verdachts", die sich ausbreite, und stellte klar, sein Haus würde seine Referenten ausschließlich nach inhaltlichen Gesichtspunkten auswählen. Er verwahrte sich dagegen, im Vorfeld Gesinnungstests vorzunehmen und politische Weltanschauungen zu überprüfen. Selbstverständlich biete man Aktivisten jedweder politischen Richtung kein Forum, insbesondere nicht solchen der BDS-Kampagne. Dabei könne die Einschätzung einer BDS-Nähe aber immer nur von Fall zu Fall getroffen werden. Schäfer bezog sich damit implizit auf den palästinensischen Friedensforscher Sa'ed Atshan, der im Juni 2018 vom Jüdischen Museum eingeladen worden war, um im Rahmen des Begleitprogramms der Jerusalem-Ausstellung zum Thema „Being Queer and Palestinian in East-Jerusalem" zu referieren.[19]

17 Jüdisches Museum: Grütters gegen Vertreter Israels im Beirat, in: Die Welt, 15. 9. 2019, https://www.welt.de/regionales/berlin/article200310960/Juedisches-Museum-Gruetters-gegen-Vertreter-Israels-im-Beirat.html.

18 Peter Schäfer, Produktive Unruhe in die Gesellschaft tragen, in: Der Tagesspiegel, 1. 10. 2018, https://www.tagesspiegel.de/kultur/juedisches-museum-berlin-produktive-unruhe-in-die-gesellschaft-tragen/23132572.html.

19 Die Einladung Atshans sollte später immer wieder fälschlich der Akademie des Jüdischen Museums zugeschrieben werden, etwa in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (*FAZ*), siehe https://rat-fuer-migration.de/richtigstellung-yasemin-shooman-faz-artikel.

Auf Druck der israelischen Botschaft in Berlin, die dagegen protestierte, wurde er kurzfristig wieder ausgeladen; die Veranstaltung fand daraufhin an einem anderen Ort statt.[20]

Schäfers Nachgiebigkeit sollte ihm nicht viel nutzen, denn rechte Journalisten regierungsnaher israelischer Blätter wie Eldad Beck *Israel Hayom* und Benjamin Weinthal von der *Jerusalem Post* hatten sich da schon auf ihn eingeschossen. Schützenhilfe erhielten sie nach Netanjahus Intervention von den Blättern des Springer Verlags wie der *Bild*-Zeitung und anderen Medien. Jede Ungeschicklichkeit sollte Schäfer von dieser Seite aus von nun an zum Vorwurf gemacht und letztlich zum Verhängnis werden. Als Schäfer im März 2019 den Kulturattaché der iranischen Botschaft in Berlin, Seyed Ali Moujani, empfing, um von diesem Judaica aus iranischem Besitz entgegenzunehmen, wurde der Besuch in diesen Kreisen mit großer Empörung aufgenommen. Die iranische Botschaft in Berlin hatte das Treffen mit Fotos auf ihrer Internetseite dokumentiert, sie löschte den Eintrag später auf Wunsch des Museums.

Ein simpler Tweet war es dann, der im Juni 2019 zu Schäfers Rücktritt führte. Die Pressestelle des Museums hatte mit den Worten „Must read" auf Twitter lediglich auf einen *taz*-Artikel hingewiesen, in dem es um die BDS-Bewegung ging. Kurz zuvor hatte eine Bundestagsmehrheit die BDS-Bewegung pauschal als „antisemitisch" eingestuft.[21]

20 Schon als die jüdische Philosophin, Geschlechterforscherin und Feministin Judith Butler im Jahr 2012 von der Stadt Frankfurt am Main den Theodor-Adorno-Preis verliehen bekam, hatte es erregte Diskussionen gegeben. Der Zentralrat der Juden hatte scharf dagegen protestiert, weil Butler einen Israel-Boykott unterstützte. Im gleichen Jahr war Butler zu Gast am Jüdischen Museum in Berlin, um mit Micha Brumlik die provokante Frage „Gehört der Zionismus zum Judentum?" zu diskutieren. Solchen Kontroversen war das Haus seitdem aber lieber ausgewichen.

21 „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen". Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Drucksache 19/10191, 15. 5. 2019, https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw20-de-bds-642892.

Mit CamScanner gescannt

Der BDS-Beschluss des Bundestags stieß bei Experten und in der Region auf breiten Protest. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsgruppen in Israel und Palästina übten scharfe Kritik. Dutzende Wissenschaftler warfen den Abgeordneten in einer gemeinsamen Stellungnahme vor, einer „breit angelegten Kampagne der israelischen Regierung" gefolgt zu sein. Ihr Beschluss unterscheide nicht, ob sich Boykottaufrufe gegen Israel oder seine Besatzungsgebiete richteten, und drohe, die Meinungsfreiheit in Deutschland einzuschränken.[22]

Man hätte diese Kontroverse um die BDS-Resolution des Bundestags als ein gutes Beispiel für die vielen „Diversitäten und Widersprüchlichkeiten" nehmen können, die es unter Juden und Israelis gibt, und es als Aufgabe eines Jüdischen Museums sehen können, auf diese Unstimmigkeiten hinzuweisen. Denn nicht alle Israelis und schon gar nicht alle Juden weltweit versammeln sich hinter Netanjahu und seiner rechten Regierung, und nicht alle halten die Forderung, Israel zu boykottieren, per se für antisemitisch. Der Zentralrat der Juden in Deutschland aber empfand den Tweet aus dem Jüdischen Museum als Zumutung. „Das Maß ist voll", polterte Zentralratspräsident Josef Schuster auf Twitter, und beschwerte sich, das Jüdische Museum Berlin scheine „gänzlich außer Kontrolle geraten zu sein". Die Leitung des Hauses habe „das Vertrauen der Jüdischen Gemeinschaft" verspielt. Man müsse nun „darüber nachdenken, ob die Bezeichnung ‚jüdisch' noch angemessen sei", paraphrasierte er Alan Posener. Damit war das Tischtuch zerschnitten, der Zentralrat brach seinen Kontakt zum Jüdischen Museum Berlin offiziell ab.

Auch andere überschlugen sich auf Twitter vor Empörung. „Die Anbiederung an das linke und islamische israelfeindliche Milieu nimmt pathologische Züge an", kommentierte Alan Posener selbst.

22 „Im Kampf gegen Antisemitismus hilft das nicht", in: Die ZEIT, 4. 6. 2019, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/israel-boykott-bds-antisemitismus-meinungsfreiheit-bundesregierung.

„Shameful", schloss sich ihm der israelische Botschafter Jeremy Issacharoff mit einem Re-Tweet an. Die regierungsnahe Rechtspostille *Jerusalem Post* hatte in einem erstaunlich schnell verfassten Schmähartikel den Antisemitismusbeauftragten der hessischen Landesregierung, den CDU-Politiker Uwe Becker, mit den Worten zitiert, das Museum sei ein „antijüdisches Museum" geworden. Trumps Botschafter in Berlin, Richard Grenell, retweetete den Schmähartikel anerkennend.

Eine Woche später trat Peter Schäfer entnervt von seinem Amt zurück. Den Ausschlag könnte gegeben haben, dass Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden, bereits öffentlich über seine Nachfolge spekulierte. „Es wäre nicht schlecht, wenn es künftig eine jüdische Leitung" gäbe, sagte Schuster zur taz,[23] seine Aussage ging über die Agenturen. Schäfers Rücktritt wurde je nach politischem Standpunkt mit Erleichterung, Bedauern oder Erschrecken aufgenommen. Das Jüdische Museum sei zu einem „Spielball ideologischer Manöver" geworden", brachte es die *Berliner Zeitung* auf den Punkt.

Den meisten Rückhalt erhielten Peter Schäfer und das Jüdische Museum Berlin in dieser Affäre paradoxerweise aus Israel und von Juden aus aller Welt. Bereits im Dezember 2019, als bekannt wurde, dass Netanjahu gefordert hatte, das Museum auf Linie zu bringen, zeigten sich 40 israelische Künstlerinnen und Künstler in einem offenen Brief „schockiert" über diese Einmischung.[24] Zu den Unterzeichnern gehörten mehrere Träger des Israel-Preises, der höchsten Auszeichnung des Landes, die an Künstler, Wissenschaftler und Intellektuelle vergeben wird.

Umfassende Solidarität wurde Peter Schäfer allerdings erst nach seinem Rücktritt zuteil. Gleich nach seinem Rücktritt im Juni 2019 erhielt er Zuspruch von 45 Talmud-Gelehrten, die in einem offenen

23 Stefan Reinecke, Jannis Hagmann, Streit, Macht, Kontrolle, in: taz, 14. 6. 2019, https://taz.de/BDS-Tweet-des-Juedischen-Museums-Berlin/!5600322.

24 Stefan Reinecke, Kulturschaffende gegen Netanjahu, in: taz, 23. 12. 2018, https://taz.de/Israels-Druck-auf-NGOs/!5561778.

Mit CamScanner gescannt

Brief eine „zunehmende Zensur und die Einschränkung der Redefreiheit" auch in Deutschland beklagten – ein bemerkenswerter Vorgang in der eher introvertierten Welt der Talmud-Forscher. Kurz darauf erklärten rund 450 weitere jüdische Gelehrte aus Israel, Europa und den USA, Schäfers Rücktritt sei „schockierend", und nahmen ihn gegen „falsche Anschuldigungen" in Schutz.[25] Auch 60 Direktoren jüdischer und nichtjüdischer Museen, Kuratoren und Fachleute aus Israel, Europa, den USA und Kanada solidarisierten sich mit Schäfer und wiesen in einem gemeinsamen Statement darauf hin, sein Rücktritt sei das Ergebnis „einer in den deutschen Medien seit Längerem geführten Kampagne".[26] Schon seit geraumer Zeit werde „die Arbeit des Museums mit seinen erstklassigen öffentlichen Programmen und Ausstellungen diskreditiert". Zu den Unterzeichnern gehörten unter anderem Hanno Loewy, Direktor des Jüdischen Museums in Hohenems, und Hetty Berg, Schäfers spätere Nachfolgerin, aus Amsterdam. Sie alle appellierten an die politischen Verantwortlichen in Deutschland sowie den Vorstand des Museums, „die Einrichtung vor öffentlichen Schmähungen und Angriffen zu schützen und dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Fortsetzung ihrer hervorragenden Arbeit in einer offenen Atmosphäre unterstützt werden".

Dafür war es bereits zu spät. Doch der Reigen der entsetzten Kommentare riss nicht ab. Im *Tagesspiegel* warnten der frühere israelische Botschafter in Berlin, Shimon Stein, und der israelische Historiker

25 Jewish Studies Scholars in Support of Prof. Peter Schäfer, https://docs.google.com/forms/d/1_LVVlZnYfFtNkj2AM1J-yD2VWXiXvl4kMxq2lhpzyA1/viewform?ts=5d077b9d&edit_requested=true&fbclid=IwAR2Rl4XJn_p4tmuakM51WjbyrSaXJPgI3wQCfMf2diHM-7DSYgUZl-B9v50.

26 Museum professionals in support of Professor Peter Schäfer and the Jewish Museum Berlin, https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSeo-MHZNrxRDwKKTpA0_SejUJ_oGv6OT2gigMeyKRFl7abYHg/viewform?fbclid=IwAR2BoErAzantINScUHDrEBOqVEQdbKJEM5VYaqrWpGXrQCc16wfNMudk3YQ.

Moshe Zimmermann vor Selbstzensur und einer Beschneidung der Meinungsfreiheit.[27] Israel habe nicht zu entscheiden, was jüdisch sei, schrieben sie in einem Gastbeitrag. Dem Zentralrat der Juden in Deutschland warfen die beiden Honoratioren aus Israel vor, „der offiziellen Stimme Israels hörig“ zu sein und keine eigenständige Meinung zu vertreten, kurz: als deren Lautsprecher zu agieren. Politik und Medien in Deutschland würden sich davon leider einschüchtern lassen. Dabei sei zum Beispiel nicht jede Boykottforderung antisemitisch. Selbst die EU begreife schließlich, dass israelische Produkte aus den besetzten palästinensischen Gebieten anders zu behandeln seien als Produkte aus dem israelischen Kernland.

In der *Frankfurter Allgemeinen* wiederum kritisierte der amerikanische Judaist David N. Myers im Juni 2019 die wachsende und gefährliche Tendenz, „nicht nur die BDS-Bewegung mit Antisemitismus gleichzusetzen, sondern all jene als Antisemiten zu brandmarken, die es für zulässig halten, Unterstützung für die Bewegung zum Ausdruck zu bringen“.[28] Viele, wie Myers selbst, würden die BDS-Bewegung zwar ablehnen, seien aber dennoch der Ansicht, dass man sie aus Gründen der Meinungsfreiheit nicht kriminalisieren dürfe. Myers ist Präsident des „New Israel Fund“ (NIF), einer linksliberalen Organisation in den USA, die israelische Menschenrechtsgruppen wie Breaking the Silence, Adalah und B'Tselem unterstützt. Von rechten Medien und der Regierung werden der NIF und seine Vertreter seit Jahren als „Verräter“ gebrandmarkt. In seinem Gastbeitrag legte Myers am eigenen Beispiel dar, wie weit Netanjahus langer Arm in Deutschland reicht. Schäfer hätte ihn gebeten, dem Stiftungsrat des Jüdischen Museums beizutreten, plauderte Myers aus dem Nähkästchen, doch

27 Moshe Zimmermann/Shimon Stein, „Wer bestimmt, was jüdisch ist?“, in: Der Tagesspiegel, 19. 6. 2019, https://www.tagesspiegel.de/kultur/streitfall-juedisches-museum-berlin-wer-bestimmt-was-juedisch-ist/24472788.html.

28 David N. Myers, Da läuft etwas ganz fürchterlich schief, in: FAZ, 22. 6. 2019, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/peter-schaefers-ruecktritt-im-juedischen-museum-berlin-muss-beunruhigen-16247747.html.

Mit CamScanner gescannt

die zuständigen staatlichen Stellen in Deutschland hätten seine Berufung abgelehnt: aufgrund seines politischen Engagements hätten sie Bedenken gehabt.

Erstaunlicherweise erschien kein halbes Jahr später in der *Frankfurter Allgemeinen* ein Artikel, der genau dem entsprach, wovor Myers eindringlich gewarnt hatte. Wie für einen stalinistischen Schauprozess geschrieben, trug Kulturredakteur Thomas Thiel in seiner Schmähschrift noch einmal alle Vorwürfe zusammen, die gegen das Jüdische Museum und dessen Akademieleiterin Yasemin Shooman erhoben worden waren – ein Musterbeispiel manipulativer Verdachtsberichterstattung.[29] Shooman habe die Akademie des Jüdischen Museums in ein „Forum für Israel-Kritiker und BDS-Sympathisanten" verwandelt und Islamisten hofiert, behauptete der Autor, der damit die haltlosen Vorwürfe von Alan Posener aus der *Welt* aufwärmte. Dieser Versuch eines nachträglichen Rufmords – Shooman hatte das Haus aus eigenen Stücken verlassen – fand in der Presse viele beherzte Entgegnungen.[30] Doch er zeigte, dass die Diskussion um die Linie des Jüdischen Museums auch nach Schäfers Rücktritt längst nicht ausgestanden war.

Bei diesem Streit geht es um die Diskurshoheit: Wer definiert, was „jüdische Perspektiven" sind, und wer für andere Juden sprechen darf? Wer bestimmt, was Antisemitismus ist, und was die richtige Haltung zu Israel und dessen Besatzungspolitik? Und wann ist ein Jüdisches Museum eigentlich jüdisch genug? Zu viele Menschen in Deutschland

29 Thomas Thiel, Der Kurswechsel wird zum Kraftakt, in: FAZ, 17. 12. 2019, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/zur-lage-des-juedischen-museums-berlin-16538869.html.

30 Max Czollek, Warum das Jüdische Museum ein offenes Haus bleiben muss, in: Der Tagesspiegel, 27. 12. 2019, https://www.tagesspiegel.de/kultur/nach-peter-schaefers-abgang-warum-das-juedische-museum-ein-offenes-haus-bleiben-muss/25367736.html; Thomas E. Schmidt, Schiefe Wände, schräger Zwist, in: Die ZEIT, 15. 1. 2020, https://www.zeit.de/2020/04/juedisches-museum-berlin-antisemitismus-buehne; Jannis Hagmann, Opfer gegen Opfer, in: taz, 18. 1. 2020, https://taz.de/Juedisches-Museum-Berlin/!5657573/.

glauben, sie und nur sie allein wüssten, wer das Judentum hierzulande würdig vertreten könne. Im Zweifel sind sie sogar davon überzeugt, es selbst zu sein. Dabei kann sogar der Zentralrat der Juden bestenfalls für jene sprechen, die Mitglied in einer seiner Gemeinden sind. Von den schätzungsweise 120 000 Menschen jüdischer Herkunft, die in Deutschland leben, ist das aber nicht einmal jeder Zweite. Zwar sind viele der – überwiegend aus Russland und anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion emigrierten – Juden, die heute in den Gemeinden in Deutschland die Mehrheit stellen, eher konservativ eingestellt, und viele fühlen sich Israel sehr verbunden. Auf der anderen Seite fremdeln insbesondere viele junge und linke Israelis, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland ausgewandert sind, mit der betont staatstragenden und der israelischen Politik gegenüber äußerst unkritischen Linie des Zentralrats. Denn nicht alle Juden in Deutschland und schon gar nicht weltweit sind der Meinung, die BDS-Bewegung sei per se „antisemitisch". Viele jüdische Intellektuelle wie die israelische Soziologin Eva Illouz, der französische Publizist Alfred Grosser oder der US-amerikanische Linguist Noam Chomsky gehören dazu. Und einige von ihnen, wie Judith Butler und die kanadische Globalisierungskritikerin Naomi Klein, treten sogar selbst für einen Boykott des jüdischen Staates ein, um diesen dazu zu bringen, die Rechte der Palästinenser zu achten.

Nicht zuletzt geht es aber auch um die Frage, ob und inwieweit man Vorurteile und Ressentiments gegen Juden mit jenen vergleichen darf, die sich gegen andere Gruppen wie etwa Muslime richten. Darf man die Ausgrenzung von Juden mit jenen Formen der Ausgrenzung vergleichen, denen sich etwa Muslime heute ausgesetzt sehen? Darüber gehen die Meinungen – auch und insbesondere unter Juden – auseinander. Auf der einen Seite stehen, grob gesagt, die israelische Regierung und deren Anhänger und viele konservative Juden, die jede Kritik an israelischer Politik ablehnen und Muslime pauschal für eine Bedrohung halten, weil es auch unter Muslimen Antisemitismus gibt. Die Staatsdoktrin des Iran und die Ablehnung Israels durch islamistische Gruppen und viele arabische Staaten gelten ihnen als Beweis dafür, dass Muslimen

Mit CamScanner gescannt

grundsätzlich nicht zu trauen sei. Die andere Seite repräsentieren liberale und linke Juden, die sich etwa für Palästinenser und deren Menschenrechte einsetzen oder, in der Diaspora, Muslime als potenzielle Verbündete betrachten, weil beide Gruppen als Minderheiten in christlich geprägten Gesellschaften wie in Deutschland in ähnlicher Weise von Vorurteilen und Ausgrenzung betroffen sind.

Die israelische Regierung selbst befördert gezielt antimuslimische Ressentiments, um ihre Politik zu rechtfertigen, sei es gegenüber Palästinensern oder dem Iran. Auf internationaler Ebene sucht sie den Schulterschluss mit anderen rechtspopulistischen Regierungen wie in den USA, Indien und Brasilien, Polen und Ungarn, die sich nicht an ihrer Siedlungspolitik stören. Aus strategischen Gründen redet sie zugleich den Antisemitismus von rechts klein, während sie den Antisemitismus von links oder von muslimischer Seite dramatisiert und aufbauscht. Vor dem offensichtlichen Antisemitismus eines Viktor Orbán, eines Donald Trump oder der polnischen Regierungspartei verschließt sie deshalb gerne die Augen.

Donald Trump etwa geriert sich zwar als größter Freund Israels und „der Juden" und geht scharf gegen BDS-Aktivitäten an US-Universitäten vor, er hat mit Jared Kushner sogar einen jüdischen Schwiegersohn. Zugleich hat kein anderer US-Präsident der jüngeren Vergangenheit so aktiv antisemitische Ressentiments befeuert wie Trump. Schon im Wahlkampf griff er auf antisemitische Verschwörungstheorien zurück. Seiner Konkurrentin Hillary Clinton warf er vor, mit „internationalen Finanzeliten" die USA zerstören zu wollen (in einem Werbespot wurden diese „Eliten" mit Bildern von George Soros, Janet Hellen und Lloyd Blankfein illustriert, auf Twitter verbreitete Trump ein Bild Clintons vor Dollarscheinen und Davidstern-Emblem). Den TV-Satiriker John Stewart, einen seiner schärfsten Kritiker, nannte Trump hämisch Jonathan Leibowitz, um auf dessen jüdische Herkunft hinzuweisen.

Nach Trumps Wahl haben antisemitische Übergriffe auf Synagogen und Friedhöfe in den USA stark zugenommen – das Attentat in der Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh (Pennsylvania) 2018, bei dem

elf Menschen starben, bildete den Tiefpunkt dieser Entwicklung.[31] Doch als rechtsextreme Demonstranten 2017 in der Stadt Charlottesville (Virginia) antisemitische Slogans riefen und eine Gegendemonstrantin ermordeten, verharmloste Trump sie mit den Worten, darunter seien auch „sehr anständige Leute“ gewesen. Zuletzt behauptete er, es zeuge von „großer Illoyalität“, als amerikanischer Jude die Demokraten zu wählen. Und in einer Rede in Hollywood umwarb er jüdische Unterstützer mit den Worten, sie seien zwar „überhaupt keine netten Leute“ und sogar „Killer“, aber sie müssten ihn wählen, weil ihnen die Demokraten ja sonst ihr Geld wegnehmen würden.[32] Mehr antisemitische Klischees gehen kaum.

Seit Trump regiert, verzeichnen rechtsextreme Gruppen wie der Ku-Klux-Klan starken Zulauf.[33] Die „Christians United for Israel“ des evangelikalen Pfarrers John Hagee, die zu seinen Anhängern zählen, zeigen zugleich, dass Antisemitismus und Israel-Liebe kein Widerspruch sein müssen. Ihre sieben Millionen Mitglieder glauben fest daran, dass der christliche Messias erscheinen wird, wenn alle Juden nach Israel ziehen. Deshalb halten sie auch den Holocaust für einen Teil von Gottes Plan, um die jüdische Auswanderung nach Israel zu beschleunigen.[34]

31 Kristoff Kerl, Antisemitismus unter Donald Trump. Historische Kontinuitäten und gegenwärtige Modifikationen, in: Geschichte der Gegenwart, 30. 4. 2017, https://geschichtedergegenwart.ch/antisemitismus-unter-donald-trump-historische-kontinuitaeten-und-gegenwaertige-modifikationen/.

32 Daniel Killy, Gute Juden, böse Juden, in: Jüdische Allgemeine, 12. 12. 2019, https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/trump-gute-juden-boese-juden/.

33 White nationalist hate groups have grown 55 % in Trump era, report finds, in: Guardian, 18. 3. 2020, https://www.theguardian.com/world/2020/mar/18/white-nationalist-hate-groups-southern-poverty-law-center.

34 Armin Langer, Taugt Donald Trump als Kämpfer gegen den Antisemitismus?, in: Spiegel.de, 13. 12. 2019, https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/taugt-donald-trump-als-kaempfer-gegen-den-antisemitismus-a-1300967.html.

Mit CamScanner gescannt

Doch dazu hört man von der Netanjahu-Regierung und deren Fürsprechern in den USA wie dem American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) oder dem Simon Wiesenthal Center in Los Angeles kaum Kritik. Und die israelische Regierung hält sich merklich zurück, wenn die Regierungen in Polen und Ungarn versuchen, die Erinnerung an den Holocaust in ihren Ländern auf nationalistische Weise zu instrumentalisieren und den Anteil ihrer eigenen Bevölkerungen am Völkermord an Europas Juden kleinzureden. Die Jüdischen Museen in Warschau und Budapest sind längst zu Kampfplätzen dieser Auseinandersetzung geworden.[35] Auch das Jüdische Museum Berlin ist nun zwischen die Fronten geraten – allerdings nicht, weil es eine revisionistische Version der Geschichte vertreten oder den Völkermord an den Juden relativiert hätte. Sondern weil es versucht hat, Allianzen zwischen Juden und anderen Minderheiten wie Muslimen zu schmieden. Und weil es sich die Freiheit bewahren wollte, eine wirkliche Vielfalt der Stimmen und Perspektiven zuzulassen, der jüdischen wie nichtjüdischen. Israels Regierung setzt im eigenen Land Intellektuelle und Künstler unter Druck und versucht, ihr nationalistisches Geschichtsbild als alleingültiges zu verbreiten. Die Sensibilität für die Versuche der israelischen Regierung, kritische Stimmen unterdrücken, ist unter linken und liberalen Geistern in Israel und unter Juden weltweit deutlich ausgeprägter als hierzulande. Leider finden deren Stimmen in der Bundesrepublik wenig Gehör. Nur so ist es zu erklären, dass eine kleine, aber laute und gut organisierte Minderheit von hiesigen Parteigängern Netanjahus den Direktor des Jüdischen Museums in Berlin zum Rücktritt bewegen und die weitaus zahlreicheren Stimmen der Vernunft übertönen konnte.

35 Jüdische Museen weltweit zeigen, wie politisch Erinnerung ist, in: Der Tagesspiegel, 1. 7. 2019, https://www.tagesspiegel.de/politik/zehn-beispiele-von-new-york-bis-budapest-juedische-museen-weltweit-zeigen-wie-politisch-erinnerung-ist/24508818-all.html.

Michael Kohlstruck

Zur öffentlichen Thematisierung von Antisemitismus

Die öffentliche Thematisierung von Antisemitismus hat sich in den letzten Jahren verändert: Sie ist politisch stärker polarisiert, sie wird emotionaler geführt und sie ist moralischer geworden. Im Zuge der neuen Erbitterung sind vermehrt Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen eingeschränkt oder verhindert worden, weil sie angeblich dem Antisemitismus Vorschub leisten. Seriöse Wissenschaftler und Publizisten werden öffentlich des Antisemitismus bezichtigt und mit solchen Vorwürfen aus der öffentlichen Debatte herauszudrängen versucht. Die folgenden Überlegungen gehen von der Annahme aus, dass die Moralisierung und Politisierung des Themas nicht zu erklären sind, ohne semantische Aspekte in den Blick zu nehmen. Die Einschränkungen der freien Rede stützen sich auf Bedeutungen, die der Terminus Antisemitismus in der Öffentlichkeit de facto hat. Insofern sind semantische Fragen keine bloß akademischen Angelegenheiten, sondern unmittelbar politisch relevant: Welche Bedeutungen hat der Terminus Antisemitismus, welche Bedeutungserweiterungen und Aufladungen werden in der Praxis von öffentlichen Stellungnahmen, Entscheidungsbegründungen oder der Medienberichterstattung faktisch vorgenommen? Wie wird Antisemitismus definiert? In welcher Weise werden Handlungsimperative und Dringlichkeiten konstruiert?

Die Argumentation erfolgt in drei Schritten: Zunächst werden der Sprach- und Begriffsgebrauch zur Erforschung von Antisemitismus in den empirischen Sozialwissenschaften erläutert. Damit steht eine Vergleichsfolie zur Verfügung, um in einem zweiten Schritt dominante

Mit CamScanner gescannt

Bedeutungen des Terminus Antisemitismus im öffentlichen Diskurs analysieren zu können. Abschließend werden einige Implikationen und Probleme der öffentlichen Debatte behandelt.

Zwei Bedeutungen von „Antisemitismus" in der empirischen Sozialwissenschaft

Die Wissenschaftstheorie und die Methodologie des kritischen Rationalismus sind weithin als eine Grundlage für die empirische Sozialforschung anerkannt.[1] Aus dieser Perspektive lassen sich in Verbindung mit dem Instrumentarium der lexikalischen Semantik zwei deskriptive Bedeutungen des Terminus Antisemitismus innerhalb der Wissenschaften unterscheiden.[2] Diese Unterscheidung, dies sei zur Verdeutlichung angemerkt, ist elementarer als die bekannte Differenzierung der Begründungen und Funktionen antisemitischer Phänomenkomplexe (religiöser Antjudaismus, rassistischer, sekundärer und israelbezogener Antisemitismus).[3]

Einmal wird „Antisemitismus" als Begriff verwendet, mit dem zentrale Merkmale von Antisemitismus erfasst werden: In einer ersten Variante ist dies die Feindschaft gegenüber den als Juden markierten Personen und den als jüdisch markierten Institutionen. In einer zweiten Variante wird das zentrale Merkmal von Antisemitismus nicht als Feindschaft, sondern als „grundsätzlich unfreundliche Gesinnung

1 Vgl. u. a. Karl-Dieter Opp, Methodologie der Sozialwissenschaften. Einführung in Probleme ihrer Theoriebildung und praktischen Anwendung, 7. wesentlich überarbeitete Aufl., Wiesbaden 2014.

2 Vgl. Josef Klein, Um Begriffe kämpfen, in: Thomas Niehr/Jörg Kilian/Martin Wengeler (Hrsg.), Handbuch Sprache und Politik. 3 Bde. Bd. 2, Bremen 2017, S. 773–793.

3 Vgl. u. a. Wolfgang Benz, Antisemitismus, in: Stefan Gosepath/Wilfried Hinsch/Beate Rössler (Hrsg.), Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie, Bd. 1, Berlin 2008, S. 45–49.

und Haltung gegenüber Juden" bezeichnet.[4] Die erste Definition des Begriffs Antisemitismus legt also ein engeres Zentralmerkmal als die zweite fest: Feindschaft gegenüber Juden ist ein strengeres Kriterium, als dies ein grundsätzlich unfreundliches Verhältnis ist.

„Antisemitismus" als Feindschaft bzw. Unfreundlichkeit gegenüber Juden definiert ein funktionales, formales Konzept, das offen ist für die jeweiligen materialen Gegenstände der Forschung.[5] Am Beispiel dieser Definition lässt sich überdies das Begriffspaar von „Begriffsintension" und „Begriffsextension" veranschaulichen. Mit der Begriffsintension ist der Bedeutungsinhalt gemeint, mit der Begriffsextension die realen Phänomene („Referenzobjekt"), die von der Intension erfasst werden. Wird Antisemitismus als Feindschaft gegenüber Juden definiert, ist die Extension, also die Menge der von diesem Begriff erfassten Phänomene, kleiner als dies der Fall ist, wenn Antisemitismus als Unfreundlichkeit verstanden wird. Warum? Feindschaft ist ein voraussetzungsreicheres Konzept und insofern ein empirisch selteneres Phänomen als Unfreundlichkeit.[6]

Diese erste Bedeutung von „Antisemitismus" lässt sich formal mit dem Kriminalitätsbegriff analogisieren: „Kriminalität" wird definiert als die Verhaltensweise, die gesetzlich normierte Straftatbestände erfüllt. Mit der Definition als solcher sind weder Aussagen über denkbare Aspekte der Legitimität der Strafgesetzgebung verbunden noch

4 Isaak Heinemann, Antisemitismus, in: Georg Wissowa (Hrsg.), Paulys Real-Encyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, Supplementband 5, Stuttgart 1931, Sp. 3–45, hier Sp. 3; Thomas Nipperdey/Reinhard Rürup, Antisemitismus, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland (1972), Stuttgart 2004, S. 129–153.

5 Vgl. Werner Bergmann, Geschichte des Antisemitismus, München 2002, S. 7.

6 Vgl. Tadeusz Pawłowski, Begriffsbildung und Definition, Berlin 1980, S. 53–55; Helmut Rehbock, Begriff, in: Helmut Glück (Hrsg.), Metzler Lexikon Sprache, 4. Aufl., Stuttgart 2010, S. 94 f.

Mit CamScanner gescannt

eine Erklärung der verschiedenen Varianten von kriminellem Verhalten. Offensichtlich ist aber, dass das Spektrum des als kriminell geltenden Verhaltens – von Beleidigungen bis zu Kapitalverbrechen – Rechtsgüter unterschiedlichen Ranges verletzt.

Zum Zweiten bezeichnet „Antisemitismus" die judenfeindliche Weltanschauung. Mit „Weltanschauung" ist eine relativ konsistente, explizierte intellektuelle Erklärung von geschichtlichen und aktuellen gesellschaftlichen Ereignissen, Strukturen und Entwicklungen gemeint. Antisemitismus als Weltanschauung ist damit also diejenige Welterklärung, die – vorzugsweise in der Moderne – die gesellschaftlichen Entwicklungen einem heimlichen Wirken „der Juden" zuschreibt, denen unterstellt wird, zu ihrem eigenen Nutzen und zum Schaden anderer zu agieren. Im Kern handelt es sich dabei um verschwörungslogische Aussagesysteme. Charakteristisch sind a priori Behauptungen und umfassend angelegte negative Zuschreibungen an Juden, die als in sich homogene Gruppe konzipiert werden. Verschiedentlich wird als Synonym für „Weltanschauung" auch „Ideologie" verwendet. Manche Autoren reservieren das Ideologiekonzept allerdings für die klassischen „Hochideologien" des 19. Jahrhunderts, also Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus.[7] „Hochideologien argumentieren mit teilweise wissenschaftsfähigen Argumenten und bleiben daher auch rationaler Kritik eher zugänglich; Weltanschauungen hingegen fußen auf dogmatisch gesetzten vorwissenschaftlichen Annahmen und beanspruchen globale Weltdeutung."[8]

Ein Basiskonzept von Antisemitismus ist in der empirischen Forschung erforderlich, um mögliche Untersuchungsgegenstände

7 Ernst Topitsch, Begriff und Funktion der Ideologie, in: ders., Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft (1961), 3. Aufl., Neuwied 1971, S. 15–52, hier S. 23.

8 Kurt Lenk, Ideengeschichtliche Dispositionen rechtsextremen Denkens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1998) 9/10, S. 13–19, hier S. 19, https://www.bpb.de/system/files/pdf/F89AZ8.pdf.

überhaupt identifizieren und Phänomene, die antisemitische Momente aufweisen, von nicht-antisemitischen Phänomenen unterscheiden zu können. Einen deutlich anderen Status hat demgegenüber „Antisemitismus" als Weltanschauung. Innerhalb der Menge der antisemitischen Phänomene stellt sie ein bestimmtes Phänomen neben anderen dar. Das können antisemitische Sprechakte, praktische Diskriminierungen, Akte physischer Gewalt oder eine antisemitische Gesetzgebung sein. Eine antisemitische Weltanschauung kann sowohl Gegenstand von wissenschaftlichen Erklärungen werden (Genese, Struktur, Elemente, Diffusion, Funktionen etc.), wie sie auch ihrerseits als mögliche Ursache von anderen antisemitischen Phänomenen in Betracht kommt.

In den empirischen Sozialwissenschaften sind die Unterscheidung von zwei verschiedenen Bedeutungen des Terminus Antisemitismus und die Differenzierung der entsprechenden Sachverhalte eine Voraussetzung für die offene Hypothesenbildung zu den Ursachen: Phänomene, die antisemitische Momente aufweisen, können, müssen aber nicht auf eine antisemitische Weltanschauung zurückgehen. Und: Das Vorhandensein einer antisemitischen Weltanschauung als ganzer oder die Existenz von antisemitischen Einstellungen führen nicht notwendigerweise auch zu praktischen judenfeindlichen Handlungen. Dies jedenfalls lässt sich aus dem quantitativen Verhältnis der Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung und den Fallzahlen antisemitischer Straftaten lernen.

„Du Jude" und „Judenrepublik"

Ein aktuelles und ein historisches Beispiel können den Sinn der Unterscheidung von Basiskonzept und Weltanschauung verdeutlichen. In beiden Fällen wird das Wort „Jude" in einem pejorativen Sinn, als Schimpfwort also verwendet. Seit den frühen 1980er-Jahren finden sich in der Forschungsliteratur Belege, dass „Jude" im Umfeld von

Mit CamScanner gescannt

Fußballspielen und unter Schülern als Schimpfwort verwendet wird.[9] Die Verwendung des Wortes „Jude" als Schimpfwort erfüllt das Kriterium von „Antisemitismus" als Basiskonzept: Der herabsetzende Sinn der Gruppenbezeichnung setzt voraus, dass mit „Jude" etwas Negatives gemeint ist. Mit der Feststellung antisemitischer Momente ist allerdings noch keine Erklärung des konkreten Phänomens verbunden. Erklärungshypothesen können in drei Richtungen gehen: Verwendet wird das Schimpfwort als gedankenlose Übernahme einer üblichen Abwertungsvokabel. Seine Verbreitung wird beschleunigt, wenn es von Gruppen- und Meinungsführern aktiv verwendet wird; die Mitmacher und Nachsprecher übernehmen es als gültige Markierung, um Ablehnung, Verachtung und Ausschluss auszudrücken. Denkbar ist auch, dass politische Hintergrundvorstellungen eine Rolle spielen: Für diejenigen Schimpfwortverwender, die sich der antiisraelischen Seite im Nahost-Konflikt zurechnen, steht „Jude" für das Feindbild „Israel". Die Grenzziehung mittels eines Schimpfworts aus der großen Politik wertet die Sprecher selbst auf, dramatisiert die Schulhofkonflikte und erhöht den Nachdruck der Wir-Sie-Abgrenzung. Eine dritte Hypothese schließlich könnte den Schimpfwortgebrauch auf Elemente einer

9 Vgl. u. a. Günther Bernd Ginzel/Klaus Kleinherne/Dieter Ney/Heinz-Günther Ney/Wolfgang Wende, Mit Hängemaul und Nasenzinken ... Erziehung zur Unmenschlichkeit. Medienpaket für Gruppenleiter und Lehrer, Düsseldorf 1984, S. 10; Richard Stöss, Pronazistisches Protestverhalten unter Jugendlichen. Schüler – Fußballfans – Punks – Skinheads – Nazi-Rocker, in: Alphons Silbermann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Antisemitismus nach dem Holocaust. Bestandsaufnahme und Erscheinungsformen in deutschsprachigen Ländern, Köln 1986, S. 163–192; Helmut Heitmann/Andreas Klose, „Früher war es besser". Gespräche mit Fußballfans, in: Roman Horak/Wolfgang Reiter/Kurt Stocker (Hrsg.), „Ein Spiel dauert länger als 90 Minuten". Fußball und Gewalt in Europa, Hamburg 1988, S. 177–194; Michael Reichelt, Das Lexem „Jude" im jugendlichen Sprachgebrauch. Eine Untersuchung am Beispiel sächsischer Fußballplätze, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18 (2009), S. 17–42.

antisemitischen Weltanschauung zurückführen, die von Erwachsenen vertreten und von den Jüngeren in ihren funktionalen Fragmenten rezipiert und praktisch genutzt wird.

Um einen ähnlich gelagerten Fall scheint es sich bei den abschätzigen Bewertungen der Weimarer Republik als „Judenrepublik" zu handeln. Von Anfang an war die erste deutsche Republik mit dieser Polemik konfrontiert. Etliche Fälle wurden aufgrund des Republikschutzgesetzes vor Gerichten verhandelt und sind dadurch eingehender dokumentiert.[10] Die Gemeinsamkeit mit der Schulhofbeschimpfung liegt darin, dass „Jude" als Qualitätsbezeichnung verwendet wird, um damit die Republik als Staatsform herabzusetzen. Zugleich werden mit dem Schlagwort einzelne jüdische Politiker attackiert.[11]

Der hauptsächliche Unterschied zu dem aktuellen Schimpfwortgebrauch ist darin zu sehen, dass es sich bei den Verwendungen des Schlagworts Judenrepublik um politische Stellungnahmen handelt. Die Unterscheidung zwischen einem politischen und einem vorpolitischen Antisemitismus gehört zu den wesentlichen Ergebnissen der Antisemitismusforschung.[12] Ein weiterer Unterschied zeigt sich daran, dass sich insbesondere die vor Gericht verhandelten Schmähungen der Weimarer Republik als Fälle eines intendierten „Bekenntnisantisemitismus" darstellen, die redensartlich verwendeten heutigen Personenbeschimpfungen hingegen wohl Varianten eines implizit-konsensualen

10 Vgl. u. a. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963.

11 Ludwig Foerder, Die „Judenrepublik" in der Rechtsprechung, in: Die Justiz. Zeitschrift für Erneuerung des Deutschen Rechtswesens 1 (1925/26) 5, S. 519–532, hier S. 528 f.; Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 99.

12 Vgl. u. a. Rainer Erb/Andreas Klärner, Antisemitismus zur weltgeschichtlichen Sinnstiftung. Horst Mahler vor Gericht, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14 (2005), S. 111–134.

Mit CamScanner gescannt

Antisemitismus sind.[13] Die Erklärungsmöglichkeiten weisen hier folglich auch teilweise in andere Richtungen als die Erklärungen für das Schulhofschimpfwort: Teils geht die Beschimpfung als „Judenrepublik" auf eine generelle Ablehnung von Demokratie und Parlamentarismus zurück, die man durch die Monarchie oder durch ein autoritäres völkisches System ersetzt sehen will. Teils ist dieser Protest in einer ausgearbeiteten Weltanschauung begründet, die „den Juden" als eigentlichen Urheber der deutschen Niederlage im Weltkrieg und der folgenden politischen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen sehen. Einzelne Politiker werden als Repräsentanten dieser unterstellten Verschwörung attackiert und – wie Walther Rathenau – als solche ermordet.

Die beiden Fälle zeigen: Phänomene, die antisemitische Momente aufweisen und insofern als antisemitisch identifiziert werden, können sich in ihrer Genese, ihrer Reichweite, ihrer Wirkung und in ihrem moralischen und rechtlichen Unwertgehalt als unterschiedlich erweisen, wenn die Erklärungsdimension einbezogen wird. Eine Klassifizierung als antisemitische Phänomene allein lässt demgegenüber Ursachen, Struktur, Wirkungen, moralisches und rechtliches Gewicht unberücksichtigt und bleibt notwendigerweise an der Oberfläche.

In den empirischen Sozialwissenschaften, das bleibt festzuhalten, wird Antisemitismus als Basiskonzept anhand des zentralen Merkmals von Feindschaft oder Unfreundlichkeit gegenüber Juden definiert. Die Sammelbezeichnung „Antisemitismus" umfasst ein breites und in sich heterogenes Spektrum von Phänomenen. Gemeinsam ist ihnen das Merkmal eines negativen Verhältnisses zu Judentum und Juden. In der jüngeren Forschung schlägt sich die Beobachtung eines sich ausdifferenzierenden Feldes antisemitischer Phänomene sprachlich als Pluralbildung nieder. Je präziser die soziale Wirklichkeit beobachtet wird,

13 Vgl. u. a. Olaf Blaschke, Die Elimination wissenschaftlicher Unterscheidungsfähigkeit. Goldhagens Begriff des „eliminatorischen Antisemitismus" – eine Überprüfung, in: Johannes Heil/Rainer Erb (Hrsg.), Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel J. Goldhagen, Frankfurt a. M. 1998, S. 63–90.

umso eher werden die Unterschiede in Genese, Struktur und Funktionalität antisemitischer Phänomene hervorgehoben. Wo zuvor von dem einen „Antisemitismus" die Rede war, werden nun „Antisemitismen" konstatiert.[14] Das gilt nicht allein für Jugendszenen. Ein Forschungsprojekt zu antisemitischen Sinngehalten in den sogenannten Sozialen Medien hebt die interne Pluralisierung von Antisemitismus bereits im Titel hervor. Das Projekt „Antisemitismen im World Wide Web" wurde von 2014 bis 2018 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.[15] Dan Diner schließlich hat in seinen Überlegungen zur These eines „neuen Antisemitismus" davon gesprochen, dass der klassische Antisemitismus nach 1945 delegitimiert war und die mit dem Terminus „Antisemitismus" verbundene frühere historische Dichte geschwunden sei. Davon geblieben seien heute allgegenwärtige „Partikel des Ressentiments", denen er einen nur noch „antisemitierenden" Charakter zuschreibt.[16]

14 Albert Scherr/Barbara Schäuble, „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...". Ausgangsbedingungen und Ansatzpunkte gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit zur Auseinandersetzung mit Antisemitismen, Berlin 2006, S. 49, http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/schaueblescherrichhabenichtslangversion.pdf [5. 5. 2020]; Heike Radvan, Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit, Bad Heilbrunn 2010, S. 67, 243; Monique Eckmann, Gegenmittel. Bildungsstrategien gegen Antisemitismen, in: Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts 4 (2012), Nr. 8, S. 44–49; Albert Scherr, Aufgabenstellungen, Möglichkeiten und Grenzen der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft, in: Richard Gebhardt/Anne Klein/Marcus Meier (Hrsg.), Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit, Weinheim/Basel 2012, S. 15–28.

15 Vgl. Monika Schwarz-Friesel, Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses. Judenfeindschaft als kulturelle Konstante und kollektiver Gefühlswert im digitalen Zeitalter, Berlin 2018, S. 63, 65.

16 Dan Diner, Der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines „neuen Antisemitismus", in: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a. M. 2004,

Mit CamScanner gescannt

„Antisemitismus" im öffentlichen Diskurs

Öffentliche Thematisierungen von Antisemitismus unterscheiden sich – wie alle öffentlichen Diskurse – von wissenschaftlichen Spezialdiskursen durch ihre geringere sachliche Differenzierung, ihre geringere Stringenz oder die Vielzahl heterogener Beiträge. Charakteristisch ist auch der nichtterminologische Wortgebrauch. Standardgemäß dominiert im wissenschaftlichen Sprechen die deskriptive Bedeutung von Termini, während in der Öffentlichkeit zusätzlich emotionale, normative und konnotative Wortbedeutungen eine wichtige Rolle spielen.[17] Es wäre deshalb auch realitätsfern, den öffentlichen Sprachgebrauch anhand der Maßstäbe beurteilen zu wollen, die für die Sozialwissenschaften gelten. Andererseits lässt sich die Eigenlogik des öffentlichen Diskurses nur anhand eines Vergleichs darstellen. Die Kontrastierung mit den wissenschaftlich verwendeten Bedeutungen von „Antisemitismus" dient dieser Konturierung.

Substanzbegriff Antisemitismus

Im öffentlichen Sprachgebrauch wird „Antisemitismus" durchweg in substantivischer Form und im Singular verwendet. Damit wird bereits vom Sprachgebrauch her nahegelegt, dass es auch in der Sache nur einen, in sich einheitlich-homogenen Antisemitismus gäbe. Implizit wird damit die These gestützt, dass „Antisemitismus" ein homogenes Feld bezeichne, das von einem in sich einheitlichen Wesenskern bestimmt werde. Dieser Kern bleibe konstant und manifestiere sich lediglich in

S. 310–329, hier S. 310; ders., Der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines „neuen Antisemitismus", in: Christian Heilbronn/Doron Rabinovici/Natan Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte, Berlin 2019, S. 459–488, hier S. 460.

17 Vgl. Klein, Um Begriffe kämpfen.

verschiedenen Formen. Seine Identität sei stets die gleiche, auch wenn seine Gesichter oder Gewänder wechselten – so andere sinnidentische Formulierungen. Ein Beispiel aus dem Bericht des ersten vom Deutschen Bundestag eingesetzten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus: „Wo offene antisemitische Agitation strafbewehrt ist und sich Antisemitismus eines dynamischen Sets verschleiernder Codes und semantischer Grenzbegriffe bedient, ist selbiger Antisemitismus, ungeachtet einzelner offener Manifestationen, vielfach auf den Bereich latenter Haltungen begrenzt."[18]

„Antisemitismus" wird damit als Substanzbegriff verwendet. Phänomene, die im Sinne des Basiskonzepts das Merkmal Antisemitismus aufweisen, werden häufig als bloße „Erscheinungsformen des Antisemitismus" beschrieben.[19] Dabei werden die judenaversiven Momente nicht im Verhältnis zu anderen Dynamiken des jeweiligen Falls betrachtet und entsprechend gewichtet. Mit der Zuweisung des „Master-Status" Antisemitismus wird implizit nahegelegt, sie seien als Ausdruck dieser Substanz hinreichend charakterisiert.

Wird Antisemitismus – implizit oder explizit – als Substanz aufgefasst, operiert man nicht mehr mit einem Beschreibungs-/Erklärungsmodell, das für historisch wandelbare, soziale, politische oder kulturelle Ursachen offen ist, sondern mit einem tendenziell ahistorischen Modell des Unveränderbaren. Die immer gleiche Substanz wird sowohl als Grund betrachtet wie als Folge oder Ausdruck dieses Grundes. Das Wesen manifestiert sich in seinen Erscheinungen. Antisemitische Phänomene sind dann keine historischen Ereignisse mehr, die aus konkreten Kontexten erklärt werden, sondern „der Antisemitismus" wird zu

18 Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze (Stand: August 2011), hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2011, S. 131.

19 Vgl. Michael Kohlstruck/Peter Ullrich, Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin, in: Berliner Forum Gewaltprävention 15 (2014), 2. korr. Aufl. 2015, Nr. 52, S. 11–137, S. 22.

Mit CamScanner gescannt

einer allzeit latenten mentalen Struktur verklärt.[20] In einer eher publikumsorientierten als fachwissenschaftlichen Veröffentlichung wird dies folgendermaßen formuliert: „Antisemitismus verschwindet nicht; er ist kein einmaliges Ereignis. Obwohl sich seine äußere Form mit der Zeit durchaus verändern kann, bleibt er seinem Wesen nach derselbe. Man kann ihn mit einer hartnäckigen Infektion vergleichen. Medikamente können die Symptome lindern, doch der eigentliche Infekt brütet im Hintergrund weiter und kann zu gegebener Zeit in einer neuen Inkarnation, einer veränderten ‚äußeren Schale' wieder auftauchen."[21]

Nicht jeder substantivische Gebrauch von „Antisemitismus" ist allerdings Ausdruck einer substanzialistischen und essentialisierenden Interpretation von antisemitischen Phänomenen. Im Deutschen ist es möglich, „Antisemitismus" auch als Sammelbegriff oder als Überschrift im Sinne des Basiskonzepts zu verwenden. Eine Unterscheidung zwischen Basiskonzept und Substanzbegriff ist allein anhand der sprachlichen Form nicht möglich und muss den inhaltlichen Kontext einbeziehen.

Emotionale und normative Bedeutungen von „Antisemitismus"

„Antisemitismus" gehört im öffentlichen Sprachgebrauch zu den „affektiven Substantiven" (Fritz Hermanns).[22] Mit dem Terminus Antisemitismus wird gegenüber dem bezeichneten Sachverhalt der Judenaversion zugleich eine emotionale Ablehnung dieses negativen Verhältnisses ausgedrückt. Diese negative emotionale Bedeutung ist dem Ausdruck Antisemitismus nicht als eine überzeitliche Wortbedeutung eingeschrieben. Ähnlich wie bei der hier und heute mit dem Wort

20 Vgl. Christoph Nonn, Antisemitismus, Darmstadt 2008, S. 31.
21 Deborah Lipstadt, Der neue Antisemitismus, Berlin 2019, S. 30.
22 Vgl. Klein, Um Begriffe kämpfen, S. 775.

„Krieg" typischerweise einhergehenden ablehnenden Emotion handelt es sich um eine zeitgeschichtlich gebundene Bedeutung. Bis 1918 bzw. 1945 hatten beiden Termini in einzelnen Sozialmilieus Deutschlands dagegen einen positiven oder neutralen Gefühlswert.[23]

Die anti-antisemitische, ablehnende Gefühlsbedeutung entspricht der normativen Bedeutung des Wortes. Ähnlich wie „Terrorismus" impliziert „Antisemitismus" eine überindividuelle normative Stellungnahme gegen die mit diesem Wort bezeichneten Sachverhalte. „Es wäre zu schwach, diesen Bedeutungsaspekt als ‚Bewertungskomponente' oder ‚evaluative Bedeutung' zu bezeichnen. Es geht um Normen, um überindividuelles Sollen, Müssen und (Nicht-)Dürfen, also um das, was die Logik als ‚Deontik' bezeichnet."[24] Im durchschnittlichen Sprachgebrauch bedeutet die Verwendung von „Antisemitismus" zugleich den normativen Einspruch gegen Antisemitismus.

Konnotationen des Terminus Antisemitismus

In der Öffentlichkeit spielt das Assoziationsfeld von sprachlichen Ausdrücken eine wichtige Rolle. Sprachwissenschaftlich werden Assoziationsfelder als „Konnotate" bezeichnet und vom Kern der Wortbedeutung, dem „Denotat" unterschieden.[25] Welche Konnotationen weist

23 Vgl. ebenda; Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code (1978), in: dies., Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays (1990), München 2000, S. 13–36.

24 Klein, Um Begriffe kämpfen, S. 776; vgl. Fritz Hermanns, Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Josef Klein (Hrsg.), Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung, Opladen 1989, S. 69–149, hier S. 74.

25 Vgl. Reichelt, Lexem „Jude"; Helmut Rehbock, Konnotation, in: Helmut Glück (Hrsg.), Metzler Lexikon Sprache, 4. Aufl., Stuttgart 2010, S. 354 f.

Mit CamScanner gescannt

„Antisemitismus" auf? Spätestens seit dem „Historikerstreit" in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre gilt der Antisemitismus als Zentralsymbol für die Verbrechen des Nationalsozialismus und ein konsequenter Anti-Antisemitismus als Indikator für den Erfolg vollzogener kollektiver demokratischer Lernprozesse wie als Beleg entsprechender aktueller Bemühungen.[26] „Antisemitismus" wird eng mit dem nationalsozialistischen Genozid an den Juden assoziiert und damit zu einem Synonym für präzedenzlose Verbrechen, in anderer Perspektive für absolut singuläre Verbrechen oder auch für „das Böse" schlechthin. Im Ergebnis dieser konnotativen Einbettung der denotativen Bedeutung spricht man zwar nominell vom heutigen Antisemitismus, verweist aber implizit auf das Makroverbrechen des Holocaust als einer dem Gegenstand vermeintlich eigenen Kernqualität. Man sagt „Antisemitismus" und assoziiert „Auschwitz".

Derartige Konnotationen liegen nahe und sie werden von der öffentlichen Erinnerungskultur bestärkt, die seit Jahrzehnten in hohem Maße auf die Geschichte des Nationalsozialismus bezogen ist. Die damit evozierten Vorstellungswelten sind jedoch problematisch – nicht allein im Hinblick auf eine angemessene Einschätzung heutiger antisemitischer Phänomene; auch für die Vergangenheit wird damit retrospektiv eine falsche Teleologie nahegelegt: Zu den faktischen Voraussetzungen für „Auschwitz" gehörten neben einer antisemitischen Weltanschauung oder Ideologie die Destruktion der Demokratie, die Errichtung einer Diktatur und die Besonderheit der Kriegssituation.[27] Wichtig wurden deshalb auch „Faktoren jenseits der Ideologie", nämlich individuelle Eigenschaften wie Ehrgeiz und Opportunismus und soziale Phänomene wie Indifferenz, Habitus und Gruppendruck,

26 Vgl. u. a: Werner Bergmann/Rainer Erb, Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) 38 (1986), S. 223–246.

27 Vgl. Heiko Beyer, Theorien des Antisemitismus. Eine Systematisierung, in: KZfSS 67 (2015), S. 573–589, hier S. 587.

die gleichfalls weltanschaulich neutral sind.[28] Bekanntlich reicht die Geschichte antisemitischer Phänomene weiter zurück als bis zum nationalsozialistischen Antisemitismus. Innereuropäische Vergleiche antisemitischer Bewegungen zeigen überdies, dass Antisemitismus als Weltanschauung nicht zwingend zu einer genozidalen Politik führt. Spontane oder strategisch intendierte Assoziationen an den nationalsozialistischen Genozid, die die Thematisierung des heutigen Antisemitismus begleiten, beziehen sich insofern tatsächlich auf die konkreten, präzedenzlosen deutschen Verbrechen, nicht auf das wirkliche Spektrum von Antisemitismus-Phänomenen in Geschichte und Gegenwart.

Bei der zweiten Konferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zum Thema Antisemitismus im April 2004 wurde die „Berliner Erklärung" verabschiedet; exemplarisch wird sie hier zitiert, um die skizzierten Konnotationen von „Antisemitismus" zu veranschaulichen. In der Erklärung wurde unter anderem bekräftigt, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten „in der Erkenntnis, dass der Antisemitismus nach seiner vernichtenden Ausprägung im Holocaust nun unter neuen Erscheinungs- und Ausdrucksformen auftritt, die gemeinsam mit anderen Formen der Intoleranz eine Bedrohung der Demokratie, der Werte der Zivilisation und somit der Sicherheit insgesamt in der OSZE-Region und darüber hinaus darstellen [...], vorbehaltlos alle Erscheinungsformen des Antisemitismus und alle anderen gegen Personen oder Gemeinschaften gerichtete Akte von Intoleranz, Hetze, Übergriffen oder Gewalt aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer religiösen Überzeugung, wo immer sie vorkommen, verurteilen."[29]

28 Vgl. Jürgen Matthäus, Holocaust als angewandter Antisemitismus? Potential und Grenzen eines Erklärungsfaktors, in: Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt a. M. 2015, S. 102–133, hier S. 108.

29 Zit. nach Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland, S. 137; vgl. Remko Leemhuis, Die Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA. Was sie bedeutet, weshalb sie wichtig ist und was wir damit tun sollten, Berlin 2019, S. 3.

Mit CamScanner gescannt

Die bisherigen Befunde lassen sich zusammenfassen: Der öffentliche Sprachgebrauch suggeriert, bei Antisemitismus handele es sich um eine überhistorische, in sich identische Substanz. Damit werden alle Phänomene, die das Merkmal antisemitisch aufweisen, homogenisiert und essentialistisch als Ausdruck der gleichen Substanz betrachtet. Das historische Ereignis des Holocaust wird als reinster Ausdruck dieser Substanz verstanden. Wird der Terminus „Antisemitismus" mit diesen Bedeutungen verwendet, nehmen alle damit bezeichneten Ereignisse den Charakter einer maximalen Gefahr an. Zugleich wird höchster Handlungsbedarf signalisiert.

Politisches Normierungsinteresse

In den empirischen Sozialwissenschaften stehen Definitionen von Begriffen als Bedeutungsexplikationen am Beginn von Untersuchungen. Definitionen klären Begriffsbedeutungen in konkreten Kontexten und grenzen ein, über was genau gesprochen wird.[30] Mit den vorliegenden Antisemitismusdefinitionen und deren Weiterentwicklungen sind viele Forscher über Jahrzehnte gut ausgekommen; sie haben sich als Instrumente der Forschung und als Orientierungen für die politische Bildungsarbeit bewährt.[31]

30 Karl-Dieter Opp, Definitionen und ihre Bedeutung für die Sozialwissenschaften, in: Peter Graeff/Jürgen Grieger (Hrsg.), Was ist Korruption? Begriffe, Grundlagen und Perspektiven gesellschaftswissenschaftlicher Korruptionsforschung, Baden-Baden 2012, S. 13–28.

31 Vgl. u. a. Helen Fein, Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations, and Actions, in: dies. (Hrsg.), The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism, Berlin 1987, S. 67–85; Dietz Bering, Gutachten über den antisemitischen Charakter einer namenpolemischen Passage aus der Rede Jörg Haiders vom 28. Februar 2001, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hrsg.), „Dreck am Stecken". Politik der Ausgrenzung, Wien 2002, S. 173–186; Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus? Bonn 2004; Werner Bergmann, Was heißt Antisemitismus?

In den frühen 2000er-Jahren ist zunächst im Zusammenhang mit EU-weiten Bestandsaufnahmen antisemitischer Phänomene das Interesse an einer neuen Antisemitismusdefinition formuliert worden.[32] Dies geschah vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund der Intensivierung des israelisch-palästinensischen Konflikts und der damit einhergehenden Zunahme von Angriffen auf Juden und jüdische Einrichtungen in der EU.[33] Seinen vorläufigen Abschluss hat dieses Definitionsinteresse nach einer ersten Formulierung 2005 schließlich in der „Arbeitsdefinition" der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) gefunden.[34] Der genuin politische Charakter des Definitionsprojekts wird daraus ersichtlich, dass es mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), dem European Monitoring Centre on Racism an Xenophobia (EUMC) – der heutigen Fundamental Rights Agency (FRA) – sowie der Task Force for international Cooperation on Holocaust Education, Remembrance und Research (ITF) – der heutigen IHRA– drei politische Organisationen waren, die an dem Prozess der Formulierung und Etablierung zentral beteiligt waren. Damit hatten sich verschiedene politische Interessen zusammengefunden: Das „International Forum on the Holocaust"

in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier Antisemitismus, 27. 11. 2006, https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37945/antisemitismus?p=all [5. 5. 2020]; Peter Hayes, Warum? Eine Geschichte des Holocaust, Frankfurt a. M. / New York 2017, S. 15 f.

32 Vgl. Siegfried Jäger, Zur diskursiven Dynamik des Redens über Antisemitismus. Überlegungen zu den EUMC-Berichten 2003 und 2004 zum Thema „Antisemitismus", in: Moshe Zuckermann (Hrsg.), Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. XXXIII), Göttingen 2005, S. 110–139.

33 Vgl. Lehmhuis, Arbeitsdefinition.

34 Vgl. zum Wortlaut Peter Ullrich, Zur „Arbeitsdefinition Antisemitismus" der International Holocaust Remembrance Alliance. Gutachten, im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von medico international e. V., Berlin, September 2019, S. 18, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_2-2019_Antisemitismus.pdf [6. 5. 2020].

Mit CamScanner gescannt

wollte nach seiner Stockholmer Konferenz von 2000 „gleichsam per Dekret" die Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden ins Zentrum einer global ausgerichteten Gedächtnispolitik rücken.[35] Das EUMC suchte nach einem Instrument, um in den Mitgliedsstaaten der EU ein Antisemitismus-Monitoring anhand einer einheitlichen Konzeption durchführen zu können. In die Konsultationsprozesse zur Erarbeitung der Definition wurde eine Reihe jüdischer Organisationen eingebunden, darunter auch solche Verbände, die – wie das American Jewish Committee (AJC) – als durchsetzungsstarke Vertreter der Interessen Israels bekannt sind.[36] Bei ihnen bestand ein Interesse an einer Antisemitismusdefinition, mittels derer auch die aktuelle Kritik an der israelischen Besatzungspolitik neutralisiert werden konnte. Die meisten Beispiele, die in der „Arbeitsdefinition" aufgeführt werden, beziehen sich dementsprechend auf den Nahost-Konflikt. Es überrascht nicht, dass diese Beispiele der „Arbeitsdefinition" im Nachhinein von einem AJC-Vertreter als „die nützlichsten" bewertet werden.[37]

Die angestrebte Definition von Antisemitismus hatte mit einer sachbezogenen Erläuterung von Begriffsbedeutungen nur mittelbar zu tun. Das Definitionsprojekt war in hohem Maße von dem Interesse an einer neuen Grenzziehung geleitet: Was darf und was darf nicht gesagt werden? Oder: Wo verläuft die Grenze zwischen legitimen und illegitimen Meinungen? Im Vordergrund stand die normativ-deontische Funktion des Terminus Antisemitismus, mit der die Illegitimität des Bezeichneten markiert wird. Damit war man auf der Suche nach einer Festlegung des öffentlich Unzulässigen. Rechtlich konnte die Arbeitsdefinition weder international noch national verankert werden, es blieb somit bei der politischen Etablierung eines moralisch begründeten Reglements.

35 Helmut König, Das Politische des Gedächtnisses, in: Christian Gudehus/Ariane Eichenberg/Harald Welzer (Hrsg.), Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart/Weimar 2010, S. 115–125, S. 117.

36 Vgl. Dina Porat, The International Working Definition of Antisemitism and Its Detractors, in: Israel Journal of Foreign Affairs 5 (2011) 3, S. 1–9, hier S. 9.

37 Leemhuis, Arbeitsdefinition, S. 4.

Politische Kritiker der „Arbeitsdefinition" haben früh darauf hingewiesen, dass es mit diesem Instrument möglich geworden ist, auch menschenrechtlich begründete Kritik an Israel als antisemitisch erscheinen zu lassen.[38] Die formalen und inhaltlichen Mängel der „Arbeitsdefinition" sind mittlerweile ausführlich analysiert worden. Die Kerndefinition enthält „Kann-Formulierungen" und ist damit vage; sie lässt weite antisemitische Phänomenbereiche (etwa Weltbilder, politische Bewegungen, institutionelle Regelungen) aus und hat insofern systematische Leerstellen; ein Teil der Beispiele ist nur dann als antisemitisch zu bewerten, wenn Vorannahmen getroffen werden, die allerdings in der Kerndefinition fehlen – das macht die Arbeitsdefinition inkonsistent.[39] Diese Mängel werden zu Recht konstatiert, wenn man die Norm eines rationalen, logischen und sachbezogenen Diskurses zugrunde legt. Versteht man die „Arbeitsdefinition" aber immanent als das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses, der stark von den Interessen einer positiven Außendarstellung Israels bestimmt wurde, so erweisen sich die aus wissenschaftlicher Perspektive konstatierten Mängel aus Sicht ihrer Autoren als politische Stärke.[40]

38 Vgl. Dortmunder Erklärung, in: Das Palästina Portal, 21. 9. 2005, https://www.palaestina-portal.eu/Dortmunder_Erklaerung.htm [3. 5. 2020].

39 Vgl. Ullrich, „Arbeitsdefinition". Vgl. zur Kritik des Gutachtens: Juliane Wetzel, Ein Kommentar zum Gutachten von Peter Ullrich über die „Working Definition of Antisemitism" der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), Berlin, Dezember 2019, https://www.tu-berlin.de/fileadmin/i65/Veranstaltungen/2019/Stellungnahme_Wetzel.pdf [3. 5. 2020]

40 Vgl. Ken Stern, The Working Definition of Antisemitism. A Reappraisal, in: The Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Anti-Semitism and Racism (Ed.), The Working Definition of Antisemitism – Six Years After. Unedited Proceedings of the 10th Biennial. TAU Stephen Roth Institute's Seminar on Antisemitism, August 30 – September 2, 2010, Mémorial de la Shoah, Paris, Tel Aviv 2010: https://web.archive.org/web/20140816042052/http://kantorcenter.tau.ac.il/sites/default/files/proceeding-all.pdf [6. 5. 2020]. Vgl. David Ranan, Muslimischer Antisemitismus. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden? Bonn 2018, S. 35, 213, Anm. 47.

Mit CamScanner gescannt

Die „Arbeitsdefinition" erweitert die Extension des Antisemitismusbegriffs in der Weise, dass die Parteinahmen im Nahost-Konflikt in Deutschland für große Teile des Publikums und die überwiegende Mehrheit der politischen Eliten zu Indikatoren bei der Selbstüberprüfung ihres postnationalsozialistischen Status werden. Der Nahost-Konflikt wird nicht als ein politisch-territorialer Konflikt unter anderen verstanden, er betrifft unmittelbar die kollektive Identität des demokratischen Deutschlands. Dies geschieht mittels des substanzlogischen Antisemitismusbegriffs und seiner häufig unreflektierten historischen Konnotationen. Die „Arbeitsdefinition" ist damit ein geradezu klassisches Beispiel für den Typ der persuasiven Definition, wie er in der Wissenschafts- und Argumentationstheorie seit den 1940er-Jahren beschrieben worden ist.[41] Persuasive Definitionen sind Definitionen, „deren Definiendum neben einer deskriptiven (wertneutralen) Bedeutungskomponente eine emotive (wertende) besitzt und deren Definiens die deskriptive Bedeutungskomponente verändert, die emotive aber beibehält, um so die emotive Bewertung auf den neuen Bedeutungsgehalt zu übertragen".[42] Die negative Bewertung des NS-Antisemitismus wird auf die Positionen transferiert, die als „neuer Antisemitismus" gelten. Oder anders gesagt: „Es geht um die Übertragung der emotionalen Assoziationen von einer Extension auf eine andere desselben Terminus."[43]

Das als „Definition" deklarierte Reglement der öffentlichen Rede ist am 20. September 2017 von der Bundesregierung als offizieller Antisemitismusbegriff autorisiert worden. Seitdem wird es von Länderregierungen und -parlamenten zur verbindlichen Richtschur des Verwaltungshandelns erklärt. Damit ist es gelungen, das paradoxe Gebilde

41 Vgl. Charles L. Stevenson, Ethics and Language (1944), New York 1979; ders., Facts and Values. Studies in ethical analysis, New Haven 1963, S. 32–54.

42 Gottfried Gabriel, Definition, in: Jürgen Mittelstraß u. a. (Hrsg.), Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie. Bd. 1, Stuttgart 1995, S. 439–442, hier S. 440.

43 Pawłowski, Begriffsbildung, S. 248.

einer Legaldefinition ohne Gesetz zu etablieren. Mittlerweile hat die Praxis der Übernahme der „Arbeitsdefinition" in die Aufgabendefinition von NGOs und Behörden den Charakter eines kulturellen Codes angenommen, mit dem die Akteure ihre Zugehörigkeit zu einem proisraelischen und regierungsaffirmativen Milieu bekunden.

Probleme der aktuellen öffentlichen Debatte

Öffentliche Debatten stellen ein eigenes Feld gesellschaftlicher Praxis dar, das sich – wie andere Felder – über eine eigene Strukturlogik und Standards konstituiert; der Sprachgebrauch und die Denkmuster folgen anderen Regeln als etwa in der Justiz, den Sozialwissenschaften oder der Kunst.[44] Dazu gehört auch eine spezifische Ökonomie der Aufmerksamkeit, die Akteuren in diesem Feld die Zuspitzung ihrer Thesen abverlangt, um erfolgreich am Markt der Meinungen teilnehmen zu können. Als öffentliche Diskurse unterliegen auch Antisemitismus-Diskurse derartigen Rahmenbedingungen. Mit dem Substanzmodell, den auf den Holocaust bezogenen Konnotationen und der Etablierung der „Arbeitsdefinition" sind drei zentrale Elemente der aktuellen Anti-Antisemitismus-Semantik beschrieben. Sie können als Ergebnis einer Anpassung an diese strukturellen Gegebenheiten verstanden werden. Zugleich wird mit ihnen die öffentliche Kommunikation über Antisemitismus geformt und der praktische Umgang mit dem, was als Antisemitismus gilt, vorstrukturiert. Fünf Probleme sollen kurz beleuchtet werden, die mit einem vereinheitlichten, moralisch aufgeladenen und strategisch weit gefassten Antisemitismuskonzept selbst und seiner Etablierung in der politischen Kultur verbunden sind.

44 Vgl. Pierre Bourdieu, Über einige Eigenschaften von Feldern (1976), in: ders., Soziologische Fragen, Frankfurt a. M. 1993, S. 107–114; Pierre Bourdieu, Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes, Konstanz 1998.

Mit CamScanner gescannt

Entkonkretisierung

Mit dem vereinheitlichenden Antisemitismus-Terminus ist das Problem verbunden, Ereignisse mit antisemitischen Momenten nicht mehr als konkrete Sachverhalte zu betrachten, sondern lediglich kategorial, eben als bloße „Manifestationsformen von Antisemitismus" zu behandeln.[45] Eine derart abstrahierende Thematisierung birgt die Gefahr einer Entsachlichung und Entdifferenzierung. Wenn alle Phänomene mit dem Merkmal antisemitisch als vermeintlicher Ausdruck einer identischen Substanz Antisemitismus qualitativ gleich gelten, wird es schwerer, ihre tatsächlichen Unterschiede und ihre Bearbeitungsmöglichkeiten angemessen wahrzunehmen.

Über einen Fall von Antisemitismus an einer Berliner Schule wurde im März 2017 erstmalig in einer englischsprachigen Wochenzeitung berichtet. Im Verlauf von vier Monaten war ein 14-jähriger Schüler von drei Mitschülern gemobbt worden. Ihr Wille zu Drangsalisierungen und Ausschluss hatte sich auf seine jüdische Herkunft fokussiert. Teile des pädagogischen Personals hatten sich spät oder wenig engagiert mit diesem Problem befasst, andere reagierten angemessen. Die Eltern des Schülers waren mit der pädagogischen Bearbeitung des Problems unzufrieden. Sie nahmen den Jungen von der Schule und skandalisierten – aus ihrer Sicht nachvollziehbar – einen Fall von Antisemitismus.

Der Vorfall weist antisemitische Momente auf, da sich die Übergriffe auf die jüdische Herkunft des Jungen bezogen. Gleichwohl hätte eine andere Handlungsoption darin bestanden, dieses antisemitische Phänomen als einen Fall von schulischem Mobbing neben den vielen anderen zu behandeln; die Schule hätte in der professionellen Bearbeitung dort unterstützt werden können, wo ihre eigenen und bekannter-

45 Daniel Poensgen/Benjamin Steinitz, Dynamiken des Antisemitismus. Erkenntnisse aus dem zivilgesellschaftlichen Monitoring RIAS Berlin, in: Oliver Decker/Ernst Brähler (Hrsg.), Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen 2018, S. 287–305, hier S. 295 f.

maßen relativ geringen Ressourcen nicht ausreichten. Anstatt sich auf die pädagogische Handlungsebene zu konzentrieren, wurde der Fall unter das Dach des hochbrisanten Antisemitismusthemas geschoben, dessen gesonderte Bearbeitung dann zusätzliche Ressourcen absorbierte. Nun hatten sich die Schulleitung und die Berliner Schulverwaltung zusätzlich zu der konkreten Fallbearbeitung mit dem Vorwurf auseinanderzusetzen, Antisemitismus nicht wahrgenommen oder ihm sogar Vorschub geleistet zu haben. Die naheliegendsten subjektiven Gründe für eine unzureichende Bearbeitung – etwa: Informations- und Kommunikationsprobleme, Unwissen, Fahrlässigkeit, Bequemlichkeit oder Überarbeitung – fielen gegenüber der Antisemitismus-Unterstellung kaum ins Gewicht.[46]

Dramatisierung

Die sachliche Entkonkretisierung aktueller Phänomene verbindet sich leicht mit einer moralischen Dramatisierung. Die historischen Konnotationen des Terminus „Antisemitismus" sind dafür eine zentrale Voraussetzung. Sie begründen den Rang, den der Anti-Antisemitismus als Identitätsthema des politischen Deutschland hat („Exzeptionalismus").[47] Die Empörung über den historischen Völkermord als ein bestimmtes und besonderes antisemitisches Phänomen wird für alle anderen antisemitischen Phänomene beansprucht – ohne deren jeweiligen Kontext zu berücksichtigen. Unter dem Dach des Allgemeinbegriffs „Antisemitismus" wird damit ein unausgewiesener Objektwechsel vom Makroverbrechen des Holocaust zu Vorfällen

46 Vgl. die Berichterstattung in *Der Tagesspiegel* im April 2017, 19. 6. 2017; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 26. 10. 2017.

47 Vgl. Cengiz Barskanmaz, Rasse – Unwort des Antidiskriminierungsrechts? in: Kritische Justiz 44 (2011) 4, S. 382–389; vgl. Kohlstruck/Ullrich, Antisemitismus, S. 51.

Mit CamScanner gescannt

vorgenommen, die man ohne diese Bedeutungsrahmung der leichten Kriminalität zuordnen würde.[48]

Durch die Presse ging im April 2018 der Fall eines jungen Mannes, der – ohne Jude zu sein – bei einem Gang durch Berlin-Mitte eine Kippa trug. Zum Tragen der Kippa veranlassten ihn nicht religiöse Vorschriften, er wollte vielmehr die Berliner testen und prüfen, ob er als Kippa-Träger behelligt werden würde. Von einem aus Syrien stammenden Flüchtling wurde er als vermeintlicher Jude und Israeli beleidigt und mehrfach mit einem Gürtel geschlagen. Vor Gericht bestritt der Angeklagte politische Motive, obwohl er sich bei der Tat gegenüber einer Zeugin als Palästinenser gerechtfertigt hatte. Man kann hier „Antisemitismus" skandalisieren, da sich Täter und Opfer vor der Tat nicht kannten und der kriminelle Angriff aufgrund der Kategorisierung des Opfers als Jude/Israeli erfolgte. Differenzierter würde man den Fall verstehen, wenn man den Angriff als strafbare Körperverletzung bewertet und die Tätermotive als jungmännertypisches Macht- und Selbstdarstellungsgebaren im politisierten Kontext des Nahost-Konflikts lokalisiert.[49]

Die „Arbeitsdefinition" soll den Tatbestand normieren, der qua Antisemitismuszuschreibung als illegitime Diskursposition zu gelten hat. Einen Sanktionsrahmen legt die Definition nicht fest; es ist aber offensichtlich, dass die Unterscheidung von illegitim/legitim eine soziale Wirksamkeit nur entfalten kann, wenn die als illegitim geltende Auffassung geächtet und aus dem Bereich des Sagbaren ausgeschlossen wird. An die Diskreditierung von illegitimen Positionen kann sich ggf. eine Stigmatisierung derer anschließen, die sie vertreten. Das wäre ein Fall von Moralkommunikation, die in der Zuerkennung von Achtung und Missachtung gegenüber Personen besteht.[50]

48 Vgl. Gerhard Szczesny, Als die Vergangenheit Gegenwart war. Lebensanlauf eines Ostpreußen, Berlin 1991, S. 168.

49 Vgl. die Berichterstattung in *Der Tagesspiegel* im April und im Juni 2018.

50 Vgl. Niklas Luhmann, Paradigm lost: Über die ethische Reflexion der Moral, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1991.

An konkreten Beispielen hierfür fehlt es nicht. Im April 2020 warf der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus dem Wissenschaftler Achille Mbembe „Relativierung des Holocaust" und Antisemitismus vor. Er stützt sich dabei auf Passagen in dessen Buch „Politik der Feindschaft",[51] in dem staatliche Exklusionspraktiken verglichen werden. Ähnlich wie in einem früheren Fall besteht das Problem auch hier darin, dass sich der Beauftragte als Teil der politischen Exekutive in eine intellektuelle Debatte einschaltet und politisch unliebsame Positionen durch amtliche Zuschreibung als antisemitisch zu delegitimieren versucht.[52] Auf unabhängige Diskursteilnehmerinnen machen derartige Verlautbarungen freilich keinen Eindruck.[53]

Weitere Beispiele finden sich in der von Christoph Rinneberg zusammengetragenen Übersicht: Diese regelmäßig aktualisierte Aufstellung dokumentiert für die Zeit seit 2005 Fälle, in denen versuchsweise oder tatsächlich Versammlungsräume mit der Begründung verweigert wurden, man habe antisemitische Positionierungen in der Öffentlichkeit zu verhindern.[54] Die „Arbeitsdefinition" stellt für diese Praxis eine Aktionsbasis dar, mit der oppositionelle Meinungs-

51 Berlin 2017.

52 Vgl. zur Intervention des Bundesbeauftragten gegen den Theologen Ulrich Duchrow: Stefan Frank, Ein antisemitisches Traktat im „Evangelischen Kirchenboten", 25. 9. 2019, https://www.mena-watch.com/antisemitismus-im-evangelischen-kirchenboten [6. 5. 2020]. Vgl. Ulrich Duchrow, Unterdrückung über Ausbeutung hinaus. Das Beispiel Palästina/Israel in theologischer Perspektive, in: Alexander Dietz/Stefan Gillich (Hrsg.), Armut und Ausgrenzung überwinden. Impulse aus Theologie, Kirche und Diakonie. Festschrift für Dr. Wolfgang Gern, Leipzig 2016, S. 104–139.

53 Vgl. exemplarisch die Stellungnahmen von Aleida Assmann und Susan Neiman am 26. 4. 2020 im Deutschlandfunk, https://www.deutschlandfunkkultur.de/aleida-assmann-und-susan-neiman-zur-causa-mbembe-die-welt.974.de.html?dram:article_id=475512 [6. 5. 2020].

54 Die aktuelle Liste dokumentiert den Stand vom 1. 1. 2020. Die Liste kann über die folgende Adresse bestellt werden: christoph.rinneberg@t-online.de.

Mit CamScanner gescannt

äußerungen eingeschränkt werden können und tatsächlich eingeschränkt werden.[55]

Politische Instrumentalisierbarkeit

Seit Beginn der 2000er-Jahre wird die Beobachtung des Nahost-Konflikts verstärkt mit der Frage verbunden, inwieweit man hier mit Antisemitismus konfrontiert ist. Dies ist dann der Fall, wenn kritikables Verhalten als typisch jüdisch bezeichnet wird. Dass es solche Fälle gibt, steht außer Frage.[56] Der spezifische und seit 1948 historisch neue Entstehungskontext antisemitischer Phänomene wird in seiner Eigenständigkeit allerdings strategisch oder unabsichtlich negiert, wenn mit einem vereinheitlichenden und historisch-moralisch aufgeladenen Antisemitismus-Begriff operiert wird. Damit ist – meist nur implizit – die Botschaft verbunden, man habe es auch im Zusammenhang mit heutigen einseitigen Parteinahmen und pauschalen Verunglimpfungen des als israelisch oder jüdisch benannten Konfliktgegners mit „dem Antisemitismus" als einem historisch bekannten, letztlich weltanschaulich motivierten Handlungskomplex zu tun. Dessen moralische Bewertung erschließt man aus der ihm zugeschriebenen inneren Teleologie, die man im deutschen Genozid an den europäischen Juden verwirklicht sieht. Mit dieser Entdifferenzierung von Identifizierung, Beschreibung und Erklärung antisemitischer Phänomene in Verbindung mit der Moralisierung des gesamten Themenkomplexes ist ein Reservoir entstanden, das in hohem Maße für politische Instrumentalisierbarkeiten und moralischen Druck geeignet ist. Damit aber kommen sachfremde Interessen und Strategien ins Spiel, die eine

55 Vgl. Johanes Feest, Israelkritik und Antisemitismusvorwurf. Veranstaltungsverbote als Problem der Meinungsfreiheit, in: Vorgänge 2017, Nr. 220, 4, S. 117–126; Ullrich, „Arbeitsdefinition", S. 16.

56 Vgl. Jäger, Diskursive Dynamik, S. 124.

angemessene Einschätzung und Bearbeitung von konkreten antisemitischen Fällen erschweren.[57]

Pluralität und Autonomie von gesellschaftlichen Handlungsfeldern

Mit der Zunahme der Verbindlichkeitserklärungen der „Arbeitsdefinition" in Bund, Ländern und Gemeinden gewinnt die Vorstellung an Einfluss, man könne einen umfassenden Antisemitismusbegriff konzipieren, der unabhängig von den verschiedenen Feldern des gesellschaftlichen Lebens gültig sei. Ein derartiger feldunabhängiger, also absoluter Antisemitismusbegriff soll für das Feld der Bildungsarbeit, für die polizeilichen Aufgaben der Verhinderung und Ahndung von Straftaten, für die Staatsanwaltschaft und möglicherweise für weitere gesellschaftliche Bereiche die Funktion einer normativen Richtschnur übernehmen.

Die Idee einer feldübergreifenden Antisemitismusdefinition übersieht, dass Antisemitismus in den verschiedenen Feldern durchaus bearbeitet wird, allerdings eben nach Maßgabe deren jeweiliger spezifischer Aufgaben. Für den Bildungsbereich gilt, dass jedes pauschale und abwertende Reden über Bevölkerungsgruppen oder Religionsgemeinschaften, über ethnische oder politische Kollektive in pädagogischen Kontexten gleichermaßen problematisiert werden muss. Mit dieser Aufgabe sind Pädagogen unterschiedslos konfrontiert – unabhängig davon, ob es sich um antisemitische Redeweisen, um antikatholische, antimuslimische, antitürkische, antiisraelische oder antideutsche handelt. Für den Fall, dass Pädagogen pauschal abwertende und gruppenstigmatisierende (Sprech-) Handlungen nicht als solche erkennen und ihnen überdies die vielen verfügbaren Arbeitshilfen unbekannt sind,

57 Vgl. Christian Meier, Munition im Meinungskampf. Der Antisemitismus ist wandlungsfähig und verbindet sich mit politischen Debatten – von Israel bis zur Globalisierung, in: FAZ, 20. 1. 2020.

Mit CamScanner gescannt

bestünde die Möglichkeit, sich an den einschlägigen wissenschaftlichen Forschungsergebnissen zu orientieren. Es ist nicht ersichtlich, inwiefern mit der „Arbeitsdefinition" eine bessere pädagogische Arbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus ermöglicht wird.

Die Ahndung von Straftaten erfolgt im Rahmen der bundesweit geltenden Strafprozessordnung und des Strafgesetzbuches, die Gefahrenabwehr ist Sache der von den Länderparlamenten verabschiedeten Polizeigesetze. Damit existieren Normengefüge, die die staatlichen Eingriffsrechte als solche begrenzen und zugleich Eingriffsschwellen festlegen, die demokratisch legitimiert sind. Es gehört zu den rechtsstaatlichen Errungenschaften, dass Strafrechtsnormen nicht bei jedem bösen Blick und jedem geschmacklosen Witz greifen.[58] Antisemitismus stellt als solcher, d. h. in der unbestimmten Allgemeinheit des Basiskonzepts, für die Strafverfolgungsbehörden keinen rechtmäßigen Interventionsgrund dar. Ein solcher liegt erst vor, sobald ein konkret normierter Straftatbestand erfüllt ist und etwa der Holocaust geleugnet wird, eine Beleidigung, eine Bedrohung oder ein tätlicher Angriff vollzogen sind oder unmittelbar bevorstehen.

Mit der absoluten Antisemitismusdefinition der IHRA ist das Problem verbunden, die bestehende relative Autonomie gesellschaftlicher Praxisfelder zu ignorieren oder – als stärkere Variante – sie de facto zu bestreiten. Das aber bedeutet, die in diesen Praxisfeldern vorhandenen Professionen und die entsprechenden Kompetenzen sowie die jeweils rechtlich legitimierten Aufgaben und Rahmenbedingungen zu übergehen oder einzuschränken. Die Differenziertheit einer modernen Gesellschaft realisiert sich allerdings nicht zuletzt in der Existenz einer Vielfalt von Feldern und deren relativer Autonomie. Es stellt sich unter dieser Perspektive die Frage, inwiefern das neue Reglement der „Arbeitsdefinition" tatsächlich die Eigenlogik von Praxisfeldern und

58 Vgl. Uwe Volkmann, Grundprobleme der staatlichen Bekämpfung des Rechtsextremismus, in: Juristenzeitung (JZ) 65 (2010) 5, S. 209–217.

ihres professionellen Handelns respektiert oder inwieweit hier ein Testlauf moralisierter Einheitsnormen zu beobachten ist.

Prinzipien liberaler Rechtsstaatlichkeit und moralische Ordnungen

Aus einem gewissen Abstand betrachtet, stellt sich die intensivierte Thematisierung von Antisemitismus, für die beispielhaft die Institutionalisierung der „Arbeitsdefinition" stehen kann, als ein erfolgreicher Innovationsprozess dar. Möglicherweise lassen sich einzelne Phasen dieses Prozesses anhand der Etablierungsmodelle genauer beschreiben, wie sie von der Soziologie der sozialen Probleme entwickelt worden sind.[59] Etabliert wurde in der öffentlichen Diskussion ein systematisch entgrenztes, moralisch grundiertes und damit von verschiedenen Seiten nutzbares Bedeutungsfeld des Terminus Antisemitismus. Während in den empirischen Wissenschaften Antisemitismus als Terminus technicus verwendet wird, ist „Antisemitismus" in der allgemeinen Öffentlichkeit zu einem sprachlichen Kokon geworden, der konkrete Phänomene umhüllt und ihre genauere Betrachtung obsolet erscheinen lässt.[60]

Der entgrenzte Antisemitismus-Terminus markiert im öffentlichen Diskurs Verfehlungen, die Bewusstsein und Verhalten gleichermaßen betreffen. Damit wird die rechtsstaatlich konstitutive Unterscheidung von Gesinnung und Verhalten unterlaufen. Soweit öffentliche Antisemitismusvorwürfe nicht ein Mindestmaß an objektivierbaren Sachverhalten voraussetzen, droht eine Inflationierung moralischer Verdikte. Einer Kultur von Verdächtigungen und Vorwürfen wird damit der Boden bereitet.

59 Vgl. u. a. Michael Schetsche, Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm, 2. Aufl., Wiesbaden 2014, S. 69.

60 Vgl. ebenda, S. 44.

Mit CamScanner gescannt

Gesellschaftstheoretisch betrachtet ist auch der Zielhorizont problematisch: Die von mehreren Seiten bezogene Frontstellung gegen „Antisemitismus in jeder Form" verbreitet die Zielvorstellung einer von antisemitischen Phänomenen gänzlich freien Gesellschaft. Auf den ersten Blick handelt es sich dabei lediglich um eine mobilisierende Parole, mit der Politiker ihre Empörung und ihre Handlungsentschlossenheit zum Ausdruck bringen wollen. Werden nicht auch in der Kriminalpolitik „Null-Optionen" und „Keine Toleranz"-Parolen gepflegt? Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich solche Utopien als verkleidete Dystopien. Derartige ideale Maßstäbe müssen in freiheitlichen und heterogen zusammengesetzten Gesellschaften falsche Erwartungen und in der Folge Enttäuschungen produzieren. So wie keine Gesellschaften ohne Kriminalität bekannt sind, scheint es keine Gesellschaften ohne Gruppenaversionen, Gruppenkonflikte und Gruppenfeindschaften zu geben. Diese sollen reduziert und in möglichst zivilen Formen ausgetragen werden – die Perspektive ihrer vollständigen Beseitigung aber gehört in das Propaganda-Arsenal von Sicherheitsstaaten und Gesellschaftshygienikern. Je häufiger, je intensiver und je regierungsamtlicher derartige Ideen propagiert werden, umso weniger wird der erreichte Stand gesellschaftlicher Aufklärung und praktizierter Toleranz gewürdigt und umso undifferenzierter fallen die Einschätzungen aktueller antisemitischer Phänomene aus.

Peter Widmann

Der nahe Konflikt

Israelkritik und Antisemitismus – Herausforderungen in Schulen und der politischen Bildung

Eine Frage zur Wiedervorlage

Die Frage, was Kritik an Israel von Antisemitismus unterscheidet, bewegt die Öffentlichkeit immer wieder. In den vergangenen beiden Jahrzehnten stritt man in den Arenen der Politik, des Journalismus, der Kultur und der Wissenschaft häufig darüber. Die Möllemann-Affäre der Jahre 2002 und 2003 war dabei ein dramatischer Höhepunkt. Der FDP-Politiker Jürgen Möllemann, als stellvertretender Parteivorsitzender, Bildungs- und Wirtschaftsminister sowie als Vizekanzler im Kabinett Helmut Kohls bundesweit prominent geworden, versuchte sich im Bundestagswahlkampf 2002 mit Wortmeldungen zum Nahost-Konflikt zu profilieren. In einer Postwurfsendung an nordrheinwestfälische Haushalte mit dem Titel „Klartext. Mut. Möllemann." griff er den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon ebenso scharf an wie den Fernsehmoderator und ehemaligen Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, Michel Friedman. In dem Faltblatt warf er Sharon vor, Panzer in palästinensische Flüchtlingslager zu schicken, und Friedman, die Kritik daran als antisemitisch abzustempeln. Schon einige Monate zuvor hatte Möllemann Sharon und Friedman für den Antisemitismus in Deutschland mitverantwortlich gemacht, und mit der Wahlwerbung bekräftigte er seine Position.

Zur Empörung über seine Aktion, die Möllemann auch aus der eigenen Partei entgegenschlug, kamen bald staatsanwaltschaftliche

Mit CamScanner gescannt

Ermittlungen wegen der ungeklärten Finanzierung der Postwurfsendung und wegen der Finanzierung des zurückliegenden Landtagswahlkampfes sowie zahlreicher Spenden. Im März 2003 trat Möllemann aus der FDP aus und kam damit einem Parteiausschluss zuvor. Am 5. Juni 2003, kurz nachdem der Bundestag seine Immunität aufgehoben hatte, um Durchsuchungen zu ermöglichen, kam der passionierte Fallschirmspringer Möllemann bei einem Sprung im münsterländischen Marl ums Leben. Auch wenn letzte Beweise fehlen, gilt Selbstmord als wahrscheinlich.[1]

Kurz bevor Möllemann die Diskussion eskalierte, hatte auch der frühere Bundesarbeitsminister Norbert Blüm das Wort zum Nahost-Konflikt erhoben. Im Juni 2002 bezeichnete er in einem Interview mit dem *Stern* das israelische Vorgehen gegen die Palästinenser unter Ministerpräsident Ariel Sharon als „Vernichtung" und nannte den Vorwurf des Antisemitismus einen „Knüppel", mit dem man den Hinweis auf die Missachtung der Menschenrechte abwehre. Davor hatte er in einem Brief an den israelischen Botschafter in Deutschland, Shimon Stein, Israel einen „hemmungslosen Vernichtungskrieg" vorgeworfen.[2] Der damalige Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, empfand Blüms Äußerungen als „ungeheuerlich", und der stellvertretende

1 Regina Haunhorst, Biografie Jürgen Möllemann, http://www.hdg.de/lemo/biografie/juergen-moellemann.html [dieser und alle anderen Links abgerufen am 15. 5. 2020]; Vor 15 Jahren stürzte Jürgen Möllemann in den Tod, in: RP Online, 5. 6. 2018, https://rp-online.de/nrw/landespolitik/5-juni-2003-war-der-tod-von-juergen-moellemann-selbstmord_aid-23232059; zur Möllemann-Affäre siehe Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus?, München 2004, S. 146–154.

2 Der Stern Nr. 26, 20. 6. 2002, zit. nach Blüm wirft israelischer Armee „Vernichtungsaktionen" vor, in: FAZ.NET, 18.06.2020, https://www.faz.net/aktuell/politik/antisemitismusdebatte-bluem-wirft-israelischer-armee-vernichtungsaktionen-vor-160568.html; „Nährboden für Antisemitismus". Botschafter Schimon Stein über den Fischer-Plan und die anschwellende Israel-Kritik deutscher Politiker, in: Der Spiegel, Nr. 16, 15. 4. 2002, https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/22078169.

CDU-Bundesvorsitzende Jürgen Rüttgers warnte: „Alle, die das böse Wort vom Knüppel des Antisemitismus benutzen, ermöglichen es den Ewiggestrigen, sich dahinter zu verstecken."[3]

Auch Medienschaffende lösten mit Einschätzungen zum Nahost-Konflikt Antisemitismus-Diskussionen aus. Prominent wurde der Fall des Herausgebers der Wochenzeitung *der Freitag*, Jakob Augstein, der einem größeren Publikum durch seine Kolumnen im Nachrichtenportal *Spiegel Online* bekannt geworden ist. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles setzte Augstein im Jahr 2012 auf seine weltweite Jahres-Top-Ten-Liste der schlimmsten antisemitischen Verunglimpfungen und begründete das mit Augsteins Angriffen auf die israelische Politik in seinen *Spiegel-Online*-Kolumnen. In der Diskussion darüber verteidigte der Deutsche Journalistenverband Augstein gegen den Vorwurf des Antisemitismus, ebenso wie die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner und der Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke im Bundestag, Gregor Gysi.[4]

Auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages kam die Frage, wo die Grenze zwischen der Kritik an Israel und Antisemitismus verläuft, im Mai 2019 mit einem Aufruf des Parlaments gegen die Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions" (BDS). Die Bewegung, ein Zusammenschluss propalästinensischer Nichtregierungsorganisationen, betrachtet den israelischen Staat als Apartheid-Regime und will ihn mit Boykottmaßnahmen im wirtschaftlichen, kulturellen, akademischen und sportlichen Bereich unter Druck setzen. Investitionen sollen abgezogen und Israel aus der internationalen Zusammenarbeit

3 Zit. nach Christian Böhme, Antisemitismus als Knüppel?, in: Der Tagesspiegel, 19. 6. 2002, https://www.tagesspiegel.de/politik/antisemitismus-als-knueppel/322200.html.

4 Kritisch oder antisemitisch? Simon Wiesenthal Zentrum wirft dem deutschen Publizisten Augstein Judenfeindschaft vor, in: Deutschlandfunk, 3. 1. 2013, www.deutschlandradio.de/kritisch-oder-antisemitisch.331.de.html?dram:article_id=233011.

Mit CamScanner gescannt

ausgegrenzt werden.[5] Am 17. Mai 2019 nahm der Bundestag einen von den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Antrag an, dessen Ziel im Titel stand: „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen". Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung, heißt es darin, seien antisemitisch.[6]

Der Beschluss stieß auf Widerspruch in akademischen Fachkreisen. Am 3. Juni 2019 veröffentlichen 240 jüdische und israelische Wissenschaftler eine Erklärung, in der sie die BDS-Bewegung gegen den Vorwurf des Antisemitismus in Schutz nahmen, auch wenn, wie es darin hieß, einige der Unterzeichner die BDS-Positionen aus unterschiedlichen Gründen ablehnten.[7] Einen Tag später meldeten sich in der *Zeit* 16 Nahost-Expertinnen und -Experten mit ähnlicher Stoßrichtung zu Wort. Auch sie hielten eine pauschale Etikettierung der Bewegung als antisemitisch für nicht belegbar. Die israelische Regierung, hieß es in ihrer Stellungnahme, besonders das Ministerium für strategische Angelegenheiten, versuche gezielt, Kritik an israelischer Regierungspolitik als antisemitisch zu diskreditieren.[8]

Dass das Jüdische Museum in Berlin über seinen Twitter-Account den Hinweis auf einen Artikel in der *taz* zur Stellungnahme der 240 Wissenschaftler versandte, löste beim Zentralrat der Juden scharfe Kritik aus, und so eskalierte eine schon lange schwelende Auseinandersetzung über die Ausrichtung des Museums und seiner Programme. Die Museumsleitung, erklärte der Präsident des Zentralrats, Josef Schuster,

5 What is BDS?, https://www.bdsmovement.net/what-is-bds .

6 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen, 15. 5. 2019, Drucksache 19/10191, https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf.

7 Jannis Hagmann, 240 Akademiker gegen BDS-Votum, taz, 5. 6. 2019, https://taz.de/Bundestagsbeschluss-zu-Israel-Boykott/!5601030/.

8 Im Kampf gegen Antisemitismus hilft das nicht, in: Die ZEIT, 4. 6. 2019, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/israel-boykott-bds-antisemitismus-meinungsfreiheit-bundesregierung/komplettansicht.

habe das Vertrauen der jüdischen Gemeinschaft verspielt. Am 14. Juni 2019 trat Museumsdirektor Peter Schäfer zurück.[9]

Die Schlaglichter zeigen, wie hoch die Temperatur in Diskussionen über Antisemitismus und die Kritik an Israel steigt. Weitere Beispiele aus den vergangenen Jahren ließen sich anführen, etwa die Auseinandersetzungen um Positionen der Partei Die Linke oder der globalisierungskritischen Organisation Attac zu Israel. Sie sind ein Hinweis darauf, dass Debatten um Antisemitismus ihren Bezugspunkt inzwischen oft im Nahost-Konflikt haben. Das spiegelt sich auch in den Diskussionen um einen „neuen Antisemitismus", der sich gegen Israel als „kollektiven Juden" wende. Die Anschuldigungen, die Antisemiten früher gegen Juden gerichtet haben – sie zögen die Fäden hinter den Kulissen, um die Welt zu beherrschen, seien unfähig, sich in das Leben der restlichen Menschheit einzufügen und folgten einer eingeborenen Rachsucht –, all die alten antisemitischen Fantasien über das üble Wesen der Juden würden nun auf Israel projiziert.

So scheinen die Gewichte in Diskussionen über den Nahost-Konflikt oft anders gelagert zu sein als in denen über andere Konflikte. Vermutungen darüber, was die Diskussionsteilnehmer zu ihren Äußerungen motiviert, ziehen mitunter mehr Aufmerksamkeit auf sich als das Geschehen im Nahen Osten selbst. Der israelisch-palästinensische Konflikt bleibt ein besonderer, auch wenn es auf dem Globus viele politische Konflikte um konkurrierende Ansprüche auf dasselbe Territorium gibt, von denen manche aus deutscher Sicht geografisch näher liegen, wie die Auseinandersetzungen um das Kosovo oder die Krim.

Dabei liegt die Besonderheit eher bei den Betrachtern als in der Natur des Konflikts. Ein in Deutschland gesprochener Satz über einen Staat, der sich als jüdischer Staat versteht, weist vor dem Hintergrund des Holocaust nach Deutschland zurück und damit auf die kollektiven

9 Thorsten Schmitz, Direktor des Jüdischen Museums Berlin tritt zurück, in: Süddeutsche Zeitung, 14. 6. 2019, https://www.sueddeutsche.de/politik/juedisches-museum-berlin-twitter-bds-1.4487128.

Mit CamScanner gescannt

Identitäten der Sprechenden und des Publikums. So werden viele Diskussionen über den Nahost-Konflikt zu Auseinandersetzungen über deutsche Selbstverständigung. Dabei gibt es keine neutrale Beobachterposition, jeder und jede ist verwickelt, familiengeschichtlich und im Verhältnis zu kollektiven Identitäten, auf die man sich bezieht. Wie kaum ein anderer Konflikt auf der Welt reichen die Auseinandersetzungen im Nahen Osten in die Innenpolitik und in gesellschaftspolitische Diskussionen Deutschlands hinein.

Nahost-Konflikt, Antisemitismus und Schule

Inzwischen ist zu den Arenen, in denen man die Grenzen zwischen Kritik an Israel und Antisemitismus erörtert, eine weitere hinzugekommen – die Schule. Anlass dafür waren Angriffe auf jüdische Jugendliche an Schulen, bei denen sich auch auf den Nahost-Konflikt verweisende Feindbilder zeigten. Aufmerksamkeit erregten im Jahr 2017 Berichte über den Fall eines jüdischen Schülers an einer Gemeinschaftsschule in Berlin-Friedenau, der über Monate hinweg nicht nur verbal, sondern auch körperlich von türkisch- und arabischstämmigen Mitschülern angegriffen wurde.[10] In der Diskussion auch um andere Fälle ging es um die Frage, wie gut Lehrkräfte darauf vorbereitet sind, Judenfeindschaft zu erkennen, insbesondere israelbezogenen Antisemitismus.[11]

Jenseits der Berichterstattung über einzelne Fälle bleibt das Wissen über Ausmaß und Charakter des israelbezogenen Antisemitismus an Schulen fragmentarisch. Inzwischen liegt eine erste Studie der Soziologin Julia Bernstein vor, die auf qualitativen Interviews u. a. mit jüdischen wie nichtjüdischen Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern

10 Frank Bachner, Sein Vergehen: Er ist Jude, in: Der Tagesspiegel, 10. 4. 2018, https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-an-berliner-schulen-sein-vergehen-er-ist-jude/21156700.html.

11 Vgl. Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (Hrsg.), Antisemitismus an der Schule. Ein beständiges Problem?, Frankfurt a. M. 2018.

fußt. Bernstein sieht israelbezogenen Antisemitismus sowohl unter Schülerinnen und Schülern als auch unter Lehrkräften weit verbreitet und „normalisiert".[12] Die Betroffenen berichten Bernstein zufolge, dass antisemitische Anfeindungen von allen Schülergruppen ausgingen, physische Gewalt indes häufig von muslimischen Jugendlichen. Hass auf Israel begegne besonders den Jugendlichen, die mit ihrer jüdischen Identität offen umgingen.[13]

Ein Fokus der Studie lag auf den Lehrkräften. Wenn Konflikte in Israel eskalieren, so ein Befund, neigten Lehrkräfte etwa im Geschichts-, Politik- und Ethikunterricht dazu, jüdische Schülerinnen und Schüler in die Rolle von Stellvertretern eines jüdisch-israelischen Kollektivs und von Nahost-Experten zu drängen. In der Folge fänden sich jüdische Jugendliche als außerhalb der Wir-Gruppe stehende Andere wahrgenommen. In einem solchen Blick auf jüdische Jugendliche, so Bernstein, spiegele sich die Annahme, in der israelischen Regierungspolitik zeige sich etwas typisch Jüdisches, für das alle Juden der Welt rechenschaftspflichtig seien.[14]

Der Studie zufolge sind viele Lehrkräfte im Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus überfordert, weil ihnen sowohl Wissen über Antisemitismus als auch über den Nahost-Konflikt fehle und damit Kriterien, um Antisemitismus zu erkennen und legitime von antisemitischer Kritik an Israel zu unterscheiden. Es falle ihnen schwer, professionell zu reagieren, wenn in der Klasse eine heftige emotionale Diskussion in Fahrt kommt. Lehrkräfte hätten Angst, etwas Falsches zu sagen, und einige meinten, man dürfe Israel überhaupt nicht kritisieren.[15]

12 Julia Bernstein, „Mach mal keine Judenaktion!" Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus, Frankfurt a. M. 2018, S. 121 und S. 331.

13 Ebenda, S. 336.

14 Ebenda, S. 122 und S. 334 f.

15 Ebenda, S. 4–9 und S. 127–130; „Lehrer erkennen Antisemitismus oft nicht." Interview des Mediendienstes Integration mit Julia Bernstein, in: Mediendienst Integration, 22. 11. 2018, https://mediendienst-integration.de/artikel/lehrer-erkennen-antisemitismus-oft-nicht.html.

Mit CamScanner gescannt

Oft, so Bernstein, identifizierten Lehrkräfte eine Äußerung erst dann als antisemitisch, wenn sie sich direkt gegen jüdische Schülerinnen und Schüler richtet. Viele betrachteten die Verwendung des herabsetzend gemeinten „du Jude" gegenüber nichtjüdischen Mitschülern nicht als antisemitisch, weil sie davon ausgingen, dass die Jugendlichen nicht wissen, was sie sagen.[16] So übersähen sie die damit einhergehende Stigmatisierung jüdischer Identität, die auf das Klima in und außerhalb der Schule ausstrahle. Dazu komme, dass Schulen Antisemitismus bagatellisierten, weil sie um ihren Ruf fürchteten oder es als Spezialproblem muslimischer Schülerinnen und Schüler darstellten. Bernstein betrachtet das Schweigen der Umgebung als folgenreicher als die antisemitische Tat selbst. Man nehme damit in Kauf, dass jüdische Schülerinnen und Schüler das Grundvertrauen verlieren, Teil der Gesellschaft zu sein.[17]

Definitionen und Grauzonen

In den Diskussionen in Politik und Journalismus, in der Wissenschaft und im Bildungssystem spiegelt sich der Wunsch nach Kriterien, um legitime Kritik an Israel von Antisemitismus zu unterscheiden, und damit der Wunsch nach einer allgemein gültigen und trennscharfen Definition des Antisemitismus. Zwar hat sich weder in der Wissenschaft noch in der öffentlichen Diskussion eine Generalformel durchgesetzt, in den Debatten um Kritik an Israel und Antisemitismus werden aber zwei Definitionen immer wieder angeführt, zum einen die in internationalen Zusammenhängen entwickelte Arbeitsdefinition („Working Definition of Antisemitism") und zum anderen der vom ehemaligen israelischen Minister Natan Sharansky formulierte „3D-Test".

Die von einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union genutzte Arbeitsdefinition des Antisemitismus geht auf eine Formulierung

16 Bernstein, „Mach mal keine Judenaktion!", S. 7 und 337.
17 Ebenda, S. 342; Interview Mediendienst Integration, 22. 11. 2018.

zurück, auf die sich im Jahr 2005 Vertreter des Office for Democratic Institutions and Human Rights der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des European Monitoring Center on Racism and Xenophobia der Europäischen Union gemeinsam mit Expertinnen und Experten geeinigt haben.[18] Seit 2016 verwendet auch die International Holocaust Remembrance Alliance die Definition.[19] Sie lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen." Es folgt ein Satz zum israelbezogenen Antisemitismus, der bei einigen Staaten und Nichtregierungsorganisation auf Kritik gestoßen ist: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."[20] Der Definition folgen Beispiele, von denen sich viele auf israelbezogenen Antisemitismus beziehen.

Eine auf israelbezogenen Antisemitismus zugeschnittene Definition hat im Jahr 2004 der ehemalige israelische Minister Natan Sharansky präsentiert. Unter dem griffigen Titel „3D-Test" beansprucht sie, eine klare Linie zwischen sachlicher Kritik an Israel und Antisemitismus

18 Das European Monitoring Center on Racism and Xenophobia wurde 2007 durch die Grundrechte-Agentur der Europäischen Union ersetzt.
19 IHRA, Arbeitsdefinition von Antisemitismus, 26. 5. 2016, https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus; vgl. zur Geschichte der Definition den Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11970, 7. 4. 2017, https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf, S. 23 f.
20 Die Übersetzung der Arbeitsdefinition folgt derjenigen im Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (S. 23). Auf der Website der International Holocaust Remembrance Alliance erscheint der Satz zum israelbezogenen Antisemitismus unter den Beispielen und nicht in der Definition selbst.

Mit CamScanner gescannt

zu ziehen.[21] Die drei D stehen für Dämonisierung, Doppelstandard und Delegitimierung. Dämonisierung Israels sieht Sharansky dort, wo man das Land in überzogener Weise kritisiert, Israelis mit Nazis vergleicht und palästinensische Flüchtlingslager mit Auschwitz. Doppelte Standards konstatiert er bei einer selektiven Betrachtung Israels, wenn Israel als einziger Staat kritisiert und über Länder wie China, Iran, Syrien oder Kuba geschwiegen wird. Als Delegitimierung beschreibt Sharansky Formen der Kritik, die Israel als einzigem Staat der Erde das Existenzrecht absprechen.

In Diskussionen um israelbezogenen Antisemitismus ist vielfach darauf hingewiesen worden, dass keine Definition einen Generalschlüssel liefert, um in allen Fällen legitime Kritik und Antisemitismus zu unterscheiden. Ein starres Schema zur Subsumption von Aussagen wird dem Charakter öffentlicher Kommunikation und der Mehrdeutigkeit, die mit ihr regelmäßig einhergeht, nicht gerecht. Man kann aber aus den zitierten Definitionen und aus Befunden der Antisemitismusforschung Hinweise ableiten, welche die Wahrnehmung sensibilisieren.

Ein erster Hinweis auf Antisemitismus in der Kritik an Israel ist der pauschalisierende Blick. Sachbezogene Kritik richtet sich an reale Akteure. Das können individuelle Akteure sein, etwa Politiker, militärische Führungspersonen oder Journalisten, aber auch kollektive und institutionelle Akteure, zum Beispiel Parteien, Armeen, Ministerien oder Regierungen. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht zeichnen sich reale Akteure dadurch aus, dass sie Ziele definieren und gesteuert handeln können, dass ihnen ein bestimmtes Handeln zurechenbar ist. Nicht der Fall ist das zum Beispiel für Großkategorien wie „das Judentum" (so wenig wie für „das Christentum" oder „den Islam"). Wer solche Großkategorien am Werk sieht, geht von einem Kollektivcharakter

21 Natan Sharansky, 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, Foreword of JPSR Issue, in: Jewish Political Studies Review 16 (Fall 2004) 3–4, https://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/, zit. nach Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, S. 27 f.

oder einem „Wesen" einer Menschengruppe aus und damit von einer Überzeugung, die kollektiven Feindbildern zugrunde liegt. So wird in antisemitischer Perspektive Israel zur Verkörperung eines angenommenen jüdischen Charakters, und jeder führende israelische Politiker wird zur Personifikation fantasierter jüdischer Wesenszüge.

Antisemitische Annahmen zeigen sich dort, wo man Juden in Deutschland und anderswo als Vertreter Israels betrachtet und dazu nötigt, die Politik des Landes zu erklären oder zu verteidigen. Sie werden auch dort sichtbar, wo sich antiisraelischer Protest gegen jüdische Einrichtungen, Synagogen und Gemeindehäuser richtet. In Deutschland stimmen, wie Umfrageergebnisse immer wieder zeigen, bemerkenswert große Bevölkerungsteile Aussagen zu wie: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat" – im Jahr 2016 waren es 40 Prozent.[22]

Ein weiterer Hinweis auf antisemitische Israelkritik können Motive der antijüdischen Überlieferung sein. Der israelbezogene Antisemitismus ist zwar eine neue Form der Judenfeindschaft nach dem Holocaust, ältere Feindbilder gehören aber gleichwohl zu seinem Repertoire. Daher trägt die Kenntnis antisemitischer Legenden und Bilder dazu bei, judenfeindliche Israelkritik zu erkennen. Ein Zentralmotiv ist die Fantasie einer jüdischen Weltverschwörung und jüdischer Allmacht, der jüdischen Kontrolle über Regierungen, Kapital, Medien und Kulturleben. Danach ziehe eine sagenhaft einflussreiche „jüdische" oder „zionistische Lobby" weltweit die Fäden und übe einen Einfluss weit jenseits dessen aus, was politische Lobbyorganisationen jedweder Provenienz sonst vermögen. So steuerten „die Juden" hinter den Kulissen ganze Regierungen, allen voran die der Vereinigten Staaten. Die Vorstellung eines Verbots jeder Kritik an Israel gehört in diesen

22 Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Bonn 2016, zit. nach dem Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, S. 64 f.

Mit CamScanner gescannt

Zusammenhang. Aus antisemitischer Perspektive zeigt sich darin der jüdische Einfluss auf die öffentliche Kommunikation.

Der israelbezogene Antisemitismus belebt auch religiöse Motive der Judenfeindschaft wieder, etwa das an mittelalterliche Ritualmordlegenden anschließende Motiv des Kindermordes. Seit Längerem ist es Element antiisraelischer Protestrhetorik. Im Jahr 2003 zeigte die Londoner Tageszeitung *The Independent* in einer Karikatur den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon als kinderfressenden Unhold.[23] Die Parole „Kindermörder Israel" ist immer wieder bei antiisraelischen Demonstrationen zu hören, etwa während der propalästinensischen Proteste in Berlin, die sich im Jahr 2017 gegen die Entscheidung Washingtons richteten, die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen.[24]

Auf Antisemitismus hinweisen kann auch der Versuch der Täter-Opfer-Umkehr, der sich etwa in der Gleichsetzung des israelischen Staates mit dem nationalsozialistischen Deutschland zeigt, besonders wenn damit der Versuch einer Neubewertung deutscher Geschichte einhergeht. Solche Gleichsetzungen kennzeichnen einen Antisemitismus der Schuldabwehr, den die Forschung auch als sekundären Antisemitismus bezeichnet. Getrieben ist der Antisemitismus der Schuldabwehr von dem Glauben, hinter der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Holocaust stehe ein jüdisches Bestreben, die Deutschen politisch wie finanziell zu erpressen und ihr nationales Selbstbewusstsein niederzuhalten. Indem man die Israelis als Täterkollektiv brandmarkt, das die Palästinenser ebenso grausam verfolge und ermorde, wie es das nationalsozialistische Deutschland mit den Juden getan habe, versucht man deutsche Identität von historischer Last zu erleichtern. Zu

23 The Independent, 27. 1. 2003.

24 Jost Müller-Neuhof u. a., Wie gefährlich sind die muslimischen Antisemiten?, in: Der Tagesspiegel, 11. 12. 2017, https://www.tagesspiegel.de/politik/proteste-gegen-israel-in-berlin-wie-gefaehrlich-sind-die-muslimischen-antisemiten/20697882.html.

diesem Zweck wird israelische Politik immer wieder mit Begriffen aus der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands bewertet, die Rede ist dann von „der Endlösung der Palästinenserfrage" oder von einem „Vernichtungskrieg", den die israelische Armee führe.

Umfragen zufolge ist diese Form des Antisemitismus in Deutschland weit verbreitet. In einer Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2016 stimmten 24 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben." Zwei Jahre vorher hatten in einer Erhebung 40 Prozent der Aussage beigepflichtet: „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser."[25]

Weitere Hinweise auf antisemitische Israelkritik lassen sich anführen. Dazu zählen schematische Schwarz-Weiß-Zeichnungen. Wo man Großgruppen wie „den Israelis" oder „den Palästinensern" Täter- und Opferrollen ohne weitere Differenzierungen innerhalb der Gruppen zuweist, liegt der Verdacht nahe, dass es eher um Dämonisierung der einen und Idealisierung der anderen Seite geht als um den Versuch realistischer Wahrnehmung. Auch doppelte Standards können ein Hinweis sein, wie sie sich in der Fixierung auf tatsächliche und vermeintliche israelische Menschenrechtsverletzungen zeigen, während das Handeln anderer Akteure der Region ausgeblendet wird. Im Extremfall zeigen sich doppelte Standards darin, dass Israels Existenzrecht zur Disposition gestellt wird, was gegenüber kaum einem anderen Staat der Erde geschieht.

Gesichtspunkte wie die genannten können dazu beitragen, israelbezogenem Antisemitismus auf die Spur zu kommen. Dennoch bleiben in manchen Fällen Aussagen mehrdeutig, und der dahinter liegende Antrieb bleibt Objekt der Spekulation. Ohnehin wäre eine Diskussion verengt, die sich nur auf die Frage fixiert, ob eine Person oder Bewegung

25 Die Zahl aus einer Nacherhebung der FES-Mitte-Studie 2014 wird im Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, S. 64, angegeben.

Mit CamScanner gescannt

antisemitisch genannt werden darf. Unabhängig von bewusster Absicht beeinflusst Kommunikation das Klima im jeweiligen Umfeld. Mitunter kann die Frage, ob eine Aussage Antisemiten im jeweiligen Publikum zur Ermutigung dienen kann, wichtiger sein als die nach dem einer Aussage zugrunde liegenden Motiv. Relevant ist nicht nur, was gemeint ist, sondern auch, wie es verstanden werden kann.

Herausforderungen politischer Bildung

Die Kompetenz, sachliche Kritik von einer Ideologie der Feindschaft zu unterscheiden, ist für die politisch-gesellschaftliche Bildung ein wichtiges Lernziel. Der Schulunterricht der einschlägigen Fächer, etwa Politik, Geschichte, Religion, Ethik oder Deutsch, kann Möglichkeiten zur Entwicklung der Kompetenz ebenso bieten wie zusätzliche Angebote freier Träger außerhalb des Regelunterrichts, etwa in Form von Projekttagen oder anderen Formaten. Dabei geht es um eine Grundkompetenz und nicht um ein Spezialthema, weil damit zentrale Fragen des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft angesprochen sind.

Antisemitismus in Diskussionen über den Nahost-Konflikt wahrzunehmen heißt, einen Blick für Gruppenfeindschaften zu entwickeln, wie sie in der deutschen Gesellschaft virulent sind, im öffentlichen Diskurs wie in der Lebenswelt Jugendlicher. Im pädagogischen Kontext geht es dabei um den immer wieder neu herzustellenden Grundkonsens, dass jeder und jede das Recht hat, als Individuum wahrgenommen zu werden, und gleichzeitig das Recht, sich ohne Angst mit Bezugsgruppen zu identifizieren, die für das eigene Selbstverständnis wichtig sind. Angesprochen sind damit Grundbedürfnisse nach Zugehörigkeit und Zusammenhalt, die gelungene politisch-gesellschaftliche Bildung reflektieren muss.

Gleichzeitig stehen Lehrerinnen und Lehrer vor der Herausforderung, Raum für solche Bildungsprozesse an einer Institution zu schaffen, an der Personal und Zeit notorisch knapp sind. Freie Träger der

politischen Jugendbildung und der Extremismusprävention, die an Schulen aktiv sind, stehen vor eigenen Herausforderungen. Sie arbeiten oft unter den unsicheren Bedingungen kurzfristiger Projektförderung auf einem Feld, das Professionalisierung ebenso voraussetzt wie Verlässlichkeit, die Bildungsarbeit als Beziehungsarbeit braucht.

Die politisch-gesellschaftliche Bildung im Schulunterricht wie in freier Trägerschaft hat in den vergangenen Jahren begonnen, ihre eigenen Voraussetzungen in einer durch Einwanderung und sozialen Wandel pluralisierten Gesellschaft zu reflektieren. Diese Voraussetzungen spielen in der Auseinandersetzung mit dem Nahost-Konflikt und mit Antisemitismus eine besondere Rolle. In den Schulklassen kommen Kinder und Jugendliche aus verschiedenen sozialen Milieus, mit diversen biografischen Erfahrungen, Familiengeschichten, nationalen und religiösen Identitäten zusammen. Entsprechend vielfältig sind die Bezüge zum Nahost-Konflikt und seinen Konfliktparteien, aber auch zur deutsch-jüdischen Geschichte und zum Holocaust.

Vor diesem Hintergrund wird die Fähigkeit, Konflikte aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten, zu einem wesentlichen Bildungsziel und zur Voraussetzung, sich in der pluralen Gesellschaft zu orientieren. Sie beinhaltet, Geschichte und Erfahrung von Gruppen ernst zu nehmen, auch weil man möchte, dass die Geschichte der eigenen Gruppe wahr- und ernstgenommen wird. In der Fachdebatte um eine Pädagogik der Anerkennung haben in diesem Zusammenhang eigene Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen in den letzten Jahren größere Aufmerksamkeit gefunden.[26] Es muss dabei kein Widerspruch sein, die besonderen Merkmale des Antisemitismus im Auge zu behalten und ihn gleichzeitig im Zusammenhang mit verschiedenen Ausgrenzungsphänomenen – etwa von Muslimen, Roma oder Geflüchteten – zu bearbeiten. Mehrere Perspektiven zu reflektieren heißt für Jugendliche wie für pädagogische Fachkräfte dabei auch, sich des je eigenen Involviertseins bewusst zu werden.

26 Vgl. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, S. 229.

Mit CamScanner gescannt

In engem Zusammenhang mit der Multiperspektivität als Bildungsziel steht das der Widerspruchs- oder Ambiguitätstoleranz, die etwa die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) in ihrer antisemitismuskritischen Bildungsarbeit in den Blick nimmt. Ziel ist es dabei, Jugendliche so zu stärken, dass sie auf vieldeutige politische und gesellschaftliche Wirklichkeiten nicht mit stereotypisierenden Gut-Böse-Schemata und vereindeutigenden Welterklärungen reagieren.[27]

Gleichzeitig hat die politische Bildung in den vergangenen Jahren Formate entwickelt, um die Medienkompetenz Jugendlicher zu stärken, sowohl im Umgang mit herkömmlichen Nachrichtenmedien als auch mit Webseiten und sozialen Medien. Im Zusammenhang des Nahost-Konflikts betrifft das besonders den Umgang mit Bildern, mit Videos und Fotos, die einen starken Einfluss auf die Wahrnehmung des Geschehens haben. Ziel ist es dabei, sachliche Information von Propaganda zu unterscheiden, dafür zu sensibilisieren, dass auch seriöse Berichterstattung den Selektionsmechanismen des Mediensystems unterliegt. Journalisten arbeiten ereignis- und konfliktorientiert. Der dramatische Zusammenstoß zweier Seiten erfährt in der Regel mehr mediale Aufmerksamkeit als Bemühungen um Vermittlung. Lange Entwicklungslinien bleiben in der Berichterstattung ebenso systematisch unterbelichtet wie innere Auseinandersetzungen der Konfliktparteien.

Pädagoginnen und Pädagogen begegnen in der Regel nicht geschlossenen antisemitischen Weltbildern. Jugendliche verwenden oft Fragmente aus dem Repertoire antisemitischer Feindbilder, die eine Rolle für Abgrenzung, Gruppenbildung und Identitätsfindung spielen können. Mitunter nutzen Jugendliche auch gezielt die Provokations-

27 Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (Hrsg.), Widerspruchstoleranz 2. Ein Methodenhandbuch zu antisemitismuskritischer Bildungsarbeit, Berlin 2017.

wirkung antisemitischer Parolen.[28] Damit haben antisemitische Äußerungen an Schulen meist eine andere Funktion als der Antisemitismus in Organisationen extrem rechter oder islamistischer Prägung, wo er ein Bestandteil antimoderner Ideologien ist. Deshalb geht es im pädagogischen Bereich nicht darum, Antisemiten zu entlarven, sondern darum, Jugendliche wie Lehrkräfte für antisemitische Elemente zu sensibilisieren, die ihnen in der alltäglichen und in der medialen Kommunikation begegnen und die sie möglicherweise reproduzieren. Auf dieser Grundlage sind Regeln des Umgangs miteinander zu entwickeln. Im Idealfall ist das ein selbstverständliches Element eines funktionierenden pädagogischen Normalbetriebs.

28 Vgl. zu Erscheinungsformen von Antisemitismus in pädagogischen Kontexten den Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, S. 223–225.

Mit CamScanner gescannt

Micha Brumlik

„Israelsolidarität" als Islamophobie – Formen eines neuen McCarthyismus

Antisemitismus und Islamophobie

Es war nicht zuletzt Wolfgang Benz, der in differenzierter Weise auf Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Antisemitismus und Islamophobie hingewiesen hat.[1] Daher: Derzeit ist es keineswegs so, dass Personen, die gegen die historisch bekannten Formen des Antisemitismus auftreten, vor Rassismus gefeit sind, im Gegenteil. Damit ist nicht die bekannte Dialektik von Philosemitismus und Antisemitismus gemeint, von heißer Liebe zum Staat Israel bei geringschätziger Betrachtung der Juden in der Diaspora, sondern die Haltung jener, die sich etwa von Geert Wilders in den Niederlanden über die Politiker der FPÖ in Österreich bis neuerdings zu Marine Le Pen immer stärker für die Juden und den Staat Israel einsetzen, um umso unverblümter gegen Muslime hetzen zu können.

Man kann zudem genauer hinblicken und differenzierter fragen: ob nämlich die heute vielfältig geäußerte Furcht vor dem oder die Feindschaft gegen den Islam nicht strukturelle Gemeinsamkeiten mit einer bestimmten Form der Judenfeindschaft aufweist. Gewiss nicht mit jener der SS, wohl aber mit jener eines großen Teils der nationalliberalen Intelligenz des 1871 neu gegründeten deutschen Kaiserreichs. Man kann zudem darauf hinweisen, dass diese Judenfeindschaft des

1 Wolfgang Benz, Antisemitismus und „Islamkritik", Bilanz und Perspektive, Berlin 2011.

19. Jahrhunderts die Ende des 18. Jahrhunderts geäußerte judenfeindliche Furcht vor einem „Staat im Staate" übernommen hat und übernimmt. Heute wird diese aus dem 18. Jahrhundert stammende Formel durch die zeitgemäß soziologisch belehrte Besorgnis über angebliche „Parallelgesellschaften" abgelöst. Damals wie heute besteht schließlich die Furcht vor einem Amalgam von „fremder Religion" und „fremdem Volkstum".

Juden galten sich selbst und anderen stets als Gruppe, die sowohl ethnisch als auch religiös bestimmt war – das scheint nicht mehr so zu sein. Indes: Im islamophoben Diskurs werden islamische Religion und nationale wie ethnische Zugehörigkeit gerne miteinander vermischt.

Als treffendes Beispiel dafür lässt sich der verstorbene Altbundeskanzler Helmut Schmidt anführen, der am 23. November 2010 der *BILD*-Zeitung in einem Interview auf die Frage, ob er für die Integration von Millionen von „Moslems" eine positive Prognose habe, antwortete: „Nein, nicht für alle und nicht für die nächsten Jahre. Wobei ich natürlich weiß, daß viele Moslems tatsächlich integriert sind und man sie deshalb nicht besonders wahrnimmt. Allerdings habe ich erst recht keine positive Prognose, wenn wir weiterhin den Beitritt der Türkei zur EU in Aussicht stellen. Denn dann würden zig Millionen Moslems freien Zugang zu ganz Europa haben und unsere Arbeitsmärkte und Sozialsysteme überschwemmen. Da können wir auch gleich Algerien, Marokko, Libanon, Syrien einplanen. Und deren Konflikte – etwa zwischen Kurden und Türken – fänden dann in unseren Städten statt."

Die geäußerte Angst vor der „Überschwemmung" aus den Ländern des Südens aber, die heute rechtspopulistische Parteien und Agitatoren angesichts der großen Flüchtlingsbewegungen des Jahres 2015 nach Europa in allen Nachbarländern Deutschlands, zuletzt jetzt auch in Finnland, beflügelt und in die Parlamente spült, wurde auch hierzulande schon einmal beschworen: in jenen bereits erwähnten 1880er-Jahren, als in Bismarcks Reichsgründung die ersten sozialen Spannungen, politischen Konflikte und ökonomischen Krisen sichtbar wurden und die Euphorie der Gründerjahre beeinträchtigten. In dieser Zeit

Mit CamScanner gescannt

entstanden verschiedenste Gruppierungen und Parteien, die ihr wichtigstes Ziel darin sahen, gegen die Juden zu agitieren; die modernsten unter ihnen verabschiedeten sich dabei vom traditionell kirchlichen Antijudaismus und stellten sich – vermeintlich naturwissenschaftlich aufgeklärt – auf den Boden von Rassen- und Sprachwissenschaft. Im Jahr 1879 prägt der Journalist Wilhelm Marr den Begriff „Antisemitismus" mit dem ausdrücklichen Interesse, die Frage der Juden nicht mehr vom „confessionellen Standpunkt" aus zu betrachten. Der bedeutende nationalliberale Historiker Heinrich von Treitschke nahm das Thema auf, verknüpfte es mit der Angst vor Einwanderung und provozierte so den „Berliner Antisemitismusstreit". In einem berüchtigt gewordenen Aufsatz aus dem Jahr 1879 – er erschien in den „Preussischen Jahrbüchern" – schrieb Treitschke: „über unsere Ostgrenze aber dringt Jahr für Jahr aus der unerschöpflichen polnischen Wiege eine Schaar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskinder dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen; die Einwanderung wächst zusehends, und immer ernster wird die Frage, wie wir dies fremde Volksthum mit dem unseren verschmelzen können."

Daher fordert Treitschke von „unseren israelitischen Mitbürgern" einfach: „sie sollen Deutsche werden, sich schlicht und recht als Deutsche fühlen – unbeschadet ihres Glaubens und ihrer alten heiligen Erinnerungen, die uns allen ehrwürdig sind; denn wir wollen nicht, daß auf die Jahrtausende germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischcultur folge."

Heinrich von Treitschke wusste – wie heute und schon vor Jahren Thilo Sarrazin oder Geert Wilders –, dass man sich mit pöbelnden Judenfeinden oder Islamfeinden zwar nicht gemein machen darf, es aber auf jeden Fall sinnvoll sein kann, ihre Wut als Anlass zu nutzen, ein angebliches Tabu zu knacken, um ein kollektives „Wir" zu konstituieren: „Die natürliche Reaction des germanischen Volksgefühls hat zum mindesten das unfreiwillige Verdienst, den Bann einer stillen Unwahrheit von uns genommen zu haben; es ist schon ein Gewinn,

daß ein Uebel, das Jeder fühlte und Niemand berühren wollte, jetzt offen besprochen wird. Täuschen wir uns nicht: [...] Bis in die Kreise höchster Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuths mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück."[2]

Beim Nachweis der strukturellen Identität von damaligem Antisemitismus und heutiger Islamophobie kann es allerdings nicht darum gehen, die damalige jüdische mit der heutigen muslimischen Immigration gleichzusetzen, sondern nur darum, die Reaktionsmuster zu vergleichen. Dazu eine terminologische Bemerkung: Vielfach wird eingewendet, dass der Begriff der „Islamophobie" erstens ein islamistischer, seinerzeit von Khomeini geprägter Kampfbegriff sei und er zweitens das gemeinte Phänomen nicht treffe. Korrekt sei, wenn überhaupt, von „Antimuslimismus" zu sprechen. Allerdings war trotz mehfacher Nachfrage bisher kein Beweis aus den Quellen dafür erhalten, dass tatsächlich Khomeini der Urheber dieses Begriffs ist. Vor allem aber ist „Islamophobie" schon alleine deswegen treffender, weil es eben nicht nur um Muslime, sondern auch um den Islam als Religion bzw. das, was man dafür hält, geht. Das war beim modernen Antisemitismus nicht anders: Dort ging es nie um einzelne Juden, sondern eben immer auch um das Judentum, um seine Religion. Nicht zufällig betitelte Dietrich Eckart, einer der weltanschaulichen Lehrer Hitlers, sein Buch „Der Bolschewismus von Moses bis Lenin".

Mit alledem wollen natürlich die heutigen Rechtspopulisten – auch in Deutschland, von PEGIDA bis zur AfD –, die sich rein verbal in die Tradition von Aufklärung und Menschenrechten stellen, nichts zu tun haben: Sie, mit ihrer neuerdings geäußerten Toleranz gegenüber den

2 Heinrich von Treitschke (1879), zit. in: Karsten Krieger (Bearb.) Der „Berliner Antisemitismusstreit" 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Kommentierte Quellenedition, München 2003, S. 10–16.

Mit CamScanner gescannt

Rechten von Frauen und Homosexuellen sowie ihrer Zuneigung zu den Juden, behaupten daher, dass ein entscheidender Unterschied zwischen Antisemitismus und Islamophobie bestehe: Die damalige Abneigung gegen die Juden war in der Sache unbegründet, während der heutige Kampf gegen die Muslime sachlich gerechtfertigt und daher Parallelen rein zufällig seien. Doch für eine Strukturidentität von Antisemitismus des späten Kaiserreichs und heutiger Islamophobie, für semantische Überschneidungen in den Äußerungen Treitschkes und Sarrazins, auch Helmut Schmidts, liegen so viele Indizien vor, dass Staatsanwälte von einem „begründetem Anfangsverdacht" sprechen würden.

Zuletzt jedenfalls äußerte sich die Islamophobie in einer neuen Form des McCarthyismus, d. h. der paranoiden Beschwörung des Schuldigwerdens durch mögliche Kontakte zu Personen, die möglicherweise, wenn auch nur flüchtige indirekte Kontakte zu Personen hatten, die ihrerseits Kontakte zu Personen hatten, die mit im weitesten Sinne islamistischen Organisationen zu tun hatten. Das ist im Folgendem an einigen Beispielen zu erläutern, doch zuvor sollte der hier verwendete Begriff des McCarthyismus geklärt werden.

Was heißt „McCarthyismus?"

Der Begriff McCarthyismus – so der in diesem Fall treffende Eintrag bei Wikipedia – werde für die demagogische Kommunistenjagd der frühen 1950er-Jahre benutzt, „bei der die hysterischen Ängste der Bevölkerung ausgenutzt worden seien, um Unschuldige oder relativ harmlose Andersdenkende zu verfolgen; er wird assoziiert mit Verschwörungstheorien und einer ‚Herrschaft des Terrors' [...]".

Die Kominternagentin und spätere Ex-, ja sogar Anti-Kommunistin Ruth Fischer (1895–1961) wusste, wovon sie – die in den USA der frühen 1950er-Jahre als Zeugin gegen Kommunisten aufgetreten war – schrieb, als sie behauptete, dass der McCarthyismus, „eine eigentümliche Abart des Stalinismus" darstelle „indem er genau wie sein grosses

Vorbild zunächst einen Hauptschuldigen fixiert, den ‚Kommunisten', der im selben Atemzuge als ‚der Spion einer ausländischen Macht' definiert wird".[3]

Genau dies war erst vor Kurzem zu erleben: die Neu- und Wiedergeburt einer spezifischen Form des McCarthyismus in der Folge des Rücktritts des Direktors des Jüdischen Museums Peter Schäfer sowie des Bundestagsbeschlusses vom 17. Mai des Jahres 2019 gegen die Bewegung „BDS". Tatsächlich war das Jüdische Museum in Verdacht geraten, israelbezogenem Antisemitismus ebenso Vorschub zu leisten, wie die auf Israels Vernichtung zielende iranische Regierung zu hofieren. Kurzum: Das Perfide des neuen „BDS bezogenen McCarthyismus" besteht darin, dass er sich wegen des darin enthaltenen Antisemitismusvowurfs kaum ausweisen muss und zudem eine nur schwer widerlegbare Strategie enthält – den Vorwurf der Kontaktschuld. In einem kulturellen Milieu mit hoher Kommunikationsdichte ist so gut wie niemand vor diesem Vorwurf gefeit. Wer kennt nicht Leute, deren politische Ansichten sie oder er gar nicht teilt, aber gleichwohl mit ihnen verkehrt?

Der seinerzeit faktisch erzwungene Rücktritt Peter Schäfers mochte den Zentralrat der Juden angesichts seiner seit Jahren schwindenden Bedeutung mit einem Zuwachs an Selbstbewusstsein erfüllt haben. Tatsächlich hat er einen Pyrrhussieg errungen, denn: es war auch ein Sieg über den Pluralismus innerhalb der jüdischen Gemeinschaft – national wie weltweit. Der Anlass der Rücktrittsforderung, der vom Museum mitgeteilte Tweet der taz über die Erklärung 240 jüdischer und israelischer Wissenschaftler, dass BDS nicht antisemitisch sei, war tatsächlich alles andere als eine Solidaritätserklärung mit BDS, sondern allenfalls eine Richtigstellung, was unter „Antisemitismus" zu verstehen sei. Dass sich die Gelehrten damit in einen Gegensatz zu einer Mehrheit von nichtjüdischen Abgeordneten des Deutschen Bundestages gestellt haben, ist unbestreitbar. Aber und warum soll diesen Abgeordneten

3 Zit. nach Mario Keßler, Grenzgänger des Kommunismus. Zwölf Porträts aus dem Jahrhundert der Katastrophen, Berlin 2015, S. 137.

Mit CamScanner gescannt

eine Deutungshoheit darüber zukommen, was „antijüdisch" und damit eben auch, was „jüdisch" ist?

Zu den Unterzeichnern der Erklärung, die zum Rücktritt Schäfers führte, gehörten keineswegs nur, wie ein Kommentator meinte, die „üblichen Verdächtigen", sondern Koryphäen ihres Faches: die hierzulande bekannte Soziologin von Liebe und Sexualität, Eva Illouz aus Jerusalem; der in Berkeley forschende Daniel Boyarin, dem eine neue Sicht auf die Entstehung des Christentums zu verdanken ist; der in Jerusalem wirkende Professor Amos Goldberg, dessen Werk über das Schreiben von Tagebüchern während des Holocaust zustimmendes Aufsehen erregt hat, sowie – unter vielen anderen – der emeritierte Tel Aviver Jurist Haim Gans, dem wir wesentliche Einsichten über die rechtlichen Bedingungen der zionistischen Staatsgründung verdanken.

Vier von zweihundertvierzig, die sich eben nicht mit BDS solidarisierten, sondern lediglich feststellten: „Die Unterzeichner dieser Erklärung haben zu BDS unterschiedliche Meinungen: Einige mögen BDS unterstützen, andere lehnen es aus verschiedenen Gründen ab. Wir alle lehnen jedoch die trügerische Behauptung ab, dass die BDS-Bewegung als solche antisemitisch sei, und wir verteidigen das Recht jeder Person oder Organisation, sie zu unterstützen."

Doch sollte es dabei nicht bleiben: Am 18. Juni erklärten laut *Jewish Telegraphic Agency* 45 akademische Talmudgelehrte (!), initiiert von Ishay Rosen Zvi von der Universität Tel Aviv sowie Moulie Vidas – er lehrt Talmud in Princeton –, ihre Solidarität mit Peter Schäfer und ließen erhebliche Besorgnis über das damit in Deutschland einziehende politische Klima erkennen: „We are deeply concerned", so die 45 talmudgelehrten Unterzeichner, „about the growing censorship of free speech and the shrinking possibility of criticizing or even questioning government policies which are manifested in these recent developments."

Festzuhalten bleibt, dass der Zentralrat der Juden seinerzeit zu Protokoll gegeben hat, dass ihm die Meinung mehr oder minder uninformierter Bundestagsabgeordneter wichtiger ist als die Überzeugung

weltweit als Gelehrte ausgewiesener Frauen und Männer. Das widerspricht der Tradition der jüdischen Gelehrtenkultur ebenso, wie es doch dem nahekommt, was man früher als „Hofjudentum" bezeichnet hat.

Der Historiker Michael Wolffsohn hat in einem Artikel im Berliner *Tagesspiegel* vom 19. September 2019 anlässlich des vom Zentralrat der Juden erzwungenen Rücktritts von Peter Schäfer zu entfalten versucht, worin die spezifischen Schwierigkeiten eines „Jüdischen Museums" im Nachkriegsdeutschland im Unterschied etwa zu einem Museum des „Deutschen Judentums" bestünden. Er fragte daher: „Grenzt man Deutschlands Juden durch ein gesondertes Jüdisches Museum nicht von der deutschen Allgemeinheit, ‚den' Deutschen, aus? Stößt oder verstößt man sie also, zumindest symbolisch, nicht wieder hinter Ghettomauern?"

Wolffsohns Hauptargument gegen dieses Selbstverständnis ist die Tatsache des Holocaust, der Shoah, also jenes genozidalen Massenmordes, den nazistische, aber auch nicht nazistische Deutsche sowie ihre europäischen Kollaborateure an sechs Millionen europäischen Juden arbeitsteilig verübten. Danach, so lässt sich Wolffsohn verstehen, sind in einem dem jüdischen Schicksal gewidmeten Museum eine gleichsam naive Bezugnahme auf universalistische Prinzipien sowie unterschiedliche Formen der Diskriminierung, die nicht nur Jüdinnen und Juden betreffen, nicht mehr möglich.

Die Frage, um die es daher systematisch gehen muss, ist, ob es – wie Wolffsohn zu meinen scheint – geradezu einen Kategorienfehler darstellt, nach der Shoah jüdische Interessen in Deutschland mit universalistischen Prinzipien zum Schnitt oder auch nur ins Gespräch zu bringen. Gewiss: Die von dem ehemaligen Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, Wolfgang Benz, vorgenommene vorurteilstheoretisch begründete Gleichsetzung von frühem Antisemitismus hier und Islamophobie dort war angesichts der völlig unterschiedlichen historischen Dynamiken dieser Weltanschauungen unscharf – was aber kaum heißen kann, dass Prozesse der Immigration, der gelingenden

Mit CamScanner gescannt

oder misslingenden Integration sowie der Neuprägung des Glaubens („Reformjudentum" hier, „Euroislam" dort) nicht mit erheblichem Erkenntnisgewinn zu beobachten und zu untersuchen wären.

Die Feinde im Herzen der Zitadelle – Der paranoide Streit um das Jüdische Museum Berlin im Jahr 2019/2020

Tatsächlich war es der inzwischen auf Druck des Zentralrats der Juden in Deutschland zurückgetretene Direktor des Jüdischen Museums Peter Schäfer selbst, der einmal – politisch ungeschickt – dieser Tendenz nachgegeben hat. So sollte der schwule palästinensische, der Glaubensgemeinschaft der Quäker angehörende, in den USA lehrende Professor Sa'ed Atshan 2018 einen Vortrag zum Thema „Being queer in Palestine" halten. Doch der Vortrag wurde kurz zuvor abgesagt, weil der Referent im Verdacht stand, der BDS-Bewegung nahezustehen, was tatsächlich nie hieb- und stichfest belegt wurde. Nach den Gründen gefragt, sagte Peter Schäfer dem *Tagesspiegel* am 13. Juni 2019: „Anscheinend hat sich Sa'ed Atshan bei bestimmten Veranstaltungen in den USA nicht deutlich genug vom BDS distanziert. [...] Ich habe den Vortrag im Einvernehmen mit dem Referenten bei uns im Haus abgesagt – er fand ja dann andernorts statt –, weil ich befürchtete, dass er zu einer Pro-und-Contra-BDS-Veranstaltung umfunktioniert werden könnte."[4]

Die Einladung dieses Wissenschaftlers wurde der damaligen Mitarbeiterin des Jüdischen Museums, Yasemin Shooman, angelastet. Sa'ed Atshan, derzeit Professor am Swarthmore College, hat kürzlich das Buch „Queer Palestine and the Empire of Critique" publiziert und wird demnächst gemeinsam mit Katharina Galor – sie lehrt als führende

4 „Verurteile alles, was antisemitisch ist". Interview mit Peter Schäfer, in: Der Tagesspiegel, 13. 6. 2019, https://www.tagesspiegel.de/kultur/reaktion-auf-kritik-am-juedischen-museum-berlin-verurteile-alles-was-antisemitisch-ist/24450032.html [26. 4. 2020]

biblische Archäologin an der Brown University – die Studie „The Moral Triangle: Germans, Israelis, Palestinians" veröffentlichen. Tatsächlich wurde Atshan 2018 auf Druck der israelischen Botschaft wieder ausgeladen. Die *Süddeutsche Zeitung* kommentierte diesen Vorgang am 15. Juli 2018 so: „Tatsächlich hat Sa'ed Atshan, ein offen schwul lebender christlicher Palästinenser, immer mal wieder Israels Besatzungspolitik kritisiert. Aber ein führendes, aktives Mitglied der umstrittenen BDS-Bewegung war er nie. Hätte die Botschaft sich ein bisschen mehr Mühe gegeben, hätte sie in zahlreichen Vorträgen Atshans, die frei zugänglich im Internet zu finden sind, einen sehr ausgewogen argumentierenden palästinensischen Quäker kennenlernen können, der nicht zu Gewalt aufruft gegen Israel, sondern die Notwendigkeit gewaltlosen Protestes betont. Atshan spricht sich auch explizit für die Bekämpfung des Antisemitismus aus, fordert absolute Gewaltfreiheit und plädiert für Dialog."[5]

Bald zeigte sich, dass die Springer-Presse Tendenzen, das Jüdische Museum in Misskredit zu bringen, nachgab. So war sich der angesehene Redakteur der *Welt*, Jacques Schuster, nicht zu schade, der ehemaligen Programmdirektorin des Jüdischen Museums und Kuratorin der Ausstellung „Welcome to Jerusalem", Cilly Kugelmann, indirekt eine Nähe zur BDS-Bewegung anzulasten. Die Ausstellung hatte nach Auffassung der israelischen Regierung die jüdische Perspektive auf Jerusalem nicht genügend berücksichtigt: „Kugelmann, der Mitarbeiter im Museum nachsagen, sie stehe einigen Ideen der antiisraelischen Boykottbewegung BDS nahe, hat auch einen Teil der vergangenen Konferenzen und Diskussionsforen inhaltlich vorbereitet."[6] War es in einer Situation, in

5 Thorsten Schmitz, Geschlossene Gesellschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 15. 7. 2018, https://www.sueddeutsche.de/kultur/kulturpolitik-geschlossene-gesellschaft-1.4055253 [26. 4. 2020].

6 Jacques Schuster, Sinnbild und Opfer eines deutschen Missstands, in: Die Welt, 28. 6. 2019, https://www.welt.de/debatte/kommentare/article196058637/Juedisches-Museum-Sinnbild-und-Opfer-eines-deutschen-Missstands.html [26. 4. 2020].

Mit CamScanner gescannt

der der Direktor zurücktritt, Mitarbeiter kündigen und im Jüdischen Museum allgemeine Unsicherheit um sich greift, politisch sinnvoll und journalistisch-ethisch angebracht, Gerüchte sowie Meinungen vom Hörensagen zu verbreiten? Die Sätze des Redakteurs der *Welt* gleichen strukturell den Aussagen des ehemaligen Direktors: Beide Male wurde unter Berufung auf nicht näher genannte und wohl auch gar nicht bekannte Quellen ein Verdacht erhoben, der für die Betroffenen in der gegenwärtigen Situation in jeder Hinsicht bedrohlich ist.

Doch waren dies nicht die einzigen Schritte in der McCarthy-artigen Kampagne gegen das Jüdische Museum: So beschuldigten etwa die Autoren Clemens Heni und Michael Kreutz am 2. Januar 2020 im *Tagesspiegel* sowohl die ehemalige Programmdirektorin Cilly Kugelmann als auch die ehemalige Leiterin der Akademie, Yasemin Shooman, die „Delegitimation des jüdischen und demokratischen Staates gesellschaftsfähig" gemacht zu haben.[7] Als Beweis für diese ebenso falsche wie rufschädigende Behauptung sollte u. a. die Einladung des „antiisraelischen Aktivisten Brian Klug" dienen. Klug lehrt Philosophie in Oxford, war Mitgründer des „Jewish Forum for Justice and Human Rights" sowie 2006 Mitglied der „British All-Party Parliamentary Inquiry to Antisemitism". Klug widersprach 2004 lediglich der Meinung, dass Kritik an der israelischen Politik eine neue Form des Antisemitismus sei.

Es war kein Geringerer als der Antisemitismusexperte der Kritischen Theorie, Detlef Claussen, der Klugs am 8. November 2013 im Jüdischen Museum gehaltenen Vortrag so kommentierte: „Die öffentliche Debatte über Antisemitismus, die Brian Klug zurecht fragen lässt ‚What do we mean by „antisemitism?' wird erschwert durch die Inflationierung des Ausdrucks Antisemitismus. Weil der Antisemitismus

7 Clemens Heni/Michael Kreutz, Die Grenzen der Toleranz. Peter Schäfer machte das Jüdische Museum zum Inkubator für Israel-Ressentiments, in: Der Tagesspiegel, 2. 1. 2020, https://www.tagesspiegel.de/kultur/die-grenzen-der-toleranz-peter-schaefer-machte-das-juedische-museum-zum-inkubator-fuer-israel-ressentiments/25383316.html [26. 4. 2020].

öffentlich global delegitimiert ist, aber dennoch weit verbreitet, möchte kaum jemand in der Öffentlichkeit als Antisemit erscheinen. Aber es gibt viele, die den Antisemitismusvorwurf benutzen, um jemanden um seinen moralischen Kredit zu bringen. Als besonderes Schlachtfeld instrumentalisierter Antisemitismusvorwürfe können die Debatten um den Nahost-Konflikt gelten. Dieser Konflikt ist im Kern ein politischer und man kann ihn nur politisch begreifen und politisch lösen."[8]

Schließlich warfen Heni und Kreutz Shooman vor, in ihrer Dissertation Kritik an Islamismus und muslimischem Antisemitismus als „politisch rechts" etikettiert zu haben – eine Behauptung, die nicht zutrifft, da Shooman ausdrücklich festgestellt hat, dass sich Antisemitismus nicht auf Rechtextremismus reduzieren lasse, sondern auch ein „Phänomen der Mitte der Gesellschaft" sei. Des Weiteren wurde Shooman dafür kritisiert, den österreichischen Islamwissenschaftler Farid Hafez eingeladen zu haben, der seinerseits „einen führenden BDS Kader", Hatem Bazian, in den wissenschaftlichen Beirat des „Jahrbuchs für Islamophobieforschung" berufen habe. Damit folgen Heni/Kreutzer – bei denen im Übrigen auch zu fragen wäre, mit welcher Kompetenz und in wessen Sold sie sich betätigen – dem McCarthyistischen „Argument" der Kontaktschuld.

Hafez lehrte u. a. Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems, war Gastlektor an der University of Istanbul, der State Islamic University Jakarta, der Columbia University in New York, er gehört darüber hinaus der Affiliated Faculty des „Islamophobia Research and Documentation Project" an der University of California, Berkeley, an und war Gastdozent an vielen US-amerikanischen Universitäten. Bekannt wurde er, als er dem ungarischen Premier Orbán Antisemitismus und Islamophobie vorwarf, sowie durch seine umstrittene

8 Detlev Claussen, Was heißt Antisemitismus? Response auf Brian Klug. Proceedings/International conference „Antisemitism in Europe Today: the Phenomena, the Conflicts", 8–9 November 2013, https://www.jmberlin.de/sites/default/files/antisemitism-in-europe-today_3-claussen_dt.pdf [26. 4. 2020].

Mit CamScanner gescannt

Behauptung, die Muslimbruderschaft sei demokratisch. Und Hatem Bazian ist Professor für Islamisches Recht und Theologie am Zaytuna College, dem ersten akkreditierten muslimischen Liberal Arts College in den USA. Er war – neben vielen anderen Gastprofessuren – 2016/17 Fulbright Professor in den „Departments of Near Eastern and Asian American and Asian Diaspora Studies" in Berkeley. 2016 publizierte er das Buch „Palestine ... it is something colonial", eine Studie, die das zionistische Projekt zutreffend als das letzte koloniale Projekt Großbritanniens analysiert. Einen hieb- und stichfesten Nachweis, dass Bazian im BDS führend ist, konnten Heni/Kreutzer nicht erbringen; auch wenn es zutrifft, dass er Gründer und Vorsitzender der Students for Justice in Palestine (SJP) sowie der American Muslims for Palestine (AMP) war. Und nun wurde Yasemin Shooman vorgeworfen, einen österreichischen Wissenschaftler eingeladen zu haben, der ein Jahrbuch herausgibt, in dessen Beirat ein Professor sitzt, dem eine unbewiesene BDS Mitgliedschaft nachgesagt wird. Das ist keine Kritik an israelbezogenem Antisemitismus, sondern paranoide Diffamierung.

Des Weiteren hielten die Publizisten Heni/Kreutzer dem Autor Max Czollek vor, das Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk" angepriesen zu haben, ohne zu erwähnen, dass die israelische Soziologin Stavit Sinai dessen Stipendiatin gewesen war. Habe Stavit Sinai doch 2017 eine Veranstaltung mit der liberalen israelischen Abgeordneten Aliza Lavie und einer Holocaustüberlebenden mit dem Zwischenruf, dass Israel „crimes against humanity" begehe, gestört. Dr. Stavit Sinai, Alumna am Fachbereich „Soziologie und Geschichte" der Universität Konstanz, publizierte 2019 eine bahnbrechende Kritik am Werk eines der wichtigsten – nicht nur israelischen – Soziologen: „Sociological Knowledge and Collective Identity: S. N. Eisenstadt and Israeli Society." Im Unterschied zu allen anderen kritisierten Personen unterstützt Stavit Sinai tatsächlich die BDS-Bewegung. Zwei nun wirklich über jeden Verdacht erhabene Autoren, der ehemalige israelische Botschafter Shimon Stein und der weltbekannte Historiker Moshe Zimmermann, schrieben gemeinsam im Berliner *Tagesspiegel*: „So sind

Juden, die den Beschluss des Bundestags [zum BDS] kritisieren, nicht weniger jüdisch als ihre Widersacher. Ihr Recht auf Meinungsfreiheit zu beschneiden, ihre Warnung zum Anlass zu nehmen, um den Schluss zu ziehen ‚Es reicht endgültig' – das ist kein Beitrag zum Kampf gegen Antisemitismus, sondern eine Gefahr für die Meinungsfreiheit in Deutschland und nur ein Beispiel dafür, wie historische Traumata in eine Sackgasse führen können, statt einen Ausweg aus der Wiederholungsgefahr zu bieten."[9]

Es zeigt sich schnell, dass es letztlich doch darum geht, wie die durch den Holocaust bewirkte Gründung des Staates Israel im Rahmen der ganzen jüdischen Geschichte – auch der Juden in deutschen Ländern seit dem vierten Jahrhundert – zu verstehen ist. Dass die Sicherheit des Staates Israel zur Staatsraison der Bundesrepublik gehört, hat nicht nur die Kanzlerin immer wieder betont. Ob zu diesem Bekenntnis der Sicherheit auch ein Bekenntnis zur gegenwärtigen Staatsform und der gegenwärtigen Grenzziehung gehört, muss demgegenüber offenbleiben. Ebenso muss offenbleiben, welches Verhältnis die in Deutschland lebenden und in Gemeinden organisierten Jüdinnen und Juden zum Staat haben und haben sollten. Tatsächlich sehen viele von ihnen im Staat Israel den letzten möglichen Zufluchtsort in Fällen der Verfolgung, während andererseits doch nicht ganz wenige unter ihnen entschiedene deutsche Verfassungspatrioten sind. Und ebenfalls nicht ganz wenigen missfällt die rechtspopulistische und eine Zweistaatenlösung praktisch verunmöglichende Politik der Regierung Netanjahu. Gewiss: Jüdische Stimmen, die die israelische Regierungspolitik kritisieren, sind von den Folgen dieser Kritik womöglich weniger betroffen als Bürgerinnen und Bürger des Staates Israel, gleichwohl muss auch für die jüdische Gemeinschaft ein Pluralismus gelten. Es darf keine Denk- und

9 Shimon Stein/Moshe Zimmermann, Streitfall Jüdisches Museum Berlin. Wer bestimmt, was jüdisch ist?, in: Der Tagesspiegel, 19.6.2019, https://www.tagesspiegel.de/kultur/streitfall-juedisches-museum-berlin-wer-bestimmt-was-juedisch-ist/24472788.html [26.4.2020].

Mit CamScanner gescannt

Äußerungsverbote für Jüdinnen und Juden geben, die die BDS-Bewegung zwar verurteilen, aber nicht für antisemitisch halten und deshalb ausgegrenzt werden. Das ist leider die immer häufiger auftretende Form eines neuen McCarthyismus der Kontaktschuld.

Am Wettlauf des McCarthyismus hat sich auch eine der seriösesten Zeitungen der Republik, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, namentlich ihr Redakteur Thomas Thiel beteiligt. Thiel, der am 19. Oktober 2018 kritisiert hatte, dass die Universität einen Redeauftritt von Thilo Sarrazin in Siegen nicht finanzieren wollte, äußerte sich zweimal an prominenter Stelle in der *FAZ*. Am 17. Dezember 2019 schrieb er: „Schäfers Abberufung war keine übereilte Entscheidung, sondern Endpunkt einer jahrelangen Entwicklung, die aus dem Jüdischen Museum Berlin ein Forum für Israel-Kritiker und BDS-Sympathisanten mit Querverbindungen zum politischen Islam gemacht hatte."[10] Und am 20. Februar 2020 forderte er unter der Überschrift „Treu und Glauben", dass man „Zusammenhänge" nicht „ignorieren" dürfe, ohne – für einen Historiker merkwürdig genug – auf den Einwand einzugehen, dass es für die behaupteten Zusammenhänge keine hieb- und stichfesten Quellenbelege gebe.

Der Autor dieser Zeilen ist davon überzeugt, dass sich das, was in der Hebräischen Bibel an begründeten Formen universalistischer Moral postuliert wird, durch die Ereignisse der Shoah nicht widerlegt worden ist; etwa die Weisung aus 3. Mose 19, 33,34: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland. Ich bin der HERR, euer Gott."

Es war kein Geringerer als Martin Buber, der die Überzeugung vertrat, dass für das jüdische Volk der „sacro egoismo" des üblichen

10 Thomas Thiel, Der Kurswechsel wird zum Kraftakt, in: FAZ, 17. 12. 2019, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/zur-lage-des-juedischen-museums-berlin-16538869.html [26. 4. 20120].

Nationalismus nicht gelte. So in seinem Buch „Zionismus und Nationalismus" von 1929, eine Aussage, die er nie zurückgenommen und – im Gegenteil – in seiner Schrift „Ein Land und zwei Völker" auch noch nach dem Krieg vertreten hat.

Der eher konservative jüdische Philosoph Emil Fackenheim wies immer wieder auf ein elftes Gebot hin: Hitler nicht nachträglich recht zu geben – was auch für das Verständnis von (politischer) Moral gilt. Das trifft auch auf durchaus wünschenswerte, strittige öffentliche Debatten zu – ja, auch auf Israel und das Judentum. Bisher war die analysierte Form des „McCarthyismus" auf das Themenfeld Israel/BDS/Antisemitismus begrenzt – dort ist ihm entgegenzutreten, vor allem ist aber auch darauf zu achten, dass das Beispiel nicht Schule macht. Wenn doch, wäre damit die mühsam errungene liberale öffentliche Kultur der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich an ihr Ende gekommen und die von vielen prognostizierte „illiberale" Demokratie – wenn auch nicht wie in Ungarn – bereits eingetreten. Wehret den Anfängen!

Mit CamScanner gescannt

Thomas Knieper

Dieter Hanitzsch, seine Netanjahu-Karikatur und die Süddeutsche Zeitung

Die Geschichte einer Antisemitismus-Unterstellung

Am Dienstag, dem 15. Mai 2018, erscheint auf der Meinungsseite der *Süddeutschen Zeitung* eine Netanjahu-Karikatur des Münchner Zeichners Dieter Hanitzsch.[1] Sie nimmt Bezug auf den Eurovision Song Contest (ESC). Der seit 1996 jährlich veranstaltete Liederwettbewerb wird 2018 als 63. ESC in Portugal in der Lissaboner Altice Arena ausgetragen. Die Sängerin Netta Barzilai gewinnt mit ihrem Song-Beitrag „Toy" den Wettbewerb am 12. Mai 2018 für Israel. Es ist damit der vierte Sieg für Israel in der Geschichte dieses Wettbewerbs.[2]

Der Eurovision Song Contest – Ein unpolitischer und zugleich politisch aufgeladener Musikwettbewerb

Am ESC sind alle Vollmitglieder der Europäischen Rundfunkunion (European Broadcasting Union – EBU) bzw. die entsprechenden Länder teilnahmeberechtigt. Mit Stand Mai 2016 umfasst die EBU insgesamt 72 Rundfunkanstalten aus 56 Staaten in Europa, Nordafrika und

1 Dieter Hanitzsch, Netanjahu-Karikatur, in: Süddeutsche Zeitung, 15. 5. 2018, S. 4.

2 Thomas Knieper/Marie-Theres Tinnefeld, Politische Satiren und Karikaturen – eine Bastion offener Demokratien?, in: DuD – Datenschutz und Datensicherheit (2020) 6, S. 375–380, dort S. 378; https://de.wikipedia.org/wiki/Eurovision_Song_Contest; https://de.wikipedia.org/wiki/Netta_Barzilai [sofern nicht anders angegeben, wurden alle Links am 2. 6. 2020 abgerufen].

Vorderasien. Seit 2015 nimmt auch das assoziierte Mitglied Australien auf Einladung der EBU am Wettbewerb teil. Bislang hat sich Marokko 1980 als einziges arabisches Land am ESC beteiligt. Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Jordanien und Libanon wollen aus Solidarität mit den Palästinensern nicht gemeinsam mit Israel an dem Wettbewerb teilnehmen. Auch Marokko hat sich dieser Position nach 1980 angeschlossen. Veranstaltet wird der ESC immer vom Sieger des Vorjahrs bzw. des durch ihn repräsentierten Landes. 2019 wurde der Wettbewerb daher in Israel, und zwar in Tel Aviv, ausgerichtet. Als Grundregel für den ESC gilt, dass dort keine politischen Äußerungen erlaubt sind. Aber auch wenn er ohne explizite politische Statements auskommt, darf er aufgrund der Teilnahme-Verweigerung der arabischen Staaten dennoch als politisch aufgeladen bezeichnet werden.[3]

Eine ikonografische Beschreibung der Netanjahu-Karikatur

Die Netanjahu-Karikatur[4] (siehe Abbildung 1) von Dieter Hanitzsch zeigt den Auftritt von Netta auf der Bühne der Altice Arena. Die Innenansicht der Veranstaltungshalle ist hier in stark stilisierter Form wiedergegeben. Für die Eindeutigkeit der Zuschreibung sorgt die Beschriftung: „Eurovision Song Contest". In der Karikatur ist der Buchstabe „v" durch einen Davidstern ersetzt. Der Auftrittscharakter wird durch einen Bühnenscheinwerfer unterstrichen, der aus Sicht des Betrachters von rechts unten schräg nach links oben auf die bildeinnehmende Person ausgerichtet ist. Diese Figur befindet sich rechts

3 Knieper/Tinnefeld, Politische Satiren und Karikaturen, S. 378; https://de.wikipedia.org/wiki/Eurovision_Song_Contest; https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Rundfunkunion; https://www.eurovision.de/geschichte/Alle-Infos-zum-Eurovision-Song-Contest,esc3098.html; https://de.wikipedia.org/wiki/Australien_beim_Eurovision_Song_Contest.

4 An dieser Stelle sei Dieter Hanitzsch gedankt, der für diesen Beitrag Zeichnungen aus seinem Archiv zur Verfügung gestellt hat.

Mit CamScanner gescannt

Abbildung 1:
Diese Version der Netanjahu-Karikatur von Dieter Hanitzsch wird am 15. Mai 2018 auf der Meinungsseite der *Süddeutschen Zeitung* abgedruckt. Inzwischen befindet sich das Original als zeithistorisches Dokument im Besitz des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. (Karikatur: Dieter Hanitzsch)

der Mittelsenkrechten auf der Bühne stehend und ist unschwer als Hybridisierung der Sängerin Netta (Körper) und des Politikers Netanjahu (Kopf) zu erkennen.

Vorlagen für die Komposition sind offensichtlich der eigentliche Bühnenauftritt sowie der Moment der Preisverleihung, bei dem Netta ihren Pokal in Siegerpose nach oben reckt. Wie in der Realität hält Netta auch hier in ihrer rechten Hand ein Mikro und streckt mit ihrer linken Hand die Sieges-Trophäe triumphierend in die Höhe. Allerdings wird in der Karikatur nicht der gewonnene ESC-Preis, sondern eine Rakete mit Davidstern gezeigt. Bei dem Gesicht von Netanjahu handelt es sich um

eine klassische Porträt-Karikatur. Die hybridisierte Figur lädt zum kommenden Wettbewerb mit dem Spruch „Nächstes Jahr in Jerusalem!" ein.

Als Hintergrund sollte man wissen, dass mit diesem Spruch auch das Pessach-Seder-Fest beendet wird. Der Spruch erinnert an den Auszug der Israeliten aus Ägypten und damit an die Befreiung aus der Versklavung und verweist zugleich auf Jerusalem als Ort des Friedens, der Güte und der Freiheit. Auch wenn die Veranstaltung 2019 letztendlich in Tel Aviv ausgetragen wird, bleibt die Tatsache, dass Netanjahu bei seiner Gratulation an Netta 2018 Jerusalem als nächsten Austragungsort für den Musikwettbewerb angekündigt hat. Insofern wird Netanjahu in der Sprechblase mit seinem Ausspruch zitiert.[5]

Der Antisemitismus-Vorwurf

Mit ihrem offenen Brief vom 16. Mai 2018 an Kurt Kister, den Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung*, setzt Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, den Antisemitismus-Vorwurf in die Welt und löst damit eine bundesweite Debatte aus:[6] „Sie wissen, weswegen ich Ihnen schreibe. Die Karikatur auf der Seite 4 am 15. 5. 2018 ist der Tropfen Antisemitismus, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Ich bin zutiefst entsetzt und auch verletzt [...]. Mich erreichen Anrufe, Mails und Briefe aus der ganzen Welt, in denen ich gefragt werde, was mit der *Süddeutschen Zeitung* los sei, die klagen, dass sie ‚Stürmer'-Niveau angenommen hätte. [...] Diese Karikatur hätte nicht erscheinen dürfen." Überschrieben ist ihr Brief etwa im Webauftritt der Israelitischen Kultusgemeinde mit folgender Frage: „Kann sich die *Süddeutsche Zeitung* als Leitmedium das leisten? Das habe ich auch ihre Chefredaktion gefragt."[7] Damit setzt sie für die

5 Knieper/Tinnefeld, Politische Satiren und Karikaturen, S. 378.

6 Charlotte Knobloch, Offener Brief an den Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Kurt Kister, 16. 5. 2018, https://www.ikg-m.de/24987-2/.

7 Ebenda.

Mit CamScanner gescannt

Netanjahu-Karikatur ein klares Antisemitismus-Framing, unterstellt zudem *Stürmer*-Niveau und fordert quasi ihre Sichtweise auf die Karikatur als Deutungshoheit ein.

Noch am gleichen Tag schließt sich die *BILD*-Zeitung dieser Kritik an. Sie lässt in ihrem Blatt den Historiker Michael Wolffsohn kommentieren: „Das darf jedoch nicht dazu führen, dass unterschlagen wird, wer Täter und wer Opfer ist. Unentschuldbar ist diese Methode, wenn sie sich übler antijüdischer Bilder oder Worte bedient. Genau das geschah am 15. Mai in der ‚Süddeutschen Zeitung' durch eine Karikatur. Zeitversetzt hätte sie auch im nationalsozialistischen Hetzblatt ‚Der Stürmer' des Julius Streicher stehen können. Einfach widerlich. Das fand auch die Redaktion der *SZ*. Sie entschuldigte sich – der Karikaturist verweigerte die Entschuldigung. Gewiss, dieser Fall ist besonders krass, aber tagein, tagaus sind wir einer konsequenten Anti-Israel-Hetze ausgeliefert."[8] Damit wird die Netanjahu-Karikatur erneut in eine Reihe mit den antisemitischen *Stürmer*-Karikaturen von Philipp Rupprecht eingeordnet, der unter dem Pseudonym „Fips" gearbeitet hat, und es wird ihr de facto die Pflege einer judenfeindlichen Bildtradition unterstellt.

Kurt Kister, Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung*, äußert sich am 18. Mai 2018 wie folgt zu dem Abdruck der Zeichnung: „Diese Karikatur führte innerhalb und außerhalb der *SZ* zu Verwerfungen, zu denen auch die Entscheidung gehört, dass die Chefredaktion die Entscheidung getroffen hat, dass Dieter Hanitzsch nicht mehr für uns zeichnen wird. [...] Ich hätte diese Karikatur niemals ‚ins Blatt gehoben', wie man das nennt. Anders als der Zeichner und der Redakteur bin ich der Auffassung, dass sie antisemitische Stereotype oder Klischees enthält."[9]

8 Michael Wolffsohn, Diese Karikatur hätte auch im „Stürmer" stehen können, in: BILD, 16. 5. 2018, 14:23 Uhr, https://www.bild.de/politik/inland/antisemitismus/kommentar-von-michael-wolffsohn-55715824.bild.html.

9 Kurt Kister, In eigener Sache. Stereotype und Klischees, in: Süddeutsche Zeitung, 8. Mai 2018, 18:10 Uhr, https://www.sueddeutsche.de/kolumne/in-eigener-sache-stereotype-und-klischees-1.3986184.

Weitere Kritiker schließen sich dieser Sichtweise an. Sie mobilisieren Teilöffentlichkeiten, die Dieter Hanitzsch beschimpfen, skandalisieren und ihn als Antisemiten stigmatisieren. Mit etwas zeitlichem Abstand vertreten auch Wissenschaftler in ihren Publikationen vereinzelt den Standpunkt, bei der Netanjahu-Karikatur würde es sich um eine antisemitische Darstellung handeln.[10]

In der Folge des Abdrucks beendet die *Süddeutsche Zeitung* die langjährige Zusammenarbeit mit ihrem Stammzeichner, und es werden etwa die Aberkennung seines Bundesverdienstkreuzes gefordert oder die Ehrung seiner Person mit dem Hoferichter-Preis kritisiert. Gesellschaftlich geht man auf Distanz zum Zeichner. Selbst wenn die Meinungsäußerungen der Kritiker durch die verfassungsrechtlich garantierte freie Meinungsäußerung gedeckt sein mögen, sind die Konsequenzen der mit dem Antisemitismus-Vorwurf unterlegten Kritik massiv. Die Auswirkungen auf das Lebenswerk von Dieter Hanitzsch und seine Person sind beachtlich. Insofern lohnt es, sich der Karikatur Schritt für Schritt anzunähern und den Antisemitismusvorwurf systematisch zu hinterfragen und zu überprüfen.[11]

10 Siehe etwa: Isabel Enzenbach, Antisemitismus in der zeitgenössischen Karikatur. Das Beispiel der Netanjahu/Netta-Zeichnung in der „Süddeutschen Zeitung", https://doi.org/10.14765/zzf.dok.5.1321. Archiv-Version des ursprünglich auf dem Portal Visual History am 17. 12. 2018 mit der URL: https://www.visual-history.de/2018/12/17/antisemitismus-in-der-zeitgenoessischen-karikatur/ erschienenen Textes; Konstantin Mack, Politischer Pop. Der Eurovision Song Contest 2018 im Spannungsfeld zwischen Emanzipation und Antisemitismus, Würzburg 2019.

11 Knieper/Tinnefeld, Politische Satiren und Karikaturen, S. 378. Siehe zudem: Change.org, Aberkennung des Bundesverdienstkreuzes von D. Hanitzsch wegen antisemitischer Karikaturen, https://www.change.org/p/bundespr%C3%A4sident-frank-walter-steinmeier-aberkennung-des-bundesverdienstkreuz-von-d-hanitzsch-wegen-antisemitischer-karikaturen; Ernst-Hoferichter-Preis. „Mehr als befremdlich". Charlotte Knobloch kritisiert Ehrung von Karikaturist Hanitzsch, in: Süddeutsche Zeitung, 11. 1. 2019, https://www.sueddeutsche.de/muenchen/ernst-hoferichter-preis-mehr-als-befremdlich-1.4284623.

Mit CamScanner gescannt

Politische Karikaturen – Geschichte, Wesensmerkmale und Funktionen

Etymologisch geht der Begriff der Karikatur auf das italienische Verb „caricare" (= übertreiben, überladen) zurück. Es ist aus der Substantivierung „caricatura" entstanden und ist quasi eine Herleitung von „ritratto carico" (= übertriebenes Bildnis). In der Mitte des 17. Jahrhunderts wurde es kurzzeitig für Personendarstellungen verwendet, in denen physiognomische Charakteristika ins Hässliche übersteigert wurden. Später wird der Begriff etwa allgemein für Bildsatiren mit übertriebenen Darstellungen von Typen und Handlungen benutzt. Mit Ende des 17. Jahrhunderts steht die Polemik im Vordergrund. Wichtig bleibt der Bezug zur Realität. Ihre Kraft als politisches Medium entfaltete die Karikatur aber erst mit der Französischen Revolution und den Satirezeitschriften, über die sie verbreitet wurde. Die Blütezeit satirisch-politischer Zeitschriften war das 19. Jahrhundert. In den 1920er-Jahren verlor die Karikatur schleichend an Bedeutung, da man in den Printmedien verstärkt auf Fotos setzte. Heute müssen sich Karikaturen insbesondere gegen Witzzeichnungen (Print) und Memes (online) behaupten.[12]

Dennoch sind politische Karikaturen bis heute ein wichtiges Instrument deliberativer Demokratien. Als gezeichnete Kommentare

12 Wolfgang Brassat/Thomas Knieper, Die Karikatur, in: Wolfgang Brassat (Hrsg.), Handbuch Rhetorik der Bildenden Künste, Berlin/Boston 2017, S. 773–796; Thomas Knieper, Caricature, in: Wolfgang Donsbach (Hrsg.), The Blackwell International Encyclopedia of Communication, Oxford 2008, S. 402–410; Thomas Knieper, Die politische Karikatur. Eine journalistische Darstellungsform und deren Produzenten, Köln 2002; Clemens Schwender/Doreen Grahl/Thomas Knieper, Comics und Karikaturen in der Kommunikationsforschung, in: Katharina Lobinger (Hrsg.), Handbuch Visuelle Kommunikationsforschung, Wiesbaden 2019, S. 377–402, dort S. 389–399; Gerd Unverfehrt, Karikatur. Zur Geschichte eines Begriffs, in: Gerhard Langemeyer/Gerd Unverfehrt/Herwig Guratzsch/Christoph Stölzl (Hrsg.), Bild als Waffe. Mittel und Motive der Karikatur in fünf Jahrhunderten, München 1984, S. 345–354.

begleiten sie politische Handlungen und Prozesse. Dabei unterwerfen sie die Mächtigen der Kritik und Kontrolle. Sie entzaubern etwa politische Inszenierungen, Machtmissbrauch, Fehlleistungen oder Inkompetenzen und können daher auch als eine Art Oppositionskommunikation bzw. regulative Kommunikation in einer Demokratie verstanden werden. Sie befähigen zur politischen Meinungs- und Willensbildung und damit zur Teilhabe am politischen Diskurs. Sie ermöglichen Bürgerinnen und Bürgern politische Partizipation.[13]

Definitorisch können politische Karikaturen als visuelle Kommentare aufgefasst werden und sind damit in der Kategorie der meinungsbetonten journalistischen Darstellungsformen zu verorten. Sie beziehen sich von ihrem Inhalt her auf ein Ereignis, das aufseiten der Betrachter bereits medial eingeführt sein muss. Neben dem Faktenwissen muss unter den Rezipienten zudem ein Mindestmaß an Sehkompetenz vorhanden sein. Ansonsten kann es bei der Decodierung zu massiven Fehlinterpretationen kommen.[14]

Rein formal ist die politische Karikatur ein verfremdendes bildkünstlerisches Verfahren, das sich einer grafisch-satirischen Bildsprache und der Anwendung von Witztechniken bedient. Dabei bleibt Ziel, politisches Handeln zu kommentieren sowie Widersprüche, Absurditäten und Fehlverhalten der Politik pointiert grafisch darzustellen. Die Auswahl und Aufarbeitung eines Themas erfolgt auf der Basis einer subjektiven Analyse. Bei der visuellen Umsetzung muss der Karikaturist allerdings sicherstellen, dass die Fakten, auf die sich die Zeichnung bezieht, stimmen. Politische Karikaturen sollten einen wahren Aussagekern besitzen. Bei der Einkleidung, also bei der zeichnerischen Umsetzung und der Verwendung der Symbole, Allegorien, Personifikationen etc., sind dem Karikaturisten keine Grenzen gesetzt.[15]

13 Knieper, Die politische Karikatur, S. 18–23, 252; Knieper/Tinnefeld, Politische Satiren und Karikaturen.
14 Knieper, Die politische Karikatur, S. 252.
15 Ebenda, S. 65–72, 252.

Mit CamScanner gescannt

Politische Karikaturen arbeiten mit Witztechniken. Die wichtigsten sind Assoziation, Vertauschung oder Transposition, Transformation, Kontradiktion, Übertreibung, Parodie, Pun bzw. Punning, Verkleidung, Satire, Erzählung und Aneignung. Die Assoziation bezeichnet Kombinationen, Analogien, Überlagerungen etc. sowohl der Themen als auch der zeichnerischen Materialien oder Techniken. Transpositionen sind durch Verschiebungen, Austausch oder Verdrängungen gekennzeichnet und zeigen Subjekte außerhalb ihrer gewohnten Kontexte. Davon abgegrenzt ist die Transformation, zu der insbesondere Metamorphosen und Hybridbildungen (wie etwa bei der Netanjahu-Karikatur) gehören. Aber bereits Verzerrungen und Übertreibungen gehören in diese Kategorie. Kontradiktionen verdrehen Dinge oder arbeiten mit Doppel- oder Mehrdeutigkeiten. Die Übertreibung existiert auch außerhalb der Transformation und wird oftmals als Hyperbel oder Hyperbolisierung bezeichnet. Hierbei geht es insbesondere um die groteske Abänderung der Dimension(en). Parodien sind durch Nachahmungen, Spott und Hohn gekennzeichnet. Unter Pun oder Punning versteht man Wort- oder Bildspiele. Oftmals werden hierfür semantische Doppeldeutigkeiten verwendet. Insofern ist diese Technik eng mit der Kontradiktion verwandt. Die Verkleidung arbeitet mit Verdeckung, Tarnung, Ablenkung und Verwirrung. Nichts ist so, wie es auf den ersten Blick scheint. Häufig bleibt die Decodierung nur Eingeweihten vorbehalten. Satire zeichnet sich durch Spott, Ironie und Sarkasmus aus und dient insbesondere der Demaskierung. In der Erzählung wird eine Geschichte, meist mit Wendung, erzählt. Oftmals kommen hierbei mehrere hintereinandergeschaltete Einzelpanels zum Einsatz. Die Aneignung verweist und zitiert. In der Regel geht es um die Adaptation eines (Kunst-)Werkes. Es handelt sich also nicht um ein Plagiat, sondern vielmehr um eine Hommage.[16]

16 Arthur Asa Berger, An Anatomy of Humor, New Brunswick/London 1998; Knieper, Die politische Karikatur, S. 72–92; Nicholas Roukes, Humor in Art. A Celebration of Visual Wit, Worcester 1997.

Man darf also festhalten, dass Karikaturen gezeichnete Kommentare sind, die satirische Bildsprache und ein eigenes handwerkliches Repertoire nutzen. Als journalistische Meinungsäußerung übernehmen sie eine gemeinwohlorientierte Aufgabe, üben Kritik und Kontrolle der Politik und ihrer Akteure aus und befähigen ihre Betrachter zur Meinungs- und Willensbildung. Als meinungsbetonte journalistische Darstellungsform besitzen sie große Freiheiten. Nach Auffassung und Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind Karikaturen durch die Meinungs- und Kunstfreiheit (Art. 5 GG) gedeckt, solange sie die Grenzen des Persönlichkeitsschutzes respektieren. Dabei dürfen sie „einen stark übertreibenden, verfremdenden und verzerrenden Charakter besitzen".[17] Politische Karikaturen haben geradezu die Verpflichtung, den Finger in die Wunde legen, um den Kritisierten deren Grenzen aufzuzeigen. Ein legitimes und standardmäßig praktiziertes Stilmittel ist es, Personen und deren physiognomische Eigenschaften übertrieben und verzerrt in Karikaturen darzustellen. Sehr zum Ärger der dargestellten Personen, die mit Lob und gehübschter Darstellung aus naheliegenden Gründen wesentlich besser leben können.

Weiterhin kommt es bei der Rezeption von Karikaturen immer wieder zu Protesten,[18] die in aller Regel auf persönlicher Betroffenheit

17 Knieper/Tinnefeld, Politische Satiren und Karikaturen, S. 376.

18 Vgl. Thomas Knieper/Marion G. Müller, Texas bonfire traditions. The cartoon that came under fire, in: F. Mitchell Land/William Hornaday (Hrsg.), Contemporary Media Ethics. A Practical Guide for Students, Professionals and Scholars, Spokane/Washington 2006, S. 276–290; Thomas Knieper/Marie-Theres Tinnefeld, Der Karikaturenstreit im säkularisierten Staat – Wie weit reichen Meinungsfreiheit und Toleranz?, in: Erich Schweighofer u. a. (Hrsg.), Komplexitätsgrenzen der Rechtsinformatik: Tagungsband des 11. Internationalen Rechtsinformatik Symposions IRIS 2008, Stuttgart u. a. 2008, S. 473–482; Marion G. Müller/Esra Öscan/Ognyan Seizov, Dangerous depictions. A visual case study of contemporary cartoon controversies, in: Popular Communication. The International Journal of Media and Culture 7 (2009) 1, S. 28–39; Marie-Theres Tinnefeld/Thomas Knieper, Karikaturen im Spiegel digitaler Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit. „Quid leges sine moribus?", in: MMR. MultiMedia und Recht 19 (2016) 3, S. 156–161.

Mit CamScanner gescannt

und Kränkung sowie mangelnder Decodierfähigkeit basieren. Hierfür gibt es mehrere Erklärungen: „Die Hintergründe der Ereignisse sind nicht oder zu wenig geläufig. In der Schule wird Sehen als Kulturtechnik vernachlässigt. Gezeigte Personen, Symbole oder Allegorien werden oft nicht mehr erkannt oder verstanden."[19] Oder die Betrachter reagieren einfach dünnhäutig. Ein Widerspruch zur eigenen Meinung wird als Beleidigung wahrgenommen und führt zu einem negativen Gefühlszustand. Um die kognitive Dissonanz zu beseitigen, werden nur in Ausnahmefällen die eigenen Standpunkte hinterfragt, sondern in der Regel lieber selbst Belanglosigkeiten zum Skandal stilisiert.[20] Oder, um mit den Worten des Medienwissenschaftlers Bernhard Pörksen zu sprechen: Wir leben in einer Empörungsdemokratie.[21] Problematisch ist, dass es oftmals nur einen kleinen Funken braucht, um die Empörungswelle bzw. den Shitstorm auszulösen. Ein Mechanismus, den sich betroffene Politiker, Lobbyverbände und Kampagnenjournalisten nur allzu gerne zunutze machen.

Zur Entstehungsgeschichte der Netanjahu-Karikatur

Der Zeichner Dieter Hanitzsch[22] ist am Montag, dem 14. Mai, für die Dienstagskarikatur auf der Meinungsseite der *Süddeutschen Zeitung* vom 15. Mai zuständig. Die von der *SZ* bei ihren Lesern eingeführte Nachrichtenlage stellt sich wie folgt dar: 70. Jahrestag der Gründung Israels; dem irakischem Ministerpräsidenten Abadi droht eine Wahlniederlage; der EU wird durch den Iran eine 60-tägige Frist für Garantien

19 Knieper/Tinnefeld, Politische Satiren und Karikaturen, S. 376.
20 Ebenda, S. 375.
21 Bernhard Pörksen, Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung, München 2018.
22 Für den Beitrag wurden im Mai 2020 mehrere Gespräche mit Dieter Hanitzsch geführt. Die Ergebnisse dieser Gespräche gehen an entsprechender Stelle in den Text ein.

gesetzt, um das Atomabkommen zu sichern; FDP-Chef Christian Lindner gerät aufgrund einer Bemerkung über illegale Einwanderer in die Kritik.[23] Auf Basis der Nachrichtenlage wählt der Zeichner Dieter Hanitzsch zunächst den Themenkontext Israel und prüft, ob sich dieser für eine Karikatur eignet. Bereits im Dezember 2017 hatte US-Präsident Donald Trump Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt und die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv dorthin angeordnet. Aus naheliegenden Gründen hatten diese Entscheidungen Ausstrahlungseffekte auf die israelisch-palästinensischen Verhandlungen bezüglich der Zwei-Staaten-Lösung zur Befriedung des Nahost-Konfliktes.[24]

Am 12. Mai 2018 gewinnt die israelische Sängerin Netta Barzilai den 63. Eurovision Song Contest (ESC) in Lissabon mit dem Song „Toy".[25] Am 13. Mai gratuliert ihr Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu über soziale Medien mit den Worten „Nächstes Jahr in Jerusalem!"[26] (siehe Abbildung 2) und instrumentalisiert den ESC damit für politische Zwecke. Die *New York Times* spricht gar davon, dass der ESC-Sieg in Israel auch als diplomatischer Sieg gesehen wurde.[27] Es darf davon ausgegangen werden, dass diese zusätzlichen Fakten der *SZ*-Leserschaft hinreichend bekannt sind. Dies gilt umso mehr, da die Journalistin

23 Nachrichten am Morgen – die Übersicht für Eilige, in: Süddeutsche Zeitung, 14. Mai 2018, 7:40 Uhr, https://www.sueddeutsche.de/politik/nachrichten-israel-atomabkommen-irak-1.3978462.

24 Trump erkennt Jerusalem als Hauptstadt Israels an, in: Spiegel Online, 6. 12. 2017, 19:10 Uhr, https://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-erkennt-jerusalem-als-hauptstadt-israels-an-a-1182096.html.

25 Eurovision.de, Netta aus Israel gewinnt mit „Toy" den ESC 2018. 13. 5. 2018, 11:53 Uhr, https://www.eurovision.de/news/Netta-aus-Israel-gewinnt-mit-Toy-den-ESC-2018,gewinner424.html.

26 Benjamin Netanjahu, Tweet vom 13. 5. 2018, https://twitter.com/netanyahu/status/995435130985635840, 2018.

27 Isabel Kershner, ‚Next Year in Jerusalem!' In Israel, Eurovision Win Is Seen as a Diplomatic Victory, Too, in: The New York Times, 13. 5. 2018, https://www.nytimes.com/2018/05/13/world/middleeast/israel-eurovision-jerusalem.html.

Mit CamScanner gescannt

Abbildung 2:
Mit diesem Tweet gratuliert Netanjahu der Sängerin Netta und lädt den ESC für 2019 nach Jerusalem ein: „לשנה הבאה בירושלים!" („Nächstes Jahr in Jerusalem!")
Quelle: Benjamin Netanjahu 2018.

Alexandra Föderl-Schmid über den Online-Auftritt der *SZ* bereits ihren Kommentar „Netanjahu will den ESC für seine Zwecke missbrauchen" veröffentlicht hat. Sie schreibt dort: „Dass Netanjahu, der Netta Barzilai als ‚echten Schatz' tituliert hat, sogleich Jerusalem als Austragungsort für den nächsten Songcontest ausgerufen hat, zeigt: Er will diese Veranstaltung für seine Zwecke politisch missbrauchen. Denn Jerusalem wird zwar nun von den USA, aber von fast keinem anderen Staat der Welt als israelische Hauptstadt anerkannt. So will er Punkte machen."[28] Damit sind Aufhänger und Thema für die politische Karikatur gefunden.

28 Alexandra Föderl-Schmid, Netanjahu will den ESC für seine Zwecke missbrauchen, in: Süddeutsche Zeitung, 13. 5. 2018, www.sz.de/1.3977436.

Abbildung 3:
Die Rohskizze (Scribble/Rough) zeigt die zunächst angedachte Komposition und damit die erste grobe Idee für die Netanjahu-Karikatur. (Skizze: Dieter Hanitzsch)

Dieter Hanitzsch erstellt ein erstes Scribble (siehe Abbildung 3). Hier ist neben Benjamin Netanjahu als Netta auch US-Präsident Donald Trump als handelnde Figur angedacht. Er schüttet in der rechten Bildhälfte Öl ins Feuer des Nahost-Konfliktes. Mit der Ölkanne wird auf den Beschluss der Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem und die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels Bezug genommen. Netanjahu steht in der linken Bildhälfte. Er ist bereits in der Rohskizze als Hybridisierung von Netanjahu und Netta angelegt. Der Bezug zum ESC ist damit eindeutig hergestellt. Insgesamt wird hier neben der Kritik an der politischen Instrumentalisierung des ESC durch Netanjahu auch die explizite Kritik an der Nahost-Politik Israels und der USA angesprochen.

Mit CamScanner gescannt

Mit dieser ersten Rohskizze meldet sich Dieter Hanitzsch bei der *Süddeutschen Zeitung*, um ihr bzw. dem verantwortlichen Redakteur die Idee vorzuschlagen.[29] Die Grundidee des Zeichners wird vonseiten der *SZ* sofort akzeptiert, allerdings schlägt der Redakteur dem Zeichner Dieter Hanitzsch vor, das A von der Rakete zu entfernen und noch deutlicher bzw. ausschließlich auf die Vereinnahmung des ESC durch Netanjahu zu fokussieren und damit den US-Präsidenten wegzulassen. Auch aus Sicht von Dieter Hanitzsch wird durch die Änderungsvorschläge die Karikatur in ihrer Aussage stärker, da sie den tatsächlichen Kritikpunkt, nämlich die politische Vereinnahmung des ESC durch Netanjahu, noch klarer in den Vordergrund rückt. Die aufgrund der Rückmeldung angefertigte Zeichnung (siehe Abbildung 1) wird vom Redakteur für gut befunden und für die *SZ* freigegeben. Seine Rückmeldung über E-Mail lautet: „Wunderbar so, danke."[30]

In der Erklärung von Kurt Kister an die *SZ*-Leser liest sich die Abstimmung etwas anders und wird als Prozess einer Debatte dargestellt:[31] „Der Ablauf für unsere Karikaturen sieht so aus: Der diensthabende Karikaturist spricht morgens mit dem diensthabenden Kollegen vom Ressort Meinungsseite. Manchmal werden Skizzen geschickt, wie eine Karikatur aussehen könnte, manchmal redet man nur über das Thema (‚Merkel in Washington wär' doch heute was'). Im Falle der ESC-Karikatur gab es einen längeren Abstimmungsprozess zwischen dem Karikaturisten und dem Redakteur. Über das Thema bestand Einigkeit (die politische Instrumentalisierung des ESC). Dann

29 Die Sichtweise der Abstimmung folgt den eigenen Gesprächen mit Dieter Hanitzsch und dem Interview, das der Zeichner Wolfgang Herles in Tichys Einblick gegeben hat: Wolfgang Herles, Karikaturenstreit. Süddeutsche Bilderstürmer, in: Tichys Einblick, 10. 6. 2018, https://www.tichyseinblick.de/meinungen/karikaturenstreit-sueddeutsche-bilderstuermer/ [1. 6. 2020].

30 Die entsprechende Mail liegt dem Autor vor. Aus Rücksichtnahme vor dem Redakteur soll sein Name unerwähnt und er damit hier anonym bleiben.

31 Kurt Kister, In eigener Sache.

schickte der Karikaturist die erste Fassung, man debattierte wieder, es kamen noch ein, zwei Fassungen und schließlich die, die der Redakteur nach einigem Hin und Her für irgendwie o. k. hielt."

Kurt Kister war am besagten Tag nicht in der Redaktion, sondern gemeinsam mit dem zweiten Chefredakteur Wolfgang Krach auf einem Empfang der *Süddeutschen Zeitung* in Berlin. Es handelte sich um die 13. *SZ*-Nacht mit rund „1000 Gäste[n] aus Politik, Kultur und Wirtschaft [...] im Berliner Kulturforum."[32] Auch Heribert Prantl, Mitglied der Chefredaktion, Leiter des Meinungsressorts und damit für die Meinungsseite verantwortlich, war an diesem Tag nicht in der Redaktion. Insofern konnte Kurt Kister die Abstimmung zwischen seiner Redaktion und dem Zeichner allenfalls vom Hörensagen kennen. Ein Fakt, der nicht offengelegt wird. Der E-Mail-Verkehr zwischen dem verantwortlichen Redakteur und dem Zeichner stützt die Version von Dieter Hanitzsch und nicht die nachgeschobene Realitätskonstruktion von Kurt Kister.

Eine Netanjahu-kritische, aber keine antisemitische Karikatur: Eine Begründung

Um zu beurteilen, ob die Netanjahu-Karikatur antisemitisch ist, muss zunächst geklärt werden, was hierfür die relevanten Kriterien sind. Die International Holocaust Remembrance Alliance stellt folgende Arbeitsdefinition von Antisemitismus zur Verfügung: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und

32 Berlins Politikprominenz gibt sich die Ehre: Die 13. SZ-Nacht, in: Süddeutsche Zeitung, 14. 5. 2018, 21:11 Uhr, https://www.sueddeutsche.de/panorama/bilder-berlins-politprominenz-gibt-sich-die-ehre-die-13-sz-nacht-1.3980015.

Mit CamScanner gescannt

religiöse Einrichtungen."[33] Zur Veranschaulichung wird u. a. folgender Erklärtext zur Verfügung gestellt: „Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass ‚die Dinge nicht richtig laufen'. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge."[34]

Auf Karikaturen übertragen, bedeutet das, dass sich Antisemitismus in einer Zeichnung an folgenden Kriterien festmachen lässt:[35]

- Verwendung antijüdischer Stereotype und Klischees sowie der Einsatz pauschalisierender negativer Charakterzüge (etwa Feinde der Menschheit, Geiz, Wucher, Geldgier, Machtgier, Gier allgemein, Hinterlist, Arglist, Ritualmörder, Weltherrschaft, Falschheit, Adipositas, überproportional große Nase, Hakennase, krauses Haar, Spitz- oder Backenbart etc.),
- Einsatz des Davidsterns als alleinstehendes religiöses Symbol,
- Verweiblichung bzw. Feminisierung,
- Kritik am Staat Israel und seinen Politikern, die deutlich über jene Kritik hinausgeht, die sich ansonsten in Karikaturen findet.

33 International Holocaust Rembembrance Alliance, Arbeitsdefinition von Antisemitismus, 2016, https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus.

34 Ebenda.

35 Vgl. etwa: ebenda; Eduard Fuchs, Die Juden in der Karikatur. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte, München 1921; Karin Stögner, Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen (Interdisziplinäre Antisemitismusforschung, Bd. 3), Baden-Baden 2014; Monika Kucharz, Das antisemitische Stereotyp der „Jüdischen Physiognomie". Seine Entwicklung in Kunst und Kultur, Wien 2017; Mack, Politischer Pop.

Abbildung 4:
Der Netanjahu-Karikatur wurde vielfach vorgeworfen, dass die Darstellung der Physiognomie den Tatbestand der antisemitischen Stereotypisierung erfüllen würde. Bei der Karikatur (Ausschnitt links) stand jedoch die Erkennbarkeit im Vordergrund. Netanjahu besitzt nun einmal eine große Nase und abstehende Ohren. Würde man ihn mit kleiner Nase und anliegenden Ohren zeichnen (rechts), wäre er für die Mehrheit des Publikums aufgrund der mangelnden Ähnlichkeit nicht erkennbar. (Zeichnungen: Dieter Hanitzsch)

An der ESC-Karikatur wurde insbesondere kritisiert, dass Netanjahu mit abstehenden Ohren und großer Nase dargestellt wurde. Was unerwähnt bleibt, ist die Tatsache, dass es sich um eine Porträt- bzw. Individualkarikatur und nicht um eine Typenkarikatur handelt. „Die Typenkarikatur ist eine anonyme Karikatur, die Typen zielen stärker auf die allgemeine gesellschaftliche Kritik, auf generelle Mißstände. Die Individualkarikatur zielt stärker auf die Politik im engeren und konkreteren Sinn. Denn durch sie werden die Machthaber und die Verantwortlichen namentlich angesprochen."[36] Die Porträtkarikatur darf und muss persönliche Merkmale aufgreifen. In diesem Fall sind es die tatsächlich vorhandenen abstehenden Ohren sowie die große Nase Netanjahus. Da die Porträtkarikatur erkennbar sein muss, sind diese entsprechend in

36 Franz Schneider, Die politische Karikatur, München 1988, S. 84–86.

Mit CamScanner gescannt

Abbildung 5:
In der Porträtkarikatur ist der US-amerikanische Autor, Filmproduzent, Regisseur und Komiker Woody Allen, Sohn jüdischer Eltern, dargestellt. Obwohl mit großer Nase und abstehenden Ohren gezeichnet, käme man nie auf die Idee, hier Antisemitismus zu unterstellen – weil Woody Allen eben über genau diese physiognomischen Merkmale verfügt. (Zeichnung: Dieter Hanitzsch)

die Zeichnung eingeflossen. Dieter Hanitzsch merkt hierzu in einem Interview mit der *Münchner Abendzeitung* treffend an: „Ein Karikaturist ist kein Schönheitschirurg. [...] Das war keine bösartige Darstellung und ganz sicher keine antisemitische."[37] Würde man Netanjahu mit kleiner Nase und anliegenden Ohren zeichnen, wäre er schlichtweg für die Mehrheit der Betrachter nicht mehr erkennbar (siehe Abbildungen 4 und 5). Auch andere Politiker mit abstehenden Ohren mussten in der Vergangenheit hinnehmen, dass man sie mit dieser physiognomischen Eigenschaft darstellt (siehe Abbildungen 6 und 7).

Der ESC-Karikatur wurde zudem vorgeworfen, sie würde Netanjahu verweiblichen, da sie ihn mit einem Frauenkörper darstellt. Bei der Verschmelzung beider Personen (Kopf: Netanjahu, Körper: Netta) handelt es sich um das klassische karikaturistische Stilmittel der Transformation bzw. Hybridisierung. Die Hybridisierungen werden in den Abbildungen 8 und 9 gezeigt. Dadurch kann in diesem konkreten Fall die Vereinnahmung des ESC-Sieges durch den israelischen

37 Schilling, Interview nach Netanjahu-Karikatur. Dieter Hanitzsch bei der AZ: „Zurück zu den Wurzeln", 6. 7. 2018, https://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.karikaturen-in-jeder-freitagsausgabe-dieter-hanitzsch-bei-der-az-zurueck-zu-den-wurzeln.4257d089-28aa-440b-9d78-424d340b66a1.html.

Abbildung 6:
In den beiden Karikaturen sind links Hans-Dietrich Genscher und rechts Sebastian Kurz mit großen abstehenden Ohren dargestellt. Bei beiden gehören die großen abstehenden Ohren zu ihrem Phänotyp. Insofern müssen sie auch in der Karikatur (überzeichnet) vorkommen, um die Erkennbarkeit der Personen sicherzustellen. (Zeichnungen: Dieter Hanitzsch)

Abbildung 7:
Barack Obama hat zweifelsohne abstehende Ohren. Da hier das Thema „Abhöraffäre" aufgegriffen wird, sind diese noch stärker als sonst überzeichnet. Kein Betrachter käme auf die Idee, dieser Karikatur antisemitische Stereotypisierung vorzuwerfen. Abstehende Ohren, selbst grotesk übersteigert, sind in einer Karikatur also per se kein Anhaltspunkt für Antisemitismus. (Karikatur: Dieter Hanitzsch)

Mit CamScanner gescannt

Abbildung 8:
Hybridisierungen gehören zum Standardrepertoire der politischen Karikatur. Meist handelt es sich um Verschmelzungen von Politikerköpfen mit Tierkörpern, Nationalfiguren (deutscher Michel, Uncle Sam etc.) oder allgemein allegorischen Personifikationen (Justitia, Miss Liberty, Sensenmann etc.). In der Darstellung oben veranstalten Kurt Beck und Oskar Lafontaine den Wettlauf zwischen Hase und Igel, unten schleicht Angela Merkel im Schneckentempo voran. (Karikaturen: Dieter Hanitzsch)

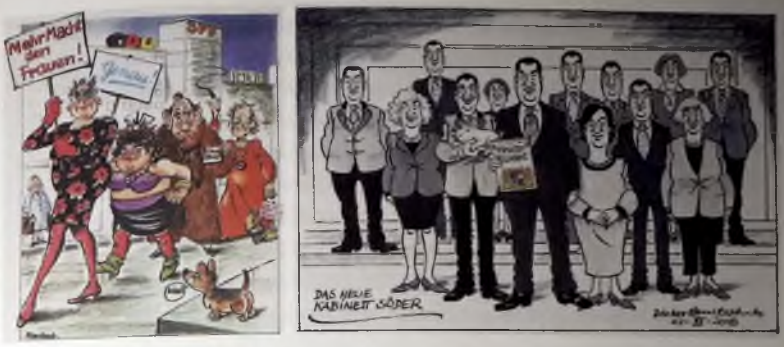

Abbildung 9:
Bei Karikaturen wird regelmäßig das Stilmittel der Hybridisierung von Frauenkörpern mit Politikerköpfen eingesetzt. Links: Im Bundestagswahlkampf 1983 umwerben alle Parteien Frauen und versprechen ihnen mehr Macht. Hier sind Helmut Kohl, Franz-Josef Strauß, Hans-Dietrich Genscher und Willy Brandt in Frauenkörpern als Vorreiter einer „neuen Frauenbewegung" zu sehen. Rechts: In der Karikatur vom 2. November 2018 wird das neue Kabinett Söder vorgestellt. Hierbei ist jede Person als Hybridisierung mit Markus Söder abgebildet, darunter die Ministerinnen Kerstin Schreyer, Melanie Huml, Michaela Kaniber, Carolina Trautner und Judith Gerlach. (Karikaturen: Dieter Hanitzsch)

Ministerpräsidenten für politische Zwecke visuell klar angesprochen werden. Eine Verweiblichung per se findet aber nicht statt.

Abschließend muss noch der Einsatz des Davidsterns betrachtet werden. Die Interpretation ist stets stark kontextabhängig. Da er hier eher im Sinne eines etwa in der israelischen Luftwaffe verwendeten Roundels (kreisförmiges nationales Insigne) verwendet wird, kann man seine Verwendung als Einsatz eines politischen Symbols interpretieren. Zudem lässt der Kontext keine Rückschlüsse zu, die eine Interpretation als religiöses Symbol nahelegen.

Bei der Detailanalyse haben sich keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Benjamin Netanjahu in der Karikatur kritischer als andere Politiker dargestellt würde. In der Gesamtbewertung ist die ESC-Karikatur damit sicherlich nicht antisemitisch, sondern aus-

Mit CamScanner gescannt

schließlich Netanjahu-kritisch. Das ist eine Sichtweise, der auch andere folgen. Allen voran sollte die E-Mail von Eva Faessler, Tochter des bekannten Holocaust-Überlebenden Max Mannheimer, an Dieter Hanitzsch erwähnt werden. Sie verurteilt die Angriffe auf den Zeichner und mahnt die „unselige Vermischung von Israelkritik und Antijudaismus" an.[38] Sowohl der ESC als auch der Deutsche Presserat vertreten eine vergleichbare Sichtweise. Auf der Webpräsenz des ESC kommentiert Irving Wolther: „Denn so lässt sich die Hanitzsch-Karikatur nämlich auch deuten: Der ESC-Sieg wird von der israelischen Regierung propagandistisch vereinnahmt."[39] Und der Presserat, der sich mit acht Beschwerden gegen die Hanitzsch-Karikatur auseinandersetzen musste, kommt zu folgender Einschätzung: „Der Deutsche Presserat sieht in der Netanjahu-Karikatur von Dieter Hanitzsch in der Süddeutschen Zeitung keinen Verstoß gegen den Pressekodex."[40] Auch Wolfgang Benz sieht in der Zeichnung keine Judenfeindlichkeit:[41] „Ich erkenne keinen Antisemitismus in dieser Karikatur."

Cartooning for Peace, eine 2006 von UN-Generalsekretär Kofi Annan gegründete Organisation, protestiert sehr deutlich gegen die Entlassung von Dieter Hanitzsch: Die Karikatur „stellt den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu dar, allerdings in einem Outfit und einer Szenografie, die auf den Sieg der israelischen Sängerin Netta

38 Eva Faessler, E-Mail an Dieter Hanitzsch vom 16. 5. 2018, 23:50:20 Uhr.

39 Irving Wolther, Wird der ESC 2019 politisch instrumentalisiert?, 13. 6. 2018, 14:17 Uhr, https://www.eurovision.de/auf_ein_wort/ESC-2019-Diskussion-um-Israel-als-Austragungsland,israel932.html.

40 Deutscher Presserat: Netanjahu-Karikatur in der Süddeutschen Zeitung von der Meinungsfreiheit gedeckt, 17. 6. 2018, https://www.presserat.de/pressenachrichten-details/netanjahu-karikatur-in-der-s%C3%BCddeutschen-zeitung-von-der-meinungsfreiheit-gedeckt.html.

41 Wolfgang Benz, im Gespräch mit Antje Allroggen (Deutschlandfunk), „Ich erkenne keinen Antisemitismus", 17. 5. 2018, https://www.deutschlandfunk.de/empoerung-ueber-karikatur-in-sueddeutscher-zeitung-ich.2907.de.html?dram:article_id=418176.

Barzilai beim Eurovsision Song Contest 2018 anspielen. Den Satz ‚Nächstes Jahr in Jerusalem', der ihm in den Mund gelegt wird, hat er selbst im Anschluss an diesen Sieg per Tweet verbreitet. [...] Kurz gesagt wird ein Zeichner, den eigentlich niemand als Antisemiten betrachtet, gleichwohl in ehrenrühriger Art und Weise entlassen. Cartooning for Peace hält es für höchst bedauerlich und bedenklich, dass die *Süddeutsche Zeitung* aufgrund öffentlichen Drucks wegen dieser Karikatur ihren Zeichner entlässt. Ebenso bedauerlich ist es für Cartooning for Peace, dass sich die Zeitung nicht stärker zu ihrer kollektiven redaktionellen Verantwortung bekennt, sondern stattdessen nach Entstehen einer Protestwelle sich von ihrem Zeichner distanziert, um dann eine Überprüfung und gegebenenfalls Änderung der redaktionellen Abläufe bei der Abnahme von Karikaturen anzukündigen. Das läuft auf eine Einschränkung der Meinungsfreiheit hinaus, gegen die sich Cartooning for Peace umso mehr wendet, als derartige Kontrollen ihre Nachahmer finden werden."[42]

Der Zeichner Patrick Chappatte wird noch deutlicher, wenn er Online-Mobs und deren Hasskommentare in den Fokus nimmt: 2018 „hat die *Süddeutsche Zeitung* die Zusammenarbeit mit dem Zeichner Dieter Hanitzsch beendet, sehr plötzlich und rasch, wegen einer Netanjahu-Karikatur, die ich persönlich nicht für antisemitisch halte. Ich kritisiere die Haltung der Redaktionen, die nicht bereit sind, sich dem Mob entgegenzustellen."[43] Chappatte, dessen Karikaturen häufig

42 Cartooning for Peace, Die Süddeutsche Zeitung entlässt ihren Zeichner Dieter Hanitzsch. Deklaration vom 6. Juni 2018. Die englischsprachige Version findet sich unter der Überschrift „German cartoonist Dieter Hanitzsch, dismissed from the „Süddeutsche Zeitung" newspaper. zudem unter https://www.cartooningforpeace.org/soutiens/german-cartoonist-dieter-hanitzsch-licensed-from-the-suddeutsche-zeitung-newspaper/?lang=en.

43 Patrick Chappatte im Interview mit Peter Weissenburger, „Der Mob bestimmt die Debatte". Die „New York Times" druckt keine politischen Cartoons mehr. Für Zeichner Patrick Chappatte ist klar: Die Zeitung ist vor den sozialen Medien eingeknickt, in: taz, 14. 6. 2019, https://taz.de/Chappatte-ueber-Ende-der-NYT-Cartoons/!5600125/.

Mit CamScanner gescannt

im Leserbriefteil der *SZ* erschienen, stellte übrigens als einziger Zeichner aus Solidarität mit Dieter Hanitzsch seine Zusammenarbeit mit der *Süddeutschen Zeitung* ein.

Fehlende Fürsorgepflicht der *Süddeutschen Zeitung*

Prinzipiell ist die Frage zulässig, ob die *Süddeutsche Zeitung* ihrer Fürsorgepflicht gegenüber dem Zeichner Dieter Hanitzsch nachgekommen ist. Immerhin wurde die Zeichnung von der *SZ* für die Meinungsseite angenommen, inhaltlich für gut befunden und abgedruckt. Zugleich stellt sich die Zeitung nach der vorgebrachten Kritik nicht hinter ihren Zeichner, sondern distanziert sich öffentlich von ihm und kündigt die Zusammenarbeit auf (siehe Abbildung 10), und das nach mehreren Jahrzehnten guter und konstruktiver Kooperation. Der Chefredakteur Kurt Kister räumt zwar öffentlich ein, dass er Dieter Hanitzsch weder für einen Rassisten und Antisemiten hält, kritisiert ihn aber gleichzeitig für die zeichnerische Umsetzung.[44] Damit folgt er im Wesentlichen den Vorwürfen, die Charlotte Knobloch in ihrem offenen Brief erhoben hat. Schlussendlich verfestigt er dadurch den Antisemitismus-Frame und das Interpretationsmuster, die es de facto unmöglich machen, die ESC-Karikatur noch unvoreingenommen zu betrachten und zu decodieren. Tatsächlich handelt es sich um eine Karikatur, die Benjamin Netanjahu sehr deutlich für seine Nahost-Politik und die politische Instrumentalisierung des Eurovision Song Contests kritisiert hat. Antisemitisch aber ist diese Zeichnung nicht.

Kurt Kister spricht immer wieder davon,[45] dass die Entlassung letztendlich die Konsequenz eines zerstörten Vertrauensverhältnisses war. Da Dieter Hanitzsch die Zeichnung aber nicht hinter dem Rücken der *Süddeutschen Zeitung* ins Blatt geschmuggelt hat, muss die Frage

44 Kurt Kister, In eigener Sache.
45 Etwa: ebenda.

Abbildung 10:
So sieht der Zeichner die Aufkündigung seiner Zusammenarbeit mit der *Süddeutschen Zeitung*. In der Konsequenz kostet sie ihn seinen Job bei der *SZ*, bereits zugesagte Aufträge und seinen guten Ruf. Die öffentliche und nicht zuletzt durch die *SZ* angeheizte Stigmatisierung mündet schlussendlich in einer weitreichenden gesellschaftlichen Isolation. Das Attribut des Antisemiten wird ihm auf ewig anhaften. (Zeichnung: Dieter Hanitzsch)

erlaubt sein, worauf er hiermit anspielt. Die naheliegende Erklärung ist, dass Dieter Hanitzsch nicht der Entschuldigung der *SZ* gefolgt ist. In einem Beitrag der *Jüdischen Allgemeinen* verteidigt der Zeichner seinen Standpunkt, dass die Zeichnung eine inhaltlich gerechtfertigte Kritik an der Politik Netanjahus ist: „Dass sich die Redaktion entschuldigt, ist ihre Sache. Ich entschuldige mich nicht. [...] Die Politik Netanjahu[s] möchte ich kritisieren können, [...]."[46] Und dieses öffentliche Eintreten für eine von der *SZ* abweichende Sichtweise und seine legitime Meinung dürften ihn dort schlussendlich den Job gekostet haben. Offensichtlich ist die *Süddeutsche Zeitung* (zumindest in diesem Fall) kein Ort für Meinungspluralität.

46 Süddeutsche Zeitung entschuldigt sich, in: Jüdische Allgemeine, 15. 5. 2018, https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/sueddeutsche-zeitung-entschuldigt-sich/.

Mit CamScanner gescannt

Die Stufe 2 der Antisemitismus-Unterstellung und die enthemmte Kritik

Dieter Hanitzsch wird nun wegen einer Karikatur (siehe Abbildung 11) für den Stammtisch des *Bayerischen Rundfunks* aus dem Jahr 2016, die sich kritisch mit dem Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) auseinandersetzt und die einen Kraken als Symbol verwendet, als Wiederholungstäter gebrandmarkt. So kommentiert etwa der in der *BILD*-Zeitung für Meinungen zuständige Filipp Piatov unter der Überschrift „Karikatur erinnert an ‚Nazi-Propaganda'" die TTIP-Karikatur wie folgt: „Bereits 2016 hatte eine Zeichnung des Karikaturisten für heftige Kritik gesorgt. Damals hatte Hanitzsch einen Krake [sic!] mit der Aufschrift ‚US-Konzerne' gezeichnet, dessen Tentakel den Globus umschlingen – dieses Motiv aber wurde in der antisemitischen Wochenzeitung ‚Stürmer' während der NS-Zeit verwendet. Es stand für die jüdische Weltverschwörung, mit der Nationalsozialisten den Hass auf Juden schürten."[47]

Auch anderweitig wird wiederholt angemerkt, dass spätestens seit der Oktopus-Karikatur des *Brennessel*-Zeichners Josef Plank (Pseudonym: Seppla), deren Entstehungsdatum um 1938 angegeben wird, der Krake ein antisemitisches Symbol sei.[48]

In der Seppla-Zeichnung umschlingt ein blau eingefärbter Krake den Erdglobus. Über dem Kopf des Kraken, dargestellt als Churchill-Kopf, schwebt ein Davidstern. Damit wird das Anstreben einer jüdischen Weltherrschaft angedeutet, und die Zeichnung erhält so

47 Filipp Piatov, Karikatur erinnert an „Nazi-Propaganda", in: BILD, 16. 5. 2018, 14:23 Uhr, https://www.bild.de/politik/inland/antisemitismus/sz-antisemitische-karikatur-55715068.bild.html.

48 Siehe etwa Alex Feuerherdt, Die unausrottbare „Stürmer"-Krake: Was bitte soll an einer antisemitischen Karikatur antisemitisch sein?, in: mena-watch. Der unabhängige Nahost-Thinktank, 3. 3. 2016, https://www.mena-watch.com/warum-die-krake-eine-antisemitische-chiffre-ist/.

Abbildung 11:
Seit Sommer 2003 wurde zwischen den USA und der EU das Freihandelsabkomen TTIP verhandelt. Seit August 2017 ruhen die Verhandlungen mit der US-Regierung. Euphemistisch gesprochen, konnten der Prozess der Aushandlung und die vereinbarten Vertragsbedingungen als vor der Öffentlichkeit gut abgeschirmt bezeichnet werden. Kritiker vermuteten, dass die USA TTIP zu ihrem Vorteil bzw. zum Vorteil ihrer Konzerne gestaltet haben und die EU über den Tisch gezogen werden sollte. Die globale Interessenslage der US-Konzerne wird in der Karikatur als Oktopus bzw. Krake dargestellt, ein klassisches Symbol politischer Karikatur. Nach Logik der Kritiker dürfte dieses Symbol nie wieder verwendet werden, weil damit auch Antisemiten bereits gearbeitet haben.

einen eindeutig antisemitischen Charakter.[49] Vollkommen unstrittig ist, dass Seppla seine Darstellung eines Kraken durch Etikettierung mit einem Davidstern als „Heiligenschein" zu einer antisemitischen

49 Library of Congress, [Churchill as an octopus]/Seppla, o. J., https://www.loc.gov/item/2003689461/. Die Inhaltsbeschreibung dort lautet: „Political cartoon depicting Winston Churchill as an octopus under a Star of David, fastening his tentacles around the earth." Siehe auch Library of Congress, Cartoons by Josef Plank „Seppla". Original cartoons by Seppla, one of the Germany's leading Nazi cartoonists, 1935–1945, o. J., https://www.loc.gov/item/2005684792/; United States Holocaust Memorial Museum, Anti-Semitic cartoon by Seppla (Josef Plank) – An octopus with a Star of David over its head has its tentacles encompassing a globe, https://collections.ushmm.org/search/catalog/pa4913.

Mit CamScanner gescannt

Abbildung 12:
Die beiden Karikaturen zeigen weitere Beispiele, wie Dieter Hanitzsch Kraken in Karikaturen verwendet. Oben werden Thomas de Maizière und sein Wunsch nach Einführung des Staatstrojaners und unten das Verhalten von Sepp Blatter bzw. des Weltfußballverbandes FIFA bzgl. der Korruption im Fußball kritisiert. In der Logik der Hanitzsch-Kritiker müssten beide Zeichnungen als antisemitisch eingestuft werden.

Zeichnung gemacht hat. Daraus jedoch zu folgern, dass die Verwendung eines Kraken als Symbol in einer Karikatur diese prinzipiell zu einer antisemitischen macht, ist falsch. Hierbei handelt es sich um einen logischen Fehlschluss. In der Karikatur ist der Krake ein klassisches Symbol für Monopole oder eine (weltweite) Ausdehnung von Interessen oder Aktivitäten. In diesem Sinne gehört der Krake auch zum Standardportfolio von Karikaturisten und eben auch von Dieter Hanitzsch (siehe Abbildung 12).

Zusammenfassung: Die systematische Stigmatisierung eines Karikaturisten

Die Auseinandersetzung mit der ESC-Karikatur hat gezeigt, dass sie durch die Meinungsäußerung gedeckt und nicht antisemitisch war. Sie war eine berechtigte Kritik an der Nahost-Politik Netanjahus. In der Rezeption der Masse wurde jedoch oftmals dem Antisemitismus-Frame gefolgt und der Zeichner Dieter Hanitzsch stigmatisiert, er sogar als Wiederholungstäter gescholten. Mit ungebremster Empörung wurde die Aberkennung seines Bundesverdienstkreuzes gefordert und etwa die Auszeichnung seines Lebenswerkes mit dem Ernst-Hoferichter-Preis gerügt.[50] Es ist davon auszugehen, dass sich auch bei weiteren Ehrungen des Karikaturisten erneut Proteste formieren werden. Diesen Leuten sei dringend eine ikonografische oder Kontextanalyse[51] der ESC-Karikatur und ein Blick auf das Lebenswerk von Dieter Hanitzsch ans Herz

50 Zu den Folgen vgl. etwa Change.org, Aberkennung des Bundesverdienstkreuzes von D. Hanitzsch wegen antisemitischer Karikaturen, oder: Ernst-Hoferichter-Preis. „Mehr als befremdlich". Charlotte Knobloch kritisiert Ehrung von Karikaturist Hanitzsch, in: Süddeutsche Zeitung, 11. 1. 2019.

51 Thomas Knieper/Marion G. Müller, Zur Bedeutung von Bildkontexten und Produktionsprozessen für die Analyse visueller Kommunikation, in: Katharina Lobinger (Hrsg.), Handbuch Visuelle Kommunikationsforschung, Wiesbaden 2019, S. 515–526, https://doi.org/10.1007/978-3-658-06508-9_23.

Mit CamScanner gescannt

gelegt. Spätestens dann könnten die Kritiker erkennen, dass sich Dieter Hanitzsch stets für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft eingesetzt hat. Es wird Zeit, dass sein vorsätzlich ruinierter Ruf und seine Person rehabilitiert werden.

Ausblick: Appell für einen Kampf gegen den Antisemitismus

Wenn zur Vermeidung eines Antisemitismusvorwurfs karikaturistische Standardtechniken bei einem visuellen Kommentar über die Politik Israels nicht mehr verwendet und israelische Politiker nicht mehr karikiert werden dürfen, bedeutet das in der Folge, dass eine politische Karikatur über israelische Politik unmöglich wird. Politisches Fehlverhalten kann ohne Sanktionierung nicht mehr entlarvt werden und entzieht sich damit jeglicher Kritik und Kontrolle. Israelische Politik wird in der Konsequenz sakrosankt. Aus Perspektive der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern mag das ein erstrebenswertes Ziel sein. Die Idee einer deliberativen Gesellschaft wird damit aber zu Grabe getragen.

Besonders ärgerlich wird es, wenn eine derartige, stigmatisierende Öffentlichkeitsarbeit unter dem Deckmantel der Antisemitismus-Bekämpfung geführt wird, wenn einer Kritik an der Politik Israels reflexartig Antisemitismus vorgeworfen wird. Möglicherweise würden differenziertere Betrachtungen eher helfen, ein gesellschaftliches Miteinander zu erreichen. Unsere Gesellschaft benötigt mehr Respekttoleranz. Wir müssen wieder lernen, offen aufeinander zuzugehen und uns wechselseitig als Bereicherung wahrzunehmen und zu verstehen. Kulturelle und religiöse Vielfalt sind ein Mehrwert. Nicht nur vor diesem Hintergrund ist es erschreckend und beschämend, dass es im Deutschland des 21. Jahrhunderts immer noch zu Übergriffen Jüdinnen und Juden kommt. Das ist ein Skandal, den es gemeinsam zu bekämpfen gilt.

Derviş Hızarcı

Antisemitismus und Muslime

Ein Drahtseilakt zwischen rassistischer Zuschreibung und falscher Toleranz

Ende 2014 erreichte die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. (KIgA) eine E-Mail aus den Niederlanden. Der Geschäftsführer der dortigen Türkischen Gemeinde bat um Hilfe in einem Fall von Antisemitismus. Türkeistämmige Jugendliche hatten während einer TV-Reportage antisemitische Sprüche in die Fernsehkamera gesagt. Der Fall entwickelte sich schnell zum Politikum. Da es nur wenige türkischsprachige Angebote in diesem Themenbereich gibt, landete die Anfrage auf meinem Tisch. Wir einigten uns darauf, kurzfristig in Holland einen Workshop durchzuführen. Führende Vertreter der Mitgliederorganisationen der Türkischen Gemeinde sollten teilnehmen, darunter Moscheeverbände, alevitische Organisationen, Bildungsvereine.

Zu Beginn des Workshops sprachen wir über die Türkei, über unsere Herkunft, über die Situation der Deutschtürken, der Hollandtürken, bauten eine Vertrauensebene auf. Die Bedeutung von Vertrauen – wenngleich in einem anderen Kontext – betont auch die Studie „Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen zu Juden", die für den Bericht des vom Deutschen Bundestag berufenen Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus erstellt wurde. Darin heißt es: „Entsprechend war es für die Durchführung der Studie von besonderer Bedeutung, ein Vertrauensverhältnis zu den Befragten zu entwickeln."[1]

1 Chaban Salih, Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen zu Juden. Befragung von Imamen als religiöse Repräsentanten muslimischer Religionsgemeinschaften. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin 2017, S. 201 ff.

Mit CamScanner gescannt

Wir wollten allerdings nicht nur an die Lebenswelt der Teilnehmenden anknüpfen, sondern auch ihre Motivation für die Auseinandersetzung mit dem Thema wecken.[2] Wir sprachen über die Vorkommnisse, die uns zusammengebracht hatten. War allen Teilnehmern bewusst, was das Problem ist? Einige bagatellisierten die Aussagen der Jugendlichen, erkannten den Antisemitismus nicht, andere zogen einen Vergleich zu ähnlichen antimuslimischen Aussagen, die in der Regel nicht so stark problematisiert würden. Vereinzelt wurden auch unter dem Deckmantel der sogenannten Israelkritik antisemitische Denkmuster geäußert. Manche wiederum bemühten sich zu differenzieren: „Sapla samanı birbirine karıştırmayalım" – die sinngemäße Übersetzung dieser türkischen Redewendung entspricht der vom Vergleich von Äpfeln und Birnen. Beides sind Früchte, aber man schmeckt den Unterschied.

Der israelbezogene Antisemitismus – Nahost-Konflikt in Deutschland

Als ich hauptamtlich als Lehrer tätig war, kam es innerhalb eines Schuljahres zu zwei Vorfällen:

Berlin Kreuzberg. In den letzten Minuten der ersten großen Pause sammeln sich die Schülerinnen und Schüler des 8. Jahrgangs im Klassenraum. Es ist eine Vertretungsstunde.

„Herr Hızarcı, dieser Baghdadi[3] ist ein Jude. Er ist gar kein Moslem."
„Quatsch!"
„Ich habe ein Foto gesehen, da ist er mit dem Mossad."
„Ok. Wo hast du das Foto gesehen?"
„Auf Facebook glaube ich."

2 Bildungsteam Berlin-Brandenburg e. V./Tacheles reden! e. V., Woher kommt der Judenhass? Was kann man dagegen tun?, Mülheim a. d. Ruhr 2017. S. 19.

3 Abu-Bakr Al-Baghdadi (1971–2019) war bis zu seinem Tod Anführer der Terrororganisation Islamischer Staat (IS).

Berlin Kreuzberg, 9. Jahrgang, Klassenrat. Eigentlich sollen zwei Themen besprochen werden: ein Streit unter Schülerinnen und der Wandertag. Wir werden allerdings von einem Zwischenruf überrascht.

„Herr Hızarcı, Juden töten Kinder, oder?"
„Was? Wie kommst du darauf?"
„Sie kennen sich doch aus. Sie haben doch im Judenmuseum gearbeitet."
„Im Jüdischen Museum, ja. Und was hat das mit deiner Frage zu tun?"
„Man kann also sagen: ‚Kindermörder Israel', stimmt doch!"
„Nein, kannst du nicht!"

Nachdem im Nahen Osten 2000 die zweite Intifada begonnen hatte, kam es „zu der juden- und israelfeindlichen Welle von 2002, in der erstmals junge Muslime als Tätergruppe in einigen europäischen Ländern hervortraten". Damit, so die Fachleute, sei „neben der Fokussierung auf den Nahost-Konflikt eine weitere Entwicklung in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, nämlich der Antisemitismus unter Migrantinnen und Migranten aus muslimisch geprägten Ländern".[4]

Israel und der Nahost-Konflikt sind in muslimisch-migrantischen Milieus zweifelsohne die vordergründigen Bezugs- und Projektionsflächen und gehören zu den „Hauptkatalysatoren für das Aufgreifen und die Artikulation antisemitischer Ressentiments".[5] Kollektivierende

4 Unabhängiger Expertenkreis, Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Berlin 2017, S. 12; https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf;jsessionid=E239B51B632F4ABE950CB3A9A1492863.1_cid364?__blob=publicationFile&v=4

5 Jochen Müller, Zwischen Berlin und Beirut. Antisemitismus und die Rezeption des Nahostkonflikts durch Jugendliche arabischer und türkischer Herkunft, in: Richard Gebhardt/Anne Klein/ Marcus Meier (Hrsg.),

Mit CamScanner gescannt

und abwertende Bezugnahmen auf Israel sind oft eindeutige Manifestationen des israelbezogenen Antisemitismus. Für seine Studie „Muslimischer Antisemitismus" hat der Kultur- und Politikwissenschaftler David Ranan Interviews mit jungen muslimischen Studierenden und Akademikern geführt. Er kommt zu dem Resümee, dass der Nahost-Konflikt für die Meinungen von Muslimen und Musliminnen über und die Einstellungen zu Juden und Jüdinnen zentraler Bezugspunkt ist. Zwischen Jude, Israeli und Zionist wird häufig nicht unterschieden. Diese synonyme Verwendung ist mit Unwissen begründbar. Ranan spricht gar von „Begriffsverwechslung".[6] Es gibt aber auch Fälle von bewusster Gleichsetzung dieser Begriffe. Die Tendenz, Israel als das Übel der Welt, als das „Land gewordene Böse" zu stigmatisieren und „den jüdischen Staat als übelsten Unrat" zu bezeichnen, hat eine weite Verbreitung.[7]

Der israelbezogene Antisemitismus ist die häufigste Erscheinungs- und Ausdrucksform gegenwärtiger Judenfeindschaft. Über 40 Prozent der Deutschen stimmen Aussagen zu oder identifizieren sich mit solchen, die als israelbezogener Antisemitismus gewertet werden können. Vor allem hier wird klar, dass Antisemitismus, auch der israelbezogene, ein gesamtgesellschaftliches Problem und kein spezifisch muslimisches ist. Ihn nur als Grundeinstellung der Muslime darzustellen, ist also weder realitätskonform noch hilfreich.[8] Die Tatsache aber, dass sich israelbezogener Antisemitismus gerade in Ballungsräumen wie

Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit, Weinheim/Basel 2012, S. 57–69.

6 David Ranan, Muslimischer Antisemitismus. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland?, Bonn 2018. S. 119–200.

7 Monika Schwarz-Friesel, Aktueller Antisemitismus. Konzeptuelle und verbale Charakteristika, in Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier Antisemitismus, 7. 9. 2015, https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/211516/aktueller-antisemitismus.

8 Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Drucksache 18.11970, 2017. S. 17.

Berlin bei Muslimen und Musliminnen artikuliert, bestätigt der Antisemitismusbeauftragte der Berliner Jüdischen Gemeinde, Sigmount Königsberg, gegenüber der Zeitung *Die Welt*: „Die Israelfeindschaft spielt dabei eine immer größere Rolle."[9]

Das Magazin *Cicero* kommt in einem Beitrag zum Thema „Bezugsfeld Nahost. Antisemitismus unter Muslimen" zu dem Schluss, dass bei Deutschen ohne Migrationshintergrund vor allem der sekundäre, der geschichtsrelativierende Antisemitismus eine Rolle spiele, während der Antisemitismus bei Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund eher im Kontext des Nahost-Konflikts stehe.[10] Diese Einschätzung teilt auch Anne Goldenbogen von der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e. V), die mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund arbeitet. Fragwürdige Äußerungen von muslimisch sozialisierten Jugendlichen würden sich fast ausschließlich auf den Nahost-Konflikt beziehen. Dementsprechend präge der Nahost-Konflikt das Bild der Jugendlichen vom Juden. Jedoch sei für die antisemitischen Einstellungen die Herkunft weit weniger entscheidend als andere Faktoren wie Bildungsgrad oder die Art und Weise, wie autoritär Religion gelebt werde. Insgesamt werden „in Folge einer Überidentifikation mit dem Konflikt im Nahen Osten unter dem Deckmantel des Antizionismus antisemitische Stereotype postuliert".[11]

Mit Verschwörungsfantasien wie der des „jüdischen Strebens nach der Weltmacht" vervollständigt sich das Bild und kann so zu einer geschlossenen Gesinnung werden. Folgt man Klaus Holz, ist Antisemitismus ohne das Stereotyp der „jüdischen Macht" kaum zu

9 Marc Pfitzenmaier, Antisemitismus bei Muslimen kaum erforscht, in: Die Welt, 29. 1. 2020, https://www.welt.de/politik/deutschland/article205449325/Judenfeindlichkeit-Antisemitismus-bei-Muslimen-kaum-erforscht.html.

10 Bezugsfeld Nahost. Antisemitismus unter Muslimen, in: Cicero (o. D.), https://www.cicero.de/innenpolitik/antisemitismus-unter-muslimen/51791.

11 Anne Goldenbogen, zit. nach ebenda.

Mit CamScanner gescannt

verstehen.[12] Dass Verschwörungsvorstellungen unter muslimischen Jugendlichen häufig anzutreffen sind, stellt auch ein in der *ZEIT* erschienener Beitrag fest: „Gründe für die vermeintlichen Verschwörungen finden sich dann leicht. Die USA wollen den Hass gegen Muslime und Musliminnen provozieren, um ihren Kreuzzug gegen die muslimische Welt zu rechtfertigen. Deshalb haben die Anschläge in Wirklichkeit nicht Islamisten verübt, sondern der CIA. Oder der israelische Geheimdienst Mossad. [...] Verschwörungstheorien gab es schon immer, sie sind beileibe keine muslimische Erfindung. Doch es ist auffällig, wie viele muslimische Jugendliche an sie glauben, als Antwort auf die Zumutungen und Unerklärlichkeiten der Welt. Nicht nur bei den Anschlägen von Paris, auch bei anderen Ereignissen: 11. September, IS-Terror, Irak-Krieg. Die jüngsten Attentate in Kopenhagen werden auch schon umgedeutet. In einschlägigen Internetforen heißt es, der israelische Geheimdienst Mossad habe sie begangen. Ein Muslim könne es nicht gewesen sein."[13]

9/11 – Ground Zero für Islamophobie und „neuen" Antisemitismus

Der 11. September 2001 ist der Knotenpunkt vieler weltpolitischer Veränderungen und Verschärfungen. In diesen Kontext gehört der von bekannten Wissenschaftlern schon vor Jahrzehnten prognostizierte Kampf der Kulturen – Morgenland versus Abendland, Islam gegen den Westen. Samuel P. Huntingtons viel zitiertes Buch „Clash of

12 Klaus Holz, Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg 2005.

13 Parvin Sadigh, „Das waren bestimmt keine Muslime", in ZEIT Online, 18. 2. 2015, https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2015-02/verschwoerungstheorien-muslime/komplettansicht.

Civilizations" steht als Beispiel dafür.[14] Manche Autoren sprechen gar von einer grundlegenden Veränderung der Welt und konstatieren die Entstehung einer Neuen Weltordnung. Für den Politikwissenschaftler Herfried Münkler dagegen waren die Attentate vom 9. 11. zwar ein einschneidendes Ereignis, jedoch keine Zeitenwende. Sie seien vielmehr Teil einer weltpolitischen Entwicklung, die schon wesentlich früher begonnen habe.[15] Nach den terroristischen Angriffen gegen die USA folgten nicht nur kriegerische Handlungen in Afghanistan oder im Irak. Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus veränderte die gesamte nationale und globale Sicherheitspolitik.

Spätestens seit den Anschlägen in New York ist Antisemitismus unter Muslimen und Musliminnen ein Thema, das nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die breite Öffentlichkeit beschäftigt. „Denn seit den Anschlägen vom 11. September nimmt nicht nur der Terrorismus eine zentrale Rolle in der Konstellation der internationalen Politik ein, sondern gewinnen zugleich Fragen nach der Rolle des Islam im politischen Leben, in den muslimischen Ländern wie in Europa, in den öffentlichen Debatten immer mehr an Bedeutung."[16]

Für Jüdinnen und Juden weltweit war 9/11 ein Einschnitt. Globale Erscheinungsformen von Antisemitismus erfuhren einen Wandel, in dessen Folge bis heute Verschwörungsfantasien großen Zuspruch genießen. Doch die Anschläge auf das World Trade Center waren auch für Muslime ein traumatischer Wendepunkt, denn seit diesem Tag werden sie in der Öffentlichkeit kollektiv als Terroristen gebrandmarkt.

14 Samuel P. Huntington, The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York 1996, S. 99–118.

15 Herfried Münkler, Die Wurzeln des Konflikts liegen im Wüstensand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 9. 2016, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/der-11-september-die-folgen-fuer-unsere-heutige-welt-14427648.html.

16 Nilüfer Göle, Anverwandlungen. Der Islam in Europa zwischen Kopftuchverbot und Extremismus, Berlin 2008, S. 76.

Mit CamScanner gescannt

Unter Muslimen und Musliminnen verlagerten sich antisemitische Verschwörungstheorien von randständigen Gruppen in den Mainstream. Es scheint wesentlich einfacher zu sein, jüdische Drahtzieher wie die „Rothschilds" und „Rockefellers" für die Anschläge verantwortlich zu machen, als anzuerkennen, dass radikalislamische Terroristen im Namen ihrer fundamentalistischen Religionsauslegung Tausende Menschen getötet haben. Ergänzend hierzu ist auch der terroristische Anschlag in Istanbul Ende 2003 auf die dortige jüdische Gemeinde und anschließend auch auf Banken zu erwähnen. „Wir sehen hier, wie Antisemitismus und eine feindselige Einstellung der jüdischen Religion gegenüber zu Merkmalen der Konfrontation zwischen dem radikalen Islamismus und der westlichen Welt werden."[17]

In diesem gesellschaftlichen Klima – Zweite Intifada und der Krieg in Afghanistan – entstand im Jahr 2004 die „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus" als zivilgesellschaftliche Reaktion auf Antisemitismus, der insbesondere in migrantisch geprägten Ballungszentren aggressiv in Erscheinung trat. Als Geste der Solidarität mit Juden und Jüdinnen in Berlin, Istanbul und weltweit wurde die KIgA früh zu einer wichtigen Bildungsorganisation in Deutschland, die gegen den alltäglichen Antisemitismus mit adäquaten Programmen vorzugehen versucht.[18]

Es ist offensichtlich, dass der 11. September zu Diskursverschiebungen führte. „Migration wurde islamisiert und gleichzeitig der Islam stigmatisiert."[19] Menschen weltweit werden ihrer vielfältigen Identitäten beraubt und zu einer homogenen Gruppe, „den Muslimen", erklärt. Ihre Religionszugehörigkeit, ob sie sich zum Glauben bekennen oder der Mehrheitsgesellschaft allein aufgrund ihrer Herkunft als

17 Ebenda, S. 89.

18 KIgA – Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, https://www.kiga-berlin.org.

19 Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. (Hrsg.), Bildung im Spannungsfeld von islamistischer Propaganda und Muslimfeindlichkeit – eine Workshopreihe mit Jugendlichen, Berlin 2012. S. 9.

Muslim oder Muslima gelten, wird zum „total signifier" ihrer Identität. Für Muslime bedeutet dies nicht nur eine Reduktion auf ein Identitätsmerkmal, sondern auch die Wegnahme ihrer Individualität. Das gesamte Kollektiv wird seines Mitspracherechts beraubt und in seinem Selbstverständnis verunsichert. Konkret finden hier eine Kulturalisierung und Ethnisierung statt, ein Vorgang, der entmenschlichend ist. Ganz egal, ob es sich um die kunstinteressierte türkische Lehrerin in Wien handelt, den fußballbegeisterten pakistanischen Taxifahrer in London, die gebürtige Berliner Journalistin mit irakischen Wurzeln in Hamburg oder den marokkanischen Blumenhändler in Rotterdam – sie alle werden reduziert auf den ihnen zugewiesenen Status als „Muslime". Besonders hart treffen diese Erfahrungen all jene, die keine Muslime oder Musliminnen sind, wie etwa Jesiden, Baha'is oder syrisch-orthodoxe Christen. Gerade diese Gruppen sind in ihren muslimisch dominierten Herkunftsländern Unterdrückung, schlimmen Diskriminierungen und Verfolgungen ausgesetzt. Der Geburtsort, die Region, in der sie aufgewachsen sind, Interessen, Staatsangehörigkeit, Religion, Herkunftsbezüge, aber auch ihre Haltung zu Regimen im Heimat- oder Herkunftsland – all diese Faktoren, die Menschen prägen, spielen in kürzester Zeit in dem Land, das ihre neue „Heimat" werden sollte, überhaupt keine Rolle mehr.

Selbstverständlich ist dem nicht ganz so, denn es gibt durchaus auch positive Signale zum Thema Immigration. Das öffentliche Interesse hierzulande ist groß. Die Kreuzberger Initiative veranstaltet zahlreiche und gut besuchte Diskussionsforen zu Begriffen wie Integration, Leitkultur und das Konstrukt „jüdisch-christliches Abendland". Politische Magazine, Feuilletons, Talkshows im Fernsehen, vor allem im öffentlich-rechtlichen, widmen sich in unzähligen Beiträgen und Sendungen der Thematik. Das Problem jedoch ist: Wer spricht? Wie wird gesprochen? Wer hat die Deutungshoheit? Ein Beispiel unter vielen war die Talkshow „Maischberger" am 6. Juni 2018 mit dem Titel „Die Islamdebatte: Wo endet die Toleranz?" Gäste waren unter anderen die Islamkritikerin Necla Kelek, die CDU-Politikerin Julia Klöckner und

Mit CamScanner gescannt

der rechtskonservative Journalist Jan Fleischhauer. Doch alleine schon der Titel war eine Zumutung.

Der Diskurs über Herkunft und Identität ist dominiert von Vorurteilen. Zahlreiche Studien und Forschungsberichte, vor allem aber die Erfahrungen der Betroffenen dokumentieren diesen Befund. Muslime werden undifferenziert mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht, eine Verdächtigung, von der sie sich ohne großen Erfolg zu distanzieren versuchen. Dass der Al-Qaida-Anschlag in New York von islamistischen „Kämpfern" begangen wurde, die in Verbindung mit ähnlichen Organisation antisemitischen Hass propagieren, ist unbestreitbar. Von diesem Wissen ausgehend reduziert der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn den Sachverhalt auf eine griffige Formel: „Und es war ein antisemitischer Anschlag, weil im islamistischen Weltbild alles, was abgelehnt wird, letztlich jüdisch identifiziert wird und die Anschläge von 9/11 den Auftakt für eine antisemitische Revolution bilden sollten."[20]

Es besteht kein Zweifel daran, dass im politischen Islam, in radikalislamischen Milieus und islamistisch-extremistischen Gruppen Antisemitismus integraler Bestandteil der konstituierenden Weltanschauung ist. „So finden sich in den Ideologien der meisten islamistischen Gruppierungen weltweit antisemitische Elemente wie Verschwörungstheorien bis hin zu Aufrufen zum Kampf gegen die Juden, die unter Bezug auf Koranverse diffamiert werden."[21] Ob es Al-Qaida ist, der „Islamische Staat" oder auch die islamische Republik Iran: Juden und Jüdinnen und insbesondere der Staat Israel stehen als zentrale Feindbilder im Fokus. Eine Unterscheidung zwischen Juden und Israel wird lediglich vorgenommen, wenn es der Narration oder der eigenen

20 Samuel Salzborn, Essay über die Folgen von 9/11. Die antisemitische Revolution, in: taz, die tageszeitung, 10. 9. 2018, https://taz.de/Essay-ueber-die-Folgen-von-9/11/!5532897/.

21 Jochen Müller, Zwischen Berlin und Beirut. Antisemitismus und die Rezeption des Nahostkonflikts durch Jugendliche arabischer und türkischer Herkunft, in: Gebhardt/Klein/Meier (Hrsg.), Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft, S. 57–69.

Propaganda dient, ansonsten synonym verwendet. Vorherrschend ist vor allem die Behauptung, am Leid der Muslime und Musliminnen seien Juden schuld.[22] Auch bei der „Corona-Krise" wird das Problem bei „den Juden" und Israel verortet, wie Sharon Nazarian, Vizepräsidentin der Anti-Defamation-League, auf Twitter festgestellt hat.[23] Sie machte auf antisemitische Karikaturen aus dem Iran mit Bezug auf das aktuelle Corona-Virus aufmerksam.

Antisemitismus unter Muslimen – der „neue" Antisemitismus?

Es sollte nicht der Eindruck entstehen, Antisemitismus unter Muslimen und Musliminnen gäbe es nur in radikalen Randgruppen. Wie überall ist das Ressentiment gegen Juden auch in anderen muslimischen Kreisen virulent. Es wird geschätzt, dass es weltweit rund 1,8 Milliarden Muslime und Musliminnen gibt. Unter der Religion Islam sind zahlreiche Konfessionen, Rechtsschulen, Traditionen, kulturelle, sprachliche, regionale Ausprägungen, Gemeinschaften, Orden und sektiererische Gruppen und natürlich politische Strömungen zu fassen und zu unterscheiden. Es gibt säkulare oder liberale Muslime, streng religiöse oder gar nicht praktizierende, an ihrer Religion zweifelnde und jene, die sie kritisieren oder ganz ablehnen. Das Lebensalter und die Lebensumstände üben ebenso starken Einfluss aus wie die politischen Verhältnisse, die Sozialisierung in einer Demokratie oder in einer Diktatur. Zu weiteren Differenzierungen zählen inter- und intrakonfessionelle und -kulturelle Konflikte. Doch entscheidend ist das Individuum,

22 Albert Scherr/Barbara Schäuble, „Ich habe nichts gegen Juden, aber ..." Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Berlin 2007, S. 39 f.

23 Sharon Nazarian, Twitter, 13. 4. 2020, https://twitter.com/sharon_nazarian/status/1249809842232942592.

Mit CamScanner gescannt

der einzelne Mensch. Auch dürfte nachvollziehbar sein, dass die große Gruppe der Muslime nicht als ein einheitliches Kollektiv behandelt werden kann. Obwohl Muslime also eine höchst heterogene Gruppe sind, über die keine Pauschalaussagen getroffen werden können, finden sich immer wieder Wissenschaftler und natürlich Populisten sowie Demagogen, die sich zu Verallgemeinerungen, die von den Vorurteilen leben, die sie schüren, hinreißen lassen.

Bei der UNESCO-Konferenz „How to respond to Antisemitism through Education, Culture and Communication?" 2016 in Paris äußerte Prof. Steven T. Katz, Direktor des Elie Wiesel Center for Judaic Studies der Boston University und langjähriger Academic Advisor der International Holocaust Remembrance Alliance sinngemäß, er könne zwar verstehen, dass die Muslime in Europa eine Identitätskrise haben, er begreife aber nicht, weshalb sie dann Juden töten.

Es ist nicht zu bestreiten, dass antisemitische Denk- und Deutungsmuster unter Teilen der muslimischen Bevölkerungen gängig sind. In den häufigsten Fällen drücken sie sich in Form von Israelhass und Verschwörungstheorien aus. Aber es finden sich auch andere Formen und Inhalte judenfeindlicher Einstellungen wie etwa der sekundäre Antisemitismus, also die Verharmlosung oder Leugnung der Shoa, oft verbunden mit einer Täter-Opfer-Umkehr. Sogar der christliche Antijudaismus mit Ausprägungen wie der Ritualmordlegende wird herangezogen und modifiziert: „Die Juden haben den Propheten getötet" – während es im Antijudaismus hieß: „Die Juden haben Gottes Sohn getötet."[24]

Handelt es sich bei den judenfeindlichen Einstellungen von Muslimen um einen „neuen Antisemitismus"? Konkreter gefragt: Kann ein Antisemitismus überhaupt als neu definiert werden, der sich aus dem Leben des Propheten Mohammed oder aus 1400 Jahre alten Lehren des Korans ableitet? Ist es zutreffend, von islamischem Antisemitismus zu sprechen, wenn er sich auf die Religion, religiöse Texte und Predigten

24 Michael Kiefer, Antisemitismus und Migration. Hrsg. v. Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Berlin 2017.

beruft und auf dieser Basis eine Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden zu begründen scheint? Ist der Antisemitismus „muslimisch", weil die Menschen, die ihn vertreten, muslimischen Glaubens, oder richtiger, *auch* Muslime und Musliminnen sind?

Ein Blick auf die Formen von Antisemitismus, die von Muslimen ausgehen, zeigt, dass sie weder neu noch von Muslimen „erfunden" sind und in den meisten Fällen auch keine islamischen Anreicherungen erfahren haben. „Solche antisemitischen Vorurteilsstrukturen weisen kaum Anknüpfungspunkte an etwaige Traditionen im Islam auf, sondern sind vielmehr Ergebnis der von europäischen Vordenkern des Antisemitismus in die muslimische Welt getragenen Topoi, die dort inzwischen einen zentralen Stellenwert einnehmen."[25] Der Antisemitismus, der sich seit Jahrzehnten in der sogenannten muslimischen Welt finden lässt, ist demnach zum größten Teil ein historischer Import aus dem Westen und kommt somit aus dem Abendland.[26] Dies betont auch der Islamwissenschaftler Reinhard Schulze: Nicht aus den Tiefen der islamischen Überlieferung rühre der Judenhass des IS und anderer Fanatiker, sondern er stamme aus dem Giftschrank der europäischen Moderne.[27] Jochen Müller beantwortet die Frage nach einem neuen Antisemitismus ähnlich: „Verstanden als Ideologie im Sinne einer Weltanschauung gibt es allerdings m. E. keinen ‚neuen' Antisemitismus. Vielmehr handelt es sich bei dessen wesentlichen Elementen (wie u. a. dem Antimodernismus, Verschwörungstheorien und seiner Funktion

25 Juliane Wetzel, „Informierter Verdacht". Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland als empirisches Problem und mediale Zuschreibung, in: Gebhardt/Klein/Meier (Hrsg.), Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft, S. 29–43.

26 Wolfgang Benz, Judenhass. Woher der muslimische Antisemitismus kommt, in: Der Tagesspiegel, 17. 1. 2018, https://www.tagesspiegel.de/wissen/judenhass-woher-der-muslimische-antisemitismus-kommt/20845898.html.

27 Reinhard Schulze, Importierter Hass, in: ZEIT Online, 1. 9. 2016, https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2016/02/antisemitismus-juden-europa-islam-christentum-vertreibung/seite-2.

Mit CamScanner gescannt

als Gemeinschaftsideologie) um Projektionen, die universell sind und mit dem konkreten und tatsächlichen Verhalten von Jüdinnen und Juden höchstens indirekt zu tun haben. Elemente antisemitischer Weltanschauung, die im Kontext des Nahost-Konflikts geäußert werden, so ließe sich verkürzt zusammenfassen, sind daher nicht an sich neu, sondern bedienen sich lediglich eines neuen ‚Aufhängers'."[28]

Von Affen und Schweinen – Antisemitische Deutungen des Korans

„Sag: ‚Soll ich euch von etwas Schlimmerem prophezeien, von Gottes Vergeltung? Von dem, den Gott verflucht hat und auf den er zornig ist; und aus ihnen hat er Affen und Schweine und Götzendiener gemacht. Die sind schlimmer dran und weiter vom rechten Weg abgeirrt.'"[29] Auf diese Sure im Koran wird im Kontext von Antisemitismus häufig verwiesen. Von der islamischen Theologie werden diese Verse jedoch nicht als judenfeindlich wahrgenommen, auch wenn die Schärfe in der Bildsprache verstörend wirken mag. Bei der Heranziehung des Korans als Quelle für bestimmte Einstellungen oder Positionen ist es von zentraler Bedeutung, die einzelnen Abschnitte richtig zu deuten und zu kontextualisieren. Der Religionshistoriker Holger Zellentin bemerkt hierzu: „Sure 5 Vers 60 droht also jüdischen Heuchlern und Verschwendern aus der Zeit Mohammeds dasselbe Schicksal an, das schon vormals Sünder getroffen hatte. Diese spezifische Drohung belegt, dass sich der

28 Jochen Müller, Zwischen Berlin und Beirut. Antisemitismus und die Rezeption des Nahostkonflikts durch Jugendliche arabischer und türkischer Herkunft, in: Gebhardt/Klein/Meier (Hrsg.), Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft, S. 57–69.

29 Holger Zellentin, Sure 5 Vers 60 – Antisemitismus? Warum Sünder zu Affen und Schweinen werden, in: Deutschlandfunk, 29. 9. 2017, https://www.deutschlandfunk.de/sure-5-vers-60-antisemitismus-warum-suender-zu-affen-und.2395.de.html?dram:article_id=391972.

Vers nicht generell auf Juden bezieht. Er ist allein an die Sünder unter den Juden gerichtet. Zudem wird deutlich, dass der Anti-Judaismus des Korans keinesfalls virulenter ist als der der Christen, oder als die rigorose Selbstkritik, die wir selbst in der jüdischen Tradition finden. Vielmehr verwendet der Koran jüdische Bilder gegen einige jüdische Sünder und überträgt das abrahamitische Erbe auf die besonderen Umstände in Arabien zu Lebzeiten Mohammeds."[30] Dem Koran zufolge spricht Gott deutlich die Gläubigen, die Betenden, Frauen wie Männer an. Mithilfe von Bildern und gängigen Erzählungen, aber auch durch harsche Kritik, an manchen Stellen auch in scharfem Ton werden Ermahnungen ausgesprochen, die in erster Linie der Rechtleitung – der moralischen Entwicklung des Individuums – dienen sollen.

Kritiker des Islam zitieren häufig aus dem Zusammenhang gerissene Passagen des Korans, um eine angeblich in dessen Ursprüngen angelegte Judenfeindschaft zu beweisen. Auf diese Thematik geht der Münsteraner Professor für Islamische Theologie Mouhanad Khorchide ein: „Um die unterschiedlichen Aussagen des Korans über die Juden zu verstehen, muss man daher stets den Kontext der Verkündung beachten. Als der Prophet Mohammed im Jahre 622 nach Medina ausgewandert war, schloss er dort jenen Vertrag, in dem die jüdischen Stämme explizit als Teil der Umma [Gemeinschaft] eingebunden wurden. Erst später, als es zu Streitigkeiten zwischen den jüdischen Stämmen und den Muslimen kam, fanden kriegerische Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien statt. Diese Auseinandersetzungen werden zum Teil im Koran dokumentiert und kommentiert. Der koranischen Judenkritik geht es in diesem Kontext weniger um theologische Belange, sondern hauptsächlich um politische."[31] Daher ist es verfehlt, unter Verweis auf den Koran von einem „Islam-immanenten" Antisemitismus zu sprechen. Die judenfeindlichen Koranpassagen

30 Ebenda.

31 Mouhanad Khorchide, Antisemitismus im Islam?, in: Die ZEIT, 31. 7. 2014, https://www.zeit.de/2014/32/koran-islam-antisemitismus/seite-2.

Mit CamScanner gescannt

sind erkennbar kontextuell geprägt. Einen gottbefohlenen, allgemein gültigen und dauerhaften Antijudaismus oder Antisemitismus wird man im Koran nicht finden.

Das bedeutet jedoch nicht, dass es in radikalislamischen Milieus nicht Imame und „Gelehrte" gibt, die diese Verse judenfeindlich lesen, deuten und daraus ihren Antisemitismus ableiten und predigen. Aber auch außerhalb dieser Gruppierungen sind antisemitische Einstellungen, die sich auf den Koran berufen, verbreitet. In seiner Studie „Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa" hält Günther Jikeli im Ergebnis fest, dass die meisten Muslime ihre judenfeindliche Haltung mit ihrer religiösen Identität rechtfertigen.[32] Auch aus der Arbeit von Albert Scherr und Barbara Schäuble, die Jugendliche zu Antisemitismus befragt haben, geht hervor, dass antisemitische Dispositionen verbreitet sind. Jedoch kamen auch sie zu dem Ergebnis, dass der ideologisch gerahmte Antisemitismus der Jugendlichen keine direkte Folge ihrer Selbstdefinition als Muslime ist, sondern diese Ausprägung muslimischer Identifikation als eine ideologisierte Variante muslimischer Religiosität charakterisiert werden kann.[33] Eine Interviewpartnerin von David Ranan bringt dies auf den Punkt: „Ich kann nicht einfach den Koran nehmen und drauf los irgendwelche Verse aussuchen, ohne zu wissen, in welchem Kontext wurde dieser Vers offenbart, wann wurde dieser Vers offenbart? Zu wem wurde dieser Vers offenbart und was genau steht da drin? Oft werden Zitate gebracht, aus politischen Gründen, die nur den Vorwand haben, muslimisch oder islamisch zu sein. Ob sie es sind, das ist zu hinterfragen! Also das Label muss nicht unbedingt stimmen, auch wenn die Leute sich selber so bezeichnen."[34]

32 Günther Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa, Essen 2012.

33 Scherr/Schäuble, „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...", S. 39.

34 Ranan, Muslimischer Antisemitismus, S. 112.

Festzuhalten bleibt, dass die Hauptvertreter judenfeindlicher Argumentationen auf muslimischer Seite primär in radikalislamischen Kreisen und auf nicht-muslimischer Seite vor allem in islamfeindlichen und rechtsextremistischen Gruppen zu finden sind. In einer kleinen Anfrage an den Hamburger Senat beschäftigte sich der damals noch der AfD angehörende Abgeordnete Jörn Kruse mit muslimischem Antisemitismus und ging auf entsprechenden Koranabschnitten ein. Er erwähnte natürlich auch die häufig zitierte Sure mit dem angeblich antisemitischen Passus, um daraus zu folgern, dass „Millionen Muslime die entsprechenden Verse heutzutage überaus ernst nehmen".[35]

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – Bildungsarbeit im Spannungsfeld des migrantischen Milieus

„Die KIgA war eine der ersten ausdrücklich gegen Antisemitismus gerichteten Initiativen und hat darauf hingewiesen, dass Antisemitismus und israelfeindliche Parolen in migrantischen Milieus sichtbarer wurden. Wir haben uns daher immer in diesem Spannungsfeld bewegt: das Problem beim Namen zu nennen und es zu bearbeiten, aber das innerhalb einer Gesellschaft zu tun, in der rassistische Ausgrenzung und Diskriminierung existieren. Die Frage, wie man Bildungsangebote für eine bestimmte Zielgruppe entwickeln kann, ohne diese Gruppe zu stigmatisieren, beschäftigt uns auch heute noch."[36] Wenn man den Blick alleine auf ein Phänomen oder eine Gruppe richtet, läuft man zwangsläufig Gefahr, andere zu übersehen. Insbesondere in der pädagogischen Arbeit ist dies wenig hilfreich, wenn nicht sogar schädlich. Judenhass

35 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse (AfD) vom 4. 4. 2018 und Antwort des Senats. Drucksache 21/12567. Hamburg 2018.

36 KIgA e. V. (Hrsg.), KIgA – Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Berlin 2019, S. 11.

Mit CamScanner gescannt

und Israelfeindschaft, die unter Muslimen durchaus vorhanden sind, dürfen nicht verschwiegen oder gar negiert werden vor. Aber Hauptziel muss das Bekämpfen des Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Milieus sein.

An dieser Stelle befinden wir uns wieder im Epizentrum der Spannungen zwischen Stigmatisierung und Entschuldung. Es ist deshalb auch zu reflektieren, inwieweit dieser Text selbst einen Beitrag dazu leistet. Schafft er Abhilfe und Klärung oder verursacht er Reproduktion? Was diese Frage für die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus bedeutet, fasst Anne Goldenbogen zusammen: „Die Kritik war, dass wir selbst rassistische Ausgrenzungen betreiben: dass wir bestimmten Bevölkerungsgruppen unterstellen würden, sie seien besonders anfällig für Antisemitismus, und dabei den Antisemitismus und Rassismus der Mehrheitsgesellschaft aus den Augen verlieren. Ich finde, unser großer Erfolg ist, dass Antisemitismus inzwischen als eigenständiges Phänomen wahrgenommen und gefragt wird, in welchen Wechselwirkungen und Abhängigkeiten ausgrenzende Denkweisen zueinander stehen. Und wie man in dieser Gemengelage eine sinnvolle pädagogische Arbeit machen kann, die dazu sensibilisiert, jede Form von Diskriminierung kritisch zu betrachten."[37]

Für die Bildungsarbeit, die sich Jugendlichen mit muslimischen Sozialisations- und Identitätsbezügen widmet, ist es eine Bedingung des Erfolgs, dass sich Pädagoginnen und Pädagogen über die Lebensrealitäten der jungen Muslime informieren und die an ihre Identität geknüpften Lebenserfahrungen anerkennend berücksichtigen. Die Leiterin der pädagogischen Programme der Bildungsstätte Anne Frank, Saba-Nur Cheema, spricht hier von „Gleichzeitigkeiten", von einem notwendigen gleichzeitigen Bewusstsein für Antisemitismus- und Rassismuskritik in der pädagogischen Arbeit: „Die Herausforderung für pädagogisch Verantwortliche ist, das Erleben von Rassismus und Ausgrenzung der muslimischen Jugendlichen anzuerkennen, bei gleichzeitigem

37 Ebenda, S. 12.

Bewusstsein, dass islamistisch-antisemitische Einstellungen vorhanden sein können."[38]

Für Lehrkräfte ist es unabdingbar, sich mit den eigenen Einstellungen und dem eigenen Verhalten wie der Emotionalität oder Unsicherheit bezüglich des Themas auseinanderzusetzen und mögliche Vorurteile gegenüber muslimischen Jugendlichen ehrlich und kritisch zu überprüfen. Für die gesellschaftspolitischen Debatten, die auch öffentlich geführt werden, bedeutet dies, auch auf andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit achtzugeben und neben dem Antisemitismus ebenso Rassismus, Hass und Intoleranz zu benennen und zu bekämpfen.

Sehen, urteilen, handeln – ein Fazit

Wer sind „die" Muslime und Musliminnen? Wie benennen wir das Phänomen des Antisemitismus unter ihnen? Gibt es besondere Erscheinungsformen? Welche politischen Dynamiken und welche gesellschaftlichen Prozesse finden statt? Welche politische Funktion übernimmt hier der Antisemitismus, und wie bekämpfen wir ihn? Diese Fragen veranschaulichen nicht nur die Komplexität des Problems, sondern verdeutlichen vor allem, dass es immer auch um Auseinandersetzungen mit Identität und Zugehörigkeit geht (Herkunfts- und Heimatbezüge, Mehrheitsgesellschaft und Minderheit, Islamverständnis), um Migration und Integration (Einwanderungsland und Migrationsgesellschaft) und das Verständnis von Staat und Gesellschaft (Demokratie, Rechte

38 Saba-Nur Cheema, Islamistischer Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus. Über Gleichzeitigkeiten und die Notwendigkeit zur Differenzierung in pädagogischen Räumen, in: Antisemitismus in gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatten: Tendenzen – Erscheinungsformen – Gegenwirkung. Evangelischer Pressedienst, epd Dokumentation online, 4. 6. 2010, https://www.deutscher-koordinierungsrat.de/sites/default/files/downloads/DKR/23_19-Antisemitismus-Konferenz.pdf, S. 50 f.

Mit CamScanner gescannt

und Freiheiten, Pluralismus). Oft vergisst oder ignoriert die Mehrheitsgesellschaft, dass die meisten in diesem Land lebenden Musliminnen und Muslime Deutsche sind, Mitbürger, deren Würde durch das Grundgesetz geschützt ist.

Der Diskurs über Antisemitismus und Muslime wird nicht nur kontrovers, sondern auch hochemotional geführt. Der Geschäftsführer der Türkischen Gemeinde in den Niederlanden nannte den Antisemitismus einen „Dämon", vor dem er sich fürchte. Wie schwierig das Thema selbst für muslimische Gemeinden ist, erfuhren die Verfasser einer Studie, in der Imame zum Antisemitismus befragt wurden: „Probleme bei der Datenerhebung ergaben sich daraus, dass einige Imame ihre Beteiligung wieder absagten. Begründung hierfür war vor allem die gegenwärtige politische Situation und/oder die Sorge, sich unter Umständen missverständlich zu äußern und damit der Gemeinde zu schaden."[39]

Wer muslimischen Antisemitismus benennt, läuft Gefahr, als „Rassist" abgestempelt zu werden. Wer versucht, das Problem herunterzuspielen, kann schnell als Relativierer, sogar als Antisemit stigmatisiert werden. Die in dieser Frage tief gespaltene Zivilgesellschaft tut sich und dem Ziel der Bekämpfung des Antisemitismus damit aber keinen Gefallen. Maximale und intransigente Positionen helfen weder dem Diskurs, noch sind sie der Bildungsarbeit dienlich, vielmehr sind sie in hohem Maße kontraproduktiv und schädlich. Wer Muslime eines grundsätzlichen Antisemitismus bezichtigt, argumentiert nicht nur rassistisch, sondern delegiert Antisemitismus auf marginalisierte Gruppen und wehrt damit eigene Verantwortung ab. Auf der anderen Seite schaden Versuche, die Opfererfahrungen von Juden zu relativieren und Judenfeindschaft unter Muslimen zu verharmlosen, nicht nur dem Kampf gegen Antisemitismus, sondern auch den Muslimen selbst.

39 Chaban Salih, Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen zu Juden. Befragung von Imamen als religiöse Repräsentanten muslimischer Religionsgemeinschaften. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin 2017, S. 201 ff.

Der Islamwissenschaftler Michael Kiefer kommt über den Antisemitismus unter Muslimen zu folgendem Fazit: „Insgesamt betrachtet kann konstatiert werden, dass heutige antisemitische Narrative, die von Menschen aus muslimischen Sozialisationskontexten vertreten werden, sich aus einer Vielzahl von Quellen speisen. In vielen Fällen ist es eine krude Mischung, in der aktuelle Wahrnehmungen des Palästinakonflikts mit Stereotypen des europäischen Antisemitismus – insbesondere das Bild des Verschwörers – und dekontextualisierten koranischen Erzählungen vermischt werden. Angesichts dieses Sachverhalts kann nicht von einem spezifischen muslimischen oder islamischen Antisemitismus gesprochen werden. Zutreffender sind die Bezeichnungen islamistischer oder islamisierter Antisemitismus. Diese Feststellung bedeutet jedoch keine Relativierung antisemitischer Einstellungen bei jungen Muslimen. Alle angeführten Studien zeigen unverkennbar, dass hier ein nicht unerhebliches Problem besteht, das von Schule, Jugendhilfe, aber auch den Moscheegemeinden bearbeitet werden sollte."[40]

Für die gesellschaftspolitischen Debatten ebenso wie für die pädagogische Arbeit ergibt es wenig Sinn, Antisemitismus ausschließlich aus der Religionszugehörigkeit abzuleiten. Antisemitische Einstellungen werden durch mehrere Faktoren wie Sozialisation im Herkunftsland, Bildungshintergrund oder Medienkonsum beeinflusst.[41] Klaus Holz stellt fest, dass zwischen Herkunft und Antisemitismus kein monokausaler Zusammenhang besteht und der Antisemitismus unter Muslimen sich häufig mit den Erfahrungen im Einwanderungsland entwickelt.[42] Anne Goldenbogen ergänzt: „Eine wichtige Rolle spielen dabei die Positionierung zu Fragen der Migration, die

40 Kiefer, Antisemitismus und Migration, S. 45.

41 Michael Kiefer, Der Islam ist nicht pauschal antisemitisch, in: Frankfurter Rundschau, 20. 12. 2017, https://www.fr.de/kultur/islam-nicht-pauschal-antisemitisch-11002713.html.

42 Klaus Holz, Neuer Antisemitismus? Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, in: Dirk Ansorge (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Frankfurt a. M. 2011, S. 51–80.

Mit CamScanner gescannt

Wahrnehmung und Anerkennung herkunftsbezogener Diskriminierung sowie die Reflexion nationaler Geschichtserzählungen und kollektiver Erinnerungsformen."[43]

Die Korrelation zwischen antisemitischen Einstellungen und gesellschaftlichem Status der Minderheit sollte die Alarmglocken schrillen lassen. Es ist gewiss kein Zufall, dass in einem Milieu der Ausgrenzung, das auch zu sozialer Randständigkeit führt, Rechtsextreme massiv auf den Plan treten. Es sind die Neonazis und ihre Gefolge, die Antisemitismus propagieren, Juden beleidigen und attackieren – bis hin zu dem Anschlag in Halle im Oktober 2019. Manche Gruppen, allen voran die Partei AfD, inszenieren sich, trotz der Tatsache, dass es in ihren Reihen nicht wenige Antisemiten gibt, als „Garanten jüdischen Lebens" in Deutschland.[44] Sie behaupten, der Antisemitismus sei importiert – natürlich von den Muslimen.

Doch indem man Muslime pauschal als Antisemiten bezeichnet, sie auf die Anklagebank setzt, bekämpft man ihre judenfeindlichen Einstellungen nicht. Wer sich auf der Anklagebank sieht, schiebt schlimmstenfalls Anschuldigungen von sich und nimmt eine Verteidigungshaltung bis hin zur Leugnung ein. Dieser Widerstand ist umso größer, wenn man sich ungerecht behandelt fühlt oder die Beschuldigung nicht versteht. Wenn Muslimen durch Medien, Politik und einen Teil der Öffentlichkeit vermittelt wird, sie seien alle Antisemiten, kann dies auch zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Die Migrationsforscherin Naika Foroutan stellt zu Recht fest: „Menschen tendieren dazu, sich irgendwann entsprechend den Erwartungen, die

43 Anne Goldenbogen, Zwischen Diversität und Stigmatisierung – Antisemitismus und Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft, in: Commitment without BORDERS. Ein deutsch-türkisches Handbuch zu Antisemitismusprävention und Holocaust Education. Hrsg. v. KIgA e. V., Berlin 2016, S. 39.

44 Matthias Kamann, „AfD ist einer der wenigen Garanten jüdischen Lebens", in: Die Welt, 6. 4. 2017, https://www.welt.de/politik/deutschland/article163446354/AfD-ist-einer-der-wenigen-Garanten-juedischen-Lebens.html.

ständig an sie herangetragen werden, zu verhalten."[45] Das Ergebnis ist eine Abschottung, über das Problem Antisemitismus wird nicht mehr gesprochen. Diese Ausgangslage trägt dazu bei, den Kampf gegen Vorurteile zu erschweren.

Judenhass ist ein Problem, das nicht nur Einzelne oder Gruppen, sondern die gesamte Gesellschaft angeht."[46] Als hauptberuflicher Lehrer habe ich in der Vergangenheit oft die Erfahrung gemacht, dass Kolleginnen und Kollegen Schwierigkeiten hatten, mit antisemitischen Vorfällen umzugehen. Tun sie sich schwer, weil ihnen Informationen fehlen? Etwa dann, wenn es um den israelbezogenen Antisemitismus und den Nahost-Konflikt geht? Oder haben sie aus vielleicht biografischen Gründen emotionale Hürden und Hemmungen, die sie daran hindern, sich des Themas anzunehmen? Typische Reflexe bestehen darin, das Problem durch Sanktionen aus der Welt zu schaffen. Dabei verpasst man den kostbaren Moment, den Vorfall als pädagogischen Anlass zu nutzen, im „teachable moment" den Antisemitismus anzusprechen und die Auseinandersetzung damit einzuleiten. Wenn Schülerinnen und Schüler antisemitische Parolen von sich geben, müssen Lehrerinnen und Lehrer reagieren und unmissverständlich deutlich machen, dass ein inakzeptabler Regelverstoß oder eine Grenzüberschreitung stattgefunden hat. Doch das Gespräch sollte aufrechterhalten und erkundet werden, warum diese Aussagen gemacht wurden und welche Motive dahinterstehen.

Nicht nur Pädagogen sollten bei dem vor allen von jungen Leuten häufig gebrauchten Schimpfwort „Du Jude!" hellhörig werden. Diese Art von Beleidigung darf nicht toleriert werden und erfordert

45 Flüchtling als Identität. „Wir brauchen eine Debatte über uns selbst". Interview von Karen Krüger mit Naika Foroutan, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 11. 2015, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/naika-foroutan-ueber-stereotype-in-fluechtlingsfragen-13886917-p2.html.

46 Martin Niewendick, Judenhass geht alle Menschen an, in: Die Welt, 21. 2. 2019, https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article189142433/Judenhass-geht-alle-Menschen-an.html.

Mit CamScanner gescannt

entschiedenes Einschreiten. Gespräche können helfen zu verstehen, woraus sich diese und andere Formen des Antisemitismus unter Jugendlichen speisen. Wenn es bei Schülern einen Nahostbezug gibt und israelbezogener Antisemitismus geäußert wird, ist es nicht hilfreich, als Reaktion darauf mit der Klasse Anne Franks Tagebuch zu lesen oder eine Gedenkstättenfahrt durchzuführen. Es kann sinnvoll sein, um bei dem Beispiel des Schimpfwortes „Du Jude!" zu bleiben, nicht nur über Antisemitismus, sondern auch über Diskriminierung allgemein zu sprechen und dies als Anlass zu nehmen, Sprache und Gewalt zu thematisieren.[47]

Häufig zeigt der Dialog mit Schülerinnen und Schülern, dass sie selber nicht wissen, was genau sie mit ihren Äußerungen meinen. Sie reproduzieren Aussagen, die sie in den sozialen Medien, in der Familie oder bei ihren Freunden aufgegriffen haben. Sie haben sich weder mit Antisemitismus auseinandergesetzt noch verstanden, dass die Folgen ähnlich sind wie bei Diskriminierungserfahrungen, die sie vielleicht sogar selbst gemacht haben. Ein Gespräch darüber, im geschützten Raum, kann helfen, Verständnis, oft sogar Interesse, für das Thema Antisemitismus zu wecken. Doch es würde eindeutig zu kurz greifen, den Antisemitismus der muslimischen Jugendlichen mit ihren eigenen Diskriminierungserfahrungen zu begründen.

Vom Mikrokosmos der Schule lässt sich die Bedeutung des Gesprächs auch auf die gesamte Gesellschaft übertragen. Ein Dialog *mit* Muslimen, statt *über* sie, wäre eine gute Voraussetzung, um die Vielfalt an Identitäten und Erfahrungen der Minderheit zu verstehen. Beide Seiten müssen sich nicht vor Kontroversen scheuen. Sie werden vielleicht sogar Parallelen zwischen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entdecken.

47 Derviş Hızarcı, „Du Jude" – Ein Ansatz zum Umgang mit Diskriminierung in Schule und Unterricht, in: Ethik & Unterricht (2019), Nr. 3. https://www.ethikundunterricht.de/hefte-artikel/premium/menschenwuerde/du-jude/.

Juden und Muslime sind nicht nur durch abrahamitische Traditionen, die Gemeinsamkeiten ihrer Religionen, verbunden. In vielen Ländern werden beide Gruppen ausgegrenzt, diskriminiert, angegriffen. Diese Erfahrungen weiterzugeben, aber auch untereinander zu teilen und zu nutzen, kann nachhaltig positiv auf die Gesellschaft wirken.[48] Ein erwähnenswertes Projekt ist Schalom Aleikum – Jüdisch-Muslimischer Dialog des Zentralrats der Juden in Deutschland. Es ist ein wichtiges und sinnvolles Zeichen, in dieser Form in den jüdisch-muslimischen Dialog zu investieren. Dabei stehen Begegnungen auf Augenhöhe im Mittelpunkt, auch abseits der Führungsebene der verschiedenen Organisationen.[49] Die Motivation für den notwendigen Dialog hob der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland hervor: „Der Rechtsextremismus hat sowohl Juden als auch Muslime zum Angriffsziel."[50]

Auch die Arbeit und das Engagement von Initiativen wie dem Muslimischen Forum für den Islam in München (MFI) sind von großer Bedeutung und unermesslichem Wert. Neben einem regelmäßigen Stammtisch, in dem nicht nur über Themen, die Juden und Muslime gleichermaßen betreffen, gesprochen wird, entstehen hier auch feste Freundschaften. Darüber hinaus behandelt das Format „Ausarten" via Kunst und Kultur Themen wie die Erinnerungskultur in der postmigrantischen Gesellschaft.[51] Auch Initiativen wie die Jüdisch-

48 Derviş Hızarcı, Europe's Jews must reject far-right „Friends", in: The Times of Israel – the Blogs. 29. 5. 2018, https://blogs.timesofisrael.com/europes-jews-must-reject-far-right-friends/.

49 https://www.zentralratderjuden.de/angebote/begegnung/schalom-aleikum/.

50 Nadja Erb, Josef Schuster im Interview: „Rechtsextremismus hat Juden und Muslime zum Angriffsziel", in: Frankfurter Rundschau 19. 1. 2020, https://www.fr.de/politik/josef-schuster-rechtsextremismus-juden-muslime-angriffsziel-13448495.html?fbclid=IwAR1DWMBLE9YK91w22FiJXwdMB18XkYFLgY1kzGYOSra5FjrjF7sUr_A9lrk.

51 Siehe https://www.facebook.com/events/mfi-m%C3%BCnchner-forum-f%C3%BCr-islam-ev/film-diskussion-82-namen-syrien-bitte-vergiss-uns-nicht/175358890513626/.

Mit CamScanner gescannt

Muslimischen-Kulturtage der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg haben Synergieeffekte. Begegnungsformate fördern nicht nur den wichtigen interreligiösen Dialog, sondern bauen auch Vorurteile ab.[52]

Zum Abschluss unseres Antisemitismus-Workshops in Holland sagte der Geschäftsführer der Türkischen Gemeinde, er sei froh, daran teilgenommen zu haben. „Mit eurem emphatischen Ansatz habt ihr uns Ängste genommen. Ihr habt uns geduldig zugehört. Vor allem habt ihr es geschafft, dass Antisemitismus kein Dämon mehr für uns ist und wir uns des Themas weiter annehmen wollen und werden."

52 Jüdisch-Muslimische Kulturtage in Heidelberg, http://jmkt.de/.

Wolfgang Benz

Wütende Abwehrreflexe

Warum es in der DDR keine Judenfeindschaft gegeben haben soll

Die Frage, ob es, wie in der Bundesrepublik und fast überall in der Welt, auch in der DDR Antisemitismus gegeben habe, erscheint manchen ehemaligen Bürgern dieses Staates illegitim. Die Versicherung, dass es bei der Fragestellung nicht darum geht, die Deutsche Demokratische Republik zu delegitimieren, dass Sozialismus eine seriöse Alternative zu anderen Gesellschaftsmodellen darstellt, dass es nicht um die Lebensleistung der Bürger der DDR geht oder gar um die Apotheose des erfolgreicheren Konkurrenzstaats BRD, wird von schnell Empörten nicht zur Kenntnis genommen. Die Sorge, hinter der Frage nach Judenfeindschaft in der DDR verberge sich der Angriff auf die tröstende Überzeugung, man sei dort auf der moralisch überlegenen Seite des Antifaschismus gewesen, wird mit der Wiederholung der jahrzehntelang deklamierten Formel pariert, im östlichen deutschen Staat sei Antisemitismus mit der Wurzel ausgerottet worden, während er im Weststaat blühe und gedeihe.

Dies zu hinterfragen erscheint manchem als Sakrileg, auf dessen Verletzung wütend reagiert wird. Auf eine Studie, in deren Zentrum das Israelbild von Partei und Staat steht,[1] die deshalb Evidenz, Wirkung und Folgen von vier Jahrzehnten antizionistischer Propaganda in der DDR untersucht, reagieren Personen, die glauben, durch Lebenserfahrung und liebgewordene Überzeugungen besser Bescheid zu wissen,

1 Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel, 2. Aufl., Berlin 2020.

Mit CamScanner gescannt

mit starkem Ingrimm, aber schlichten Argumenten. Man müsse in der DDR gelebt haben, um sie beurteilen zu können, lautet der trivialste Einwand. Der SED-Propaganda und den staatlich gelenkten Medien habe man ohnehin nicht geglaubt, wird gern versichert, und es folgt, als Trumpf geschmettert, der Hinweis auf Juden in hohen Stellungen. Grundlegende Missverständnisse sichern die Front. Eines besteht darin, dass Antisemitismus nicht als Ressentiment, als Haltung, als klandestines Alltagsphänomen begriffen wird, sondern – im Blick auf den nationalsozialistischen Völkermord – ausschließlich als offene und öffentliche Gewaltanwendung. Ein zweites Missverständnis ergibt sich aus der unhinterfragten Übernahme des Begriffes Zionismus, der in der politischen Kultur der DDR zur Kampfparole denaturierte, um Feindschaft gegen den Staat Israel zu propagieren.

In der Zeitschrift *Ossietzky*, die sich als intellektuelle Erbin der legendären *Weltbühne* missversteht, indem sie das kulturelle Selbstverständnis der DDR pflegt (beides wäre je für sich so löblich wie gerechtfertigt), erschien der anrührende Versuch, jeden Verdacht, es habe auch in der DDR Vorurteile gegen Juden und speziell massive Parteinahme gegen Israel gegeben, mit mächtigem Aufschrei zu zerstreuen. Zum Beweis wird, wieder einmal, die große Zahl der Juden angeführt, die das geistige und politische Leben der DDR maßgeblich geprägt haben sollen. Das klingt so: „Von den Überlebenden des Holocaust, der alle Juden zu vernichten suchte, machte eine große Anzahl das Gebiet der SBZ und später der DDR zu ihrer Heimat. Politisch sowieso traditionell links, gaben sie leidenschaftlich, aber stets skeptisch Genossinnen und Genossen. In der Gesellschaft der DDR war das religiöse oder konfessionelle Bekenntnis grundsätzlich in keiner Weise bestimmend. Da die meisten von denen, die hier zur Debatte stehen, im universitären und künstlerischen Milieu sowie in den Massenmedien tätig waren, hatte ein großer Teil der Bevölkerung mit ihnen Kontakt. Hätte es Anzeichen feindseliger rassistischer Abwertung gegeben, wäre das sofort aufgefallen. Bezeichnend ist die allgemein zu hörende Feststellung ‚Juden und Jüdinnen? Das ist uns ja gar nicht bewusst gewesen ...

Offensichtlich hat ein kollegial freundliches Miteinander irgendeine Distanz gar nicht aufkommen lassen."[2]

Israel kommt in der Idylle, die *Ossietzky* beschreibt, überhaupt nicht vor. Die Alltagserfahrung von Juden in der DDR, denen Ressentiments der Mehrheit entgegengebracht wurden, wenn sie sich zu erkennen gaben, sind dem Verfasser des Artikels ebenso verborgen geblieben wie die Schwierigkeiten jüdischen Lebens im antifaschistischen Staat.[3] Antisemitismus begreift der erregte Verteidiger eines nicht angegriffenen Lebensgefühls als Bürger der DDR ausschließlich als rassistisches Phänomen, alle anderen Spielarten und Aspekte von Judenfeindschaft sind ihm fremd. Deshalb kann er seine Betrachtung mit der gegen jede Erkenntnis hermetischen treuherzigen Feststellung beschließen: „Das war das Innenleben der DDR. Von Menschen besiedelt, die sich mühselig und immer von Rückfällen bedroht von dem mörderischen Judenhass der Vergangenheit befreiten. Dieses konkrete Land hier war in den Jahrzehnten nach dem Holocaust von vielen seiner Überlebenden mitgestaltet worden. Das lässt sich nicht mehr auseinanderdividieren."[4]

Nach einer Umfrage über antijüdische Tendenzen in Deutschland, in Auftrag gegeben von der Universität Erlangen–Nürnberg, hatten im Jahr 1995 die ehemaligen Bürger der DDR deutlich weniger Vorurteile gegen Juden als die der alten Bundesrepublik. 1990 waren noch 6 % der ehemaligen DDR-Bürger von Ressentiments gegen Juden geplagt, fünf Jahre später waren es nur noch drei von hundert. In den alten Bundesländern gaben bei der Umfrage dagegen 13 % negative Einstellungen gegenüber Juden zu Protokoll.[5] Über die Validität von Meinungs-

2 Harald Kretzschmar, Das kann doch nicht wahr sein, in: Ossietzky 17 (2019), http://www.ossietzky.net/17-2019&textfile=4881 [20. 4. 2020].

3 Esther Sattig, Jüdisches Leben in der DDR als individuelle Erfahrung. Im Gespräch mit Salomea Genin, Irene Runge, Renate und Peter Kirchner, in: Benz, Antisemitismus, S. 158–184.

4 Kretzschmar, Das kann doch nicht wahr sein, http://www.ossietzky.net/17-2019&textfile=4881 [20. 4. 2020].

5 Antisemitische Vorurteile nehmen ab, in: Berliner Morgenpost, 27. 10. 1995.

Mit CamScanner gescannt

umfragen soll an dieser Stelle nicht gemutmaßt werden. Thema ist vielmehr der Mythos Antifaschismus in der DDR. War es vielleicht gar kein Mythos, war Antifaschismus als Staatsziel vielleicht erfolgreicher, als die Kommentatoren der Wendezeit behaupteten? Waren die Grundsätze der Staatsdoktrin doch tiefer und segensreicher in das Bewusstsein der DDR-Bürger eingedrungen, mindestens an diesem zentralen Punkt, dass der Antisemitismus – der zum Kern faschistischer bzw. nationalsozialistischer Ideologie gehört – als Einstellung, als Bekenntnis, als Handlungsanweisung und Aktion gebannt war?

Es ist unwahrscheinlich, dass DDR-Bürger keine Vorurteile gehabt hätten, umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass sie bei Umfragen über Juden so deutlich besser abschnitten – wenigstens in den 1990er-Jahren. Vielleicht ist es auch gar nicht erstaunlich: Im Westen waren Juden offiziell Gegenstand erheblicher, auch philosemitischer Aufmerksamkeit, dagegen blieben die Minderheit und ihr Verfolgungsschicksal im Oststaat weithin ignoriert und tabuisiert. In der DDR und von der DDR gab es keine Entschädigungsleistungen für Holocaustopfer.[6] Die Bundesrepublik bekannte sich dagegen, unter beträchtlicher Nachhilfe ihrer Schutzmacht USA, zum bitteren Erbe des NS-Regimes auch in materieller Hinsicht und fand frühzeitig zu globalen und individuellen Entschädigungs- und Wiedergutmachungsanstrengungen, die manche zu Pharisäern und andere zu Judenfeinden gemacht haben. Sicherlich, wenngleich nicht messbar, hat die „Wiedergutmachung" neue Ressentiments erzeugt, die auf dem Nährboden des alten Antisemitismus gediehen und, zusammen mit Gefühlen der Schuld und Scham, zu einer neuen Judenfeindschaft, dem „sekundären Antisemitismus", führten –

6 Das erste deutsche Wiedergutmachungsgesetz galt allerdings in der Sowjetischen Besatzungszone von Ende 1945 bis 31. Dezember 1948: Thomas Schüler, Das Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945 in Thüringen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 118–138; vgl. Constantin Goschler, Paternalismus und Verweigerung – Die DDR und die Wiedergutmachung für jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus, in: ebenda, S. 93–117.

nicht trotz, sondern wegen Auschwitz. Die Tatsache, dass es in der BRD nur wenige und in der DDR fast gar keine Juden gab, spielte demgegenüber kaum eine Rolle. Denn Antisemitismus braucht keine Juden, um sich zu entfalten.

In der Zeit der Wende entstand die Attitüde, westliche Gesprächspartner darauf aufmerksam zu machen, dass Juden in wichtigen Positionen das gesellschaftliche und politische Leben des Staates mitbestimmt hätten, eines Staates, der sich unter Berufung auf den kommunistischen Widerstand als antifaschistisch legitimierte und als moralische Alternative zur BRD das „andere Deutschland" verkörpere, während im Bonner Weststaat keine Lehren aus der Geschichte gezogen worden seien mit dem beklagenswerten Befund der Fortdauer kapitalistisch-faschistischer Zustände. Die Namen der angeblich jüdischen Eliten in der DDR als Mitglieder des ZK der SED und anderer Funktionen wurden bereitwillig genannt: die Schriftsteller Stefan Heym und Anna Seghers, Stephan Hermlin und Arnold Zweig, Wissenschaftler wie Ernst Bloch, Alfred Kantorowicz, Hans Mayer, Jürgen Kuczynski, Wolfgang Steinitz oder Künstler wie Paul Dessau und Wieland Herzfelde. Schließlich Angehörige der politischen Elite mit den klingenden Namen Alexander Abusch, Hermann Axen, Albert Norden, Markus Wolf, Friedrich Karl Kaul. Damit sollte bewiesen werden, dass trotz der antizionistischen Staatsdoktrin in der DDR keine Ressentiments gegen Juden geherrscht hätten oder gar wirksam geworden seien.

Die Beweisführung, die mit den amtlichen Bekundungen korrespondierte, dass Antisemitismus in der DDR unbekannt gewesen sei, war freilich auf fatale und entlarvende Weise falsch. Denn keiner der Funktionäre der DDR, dessen jüdische Herkunft erst in der Stunde des Untergangs als positives Charakteristikum hervorgehoben wurde, hat als Jude agiert. Das „Judentum" der Funktionäre war lediglich Abstammungsmerkmal, und das verweist auf die nationalsozialistische Praxis, die Juden ausschließlich aufgrund ihrer sogenannten Rassezugehörigkeit definierte. Dass es Rassen nicht gibt, haben wir gelernt, und auch, dass es Rassismus genannt wird, wenn man Menschen aufgrund ihrer

Mit CamScanner gescannt

ethnischen Abkunft kategorisiert und mit „typischen" Merkmalen versieht.

Die Aussagekraft solcher Resultate genealogischen Spürsinns ist nicht größer als die Feststellung, dass nicht wenige Bürger Preußens und seiner Nachfolgeterritorien von Hugenotten abstammen. Das macht sie auch nicht rückwirkend zu Franzosen. Als Rechtfertigungs- und Beteuerungsritual zum Beweis, dass in der DDR Judenfeindschaft gar nicht existiert haben kann, um nicht auch noch die moralische Legitimation des anderen, des besseren Deutschland einzubüßen, blieb der Hinweis auf die Juden mit prominentem Status populär. Im Internet ist in einem Beitrag solcher Tendenz – als Autorin zeichnet Brigitte Rothert-Tucholsky – zu lesen: „15 Juden waren Mitglieder des ZK der SED, zwei gehörten dem Politbüro an; drei Juden waren Minister oder stellvertretende Minister in der Regierung der DDR; 15 arbeiteten als Professoren in herausgehobener Position an Universitäten, einer davon als Rektor; zwei vertraten die DDR als Botschafter im Ausland; elf waren namhafte Journalisten, darunter Chefredakteure; fünf bekannte Schriftsteller und zwei Schauspieler."[7] Immerhin wird erwähnt, dass zehn der 64 Persönlichkeiten die DDR verlassen hätten. Es hat also Antisemitismus in der DDR gegeben, wie in der Bundesrepublik, aber seine Existenz war tabuisiert. Das Selbstverständnis des antifaschistischen Staates DDR schloss die Entfaltung von Antisemitismus per definitionem aus. Manifestationen von Judenfeindschaft, wie sie im Spätstalinismus 1952 offen zutage traten im Gefolge der Moskauer „Ärzteverschwörung", der Verfahren gegen bulgarische und ungarische Kommunisten jüdischer Herkunft und im Slánský-Prozess in der Tschechoslowakei[8] führten zum Exodus der Juden aus der DDR. Schließlich, im Jahr 1989, wurden

7 Lebenserfahrungen – Juden in der DDR. Ein Augenzeugenbericht über Legenden und die Wirklichkeit, 16. 7. 2012, http://ddr-kabinett-bochum.blogspot.de/2012/07/lebenserfahrungen-juden-in-der-ddr.html [26. 4. 2020].

8 Vgl. Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský. Beschluß des Zentralkomitees vom 20. Dezember 1952, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Berlin (Ost) 1954, S. 202.

noch knapp 400 Mitglieder in fünf Gemeinden gezählt. Die meisten, etwa 250, gehörten der Ost-Berliner Gemeinde an.

Mit dem kategorischen Imperativ des Antifaschismus war die Existenz judenfeindlicher Ressentiments nicht zu vereinbaren, wohl aber die Frontstellung gegen den Staat Israel. Diesem wurden in der Parteinahme für die arabische Seite konstitutive Eigenschaften zugeschrieben wie Militarismus, Rassismus und Imperialismus. Das sollte Israel dämonisieren und delegitimieren, das erübrigte Diskussionen über mögliche antisemitische Komponenten des Antizionismus.[9]

Die DDR war, gemessen an den Meinungsumfragen nach der Wende und in der Realität, gewiss kein Land des Antisemitismus. Aber Antizionismus als junge Erscheinungsform von Judenfeindschaft war in der DDR Bestandteil der Staatsdoktrin, verbreitet in antiisraelischen Pamphleten und immer wieder beschworen in Solidaritätsbekundungen für israelfeindliche palästinensische Organisationen und die arabischen Staaten.[10] Instrumentalisiert wurden damit nicht nur politische Positionen auch gegenüber der Bundesrepublik, es sind traditionelle antijüdische Feindbilder transportiert worden, wie das folgende Beispiel lehrt.

Die DDR-Kinderzeitschrift *ABC-Zeitung* brachte im Herbst 1984 das Märchen vom „Feuerdrachen Zion", der „nahe dem Land der Kinder Palästinas" lebte. Der Drache war winzig klein und mickrig, konnte kein Feuer spucken, hatte eine piepsige Stimme, war hungrig und in jeder Beziehung mitleiderregend. Die Kinder Palästinas gaben ihm zu essen, aber sie hatten nicht genug für den „kleinen Drachen Zion". Er wurde zornig, flog aufs Feld, drosch mit seinem Schwanz das Getreide auf dem Halm und fraß die ganze Ernte. Auf die Klage der Kinder wurde er giftgrün vor Zorn, spie Feuer und Rauch und verwüstete das

9 Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

10 Mit entschiedener Wertung: Jeffrey Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989, Göttingen 2019.

Mit CamScanner gescannt

Land. „Niemals vertrauen wir wieder einem Drachen, mag er auch noch so klein und hungrig sein!', riefen die Kinder Palästinas. ‚Ein Drache bleibt doch immer ein Drache!' Und sie machten sich auf den Weg, um den Feuerdrachen Zion aus ihrem Land zu vertreiben."[11] Die Geschichte ist eindeutig und bedarf keiner Erläuterung.

Der Theologe Richard Schröder machte sich die Mühe, die Redaktion aufzuklären. Er bat, sein Schreiben „als Eingabe zu behandeln und mit dem Verfasser der peinlichen Geschichte, die über die Grenzen unseres Landes hinaus unserem Ansehen schaden kann, auszuwerten". Er argumentierte folgendermaßen: „Liest man die Geschichte bloß als Drachengeschichte, ist sie schon ärgerlich. Denn sollen unsere Kinder wirklich lernen: ‚Habt nicht zu schnell Mitleid mit jemandem, der hungert, vielleicht ist er ein Drache'? Nun heißt der Drache aber sehr absichtsvoll nach dem Jerusalemer Tempelberg ‚Zion'. Zweifellos soll die Geschichte dem politischen Unterricht dienen. Schließlich ist die ABC-Zeitung Träger der Medaille der FDJ für hervorragende propagandistische Leistungen, wie auf der Rückseite jeder Ausgabe zu lesen ist. Man wird also den Kindern erklären, daß dieser Drache kein Märchendrache ist, sondern daß es ihn wirklich gibt. Kinder, die etwas von den christlichen Traditionen wissen, kennen zudem das Wort ‚Zion' aus Advents- und Weihnachtsliedern. Wer mit dem Drachen gemeint ist, wäre vor 40 Jahren jedermann klar gewesen: lächerlich von Aussehen, undankbar, habgierig, häßlich, sehr gefährlich und zudem unverbesserlich: niemals vertrauen wir wieder einem Juden, denn ein Jude bleibt doch immer ein Jude. Der Verfasser wird entgegnen, daß er den Zionismus meint. Nur ergeben seine Sätze keinen Sinn mehr, wenn man für ‚Drache' ‚Zionismus' einsetzt. ‚-ismen' hungern nicht und bitten nicht. Außerdem würde diese Drachengeschichte dann zu einer

11 Paul Horst Basedow, Der Feuerdrache Zion, in: Die ABC Zeitung, Nr. 11, 1984; Christian Gaubert, Der Nahostkonflikt und die Wahrnehmung Israels in Kinder- und Jugendzeitschriften der DDR, in: Benz, Antisemitismus, S. 42–73.

massiven Geschichtsverfälschung. Der Verfasser will den Kindern ein Verständnis des Nahost-Konflikts vermitteln. Durch die Wahl des Drachenmotivs ist aber bereits die einzige vernünftige Lösung dieses Konflikts a limine ausgeschlossen, daß nämlich Israelis und Palästinenser sich endlich gegenseitig ihr Existenzrecht anerkennen und verhandeln statt auf staatlichen oder nichtstaatlichen Terrorismus zu setzen. Der Drache der Unversöhnlichkeit ist auf beiden Seiten anzutreffen und auf keiner alleinherrschend. Er ist übrigens auch ein Grund für die blutigen Auseinandersetzungen unter den Palästinensern selbst, denen Arafat schon mehrmals um ein Haar zum Opfer gefallen wäre. Es ist für mich erschreckend, wenn ein Deutscher direkt oder indirekt vom Judentum handelt und dabei nicht nur Auschwitz vergißt (‚mag er auch noch so klein und hungrig sein' – ich muß dabei an Auschwitz denken), sondern außerdem noch das Inventar antisemitischer Klischees so perfekt wiederholt."

Die Redaktion antwortete, ihr wie dem Verfasser des Märchens sei eine bedauerliche Unkorrektheit unterlaufen. Die aufgeworfenen Fragen hätten „in ihrer Tragweite bei uns Betroffenheit ausgelöst". Es liege natürlich fern, „das Judentum mit dem imperialistischen Staat Israel und seiner zionistischen Politik gleichzusetzen". Der Autor teile, nach durchgeführter Aussprache, diese Auffassung. Beschlossen sei, im Aprilheft 1985 eine Fabel zu publizieren, in der von der Freundschaft zwischen palästinensischen und jüdischen Kindern erzählt werde. Mit dem gleichen Wortlaut wurden auch andere Leserbriefe beantwortet.[12]

Eine Definition des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zur „politisch-operativen Arbeit" beschreibt „Zionistische Organisationen" als „reaktionäre, nationalistische, rassistische, konterrevolutionäre, antisozialistische und antisowjetische politische Vereinigungen, die auf der Grundlage der zionistischen Ideologie, wie Chauvinismus, Rassismus und Expansion, von reaktionären, imperialistischen Kreisen

12 Ich danke Prof. Dr. Richard Schröder für den Hinweis und die Übermittlung der Publikation und der Korrespondenz vom 12. 12. 1984 und 21. 1. 1985.

Mit CamScanner gescannt

zur Verschärfung der internationalen Lage, zur Schürung des Antisowjetismus und des Antikommunismus und zum Kampf gegen die sozialistischen Staaten und die nationale Befreiungsbewegung genutzt werden".[13] Es sei anzunehmen, „daß ein Mißbrauch der zionistischen Organisationen durch den israelischen Geheimdienst" erfolge. Möglicherweise lagen solchen Definitionen Missverständnisse zugrunde, sicher herrschte weitverbreitete Unkenntnis über den Zionismus als Staatsidee wie über die Realität des Staates Israel. Das Klima gegenüber Israel war damit dauerhaft eisig, mit nachhaltigen Folgen und der unmittelbaren Wirkung, dass man dem Staatsziel Rechnung trug.

Die Repräsentanten der wenigen Juden der DDR machten Konzessionen an die SED, wenn sie sich über Israel äußerten, wie der Vorsitzende der Erfurter Gemeinde, der Ende der 1960er-Jahre erklärte: „Schließlich sind wir ein sozialistischer Staat und Israel ist noch ein kapitalistischer Staat. Das erschwert eine harmonische Beziehung. Wir müssen realistisch sein und die Politik unserer Regierung unterstützen."[14] Noch konzilianter wurde über den Besuch einer israelischen Delegation in der Magdeburger Jüdischen Gemeinde berichtet. Im Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinden war zu lesen: „Natürlich war es auch für uns interessant zu erfahren, wie heute der Bürger im Staat Israel lebt. Wenn man das Gehörte vergleicht, dann kann man sagen: In der DDR haben Bürger jüdischen Glaubens eine gesicherte Zukunft, können ihr Leben entsprechend ihren Wünschen gestalten und ihren Lebensabend in Frieden und Geborgenheit verbringen. Inflation und Arbeitslosigkeit sind für uns Fremdwörter. Mit diesen Problemen müssen aber

13 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Dokumente. Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit", 2. Aufl., Berlin 1993, S. 465 f.

14 Herbert Ringer, zit. nach Lothar Mertens, Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1995, S. 96 f.

unsere Glaubensgenossen in Israel ständig leben und fertig werden."[15] Eindeutig positionierte sich dagegen der Vorsitzende der Ost-Berliner Jüdischen Gemeinde Peter Kirchner im Jahr 1982 angesichts verbreiteter, aber offiziell nicht wahrgenommener Manifestationen von Antisemitismus: „Wenn ein heranwachsender Jugendlicher fast täglich – aus politischen Gründen – mit negativen Daten über die israelischen Juden gefüttert wird, kann er kaum umhin, diese negative Zeichnung auch auf die Juden in seiner Umgebung zu übertragen."[16]

In einem Buch mit wissenschaftlichem Anspruch werden die Beziehungen der DDR zu Juden und zu Israel aus amtlichen Akten, nicht zuletzt denen der Behörden für Staatssicherheit, mit großer Freude an Polemik rekonstruiert und kommentiert.[17] Henryk M. Broder schrieb im *Spiegel* über Michael „Wolffsohns Publikation „Die Deutschland-Akte", die dokumentarische Stärke des Buches sei zugleich seine Schwäche: Man sehe gelegentlich vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr, habe ständig das Gefühl, sich im historischen Unterholz zu verlaufen, und der löbliche Vorsatz „Wir wollen nicht mit Schaum vor dem Mund schreiben, sondern mit dem Schalk im Nacken" sei auf besondere Art eingelöst, nämlich dadurch, dass Fakten präsentiert und in einem Aufwasch bewertet würden, und obendrauf sei oft die Moral von der Geschicht' gepackt.[18] Um der Problematik Antisemitismus und Antizionismus in der DDR auf den Grund zu kommen, sind parteilicher Eifer und selbstgefälliger denunziatorischer Zorn denkbar falsche

15 Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinde von Berlin und der Jüdischen Gemeinden in der DDR, März 1981, S. 24, zit. nach ebenda, S. 97; vgl. Lothar Mertens, Staatlich propagierter Antizionismus: Das Israelbild der DDR, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 139–153.

16 Zit. nach Mertens, Antizionismus, S. 96.

17 Michael Wolffsohn, Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995.

18 Henryk M. Broder, Die nützlichen Idioten. SPIEGEL-Autor Henryk M. Broder über Michael Wolffsohns „Die Deutschland-Akte", in: Der Spiegel, Nr. 39, 1995, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9221729.html [26. 4. 2020].

Mit CamScanner gescannt

Instrumente. Denn es geht nicht um das Aufdecken oder Bloßstellen der Taten oder unterlassenen Handlungen Einzelner, sondern um die Struktur eines Verhältnisses, aus dem über die Geschichte der DDR und ihren Anspruch als antifaschistischer Staat zu lernen ist.[19]

Dem Bedürfnis nach Denunziation, das in der erwähnten Studie aus westlicher Perspektive deutlich zutage tritt, steht der Wunsch entgegen, die DDR zu verklären und ihren Anspruch, Antifaschismus als Staatsziel zu verwirklichen, als berechtigt und praktiziert darzustellen. Ein Exempel dafür ist das Buch „Die DDR und die Juden", in dem Detlef Joseph im zornigen Eifer des Gerechten jeden Zweifel an der Haltung der DDR gegenüber den Juden zurückweist. Als Beweismaterial ist dem Buch eine an sich verdienstvolle Bibliografie „Jüdisches in Publikationen aus DDR-Verlagen 1945–1990" beigegeben, in der mit professioneller Sorgfalt alles verzeichnet ist, was zum Thema Juden und Judentum vom Holocaust bis zu Gedichten, Belletristik, Kinderbüchern und Dissertationen erschienen ist. Da ja niemand je behauptet hat, das Themenfeld habe in der DDR nicht existiert, oder es sei verboten gewesen, Judentum und Judenfeindschaft zu thematisieren, ist mit der Zusammenstellung von 1086 Titeln auch nichts über gesellschaftliche, politische oder kulturelle Ressentiments im DDR-Alltag ausgesagt.[20]

Das ist auf reziproke Weise genauso eigenartig wie die Sammlung von Kurzbiografien „jüdischer DDR-Bürger" im Anhang der gut recherchierten und abgewogen argumentierenden Studie des Historikers Mario Keßler über die SED und die Juden.[21] Dieser biografische Fundus dient – ganz entgegen der Absicht des Autors – jenen, die aus

19 Angelika Königseder/Juliane Wetzel, Antisemitismus und Antifaschismus in der DDR. Kritische Betrachtungen zum Forschungsstand, in: Benz, Antisemitismus, S. 204–231.

20 Detlef Joseph, Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung – mit einer Bibliographie von Renate Kirchner, Berlin 2010.

21 Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.

politischem Antrieb mit nostalgischem Blick den Nimbus des antifaschistischen Staates DDR revitalisieren wollen. Genau auf dieses „Who is Who" berief sich Brigitte Rothert-Tucholsky in ihrem erwähnten Plädoyer für den angeblich philosemitischen Arbeiter- und Bauernstaat.

Konrad Weiß, der als Parlamentarier kurz vor dem Ende der DDR die Gemeinsame Erklärung der Volkskammer als Bekenntnis der Schuld gegenüber den Juden anregte und verfasste (übrigens brachte der Bonner Bundestag in seiner Geschichte trotz aller materiellen Leistungen nie etwas Gleichartiges zustande), schrieb im Sommer 1995 in der deutsch-jüdischen New Yorker Zeitschrift *Aufbau* über „Die DDR und Israel", der Stalinismus in der DDR habe wirklichen Antifaschismus unmöglich gemacht. Das sei nirgendwo so deutlich geworden wie an der Feindschaft zu Israel: „Deutsche haben nach Auschwitz wiederum Juden verfolgt und aus dem Land getrieben, haben sich mit den blutigen Feinden Israels solidarisiert und ihren Kampf gegen die Überlebenden der Shoah mit Geld und Waffen unterstützt. Das ist ein furchtbares Kapitel in vierzig Jahren DDR." Und: „1967, mit dem Sechs-Tage-Krieg, begann eine neue Hetzkampagne. Die SED erklärte Israel zum ‚Internationalen Rechtsbrecher' und ‚Aggressorstaat'. Die Medien beschmutzten und verleumdeten Israel, wo immer es ging. Da war von ‚Bonns Blutschuld im Nahen Osten' zu lesen, denn Westdeutschland habe ‚einen Strom von Waffen und Munition nach Israel gepumpt', und so sähe die westdeutsche Wiedergutmachung aus."[22]

Weiß belegt sein Verdikt mit der eigenen Erfahrung als Filmemacher. Als er 1980 an einem Film über das Tagebuch des 1942 in Treblinka ermordeten jüdischen Jungen Dawid Rubinowicz arbeitete, war er mit dem offiziellen Argument konfrontiert, der Film könne Sympathie für das Judenkind wecken und damit Sympathie für Israel. „Damals", schreibt Weiß, „begriff ich, daß der Antizionismus der Realsozialisten in Wahrheit Antisemitismus ist. Schlimmer noch, ich mußte erkennen, daß sich die DDR durch ihr Schweigen über alles Jüdische

22 Konrad Weiß, Die DDR und Israel, in: Aufbau, Nr. 16, 4. 8. 1995, S. 15.

Mit CamScanner gescannt

und durch ihren Haß gegen Israel zum Vollender des Holocaust machte: Ein jüdisches Volk, einen jüdischen Staat, jüdisches Leben sollte es nach dem Willen der SED nicht geben. Ein paar hundert Juden in den aussterbenden Gemeinden wurden als Alibi geduldet, mehr sollte nicht sein." Konrad Weiß gebraucht starke Formulierungen, um seine Gefühle über die Haltung der DDR auszudrücken. Aber er hat recht, wenn er das Verhältnis der Deutschen zu Israel als ein besonderes, als einzigartig, charakterisiert.

Der Umgang mit jüdischen Friedhöfen ist ein untrügliches Indiz für Judenfeindschaft in einer Gesellschaft. Verwahrlosung war in der DDR ein ebenso gewöhnlicher Zustand jüdischer Grabstätten wie die Entnahme von Material. Grabsteine wurden häufig gestohlen, abgeschliffen und neuen Verwendungen zugeführt. Mutwilliges Umwerfen von Grabmalen, angeblich von spielenden Kindern verursacht, war ein häufiges, aber kaum verfolgtes Delikt. Planmäßiger Vandalismus, bei dem Grabsteine mit schwerem Werkzeug zertrümmert wurden, ereignete sich häufig, wurde aber lange Zeit bagatellisiert. Anzeigen jüdischer Gemeinden hatten wenig Wirkung. Im Gegensatz dazu wurden antisemitische und nazistische Parolen, die im Schutz der Nacht geschmiert wurden, rasch und diskret beseitigt, da sich Staatssicherheit und andere Behörden schwertaten mit solchen Manifestationen, die nach dem antifaschistischen Verständnis von Gesellschaft und Staat theoretisch gar nicht möglich waren und deshalb beschwiegen wurden. Das gilt für die Mehrzahl aller Schändungen jüdischer Friedhöfe von der ersten Nachkriegszeit der Sowjetischen Besatzungszone bis zur Spätzeit der DDR.[23]

Der nachträglichen Euphorie einer deutsch-jüdischen Symbiose im Realsozialismus steht die jüdische Alltagserfahrung gegenüber. Salomea Genin, die als Remigrantin aus kommunistischer Überzeugung in die DDR als den erträumten moralisch überlegenen deutschen Staat nach

23 Vgl. Monika Schmidt, Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR. Eine Dokumentation, Berlin 2007.

Hitler einwanderte, entdeckte ihr Judentum in wachsender Distanz zu SED und Staat. Sie hat ihre Erfahrung als eindrucksvolles Lehrstück öffentlich gemacht.[24] Das Verhältnis der DDR zu ihren jüdischen Bürgern ist nicht mit dem Befund „Antisemitismus", schon gar nicht mit einer ausschließlich rassistischen Konnotation des Begriffs zu erklären. Religiös definierter Antijudaismus ist ebenfalls nicht zu konstatieren. Da unterbewusste Vorbehalte gegen Juden nicht in den Blick genommen wurden wie in den regelmäßigen demoskopischen Erhebungen des Westens, ergab sich der stolz vorgetragene Befund, Antisemitismus sei in der DDR mit Stumpf und Stiel ausgerottet.

Nach der Ideologie des Marxismus-Leninismus sollte es keine Sonderidentitäten für Minderheiten geben. In der klassenlosen Gesellschaft, in der Juden aufgehen sollten, war damit theoretisch auch für Antisemitismus kein Raum. Besondere Restitutionsleistungen für Juden als Opfer des Nationalsozialismus waren aus dem gleichen Grund nicht nötig, aber auch gar nicht möglich.

Die Gründung Israels 1948 wurde im Machtbereich der Sowjetunion anfänglich begrüßt, mit der zeitgleich erfolgenden Stalinisierung gerieten Funktionäre jüdischen Ursprungs jedoch ebenso wie Westemigranten unter den Verdacht der Illoyalität. Das Exempel wurde an Paul Merker statuiert, dem man vorwarf, im Exil in Mexiko Zionismus propagiert zu haben. Merker war Nichtjude, er wurde als hochrangiger Funktionär Opfer einer Säuberung, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe waren ausschließlich instrumental. Die Kampagne gegen Kosmopolitismus und Zionismus, die 1950–1953 ihren Zenit erreichte, hatte im ganzen Ostblock, von Moskau ausgehend, antisemitische Züge und führte zum Exodus vieler Repräsentanten jüdischen Lebens in der DDR. Die jüdischen Gemeinden der DDR standen unter staatlicher Aufsicht, ihre Verbindungen zu westlichen Gemeinden wurden gekappt, Kontakte nach Israel waren nicht unmöglich, aber schwierig. Der Antizionismus

24 Salomea Genin, Ich folgte den falschen Göttern. Eine australische Jüdin in der DDR, Berlin 2009.

Mit CamScanner gescannt

bedeutete alltägliche Loyalitätskonflikte für jüdische DDR-Bürger, die 1967 anlässlich des Sechs-Tage-Krieges wegen der Sympathiebekundungen aus der BRD für Israel kulminierten.

Wenn man Antisemitismus nur als offene Diskriminierung, als rassistische Ausgrenzung, gar als brachiale Gewalt und Verfolgung definiert, dann hat es in der DDR keinen Antisemitismus gegeben. Judenfeindschaft als alltägliches Ressentiment und stillschweigender Vorbehalt auf der politischen und sozialen Ebene war als Begleiterscheinung des offiziell geübten Antizionismus,[25] als ideologisches Verdikt von Sonderidentitäten aber Teil der Realität.[26] Sie fand in der Marginalisierung des Jüdischen Ausdruck. Diese gesellschaftliche Realität der DDR dauerte bis 1989.

25 Miriam Bistrovic, Antizionistische Propaganda und Kampagnen, in: Benz, Antisemitismus, S. 127–157; Wolfgang Benz, Antizionismus als Staatsdoktrin. Implementierung und Durchsetzung des Israelbildes der DDR, in: ebenda, S. 9–41.

26 Vgl. Moshe Zuckermann (Hrsg.), Zwischen Politik und Kultur. Juden in der DDR, Göttingen 2012.

Katajun Amirpur

Schurkenstaat Iran?

Seit der Revolution von 1978/79 gilt Iran als der Schurkenstaat par excellence. Die Bevölkerung wird gleichgesetzt mit den Kalaschnikow schwenkenden Islamisten, die wir im Fernsehen sehen. Sie tragen ein Stirnband, auf dem „Allahu akbar" steht, und schreien „Nieder mit Amerika" und „Nieder mit Israel".[1]

Dabei gilt Iran inzwischen in der Fachliteratur als post-islamistisch. Und als ausgesprochen ideologiefrei. Die meisten Menschen können mit dem islamistischen Regime und seinen für die Revolution konstitutiven und identitätsstiftenden anti-amerikanischen und anti-israelischen Parolen nur noch wenig anfangen – und oft nicht einmal mehr mit der Religion. Und das ist eigentlich gar nicht so schwer nachvollziehen. Irans größter zeitgenössischer Philosoph, Abdolkarim Soroush, sagte einmal: Das iranische Volk war so islamisch, dass nur eine islamische Revolution diese Wurzeln ausreißen konnte. So wie Soroush es beschreibt, hat es sich ereignet. Die iranische Bevölkerung war so religiös, dass nur vierzig Jahre real existierender Islamismus dies ändern konnten. Früher gingen wir raus zum Trinken und beteten zu Hause – jetzt machen wir es umgekehrt. So lautet ein inzwischen geläufiger Ausspruch unter Iranern.

1 Dieser Beitrag ist eine überarbeitete Version von: Katajun Amirpur, Irans Zivilgesellschaft: Die Hoffnung auf Reformen ist verflogen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier Iran, 15. 11. 2019, https://www.bpb.de/internationales/asien/iran/303609/irans-zivilgesellschaft [15. 5. 2020].

Mit CamScanner gescannt

Ja, Iran war einst ein sehr religiöses Land. Damals, in den sechziger und siebziger Jahren, und vorher sowieso. Reza Pahlavi hatte in Atatürk ein Vorbild gesehen, in dessen Modernisierung par force: Er hatte Kahlschlag gemacht – seinem Vorbild Atatürk gleich und sogar extremer: Er verbot das Kopftuch – um nur das prägnanteste Beispiel zu nennen, meinte so, Iran zu einer modernen Nation zu machen. Und er zog es unerbittlich durch: Er betrat mit Reitstiefeln den Schrein von Qom und peitschte einen Mullah, weil dieser erklärt hatte, ohne Kopftuch käme auch die Frau des Schahs nicht in die heilige Stätte. Mehr Ausdruck kann man seiner Attitüde nicht verleihen.

Nicht umsonst wurde das Kopftuch daher später zum Symbol. Doch einen Schritt zurück: Unter Rezas Sohn, Mohammad Reza Pahlavi, folgten Jahre, in denen Opposition sich nur versteckt unterhielt, sich nur versteckt begegnete. Man wurde zwangsläufig religiös, man ging eben zum Beten raus – aber dort, wo man betete, ging es nicht ums Gebet. Mitnichten. So wurde die Revolution gemacht. Die Geistlichen galten als *posht-o-panah-e mardom*, als Rückhalt und Zuflucht des Volkes. Deswegen ging man zum Gebet. Was man dann beim Gebet hörte, war Khomeini, der von seinem Exilort aus, aber über Kassetten präsent, den Schah angriff, den er als Handlager der Amerikaner und Israelis sah. Ihm ging es dabei vor allem um den Ausverkauf des Landes an fremde Mächte, nicht um genuinen Anti-Semitismus.

Die Revolution lief anders, als von den meisten erhofft. Und doch ging sie in die Geschichte ein als Widerlegung der sogenannten Säkularisierungsthese. Denn dass die Religion bald aus dem öffentlichen Raum verschwunden sein werde, hatte der amerikanische Religionssoziologe Charles Wright Mills 1959 in seinem Buch „The Sociological Imagination" prognostiziert. Wissenschaft und populärer Journalismus waren ihm weitgehend gefolgt. Es wurde fortan, in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts, zum Gemeinplatz soziologischer Forschung, dass die Religion überall auf der Welt im öffentlichen Raum an Bedeutung verliere.

Aber nach der Erfahrung der Islamischen Revolution in Iran und den religiösen Erweckungsbewegungen in Lateinamerika leiteten Rodney Stark und Roger Finke im Jahr 2000 eine Kehrtwende ein, als sie in ihrem Buch „Acts of Faith. Explaining the Human Side of Religion" erklärten, nach beinahe drei Jahrzehnten von Fehleinschätzungen sei es nun an der Zeit, die sogenannte Säkularisierungsthese zu begraben. Während also noch einige Jahrzehnte zuvor das Ende der öffentlichen Religion gekommen zu sein schien, galt dies nun offenbar für die Säkularisierung. Als Beispiel hierfür wurde meist an allererster Stelle Iran zitiert. Zuletzt machte dies Mark Lilla, Professor an der Philosophischen Fakultät der Columbia University, an prominenter Stelle durch den Essay „The Politics of God".[2]

Aber das Aufkommen einer starken Gegenbewegung und sogar ein kurzfristiger Rückschlag müssen nicht zum Scheitern dessen führen, was meiner Ansicht nach heutzutage in Iran durchaus zu beobachten ist, nämlich Säkularisierung. Jürgen Habermas sagte vor einigen Jahren in einem Vortrag an der Universität Tilburg, Niederlande: „Nach meinem Eindruck geben die global erhobenen Vergleichsdaten den Verteidigern der Säkularisierungsthese immer noch eine erstaunlich robuste Rückendeckung. [...] Richtig bleibt die Aussage, dass sich Kirchen und Religionsgemeinschaften im Zuge der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Funktionssysteme zunehmend auf die Kernfunktion der seelsorgerischen Praxis beschränkt haben."[3]

Das lässt sich auch für Iran beobachten: Auch dort besteht zumindest der steigende Wunsch, dass sich die „Kirche", oder um es etwas terminologiesicherer auszudrücken, die Institution Geistlichkeit,

2 Mark Lilla, The Politics of God, in: New York Times Magazine, 19. 8. 2007, https://www.nytimes.com/2007/08/19/magazine/19Religion-t.html [14. 5. 2020].

3 Jürgen Habermas, Die Dialektik der Säkularisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4 (2008); https://www.eurozine.com/die-dialektik-der-sakularisierung/ [14. 5. 2020].

Mit CamScanner gescannt

sāzemān-e ruhāniyat, auf die Kernfunktion der seelsorgerischen Praxis zurückziehen möge.

Gemäß einer Umfrage der „Gallup Organization", einem der führenden amerikanischen Meinungsforschungsinstitute, die zwischen März 2005 und September 2006 in Iran, Ägypten, Indonesien, Pakistan, den palästinensischen Gebieten, der Türkei und den USA durchgeführt wurde, sagen 56 Prozent der befragten Iraner, Geistliche sollten keine direkte Rolle in der Politik spielen. Zum Vergleich: In Indonesien lehnen eine direkte Rolle der Geistlichen in der Politik 53 Prozent, in Pakistan 40 Prozent und in den USA 65 Prozent der Befragten ab.

Zu ähnlich interessanten Ergebnissen kommt der „World Values Survey", die umfangreichste und weiträumigste Umfrage sogenannter menschlicher Werte, die je durchgeführt wurde. Es handelt sich dabei um ein fortlaufendes akademisches Projekt von Sozialforschern, das ermitteln soll, welcher Status den verschiedenen soziokulturellen, moralischen, religiösen und politischen Werten in den verschiedenen Kulturen der Welt beigemessen wird. World Values Survey zufolge sind die befragten Iraner zwar religiös und haben eine starke Bindung zu Gott, aber sie erwarten keine Antworten mehr bezüglich sozialer, politischer und persönlicher Probleme von den Geistlichen. Fast vierzig Prozent geben an, die „Kirche" vermöge es nicht, Antworten auf soziale Problemstellungen zu geben.

Damit ist Iran vergleichenden Umfragen zufolge das mit Abstand säkularisierteste Land im Nahen Osten. Iran ist post-islamistisch, wie interessante Forschungen zum Beispiel von Assef Bayat zeigen. Und Soroush hatte dann wohl recht: Es brauchte eine Revolution, wörtlich Umdrehung, etwas, das die Welt vom Kopf auf den Fuß stellt. Das ist in Iran seit der Revolution geschehen. Denn viele Menschen sagen sich: Wenn das der reine mohammedanische Islam ist: dann besser nicht. Islam wird inzwischen gleichgesetzt mit Korruption, Zensur, Unfreiheit, Gängelung. Deswegen versuchen auch immer mehr Geistliche einzuschreiten, wollen selbst wieder zu ihrer traditionellen Rolle zurück. Der Geistliche Mohammad Shabestari, der den deutschen Philosophen

Hans-Georg Gadamer, sein hermeneutisches Lesen und den Theologen Friedrich Schleiermacher in Iran vorgestellt hat, sagte einmal in einem Gespräch: Ich habe mir jahrelang die Finger wundgeschrieben, um eine Vereinbarkeit von Demokratie und Islam herzustellen. Und jetzt sagen mir die Studenten nur noch: Ob Islam und Demokratie vereinbar sind, ist egal: Hauptsache wir kriegen Demokratie. Für die Geistlichen wie auch die Bevölkerung wird Religion daher immer mehr zur Privatsache. Und so geht der Theokratie in Iran das Konzept verloren.

Das bedeutet allerdings noch lange nicht, dass diese Theokratie bald fällt. Und sie wird es sicherlich nicht schneller tun, wenn die Welt das Land kaputtsanktioniert. Die Bevölkerung Irans kämpft schon lange für Demokratie und hat sich lange nicht entmutigen lassen. 2009 fühlten sich Iranerinnen und Iraner vor allem um ihre politische Stimme betrogen, als sie zu Millionen auf die Straße gingen. Irans Zivilgesellschaft protestierte gegen eine in ihren Augen gefälschte Wahl. Es war der Sommer der „Grünen Bewegung", die vom Regime brutal unterdrückt wurde. Viele der politisch aktiven jungen Leute gingen nach der Niederschlagung der Proteste ins Exil; andere, meist Ältere, verkrochen sich fortan zu Hause, weil sie auch ihren neuerlichen Versuch, nach der Revolution von 1979, als gescheitert ansahen. Viele zogen sich auch einfach ins Apolitische zurück – und gaben auf.

Aber über 70 Prozent der Wahlberechtigten rafften sich noch ein weiteres Mal auf, nämlich zur Wahl Hassan Rouhanis im Jahr 2013. Nach der herben Enttäuschung vier Jahre zuvor war nicht unbedingt zu erwarten gewesen, dass sie überhaupt noch einmal daran glauben würden, an Wahlurnen eine Entscheidung über die Politik herbeiführen zu können.

Die erwartete große Verbesserung vor allem im wirtschaftlichen Bereich blieb aber aus. Zum Jahreswechsel 2017/18 ging es daher bei den neuerlichen Protesten um weit Explosiveres als politische Partizipation und das ungerechte Agieren des Regimes. Es ging um wirtschaftliche Fragen – denn auch für Iran gilt: „It's the economy, stupid." („Es ist die Wirtschaft, Dummkopf.") Diesmal gingen Tausende Iranerinnen und

Mit CamScanner gescannt

Iraner aus unterschiedlichen sozialen Schichten auf die Straßen – im ganzen Land und nicht nur zentriert in der Hauptstadt Teheran wie 2009. Die Proteste starteten in Maschhad, Irans zweitgrößter Stadt, die Menschen forderten Jobs und bezahlbare Lebensmittel.

Im Zuge der Proteste vom Januar 2018 wurde Präsident Rouhani vorgeworfen, er habe seine Versprechen nicht erfüllen können. Damals war das Iran-Nuklearabkommen (Joint Comprehensive Plan of Action, kurz JCPOA, es wurde 2015 in Wien unterzeichnet) noch in Kraft, für das Rouhani sein gesamtes politisches Geschick aufgebracht hatte. Doch für die kleinen Leute war der Erfolg, der das Nuklearabkommen durchaus auch in wirtschaftlicher Hinsicht war, kaum spürbar. Dass die Sanktionen gelockert wurden, merkten sie nicht, sie hatten dennoch weniger Geld im Portemonnaie. Außerdem blieben große Investitionen aus, die Wirtschaftskraft ließ nach. Dabei bestätigten Wirtschaftsexperten durchaus den Kurs Rouhanis: Er stehe für einen grundlegenden Wandel und mache seine Sache gut, erklärte beispielsweise der iranische Wirtschaftswissenschaftler Said Leylaz. Allerdings habe die Regierung mit sehr vielen Altlasten aus der Regierungszeit Mahmoud Ahmadinedschads zu kämpfen.

Seit 2018 hat sich die wirtschaftliche Lage weiter massiv verschlechtert. „Wir essen doch ohnehin nur Pasta mit Butter oder Pasta mit Käse. Was sollen wir denn jetzt noch essen?", erklärten Studenten ihren Protest. Überall machen Geschichten von der steigenden Kriminalitätsrate die Runde. Dass man im Taxi nicht bei offenem Fenster telefonieren soll, wegen der Diebe auf dem Motorrad, wird einem von besorgten Verwandten geraten. „Woher sollen sie es auch nehmen, sie wollen doch nur überleben", fügt die Cousine fast verständnisvoll hinzu, als ich von meinem Rucksack berichte, den eine Studentin auf dem Campus der Uni Teheran angeblich aus Versehen mitgenommen hatte.

Schon früher wurde über die Islamische Republik mit den Füßen abgestimmt, aber inzwischen will scheinbar fast jeder weg. Inzwischen sind allgemeine Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit wohl die Worte, die die Zukunftserwartung am besten beschreiben. Der Währungs-

verfall hat dazu geführt, dass das Ersparte weg ist; junge Leute können an eine Heirat nicht einmal mehr denken, geschweige denn daran, eine Familie zu gründen. Und sie fühlen sich in diesem Fall sehr ungerecht behandelt – von den USA.

Denn was das Atomabkommen anbelangt: Zum einen sind viele der Auffassung, dass die Regierung in diesem Fall nichts falsch gemacht hat. Immerhin hat sie sich bislang an die Verpflichtungen aus dem Iran-Nuklearabkommen gehalten, wie die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) mehrfach festgestellt hat. Zum anderen aber missfallen den Iranerinnen und Iranern die Arroganz und Ignoranz des US-Präsidenten Donald Trump. Und sie hegen ein jahrhundertelang gewachsenes Misstrauen gegen Einmischung von außen.

Das einseitige Aufkündigen des Atomabkommens durch Donald Trump hat vor allem zur Folge, dass die iranische Zivilgesellschaft ausblutet. Dabei geht von ihr die Hoffnung auf einen Wandel aus – und nicht von der immer erratischer werdenden Iranpolitik der USA, die auf einen Umsturz setzt. Wenn sich etwas ändern sollte, dann durch die Zivilgesellschaft. Doch diese ist fast mundtot gemacht worden. Denn die schlechte wirtschaftliche Lage führt natürlich auch dazu, dass kaum noch Forderungen nach politischen Freiheiten laut werden. Wie auch, das ist nicht prioritär: Wer mehrere Jobs hat, um sich und die Familie über Wasser zu halten, denkt nicht mehr über Presse- oder Meinungsfreiheit nach. Die Mittelschicht ist weggebrochen. Nicht mal mehr der Lohn eines Professors reicht aus, um eine Familie zu ernähren. Auch der Professor hat jetzt noch einen zweiten Job und denkt dann am Abend nicht mehr über die herrschende Zensur nach.

Zurück zum Potenzial: Iran ist ein Land mit einem hohen Bildungsstandard, einer hohen Alphabetisierungsquote. Zudem ist Iran ein sehr urbanes Land; 75 Prozent aller Iranerinnen und Iraner leben in Städten und haben dort Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln. Zwar gibt sich die Regierung alle Mühe, Nachrichten im Internet zu filtern, doch mittels eines VPN-Clients lässt sich anonym surfen, sodass viele auch auf zensierte Seiten kommen können

Mit CamScanner gescannt

und bestens informiert sind. Über den besonders in Iran beliebten Messaging-Dienst *Telegram* werden Informationen ausgetauscht, so wird vor allem das Nachrichtenmonopol des Staates gebrochen. Hier finden auch Diskussionen über Themen wie Meinungsfreiheit, politische Partizipation etc. statt. In erster Linie werden hier die von vielen nicht gewünschte Einmischung Irans in den Ländern des Nahen Ostens und die Israelpolitik kritisiert.

Beeindruckend sind auch die Lebendigkeit und Vielfalt der iranischen Theaterszene. In zahlreichen kleinen Theatern wird in Teheran Vielstimmigkeit zelebriert, wie man sie in der Islamischen Republik nicht erwarten würde. Ein Beispiel ist das Stück „Timeloss" der Mehr Theatre Group, das Ende Oktober 2020 auch in der Bundeskunsthalle in Bonn zu sehen sein wird. In einem Beziehungsdialog redet ein Paar sehr offen über die gescheiterte Ehe. Oder die aktuelle Inszenierung „Language of Sleep" im Tehran Independent Theater, die das Leben der in Rumänien geborenen Herta Müller und der Iranerin Simin Daneshvar nachzeichnet – zwei Schriftstellerinnen, die beide Erfahrungen mit autoritären Regimen und Ländern gemacht und die Umbrüche dort erlebt haben. Auch Tabuthemen werden heute in Büchern thematisiert, die dann zu Bestsellern werden. Fariba Vafis Roman über eine Frau, die freimütig erzählt, warum Mutterschaft nicht das ultimative Glück für sie bedeutet. All das hat Potenzial, eine Gesellschaft zu verändern.

Eine Filmreihe, die von der iranischen Regisseurin Rakhshan Bani-Etemad initiiert wurde, zeigt eindrücklich das Potenzial dieser hoch gebildeten und hoch motivierten Zivilgesellschaft. Bani-Etemad schob das Projekt „Karestan" an, in dem Dokumentarfilmer und -filmerinnen zivilgesellschaftliches Engagement porträtieren und in Kinos zeigen sollten, um Nachahmerinnen und Nachahmer zu ermutigen. So entstand zum Beispiel ein Film über ein Ehepaar, das im Süden Irans eine Recycling- und Mülltrennungs-Anlage betreibt: Haydeh Shirazi wollte städtischen Müll reduzieren und recyceln. Durch ihr zähes Engagement wurde sie Wassermanagerin in Kermanshah; heute wird der gesamte Müll der Stadt recycelt.

Das von Bani-Etemad initiierte Film-Projekt will vor allem eines: Mut machen. So zeigt der Dokumentarfilm, auf welche Schwierigkeiten Unternehmer und Unternehmerinnen stoßen. Aber er zeigt eben auch, wie man diese mit viel Tatkraft überwinden kann, auch und gerade in Iran – wenn kein Krieg und Sanktionen es verhindern.

Es ist im Übrigen kein Zufall, dass es auch und in hohem Maße Frauen sind, die hier zivilgesellschaftlich aktiv sind und die gegen das Regime aufbegehren. Das war bei den großen Demonstrationen des Jahres 2009, die den Beginn der „Grünen Bewegung" markierten, genauso. Die iranischen Frauen haben am meisten verloren in den vier Jahrzehnten seit der Revolution. Denn in Iran herrscht Geschlechter-Apartheid. Das System, das mit der Revolution von 1978/79 in Iran eingeführt wurde, hatte sich als Erstes darangemacht, die Rechte von Frauen einzuschränken. Nur Wochen nach dem Zusammenbruch des Pahlavi-Regimes wurde das fortschrittliche Familiengesetz aus dem Jahr 1967 aufgehoben und durch eines ersetzt, das auf den Vorgaben des islamischen Rechts beruhte: Das Recht auf Scheidung und das Sorgerecht geschiedener Frauen für die Kinder wurden eingeschränkt, das Mindestalter für die Verheiratung von Mädchen wurde zunächst auf dreizehn, dann auf neun Jahre herabgesetzt, Polygamie wurde erlaubt. Das Zeugnis einer Frau vor Gericht war fortan nur halb so viel wert wie das eines Mannes, das Gleiche galt für die finanzielle Entschädigung bei einem Unfall mit tödlichem Ausgang: Die Hinterbliebenen einer Frau erhalten nur die Hälfte dessen, was als Entschädigung für ein männliches Opfer bezahlt wird. Das Leben einer Frau ist also nur halb so viel wert wie das eines Mannes.

Doch ungeachtet dieser rechtlichen Diskriminierung ist Iran heute auch ein Land, in dem zwei Drittel aller Studierenden weiblich sind. Im gesellschaftlichen Alltag wird die Geschlechter-Apartheid schon lange überwunden: Frauen halten ein Drittel aller Doktorgrade; sie werden Abgeordnete, Ärztinnen, Lehrerinnen, Bürgermeisterinnen und Polizistinnen. Und sogar die absolute Männerdomäne des Nahen Ostens haben sie erobert, den Straßenverkehr. Sie fahren Taxi, und

Mit CamScanner gescannt

sie werden sogar Rennfahrerinnen. Auch im künstlerischen Bereich haben die Frauen einen festen Platz gefunden: Ihre Romane erobern die Bestsellerlisten, und sie machen Filme. Einige Regisseurinnen sind inzwischen zu internationalem und nationalem Ruhm gelangt, und sie nutzen ihr Können und ihren Einfluss. Ihr Aufbegehren gegen das System setzt sich seit Jahren kontinuierlich fort: in Kampagnen für Gleichberechtigung wie „Eine Million Unterschriften" und dem immer präsenten Kampf gegen das Kopftuch. Immer mehr kopftuchfreie Räume erobern sich die Frauen. Zunächst nur in den mondänen Skigebieten Nord-Teherans, inzwischen auch mitten in der Stadt, wo mehr und mehr Frauen das Kopftuch im Auto einfach fallen lassen, zuweilen sogar auf der Straße. Nun ist der Kopftuchzwang sicherlich nicht das größte Problem der iranischen Frauen. Frauenrechtlerinnen haben immer einvernehmlich darauf hingewiesen, dass dies das Sorgerecht ist. Denn Frauen haben nach der Scheidung keine Chance, die Kinder zu behalten. Doch der Kampf gegen das Kopftuch hat auch einen starken symbolischen Charakter und steht für einen allgemeinen Kampf: den Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung.

Gerade weil sich auf diesem Gebiet sehr viel tut und es eine große kritische Masse gibt, die Veränderung will, ist die gegenwärtige Politik der Regierung Trump so dumm. Ausgerechnet die Mittelschicht, die Veränderung will, wird kaputt sanktioniert. Dabei liegt hier längerfristig das größte Potenzial für Veränderung. Zum einen ist diese Schicht, vor allem die bestens ausgebildeten, aber rechtlich extrem benachteiligten Frauen, nicht länger willens, ihre Situation hinzunehmen. Zum anderen merkt auch das Regime langsam, dass es hier dem Druck nachgeben muss.

Themen wie wachsende Ungleichheit, Korruption, die Lügen der Regierung, Armut und Arbeitslosigkeit bewegen die Menschen. Sie sind unzufrieden und wollen, dass sich etwas ändert. Sie haben nur kaum noch eine Perspektive, wie sich daran etwas ändern könnte. Alle Möglichkeiten und Maßnahmen scheinen ausgeschöpft, Perspektiven haben sich in Luft aufgelöst. Denn im Moment geht die Angst vor

einem Krieg um. Die iranische Bevölkerung ist sich ziemlich sicher, dass die USA diesen Krieg wollen. Dass die Menschen sich durch den wachsenden Druck von selbst gegen das Regime auflehnen, ist für die meisten keine Option. Im Gegenteil: der drohende Krieg, das gescheiterte Atomabkommen, die Ermordung Soleimanis in Bagdad am 2. Januar 2020 auf Befehl des US-Präsidenten – das alles schließt die Reihen eher hinter dem Regime und scheint diesem recht zu geben, wenn es sagt, die Amerikaner seien nicht vertrauenswürdig. Das Gegenteil dieser Aussage wird auch nicht durch die Proteste infolge des Flugzeugabschusses bewiesen.

Es stellt sich somit die Frage, wie sich die internationalen Sanktionen, die nun noch verschärft werden sollen, auf die innenpolitischen Entwicklungen konkret auswirken werden. Grundsätzlich gilt: Härtere Sanktionen, also jene, die besonders hohen wirtschaftlichen Schaden im Zielland anrichten sollen, haben nicht unbedingt einen höheren politischen Erfolg. Vielmehr vermögen es sanktionierte Regime oft, sich gegen Sanktionseffekte abzuschirmen.

Deshalb muss Europa den amerikanischen Sanktionen mit geeinter Stimme widersprechen und dafür sorgen, dass die Sanktionen die Iraner nicht mehr so schwer treffen wie im Moment. Ideen dazu, wie man Iran dennoch Handel ermöglichen kann, gibt es. Bisher waren es allerdings vornehmlich Lippenbekenntnisse, denn zum Beispiel haben die Europäer wenig unternommen, um die Zahlungsbörse Instex, die ins Leben gerufen wurde, wirklich mit Inhalt und Potenz zu füllen. Will man sich als politischer Partner nicht völlig ins Aus katapultieren und noch irgendwie ernst genommen werden, muss sich das ändern.

Denn man sollte nicht vergessen: Gegen Einmischung von außen wird man sich immer wehren. Trotz ihrer ablehnenden Haltung dem Regime gegenüber gibt es einige Grundfeste, die dieses Land zusammenhalten. Das erklärt im Übrigen auch, warum so viele Menschen in Iran bei den Beerdigungsfeierlichkeiten für Soleimani auf die Straße gegangen sind. Denn Soleimani hat Iran geschützt. Vor dem IS. Und es ist nicht einmal abwegig, dass – neben anderen, die vorher nicht

Mit CamScanner gescannt

demonstriert haben – nun einige Tage später dieselben Menschen auf die Straße gegangen sind, um gegen die eigene Regierung zu protestieren, weil diese über den Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine durch iranische Raketen am 8. Januar 2020 gelogen hat. Es ist dann auch nicht mehr unverständlich, dass man die eigene Regierung kritisiert und trotzdem Soleimani zu den beliebtesten Personen im Regime zählt. Zahlreiche Umfragen der letzten Jahre haben dies ergeben.

Wie also passt das zusammen, die Trauer um den Revolutionsgardisten Soleimani und die Kritik am Regime? Was klingt wie ein Widerspruch, führt zum Kern des iranischen Selbstverständnisses. Mögen viele Iraner die Herrschaft der Mullahs ablehnen und sie am liebsten verschwinden lassen, so sollte man sich durch die regierungskritischen Demonstrationen nicht täuschen lassen: Jede iranische Regierung ist den Iranern lieber als eine Einmischung von außen. Iraner sind große Nationalisten. Sie sind stolz auf eine Jahrtausende alte Geschichte. Spricht US-Präsident Donald Trump von einem Angriff auf Irans Kulturstätten, ist er für sie ein Barbar. Denn dieses kulturelle Gedächtnis teilen alle Iraner, ganz gleich, welche Sprache sie sprechen, welcher ethnischen Gruppe sie angehören.

Persisch ist die Amtssprache, wird aber lediglich von 50 Prozent der Iraner als Muttersprache gesprochen. Für alle anderen ist dies Azeri, Arabisch, Balutschi, Turkmenisch, Armenisch oder eine der vielen weiteren Sprachen. Ein Iraner kann sich vom anderen so grundsätzlich unterscheiden, dass man beide kaum als Angehörige derselben Nation wahrnimmt. Sie reden anders, essen anders, tanzen und musizieren anders, und sie heiraten anders. Oft gehören sie unterschiedlichen Konfessionen oder sogar Religionen an. Zwischen Irans Norden und Süden herrschen permanent mehr als 40 Grad Temperaturunterschied. Ardabil minus 10 Grad, Bandar Abbas 30 Grad plus. Die Menschen im Norden sind hellhäutiger als in Deutschland, jene im Süden fast schwarz.

Und doch hält etwas dieses Land zusammen, und das ist – neben dem Selbstverständnis als Kulturnation – die Aversion gegen

Einmischung von außen. Lieber das Eigene als das Fremde. Jahrhundertelang wehrten die Menschen Manipulations- oder Eroberungsversuche von außen ab. Oft mit Erfolg, wie im Jahr 1896. Damals veräußerte der iranische Schah Naseruddin das Tabakmonopol, um mehr Geld für seine Luxusreisen nach Europa zu haben. Daraufhin erließ eine der wichtigsten schiitischen Autoritäten, Ayatollah Schirazi, ein Rechtsgutachten, eine Fatwa, und verbot das Rauchen. Alle Iraner folgten ihm, sogar die Frauen des Schahs, obwohl fast jeder rauchte. Der Schah gab nach, nahm das Monopol zurück, und alle durften wieder rauchen.

In der Literatur über die Islamische Revolution gilt dies als erster Massenprotest des Landes. Andere folgten. Die Revolution von 1978/79 war der Höhepunkt, und neben vielem anderen war sie auch eine Auflehnung gegen Fremdherrschaft. Noch Silvester 1978 hatte US-Präsident Jimmy Carter Schah Mohammad Reza Pahlavi als „unseren Gendarmen am Golf" bezeichnet. Lange hatten sich die Amerikaner in Iran benommen, als wäre das Land ein Vasall der USA. Ein Iraner, der einen amerikanischen Hund überfuhr, hatte mit einer höheren Strafe zu rechnen als ein Amerikaner, der aus Versehen einen Iraner anfuhr. Als Mohammad Reza Pahlavi durch eine Revolution gestürzt wurde, war dies auch eine Folge amerikanischer Überheblichkeit.

Natürlich sind die meisten Iraner mit dem Ergebnis der Revolution unzufrieden. Aber sie halten das Anliegen, die Idee noch immer für richtig. Es ging um Unabhängigkeit und Freiheit, auch wenn in den Siebzigern kaum jemand genaue Vorstellungen davon hatte, was das sein konnte. Die Revolution war ein nationaler Konsens, und er ist bis heute nicht ganz verschwunden.

Und bedeutet geteilte Geschichte nicht geteiltes Leid? Alle Iraner erinnern sich an den Iran-Irak-Krieg, der von 1980 bis 1988 währte, und an das Gefühl, von allen verlassen worden zu sein, obwohl ihr Land angegriffen worden war. Ebenfalls unvergessen ist der Sturz des einzigen einigermaßen demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Mossadegh im Jahr 1953 mithilfe des US-Geheimdienstes CIA.

Mit CamScanner gescannt

Die Iraner hatten ihn gewollt, Großbritannien und USA aber hatten ihnen das übel genommen. Geschichte aus iranischer Perspektive: 1988 hatte das Kriegsschiff USS Vincennes eine iranische Passagiermaschine abgeschossen, 270 Menschen starben, bis heute haben sich die USA nie dafür entschuldigt.

Zum nationalen Konsens gehört seit Jahrhunderten und über alle Ethnien hinweg außerdem die Überzeugung, dass Persisch die schönste Sprache der Welt ist. Die Sprache stiftet iranische Identität: nicht die Revolution, nicht die offizielle anti-amerikanische Rhetorik, schon gar nicht die anti-israelische Polemik. *Farsi shekar ast*, Persisch ist zuckersüß, schrieb Mohammad Ali Dschamalzadeh. Mit Ferdowsis Königsbuch, spätestens mit Hafez waren die Iraner eins geworden, ein Volk. Da die persische Sprache sich im Laufe der Jahrhunderte kaum verändert hat, verstehen heutige Iraner Ferdowsis Nationalepos, obwohl der Dichter vor 1000 Jahren starb. Und sie finden kaum etwas schöner als die Lyrik von Hafez. Andere Dichter kommen dazu, Molana, Chajjam und Saadi, dessen Zeilen die Eingangshalle der UN in New York schmücken: „Die Menschenkinder sind als Glieder fest miteinander verbunden, / Da sie der Schöpfung aus einer einzigen Perle entstunden. / Fügt schon ein einziges Glied Leid hinzu der Welt, / Die anderen Glieder solches Tun in Aufruhr hält. / Dir, der dich Not und Pein der and'ren nicht berührt, / Geziemt es nicht, dass dir der Name ‚Mensch' gebührt."

Alexandra Senfft

Deutschland und Israel: Dynamik einer komplexen Beziehung[1]

1947 wurde mein Großvater Hanns Ludin in Bratislava als NS-Kriegsverbrecher hingerichtet. Von 1941 bis 1945 war er deutscher Gesandter der Nationalsozialisten in der Slowakei und maßgeblich an der Deportation der slowakischen Juden beteiligt, von denen die meisten in den Konzentrationslagern ermordet wurden. Seine Beteiligung am Holocaust ist eine Tatsache, die einige Verwandte aus der Familie meiner Mutter bis heute nicht vollständig anerkennen – sie wollen sich damit nicht abfinden.

Bevor ich mich mit der ganzen Bedeutung dieser familiären Hinterlassenschaft auseinandersetzen konnte, war ich als parteilose wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fraktion DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag als Nahostreferentin tätig. Ab 1988 arbeitete ich eng mit der israelischen Friedensbewegung zusammen, sowohl mit israelischen und palästinensischen Akteuren als auch mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Während der ersten Intifada wurde ich als Beobachterin der „United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East" (UNRWA) im Westjordanland beauftragt und 1990 zur Sprecherin der UNRWA im Gazastreifen befördert. Dort erlebte ich 1991 den Golfkrieg. Die Palästinenser waren sechs Wochen lang unter

1 Dieser Beitrag ist eine leicht überarbeitete Version von: Alexandra Senfft, Deutschland und Israel: Wechselnde Dynamiken einer komplexen Beziehung, in: Israel & Palästina (2019) I–III: Deutschland | Israel | Palästina. Über die Komplexität einer Dreiecksbeziehung, hrsg. von diAk, Januar 2020, S. 11–20.

Mit CamScanner gescannt

einer strengen Ausgangssperre, und als Saddam Hussein besiegt und die Ausgangssperre schließlich aufgehoben wurde, waren Frustration und Anspannung groß. Israelische Zivilisten – Journalisten, Rechtsanwälte, Menschenrechtsaktivisten, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen –, die den Gazastreifen regelmäßig besuchten, hielten sich jetzt fern, da die Sicherheitslage zu fragil und gefährlich für sie war. Zu meiner Überraschung kam jedoch eines Tages plötzlich ein Mann in mein UNRWA-Büro, dessen Namen ich noch nicht gehört hatte: Es war Dan Bar-On, Professor für Psychologie an der Ben-Gurion-Universität, Gründer deren Zentrums für Konfliktbearbeitung, Holocaust- und Friedensforscher, Autor.

Es war mutig von Dan, zu dieser Zeit nach Gaza zu kommen, aber er war entschlossen, einen israelisch-palästinensischen Dialog zu beginnen – basierend auf einem Ansatz, den er in den 1980er-Jahren zwischen Kindern von Holocaust-Überlebenden und von Nazi-Tätern entwickelt hatte. Er nannte ihn „To Reflect and Trust" und später „Storytelling in Conflict".

Das Spannungsdreieck

Vermutlich war Dan neugierig gewesen zu erfahren, wer diese deutsche Frau ist, die unter Palästinenserinnen und Palästinensern im Gazastreifen lebt. Seine Intuition war richtig: Es dauerte nicht lange, bis ich ihm erklärte, wie mich mein Masterabschluss in Islamwissenschaft und meine Arbeit im Deutschen Bundestag hierhergebracht hatten – und ihm über meinen Großvater, den Nazi, erzählte. Er wiederum sprach über die Hamburger Herkunft seiner Familie (zufällig mein Geburtsort), bevor seine Eltern nach Palästina emigrierten, um sich vor den Nazis in Sicherheit zu bringen. Dan ist 1938 in Haifa geboren. Er berichtete mir auch von seiner Arbeit und seinem neuen Dialogprojekt. Schließlich fuhr ich ihn zurück zum israelischen Checkpoint, wo sein Auto parkte, mit dem er nach Beer Sheva fuhr.

Diese unerwartete, intensive Begegnung ließ mich nicht mehr los. Ich begriff damals allerdings noch nicht ganz deren Komplexität, und ich rechnete auch nicht damit, Dan Bar-On später viele Male aufs Neue zu begegnen, geschweige denn, ihm von 2006 bis 2008 in seinem internationalen Trainingsprogramm „Storytelling in Conflict" der Körber-Stiftung in Hamburg zu assistieren. Irgendwann ging mir auf, was sich an diesem Tag im Gazastreifen deutlich abgebildet hatte: „das Spannungsdreieck", wie Dan es nannte. Er meinte damit die komplexe Verbindung zwischen Juden/Israelis, Palästinensern und Deutschen. Historisch und aktuell unterscheiden sich ihre drei kollektiven Narrative, oft in widersprüchlicher Weise, gleichzeitig sind sie jedoch tief miteinander verwoben.

Deutsch-Israelische Beziehungen

Im September 1952 unterzeichneten Deutschland und Israel das „Luxemburger Abkommen" über Reparationen. Danach würde Westdeutschland Israel für die Kosten der „Umsiedlung einer großen Anzahl entwurzelter und mittelloser jüdischer Flüchtlinge" bezahlen und einzelne Juden für die Verfolgung entschädigen, die sie unter den Nazis erlitten hatten. Deutschland sagte zu, innerhalb der folgenden 14 Jahre drei Milliarden DM zuzüglich weiterer 450 Millionen DM an die „Conference on Jewish Material Claims against Germany" zu zahlen.

Die Wiedergutmachungsgespräche begannen mit kolossalen Spannungen, Feindseligkeiten, Ängsten und Misstrauen, insbesondere natürlich seitens der jüdischen Vertreter. Die Atmosphäre unter den Unterhändlern war eisig. Nur sieben Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Schrecken des Holocaust freilich immer noch schmerzhaft, unerträglich präsent. Die israelischen Vertreter, die Jekkes (Juden deutscher Herkunft) waren, weigerten sich zunächst, die „kontaminierte Sprache" zu sprechen – ihre Muttersprache. Indes, „die tradierte jüdische Verwurzelung im Deutschen [reichte] zu tief, um dem

Mit CamScanner gescannt

Gebrauch der deutschen Sprache auf Dauer zu widerstehen", sagt der deutsch-israelische Historiker Dan Diner.[2]

Die Wiedergutmachungszahlungen beschränkten sich ausschließlich auf die Lösung materieller Probleme – und waren unter den Israelis äußerst umstritten. Viele betrachteten diese Annäherung als Verrat an den Opfern der Nazis. Einige nannten die Zahlungen sogar „Blutgeld", weil sie befürchteten, die Deutschen könnten sich damit von ihren NS-Verbrechen freikaufen. Israels Akzeptanz der deutschen Entschädigungen beruhte jedoch auf dringenden praktischen Notwendigkeiten: Der junge Staat befand sich in einer bedrohlichen Wirtschaftskrise und benötigte eilig Finanzmittel, um weitere strenge Sparmaßnahmen zu vermeiden. Die Hilfe aus den USA war damals noch eher unbedeutend. „Die Reparationen aus Deutschland haben im Grunde genommen die Wirtschaft gerettet", erklärt Benny Bental, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Haifa in der israelischen Zeitung *Haaretz*.[3]

Die negative Macht der Stille

Das deutsche Geld war nicht dazu gedacht, die Traumata der Überlebenden, ihrer Angehörigen und Nachkommen zu heilen, die bis heute unter den intergenerationellen Folgen des Holocaust leiden. Die meisten Überlebenden schwiegen, da es viel zu schmerzhaft, ja re-traumatisierend war, ihre Erlebnisse in der NS-Zeit noch einmal zu durchleben oder diese Erfahrungen gar ihren Kindern zu vermitteln. Geld vermag die äußerlichen Umstände des Lebens zu erleichtern, psychische Schäden kann es aber nicht reparieren. Die Wiedergutmachungen waren

2 Dan Diner, Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage, München 2015, S. 17.

3 Alona Ferber/Judy Maltz, The Surprising Story Behind Israel's Complicated Love Affair with Germany, in: Haaretz, 12. 5. 2015, https://www.haaretz.com/.premium-the-complicated-israel-germany-love-affair-1.5359391 [dieser und alle anderen Links abgerufen am 9. 5. 2020].

also nichts weiter als Pflaster auf eiternde Wunden, ja vielleicht dämpften sie sogar den Drang der Überlebenden und ihrer Familien, die NS-Verbrechen zu rächen.

Auch bei den Deutschen überwog nach dem Krieg und bis zu den Studentenrevolten von 1968 allgemeines Schweigen über die NS-Zeit. Selbst heute noch verschweigen viele Deutsche Verbrechen und Mitläuferschaft ihrer Verwandten und konfrontieren sich nicht mit dem damit verbundenen Schuldgefühl bzw. der damit einhergehenden politischen Verantwortung in der Gegenwart. Nach dem Zweiten Weltkrieg hofften die Deutschen wahrscheinlich, dass die Wiedergutmachungsleistungen zu einer Aussöhnung führen würden. Sie vertuschten ihre Schuld, verbargen ihre Ideologie und verdrängten ihre Schuld- und Schamgefühle durch Leistung und Gefühlshärte. Mit dem „Luxemburger Abkommen" wollten westdeutsche Politiker demonstrieren, dass ihr Land die nationalsozialistische Vergangenheit hinter sich gelassen hatte und „ein anderes Deutschland" geworden war, wie Ben-Gurion es nannte. Viele Nationalsozialisten, darunter auch Kriegsverbrecher, haben in Westdeutschland jedoch rasch (wieder) Karriere gemacht, ohne jemals für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen worden zu sein.

Westdeutschland ist seit 1949 sicherlich ein anderes Deutschland mit einer starken Demokratie geworden – wahr ist aber auch, dass viele Deutsche nicht wirklich mit ihrer Vergangenheit gebrochen haben. In den Jahren 1956 und 1957 verabschiedete der Deutsche Bundestag zwei Entschädigungsgesetze, die sicherstellten, dass jüdische Überlebende lebenslange Renten erhalten. Im Mai 1965 wurden bilaterale diplomatische Beziehungen zwischen Israel und Deutschland aufgenommen – nur vier Jahre nach dem Eichmann-Prozess in Jerusalem. Deutschland wurde Israels „Lokomotive für die europäischen Beziehungen", sagt der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland, Avi Primor.[4]

Mit der Zeit entwickelten sich verlässliche Strukturen in den deutsch-israelischen Beziehungen. Dabei ging es nicht mehr nur um

4 Ebenda.

Mit CamScanner gescannt

finanzielle Hilfe aus Deutschland, auch Waffenverkäufe von beträchtlicher Größe wurden initiiert, von denen beide Seiten enorm profitierten. Der Handel begann in den 1950er-Jahren und umfasste kürzlich sogar einen Vertrag über die Lieferung mehrerer U-Boote der „Dolphin-Klasse" mit dem deutschen Schiffbauer Thyssen-Krupp. Ministerpräsident Netanjahu muss sich derzeit juristisch dafür verantworten, sich illegal an diesen Geschäften bereichert zu haben.

Die Bundesregierung rief noch weitere Entschädigungsprogramme ins Leben, um auf die Forderungen von Juden aus der Sowjetunion und Osteuropa zu reagieren und Zwangsarbeiter zu entschädigen. Bis heute wurden nach Angaben des Auswärtigen Amtes 74 Milliarden Euro als Entschädigung für die NS-Verbrechen gezahlt, von denen 29 Milliarden Euro an Überlebende in Israel gingen. Dazu kommen rund 300 Millionen Euro jährlich für deren Altersversorgung. Innerhalb der EU bleibt Deutschland Israels wichtigster Wirtschaftspartner und nach den USA und China der drittgrößte weltweit.

Die deutsch-israelischen Beziehungen definieren sich jedoch vielfältiger als nur über wirtschaftliche Erwägungen. In den vergangenen Jahrzehnten haben sie sich zu politischen und kulturellen Beziehungen und gemeinsamen Projekten in Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgeweitet. Es gibt intensiven Schul-, Jugend- und Sportaustausch, interreligiöse Dialoge und Projekte des gemeinsamen Gedenkens. Viele Deutsche lieben israelische Literatur, Filme, Kunst und Theater – und auch jüdische Namen. Sie sind begeisterte Besucher Israels, manche sind sogar zum Judentum übergetreten und dorthin gezogen.

Während sich einige Israelis immer noch weigern, deutsche Produkte zu kaufen oder „das Land der Täter" zu besuchen, ist die Stimmung gegenüber Deutschen laut mehreren Umfragen indes sehr positiv. Heute leben allein in Deutschland rund 20 000 Israelis.[5] Es gibt viele

5 Eine komplett bunte Mischung. Dani Kranz im Gespräch mit Katrin Richter über Migration, Israelis in Berlin und Tipps für Auswanderer, in: Jüdische Allgemeine, 11. 5. 2017, https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/eine-

Freundschaften und Liebesbeziehungen zwischen Israelis und Deutschen, die auf Vertrauen und Verständnis beruhen. Viele Beziehungen scheitern jedoch auch, sobald unverarbeitete Gefühle, unbewusste innere Aufträge, Traumata und Entlastungswünsche im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus eine Rolle spielen.

Israels Sicherheit – Deutsche Staatsräson

Im Jahr 2008 erklärte Angela Merkel in der ersten Rede einer deutschen Regierungschefin vor der Knesset, dass die Sicherheit Israels „deutsche Staatsräson" und nicht verhandelbar sei. Hinter den Kulissen ist jedoch nicht alles reibungslos verlaufen. Im April 2017 entstand zwischen Netanjahu und Sigmar Gabriel (SPD) im Vorfeld von dessen offiziellem Israel-Besuch ein Konflikt. Netanjahu hatte dem damaligen deutschen Außenminister ein Ultimatum gestellt und verlangt, dass er seine geplanten Treffen mit Vertretern von „B'Tselem" und „Breaking the Silence" absage. B'Tselem ist eine israelische NGO, die seit 1989 Menschenrechtsverletzungen in den israelisch besetzten Gebieten dokumentiert, Breaking the Silence ist eine 2004 gegründete Organisation ehemaliger israelischer Soldaten, die Zeugnis über ihren Militärdienst in den palästinensischen Gebieten ablegen. Bis dato waren Gespräche mit den beiden NGOs gang und gäbe und politisch unbedenklich. Tatsächlich war es für politische Delegationen aus Deutschland sogar selbstverständlich, mit allen am Konflikt beteiligten Akteuren zu sprechen, unabhängig von ihren Standpunkten – solange sie sich in einem demokratischen Kontext bewegen. „Dass ich mich bei diesem wichtigen Thema auch mit Kritikern der israelischen Regierung treffe, ist weder

komplett-bunte-mischung/; sowie Dani Kranz, Die israelische Diaspora in Deutschland: Einzigartig oder eher im Normalbereich?, in: Israel & Palästina (2019) I–III: Deutschland | Israel | Palästina. Über die Komplexität einer Dreiecksbeziehung, hrsg. von diAk, Januar 2020, S. 149–156, hier S. 153.

Mit CamScanner gescannt

ungehörig noch ungewöhnlich noch überraschend",[6] antwortete Gabriel und bestand darauf, sein Besuchsprogramm einzuhalten. Netanjahu sagte das Treffen mit dem deutschen Außenminister umgehend ab.

Am 15. April 2019 gratulierte Merkel Benjamin Netanjahu zum Wahlsieg und unterstrich abermals die besondere Beziehung zwischen beiden Ländern. Sie betonte jedoch auch die Bedeutung der Zwei-Staaten-Lösung – als Antwort auf Netanjahus Ankündigung, Teile des Westjordanlandes zu annektieren. Eine Absicht, die dieser auch zur zweiten Wahl 2019 am 17. September und abermals zur dritten Parlamentswahl am 2. März 2020 zum Ausdruck brachte.

Kriege, Gewalt und eine Politik der Spaltung beherrschen die politische Bühne. Die palästinensische Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) und die von der israelischen Regierung und ihren Verbündeten eingeleitete Anti-Boykott-Kampagne haben diese Kluft noch vergrößert. Darüber hinaus hat Benjamin Netanjahu durch seinen Kampf gegen die israelische Zivilgesellschaft und gegen jene NGOs, die unbeirrt Friedensvisionen und Solidarität zwischen Israelis und Palästinensern fördern, nicht nur seine eigene Gesellschaft, sondern auch die deutsche Gesellschaft gespalten. In Deutschland gibt es einen ideologischen, emotional häufig stark aufgeladenen Streit um Israels Politik, der sich quer durch alle gesellschaftlichen und politischen Schichten zieht – ob in der Parteipolitik, in außerparlamentarischen Bewegungen, kulturellen, religiösen oder privaten Kreisen. Dem Diskurs mangelt es allerdings oft an Detailwissen und Informationen. Und er wird von verschiedenen Akteuren absichtlich politisch instrumentalisiert.

Unterdessen schließen deutsche Institutionen wie kirchliche Bildungsakademien, kommunale Einrichtungen und auch Universitäten

6 Zit. nach: Eklat in Israel. Außenminister Gabriel: „Ich habe gar nichts eskaliert", in: Der Tagesspiegel, 29. 4. 2017, https://www.tagesspiegel.de/politik/eklat-in-israel-aussenminister-gabriel-ich-habe-gar-nichts-eskaliert/19736448.html.

ihre Türen zunehmend für freimütige, kritische Israelis und andere Kritiker der Besatzung und begründen dies mit deren angeblicher Unterstützung der BDS-Bewegung. Von langer Hand geplante Konferenzen mit namhaften Referentinnen und Referenten, die bisher gern gesehene Gäste waren, wurden abgesagt, angefangen mit der Evangelischen Akademie Tutzing im April 2017.[7] Städte wie München, Berlin und Frankfurt vermieten kaum noch Räumlichkeiten an Gruppen, die Veranstaltungen zum israelisch-palästinensischen Konflikt planen und eine kritische Haltung gegenüber der israelischen Besatzungs- und Blockadepolitik einnehmen. Oft reicht eine bloße „Kontaktschuld"[8] mit BDS aus, um das Verbot zu rechtfertigen. Ironischerweise trifft der Gegen-Boykott oft ausgerechnet Aktivisten und Intellektuelle, die, ganz entgegen dem Ziel von BDS, Dialoge zwischen Israelis und Palästinensern weiter engagiert praktizieren.

Im Mai 2018 verabschiedete das Berliner Abgeordnetenhaus eine Resolution, die die „Arbeitsdefinition von Antisemitismus" der „International Holocaust Remembrance Alliance" (IHRA)[9] anerkennt. Demnach wird jegliche Kritik an Israel als Bedrohung für das jüdische Leben weltweit definiert und folglich jeder Befürworter von BDS willkürlich zum Antisemiten gestempelt. Leider gibt es tatsächlich auch innerhalb der BDS-Bewegung einige Antisemiten, da Antisemiten jede Gelegenheit nutzen, um ihre antijüdischen Ressentiments

7 Siehe Jakob Wetzel, Evangelische Akademie Tutzing: Ausgewogen oder antisemitisch? Tagung zum Nahost-Konflikt abgesagt, in: Süddeutsche Zeitung Online, 21. 4. 2017, https://www.sueddeutsche.de/muenchen/evangelische-akademie-tutzing-ausgewogen-oder-antisemitisch-tagung-zum-nahost-konflikt-abgesagt-1.3471508.

8 Micha Brumlik, Kommentar Göttinger Friedenspreis. Das Prinzip Kontaktschuld, in: die tageszeitung, 25. 2. 2019, https://taz.de/Kommentar-Goettinger-Friedenspreis/!5575309/.

9 IHRA, Arbeitsdefinition von Antisemitismus, 26. 5. 2016, https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus.

Mit CamScanner gescannt

auszuspielen. Sie müssen identifiziert, konfrontiert und ausgeschlossen werden, wie dies auch in anderen Zusammenhängen dringend notwendig ist. Rassisten und Hetzern darf niemals und nirgends eine Bühne gegeben werden. Das rechtfertigt allerdings nicht, die sehr heterogene, international aktive Bewegung BDS, die auch unter Israelis selbst und unter Juden Anhänger hat, insgesamt als antisemitisch zu bezeichnen. Diese pauschale Verurteilung ist ihrerseits eine Form des Boykotts, der jegliche Auseinandersetzung mit den Forderungen von BDS, vor allem aber mittlerweile auch einen dringenden politischen Diskurs über die Situation der Palästinenser verhindert.

2019 kündigte die Bank für Sozialwirtschaft der deutschen Organisation „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden im Nahen Osten" zum zweiten Mal das Konto – weil diese sich weigerte, sich öffentlich von der BDS-Bewegung zu distanzieren. Die Bank hatte Ende 2018 ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben, um festzustellen, ob der 2003 gegründete Berliner Verein – der der deutsche Zweig der „European Jews for a Just Peace" ist und sich gegen die israelische Besatzung und die Besiedlung palästinensischer Gebiete einsetzt – gemäß der IHRA-Definition antisemitisch sei. „Dieses Vorgehen ist alarmierend", ließ die „Jüdische Stimme" am 18. Januar 2019 auf ihrer Website verlauten: „Repräsentanten des deutschen Staates, Finanzsektors und der Wissenschaft sind zusammengekommen, um gemeinsam ein Urteil darüber zu fällen, ob eine Gruppe von Juden und Israelis, darunter viele Nachkommen von Holocaust-Überlebenden, antisemitisch sei. Aus gutem Grund weigern sich Mitglieder der *Jüdischen Stimme*, bei einem solchen lächerlichen und schamlosen Unterfangen mitzuwirken."[10]

Als die „Jüdische Stimme" für den Göttinger Friedenspreis 2019 nominiert wurde, begann eine regelrechte Schmierkampagne gegen die

10 Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e. V., Offener Brief: Der Einsatz für Menschenrechte ist nicht antisemitisch, 18. 1. 2019, https://www.juedische-stimme.de/2019/01/18/offener-brief-der-einsatz-fuer-menschenrechte-ist-nicht-antisemitisch/.

Gruppe. Im März 2019 forderten in einem Aufruf zahlreiche Intellektuelle, „der manipulativen und gefährlichen Gleichsetzung von Kritik am Staat Israel und Antisemitismus ein Ende zu setzen". „Die Gleichsetzung von Judenfeindlichkeit mit berechtigter Kritik an israelischen Politikern und gewaltlosem Widerstand gegen die Besatzung und die Unterdrückung des palästinensischen Volkes führt dazu, dass die ernsthaften Probleme, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen, ignoriert werden. Diese Gleichsetzung führt faktisch dazu, zivilgesellschaftliche Organisationen anzugreifen und jüdische Individuen aufgrund ihrer politischen Überzeugungen zu verleumden, anstatt Mittel zur antirassistischen Erziehung bereitzustellen und wirksame Maßnahmen gegen antisemitische Straftäter zu ergreifen."[11]

Vergebens: Am 17. Mai 2019 verabschiedete der Bundestag als erstes europäisches Parlament eine Resolution, die von einem parteiübergreifenden Bündnis unterstützt wurde und BDS als antisemitisch einstuft sowie die Finanzierung von Organisationen, die mit der BDS in Verbindung stehen, verbietet.

Die Politik der Ausgrenzung, die auf vagen Annahmen und Vorwürfen des Antisemitismus im Zusammenhang mit BDS beruht, dominiert den deutschen Diskurs über die desolate Situation der israelischen Politik, über die Besatzung palästinensischen Landes und die Situation seiner Bewohner und die Blockade des Gazastreifens, der kurz vor einer humanitären Katastrophe steht. Diese Politik der Ausgrenzung macht eine rationale und differenzierte Debatte fast unmöglich.

Die Terminologie in Bezug auf Israel, Juden, Antisemitismus und Zionismus ist in Deutschland häufig unpräzise. Viele Argumente basieren auf der Annahme, dass alle Juden Israelis und alle Israelis Juden sind. Es wird angenommen, dass alle Juden Zionisten sind oder umgekehrt. Nur wenige Diskutanten wissen, dass es selbst unter den Zionisten ein

11 Aufruf an Individuen und Institutionen in Deutschland , der Gleichsetzung von Kritik am Staat Israel und Antisemitismus ein Ende zu setzen, März 2019, https://taz.de/static/pdf/Declaration_German_Final.pdf.

Mit CamScanner gescannt

breites Spektrum gibt: von denen, die kompromissbereit, bis zu denen, die rassistische Befürworter eines Großisrael sind. Alles wird in einen Topf geworfen und zusammengerührt, was nur zu einer Verwirrung von Begriffen, Konzepten und Politik führt.

Die deutsche Gesellschaft ist zunehmend gespalten in begeisterte Anhänger Palästinas, mit einem tiefen Groll gegen alles Israelische, einerseits und denjenigen, die sich nur mit Juden und Israelis solidarisieren, andererseits. Oft fließen rassistische, ideologische oder religiöse Überzeugungen in die jeweiligen Meinungen mit ein. Durch die Anwesenheit vieler Geflüchteter in Deutschland, die häufig muslimischer Herkunft sind, wird diese Dynamik noch verstärkt. Sie werden als „der gefährliche Andere", der „vermeintliche Eindringling" oder der „potenzielle Terrorist" betrachtet; als diejenigen, die archaische Werte nach Deutschland importieren, um Deutschland wieder in die Steinzeit zurückzukatapultieren. Seit dem 11. September 2001 gibt es einen grassierenden Rassismus gegen Muslime, der zwangsläufig das Wiederaufleben anderer Formen von Rassismus befördert. Der Antisemitismus war ja nie verschwunden, er war lediglich tabuisiert.

Menschen, die vom Holocaust und dessen intergenerationellen, psychischen Auswirkungen betroffen sind, reagieren besonders empfindlich auf alles, was antisemitisch ist oder sein könnte, vor allem in Zeiten eines merklichen Rechtsrucks in der Gesellschaft. Wir müssen sie schützen, anstatt ihre Ängste und Traumatisierungen politisch auszunutzen. Daher ist eine gründliche Analyse wichtig, denn Antisemitismus kann nur erfolgreich dort bekämpft werden, wo er genau identifiziert wird.

Der wieder offen artikulierte Antisemitismus hat unterdessen zu Übersprungshandlungen geführt. Es gibt viele Akteure, die Antisemitismus in jeder kritischen Bemerkung zur israelischen Politik entdecken wollen, unabhängig von den Fakten. In der *tageszeitung* (taz) vertrat ein Journalist beispielsweise die Ansicht, dass die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, Produkte aus Siedlungen in den besetzen palästinensischen Gebieten als solche kennzeichnungspflichtig zu machen, antisemitisch sei. Er stützt sein Urteil auf die falsche Behauptung,

dass es ein solches Vorgehen nur gegen Israel gäbe.[12] Tatsächlich ist der Import anderer Produkte in die EU, beispielsweise aus Nordzypern oder der Krim, sogar gänzlich verboten.

In Wahrheit überblenden übertriebene Antisemitismusvorwürfe die eigentlichen Antisemiten, die Rassisten und die wahren Feinde Israels. Dieser verzerrte Diskurs dient vor allem den antidemokratischen Kräften. Insbesondere die „Alternative für Deutschland" (AfD) profitiert davon. Die AfD zielt darauf ab, alle Erfolge zum Schutz der Menschenrechte seit dem Zweiten Weltkrieg abzuschaffen. Sie verachtet die moderne Demokratie, idealisiert die nationalsozialistische Vergangenheit, bezeichnet sie schamlos als „Vogelschiss der Geschichte" und greift die deutsche Gedenkkultur an. Das führt zu Ressentiments gegen die Personen, die derzeit am verletzlichsten sind: Geflüchtete. Die AfD befördert rücksichtslos anti-muslimische Stereotype und macht sich gleichzeitig heuchlerisch für die europäischen Juden und Israel stark, um sie für ihre eigenen politischen, rassistischen Zwecke auszunutzen. Dabei gehen die anti-muslimischen Haltungen der AfD-Vertreter meist Hand in Hand mit ihrem Antisemitismus und ihrer allgemeinen Menschenfeindlichkeit.

Ihr Erfolg baut zum Teil auf die Gefühls- und Denkmuster der NS-Zeit auf, die in Deutschland infolge des großen Schweigens und Vertuschens nach dem Krieg fortbestehen. Es gibt sogar Deutsche, die ihre tradierten Schuldgefühle durch Vergleiche verbergen: Sie behaupten, dass das, was die Israelis den Palästinensern antun, genauso schlimm sei wie das, was die Nazis an den Juden verbrochen hätten. Das ist eine abstoßende Art, das Schicksal der Opfer gleichzusetzen und daraus Kapital zu schlagen. Diese Menschen sind in der Regel mit den Palästinensern überidentifiziert, während sie ihre eigene NS-Familienbiografie leugnen und das israelische Narrativ ignorieren.

12 Alexander Nabert, Etikettenpflicht für Siedlungsprodukte. Die konsumkritische „Israelkritik", in: die tageszeitung, 15. 11. 2019, https://taz.de/Etikettenpflicht-fuer-Siedlungsprodukte/!5638510/.

Mit CamScanner gescannt

Viele Deutsche idealisieren oder dämonisieren Israel. Wie wir aus der Psychologie wissen, beruht beides auf Verdrängung. Eine Übertreibung alles Jüdischen oder Israelischen und dessen Betrachtung als Synonym für das gesamte Judentum ist die andere Seite der Medaille des Antisemitismus: der Philosemitismus, eine übersteigerte, kritiklose Liebe zu Juden und zum Judentum, die in Wahrheit tiefe Ressentiments verschleiert. Positive oder negative Stereotype, Vorurteile und Ängste anstelle nüchterner Information und Reflexion über derart komplexe Themen führen rasch zu emotional hoch aufgeladenen Einstellungen. Noch schlimmer ist, dass das an der Realität der Betroffenen vor Ort meist völlig vorbeigeht. Der Nahe Osten war schon immer eine perfekte Projektionsfläche für Spaltungswünsche und ungelöste psychische Hinterlassenschaften aus der Vergangenheit.

Dan Bar-On arbeitete in seinen Seminaren mit Menschen aus allen drei Gruppen zusammen – Palästinenser, Israelis und Deutsche – und beobachtete verschiedene Asymmetrien in der Art und Weise, wie diese Gruppen interagieren. Die NS-Zeit und der Holocaust gehören einer faktisch abgeschlossenen Vergangenheit an, und es besteht kein Zweifel darüber, wer damals Opfer und wer Täter war. Auf dieser Grundlage konnten Israelis, Juden und Deutsche trotz aller emotionalen Belastungen im Laufe der Jahre ein gemeinsames Narrativ entwickeln. Der palästinensisch-israelische Konflikt ist dagegen brandaktuell und explosiv. „Shaming und Blaming", die Frage, wer mehr gelitten hat, wer Opfer oder Täter ist, sowie die Delegitimierung des Narrativs des anderen verstärken die Asymmetrie zwischen Palästinensern und Israelis und behindern jeden Dialog, der zu einem nachhaltigen Frieden führen könnte.

Dem toxischen Erbe entgegenwirken

Es würde weiterführen, wenn alle Beteiligten sich die biografischen und historischen Wurzeln ihrer Gefühls-, Denk- und Handlungsmuster begreiflich machten. Nur wenn die Annahmen früherer Generationen

reflektiert und hinterfragt werden, können diese Muster und unbewussten inneren Aufträge, denen das Potenzial für erneute Destruktivität innewohnt, gelöst werden. Die Nazis haben die Unmenschlichkeit so ins Extreme getrieben, dass sie bei uns allen Spuren hinterlassen hat. Alle, insbesondere aber wir Deutschen, haben die Verantwortung, Israelis und Palästinenser gleichermaßen zu unterstützen. Wer eine einseitige Position einnimmt und sich ausschließlich nur für eine Seite des Konflikts einsetzt, trägt zur Verbreitung des Feindbildes und zum anhaltenden Hass bei. Frieden lässt sich nur erreichen, indem wir alle fördern, die sich für Frieden und Menschenrechte einsetzen, so wie dies in der UN-Menschenrechtserklärung festgelegt ist. Sie ist als wichtigste Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust hervorgegangen.

Die israelisch-deutschen Beziehungen sind auf offizieller Ebene stets stabil und im Allgemeinen unerschütterlich. Aber unter der Oberfläche bleibt es, unabhängig von diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, eine höchst ambivalente, störungsanfällige Beziehung. Eine gereifte Freundschaft bedeutet, die Balance zwischen Empathie und Kritik zu finden – auf beiden Seiten. Die Palästinenser müssen aus ihrer Rolle als Geiseln der gemeinsamen jüdisch-israelischen und deutschen Vergangenheit befreit werden. Dies lässt sich nur durch gemeinsame Anstrengungen und Vereinbarungen erreichen, deren Ziel es sein muss, die Blockade von Gaza aufzuheben und die israelische Besatzung zu beenden. Die Rolle Deutschlands als freundschaftlicher Partner bleibt dabei freilich komplex und schwierig. Doch wir alle sollten dazu beitragen, dass das Dreieck nicht länger tragisch bleibt, sondern dessen Ressourcen konstruktiv genutzt werden.

Mit CamScanner gescannt

Muriel Asseburg

Die deutsche Kontroverse um die BDS-Bewegung

Am 17. Mai 2019 nahm der Deutsche Bundestag einen Antrag der Großen Koalition, der Grünen und der FDP mit der Zielsetzung „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen" an.[1] Damit geriet eine bis dahin von der breiten Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommene Solidaritätsbewegung mit Palästinenserinnen und Palästinensern – das Kürzel BDS steht für Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen – in den Fokus der Diskussion über den sogenannten neuen Antisemitismus.

Angesichts der bundesdeutschen Realität musste die Stoßrichtung des Antrags freilich Erstaunen hervorrufen: Antisemitische Straftaten, die in den letzten Jahren deutlichen Zuwachs verzeichneten, gehen ganz überwiegend auf das Konto von Rechten und Rechtsextremen.[2]

1 Deutscher Bundestag, Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen, Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 15. 5. 2019, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf [dieser und alle anderen Links abgerufen am 8. 5. 2020]; für eine kritische Stellungnahme zum Bundestagsbeschluss vgl. auch Muriel Asseburg u. a., Im Kampf gegen Antisemitismus hilft das nicht, in: ZEIT Online, 4. 6. 2019, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/israel-boykott-bds-antisemitismus-meinungsfreiheit-bundesregierung/komplettansicht.

2 Die Anzahl antisemitischer Straftaten stieg laut Innenministerium von 2017 auf 2018 um 19,6%. 2018 waren knapp 90% der antisemitischen Straftaten politisch motivierter Kriminalität von rechts zuzuordnen. BMI, Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2018. Bundesweite Fallzahlen, Stand: 14. Mai 2019, S. 5, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/pmk-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

Der Verfassungsschutz geht derzeit von mehr als 12 000 gewaltbereiten Rechtsextremen in Deutschland aus.[3] Hingegen ist BDS hierzulande nach Einschätzung des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus eine zu vernachlässigende Größe.[4]

Die pauschale Einstufung als antisemitisch durch den Bundestagsbeschluss führt zur Ausgrenzung einer Bewegung, die sich gewaltfrei für palästinensische Rechte einsetzt. Das Verdikt wird unter anderem vom israelischen Ministerium für strategische Angelegenheiten vorangetrieben. Dessen Minister Gilad Erdan hat BDS zur strategischen Bedrohung für Israel erklärt. Dabei geht es jedoch keineswegs nur um die Diffamierung von BDS-Aktivistinnen und -Aktivisten. Vielmehr werden palästinensische Narrative, Rechte und Ansprüche grundsätzlich infrage gestellt und Personen und Organisationen, die Israels Besatzungsregime und die Diskriminierung palästinensischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Israel kritisieren, delegitimiert und in die Nähe von Terroristinnen und Terroristen gerückt. Diese Kampagne hat in Deutschland bereits eine Diskursverschiebung bewirkt.

Damit geht die öffentliche Auseinandersetzung über BDS an zwei zentralen Fragen vorbei, nämlich: Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um ein weiteres Erstarken von Antisemitismus zu verhindern? Und: Welchen Beitrag kann und muss deutsche Politik zu einer Konfliktregelung in Nahost leisten, die die Menschenrechte aller

3 Bundesamt für Verfassungsschutz, Rechtsextremistisches Personenpotenzial (Gesamtübersicht), 31. 12. 2018, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus/rechtsextremistisches-personenpotenzial-2018.

4 Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, 8. 6. 2017, S. 155, FN 547, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/experten bericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=7.

Mit CamScanner gescannt

Betroffenen wahrt, das Selbstbestimmungsrecht beider Völker verwirklicht und eine Regelung für die Flüchtlingsfrage findet?

Doch um was geht es bei BDS und in der Auseinandersetzung über die Bewegung überhaupt?[5]

Die BDS-Bewegung

Das Kürzel BDS steht für eine ursprünglich vor allem von Palästinenserinnen und Palästinensern 2005 ins Leben gerufene zivilgesellschaftliche Bewegung. Diese setzt in erster Linie auf Druck, um Israel dazu zu bringen, internationales Recht zu achten. Denn alle bisherigen Ansätze hatten sich als wenig erfolgreich erwiesen, um palästinensische Selbstbestimmung, ein Ende der israelischen Besatzung und eine dauerhafte Konfliktregelung zu erzielen: Weder Verhandlungen im Rahmen des Oslo-Prozesses noch der bewaffnete „Widerstand" der zweiten Intifada (2000–2005) oder der Rechtsweg – etwa das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes von 2004 zu den israelischen Sperranlagen – hatten zu Fortschritten geführt. Nun sollten – unter anderem inspiriert vom Anti-Apartheidskampf in Südafrika – gewaltlose Maßnahmen wie Boykott (Verbraucherboykott, akademischer und kultureller Boykott), der Abzug von Investitionen und Sanktionen Druck auf Israel ausüben.

Konkret geht es der Bewegung um drei Ziele: ein Ende der nunmehr seit 53 Jahren fortdauernden Besatzung von Westjordanland, Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem (sowie der syrischen Golanhöhen) und der Blockade Gazas; die Gleichstellung der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger Israels und die Anerkennung des Rückkehrrechts

5 Dieser Beitrag ist eine leicht überarbeitete Version von: Muriel Asseburg, Die deutsche Kontroverse um BDS: Eine Einordnung, in: Israel & Palästina (2019) I–III: Deutschland | Israel | Palästina. Über die Komplexität einer Dreiecksbeziehung, hrsg. von diAk, Januar 2020, S. 43–52, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/Muriel_Asseburg_Palästina_Israel_2019-I-III.pdf.

der palästinensischen Flüchtlinge.[6] Dabei sind die von der Bewegung verfolgten Ziele keineswegs BDS-spezifisch. Sie entsprechen vielmehr einem breiten Konsens in der palästinensischen Gesellschaft.

Das nationale BDS-Komitee mit Sitz in Ramallah legt die grundsätzliche Ausrichtung fest und stößt anlassbezogene Kampagnen an. Es wird von der ganz überwiegenden Mehrheit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien in den palästinensischen Gebieten getragen. Die globale Bewegung setzt sich aus einer Vielzahl von lokalen und nationalen Gruppierungen zusammen, die eigene Webauftritte haben und eigenständig Kampagnen und Veranstaltungen durchführen. Sie hat keine hierarchische Struktur; das nationale BDS-Komitee verfügt über keine Sanktions- oder Disziplinargewalt gegenüber den einzelnen Gruppierungen. Entsprechend variieren auch die konkreten Forderungen und Verlautbarungen einzelner Gruppen.

International hat die Bewegung mittlerweile einen breiten und diversen Unterstützerkreis gefunden – von herausragenden Persönlichkeiten wie Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu über britische Gewerkschaften, Stadtverwaltungen in Spanien, die American Studies Association bis hin zu jüdischen Gruppierungen und Einzelpersonen inner- wie außerhalb Israels.

Der pauschale Antisemitismus-Vorwurf

Der Bundestag postuliert in seinem Beschluss vom Mai 2019, Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung seien antisemitisch. Er verurteilt die BDS-Kampagne und den Aufruf zum Boykott israelischer Waren, Unternehmer, Wissenschaftler, Künstler und Sportler. Denn es handele sich hier um „antisemitische Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden". Der Bundestag unterstellt, dass solche

6 BDS, What is BDS?, 2019, https://bdsmovement.net/what-is-bds.

Mit CamScanner gescannt

Kritik tatsächlich „Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion" sei – also israelbezogener Antisemitismus. Denn der „allumfassende Boykottaufruf führe in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens". Zudem erinnerten die „Aufrufe der Kampagne zum Boykott israelischer Künstlerinnen und Künstler sowie Aufkleber auf israelischen Handelsgütern, die vom Kauf abhalten sollen, [...] an die schrecklichste Phase der deutschen Geschichte. ‚Don't Buy'-Aufkleber der BDS-Bewegung auf israelischen Produkten" weckten „unweigerlich Assoziationen zu der NS-Parole ‚Kauft nicht bei Juden!'."

Tatsächlich kann bei einer Sammlungsbewegung wie BDS nicht ausgeschlossen werden, dass Personen aus dem Aktivisten- und Unterstützerkreis von Judenhass motiviert sind. So verwenden mit BDS affiliierte Einzelpersonen durchaus antisemitisch konnotierte Bilder und Sprache.[7] Die Bewegung distanziert sich aber explizit von Antisemitismus.[8] Wichtiger noch: Sie setzt gerade *nicht* auf die Isolierung von Jüdinnen und Juden oder Angriffe auf das Judentum, sondern prangert israelische Politik gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern an. Auch der von ihr geforderte Boykott gilt explizit nicht Menschen jüdischen Glaubens, sondern denjenigen Israelis (gleich welchen Glaubens), die sich nicht von Besatzung und Diskriminierung distanzieren. In der tatsächlichen Umsetzung des Boykotts gehen diese Nuancen, gerade im wissenschaftlichen Bereich, allerdings auch immer wieder verloren.[9]

7 Vgl. Israelisches Ministerium für strategische Angelegenheiten, Behind the Mask – The Antisemitic Nature of BDS Exposed, September 2019, https://4il.org.il/wp-content/uploads/2019/09/MSA-report-Behind-the-Mask.pdf, S. 43, 63. Interessanterweise enthält der Bericht keine Beispiele aus Deutschland.

8 BDS, FAQ: Isn't a boycott of Israel anti-Semitic?, 2019, https://bdsmovement.net/faqs#collapse16241.

9 Vgl. etwa die Kontroverse um eine Aufforderung an die israelische Journalistin Amira Hass, trotz ihrer eindeutigen politischen Positionierung eine Konferenz der Birzeit-Universität im Jahr 2014 zu verlassen. Für eine Klarstellung seitens der Universitätsleitung: https://www.birzeit.edu/en/news/press-release-birzeit-university-respects-and-welcomes-supporters-palestinian-rights.

Die Methoden der Bewegung, also Boykott, der Abzug von Investitionen und Sanktionen, sind – auch wenn man sie wie die Autorin nicht für zielführend hält – legitime Instrumente, um Politikziele zu erreichen. Denjenigen, die sie propagieren, per se antisemitische Motivationen zu unterstellen oder sie gar als antisemitische Methoden zu kategorisieren, wenn sie gegenüber Israel zum Einsatz kommen, ergibt wenig Sinn. Letzteres gilt auch für Aktionen wie die viel zitierte Störung einer Veranstaltung mit einer Holocaust-Überlebenden im Juni 2017[10] – selbst wenn diese wenig geeignet sind, um in einen konstruktiven Dialog einzutreten oder die deutsche Öffentlichkeit von den Anliegen der BDS-Bewegung zu überzeugen.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Bundestagsbeschluss nicht zwischen Israel und den von Israel besetzten Gebieten unterscheidet. Er lehnt vielmehr kategorisch jeglichen Boykott von israelischen Waren, Unternehmen und Personen ab. Es ist nur allzu verständlich, dass die deutsche Politik vor dem Hintergrund der Schoa nicht für einen Boykott Israels eintritt. Das würde auch im Widerspruch zum Diktum von der Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson stehen. Eine differenziertere Position wäre in dieser Frage aber angebracht gewesen. Denn Deutschland hat sich im Rahmen der EU und im Einklang mit der UN-Sicherheitsratsresolution 2334 vom Dezember 2016 mit gutem Grund zur Differenzierung zwischen dem Umgang mit Israel einerseits und mit israelischen Einrichtungen in den

10 Für konträre Bewertungen des Vorfalls vgl. Ralf Schönball, Antisemitismus in Berlin – Drei Israel-Gegner stören Veranstaltung in der Humboldt-Uni, in: Der Tagesspiegel, 23. 6. 2017, https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-in-berlin-drei-israel-gegner-stoeren-veranstaltung-in-der-humboldt-uni/19974986.html vs. Riri Hylton, Three activists go on trial for challenging Israeli apartheid in Berlin, in: The Electronic Intifada, 4. 3. 2019, https://electronicintifada.net/blogs/riri-hylton/three-activists-go-trial-challenging-israeli-apartheid-berlin.

Mit CamScanner gescannt

1967 besetzten Gebieten andererseits verpflichtet.[11] Entsprechend hat es auch einen europäischen Beschluss mitgetragen, Produkte aus israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten klar zu kennzeichnen. Unterbleibt die Unterscheidung, dann läuft deutsche Politik Gefahr, der derzeitigen Regierung Israels das Wort zu reden, die versucht, die sogenannte Grüne Linie zwischen Israel und den besetzten Gebieten aufzuweichen und Ost-Jerusalem und strategische Gebiete im Westjordanland dauerhaft zu kontrollieren. Von einer Zweistaatenregelung hat sie sich längst verabschiedet.[12] Darin sieht sie sich auch durch den Ansatz der Trump-Administration bestätigt, der Zweistaatlichkeit nur dem Namen nach vorsieht, de facto aber eine dauerhafte Kontrolle des gesamten ehemaligen Mandatsgebiets Palästina durch Israel.[13]

Obwohl alle drei Ziele der BDS-Bewegung im Völkerrecht verankert sind (insbesondere Resolution 194 der UN-Generalversammlung, Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates, Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 4. Genfer Konvention), werden auch diese zunehmend als antisemitisch – und damit als illegitim – eingestuft. Denn die Bewegung, so die Vorwürfe, ziele letztlich auf

11 Rat der Europäischen Union, Council conclusions on the Middle East Peace Process, 10. 12. 2012, https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/134140.pdf; UN-Sicherheitsrat, Resolution 2334 (2016), 23. 12. 2016, https://www.un.org/webcast/pdfs/SRES2334-2016.pdf.

12 Dies bezieht sich auf die zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Artikels geschäftsführende Regierungskoalition unter Premierminister Benjamin Netanjahu. Vgl. etwa Netanyahu won't commit to two-state solution, in: CNN, 28. 9. 2018, https://edition.cnn.com/videos/world/2018/09/28/labott-netanyahu-interview-two-state-sot-vpx.cnn.

13 Vgl. Muriel Asseburg, Der „Jahrhundert-Deal" zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, in: Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Aktuell, Nr. 19, April 2019, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2019A19_ass.pdf; dies., Nach der Vorlage der Trumpschen Vision für den Nahen Osten sind die Europäer gefordert, in: Stiftung Wissenschaft und Politik: Kurz gesagt, 21. 2. 2020, https://www.swp-berlin.org/publikation/trumps-jahrhundert-deal-fuer-nahost/.

die Auslöschung Israels und die Vernichtung der Juden ab. Sie erkenne nicht explizit das Existenzrecht Israels an; es sei unklar, auf welches Territorium die „Kolonisierung und Besatzung arabischen Landes",[14] die es zu beenden gelte, sich beziehe; die Ziele würden die jüdische Identität Israels in Abrede stellen; eine Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge würde das demografische Verhältnis in Israel auf eine Art und Weise verändern, die letztlich einen jüdischen, demokratischen Staat unmöglich mache.[15]

Richtig ist: Die Bewegung positioniert sich nicht in Bezug auf ein Format für die Regelung des Konflikts, tritt also etwa nicht explizit für eine Zweistaatenregelung ein. Sie hat aber mehrfach erklärt, dass sich das Ziel, die Besatzung und Kolonisierung zu beenden, lediglich auf die 1967 von Israel besetzten Gebiete bezieht.[16] Befürchtungen, es gehe ihr um palästinensische auf Kosten jüdisch-israelischer Rechte könnte sie freilich aktiver entgegentreten, indem sie sich neben dem palästinensischen auch für das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes einsetzen und den territorialen Bezug im Aufruf von 2005 klarstellen würde. Die Bewegung führt auch nicht aus, wie die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge praktisch umgesetzt werden sollte. Sie beharrt lediglich auf der Anerkennung des völkerrechtlich verbrieften, individuellen Rückkehrrechts. Damit hebt sie hervor, dass die Flüchtlings-

14 BDS, What is BDS?, 2019, https://bdsmovement.net/what-is-bds.

15 Vgl. etwa die Argumentation bei Thomas Thiel, Wegbereiter des Judenhasses, in: FAZ Online, 17. 7. 2019, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/bds-bewegung-wegbereiter-des-judenhasses-16287947.html; Michael Wolffsohn, „Das Ziel von BDS ist Israels Ende", in: RP Online, 12. 6. 2019, https://rp-online.de/kultur/michael-wolffsohn-das-ziel-von-bds-ist-israels-ende_aid-39368509.

16 Vgl. Deutschlandweiter BDS-Aufruf, 20. 6. 2015, http://bds-kampagne.de/aufruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/; eine entsprechende Klarstellung erfolgt auch hier BDS, Palestinians overwhelmingly condemn German Parliament's anti-Palestinian resolution, 23. 5. 2019, https://bdsmovement.net/news/palestinians-overwhelmingly-condemn-german-parliament%E2%80%99s-anti-palestinian-resolution.

Mit CamScanner gescannt

frage – wie auch in den Oslo-Abkommen festgehalten – nach wie vor einer Regelung bedarf und dass diese die Rechte der Flüchtlinge einbeziehen muss. Sie postuliert aber keineswegs, dass die einzig mögliche Umsetzung des Rechts durch die tatsächliche Rückkehr aller Flüchtlinge nach Israel erfolgen muss.[17]

Eine breit angelegte Kampagne

Der BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages ist nur im Zusammenhang mit einer breit angelegten Kampagne der israelischen Regierung zu verstehen, für die vor allem das Ministerium für strategische Angelegenheiten unter Gilad Erdan verantwortlich zeichnet und die tatkräftig von der israelischen Nichtregierungsorganisation „NGO Monitor" unterstützt wird.[18] Sie zielt im Kern darauf ab, Kritik an

17 Damit bestreitet die BDS-Bewegung weder, dass, um eine einvernehmliche Regelung zwischen allen Beteiligten zu erreichen, neben einer begrenzten Rückkehr nach Israel vor allem über eine israelische Anerkennung der Mitverantwortung für Flucht und Vertreibung, über Entschädigung sowie über die Ansiedlung von Flüchtlingen in Palästina und Drittstaaten zu verhandeln sein wird, noch setzt sie sich explizit dafür ein. Vgl. zu Regelungsmöglichkeiten ausführlicher auch Muriel Asseburg/Jan Busse, Der Nahostkonflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven, 3. Aufl., München 2020, Kapitel III.

18 Vgl. die vom Israelischen Ministerium für strategische Angelegenheiten ins Leben gerufene Webseite „4IL", https://4il.org.il/. Siehe dort auch die diffamierenden Berichte zu BDS, palästinensischen Organisationen und europäischer Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen. Für kritische Positionen vgl. Amos Yadlin/Michal Hatuel Radoshitzky, BDS and antisemitism: Examining the Ministry of Strategic Affairs Report, in: The Jerusalem Post, 11. 10. 2019, https://www.jpost.com/Opinion/BDS-and-antisemitism-604286 und Yael Patir, Who needs the Strategic Affairs Ministry?, in: Haaretz, 20. 10. 2019, https://www.haaretz.com/opinion/.premium-who-needs-the-strategic-affairs-ministry-1.8009618. Zum NGO-Monitor siehe die Webseite https://www.ngo-monitor.org/ und eine kritische Bewertung bei Policy Working Group, NGO Monitor: Shrinking Space. Defaming human rights organizations that criticize the Israeli occupation, September 2018, http://policyworkinggroup.org.il/report_en.pdf.

israelischer Regierungspolitik pauschal als antisemitisch zu diskreditieren, Kritiker als Terroristen oder Antisemiten zu dämonisieren und ihre Unterstützer einzuschüchtern. Letztlich geht es darum, die offizielle israelische Lesart der nahöstlichen Geschichte und Gegenwart durchzusetzen.

In diesem Sinne haben in den letzten Jahren Vertreterinnen und Vertreter der israelischen Regierung sowie ihre lokalen (durchaus unterschiedlich motivierten) Verbündeten zunehmend interveniert, um Veranstaltungen in öffentlichen Räumen und an Universitäten zu verhindern, die sich kritisch mit Israels Politik auseinandersetzen, um Anti-BDS-Beschlüsse auf allen Ebenen durchzusetzen und um die Arbeit der politischen Stiftungen vor Ort – insbesondere ihre Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen – zu diffamieren.[19] Aufsehen hat in diesem Zusammenhang etwa die Forderung des israelischen Premierministers im Januar 2019 erregt, die Bundesregierung solle, wegen dessen angeblich antiisraelischen Aktivitäten wie seiner Jerusalem-Ausstellung, ihre Unterstützung für das Jüdische Museum Berlin einstellen. Dies wies die Kulturstaatsministerin zwar zunächst zurück. Im Juni 2019 aber sah Museumsdirektor Peter Schäfer sich gezwungen zurücktreten, und zwar infolge eines Tweets aus seinem Hause mit einem Lesehinweis auf einen Artikel in der *taz*, der unter anderem auf eine kritische Stellungnahme jüdischer und israelischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum BDS-Beschluss des Bundestages verwies. Der emeritierte Professor und Publizist Micha

19 Für eine Chronologie vgl. Middle East Monitor, Timeline: International attempts to boycott BDS, 16. 3. 2017, https://www.middleeastmonitor.com/20170316-timeline-international-attempts-to-boycott-bds/. Mittlerweile sind dem Bundestagsbeschluss zu BDS vergleichbare Beschlüsse auch vom tschechischen (Oktober 2019), französischen (Dezember 2019) und österreichischen (Februar 2020) Parlament verabschiedet worden.

Mit CamScanner gescannt

Brumlik konstatiert in diesem Kontext einen „neuen McCarthyismus" im Bereich der Diskussion über BDS, Antisemitismus und Israel.[20]

Die Kampagne stützt sich in Deutschland auf ein breites Unterstützerumfeld: den Zentralrat der Juden, die Springer-Presse und proisraelische Lobbyorganisationen, wie zum Beispiel die Werteinitiative, NAFFO und die Initiative 27. Januar; Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Publizistik sowie die Beauftragten für jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus auf Bundes- und Landesebene.[21] Einfallstor sind dabei der von Natan Sharansky, damals Minister in der Sharon-Regierung, 2003 entwickelte „3D-Test" sowie die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) verabschiedete Arbeitsdefinition Antisemitismus inklusive der illustrierenden Beispiele. Beide geben vor, klare Kriterien für die Abgrenzung zwischen legitimer Kritik an Israel oder an israelischer Politik und israelbezogenem Antisemitismus zu liefern.[22] Nach Sharansky sind Aussagen dann dem israelbezogenen Antisemitismus zuzurechnen, wenn sie Israel dämonisieren, doppelte Standards anlegen oder Israel delegitimieren. Gemäß den Beispielen der IHRA-Arbeitsdefinition kann israelbezogener Antisemitismus unter anderem dann vorliegen, wenn Israel als rassistischer Staat bezeichnet oder Israels Existenzrecht bestritten wird.

20 Micha Brumlik, Unter BDS-Verdacht: Der neue McCarthyismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8 (August 2019), https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/august/unter-bds-verdacht-der-neue-mccarthyismus.

21 So stellte Minister Erdan den Bericht seines Hauses zu BDS im September 2019 im EU-Parlament gemeinsam mit der EU-Antisemitismusbeauftragten Katharina von Schnurbein vor und traf im Folgenden mit dem deutschen Beauftragten Felix Klein zusammen.

22 Natan Sharansky, 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, Foreword of JPSR Issue, in: Jewish Political Studies Review 16 (Fall 2004) 3–4, https://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/; IHRA, Working Definition of Antisemitism, 26. 5. 2016, https://www.holocaustremembrance.com/node/196.

Zunehmend bestimmt diese Definition in Deutschland auch das Verwaltungshandeln. Berlins Innensenator Andreas Geisel forderte im September 2019 eine Beobachtung von BDS durch den Verfassungsschutz.[23] Die Hochschulrektorenkonferenz beschloss im November 2019 – vor dem Hintergrund des Terroranschlags in Halle –, dass die Antisemitismusdefinition der IHRA an allen Hochschulstandorten angewendet werden solle, und unterstützte eine Resolution von Studierendengruppen, in der BDS als „besonders aggressiver Ausdruck des israelbezogenen Antisemitismus" gebrandmarkt wird.[24]

Gerade diejenigen Elemente von Antisemitismusdefinitionen, die sich auf israelbezogenen Antisemitismus beziehen, sind allerdings unter Expertinnen und Experten umstritten. Tatsächlich, so die Schlussfolgerung des Antisemitismusforschers Peter Ullrich, „begünstigt die ‚Arbeitsdefinition' eine widersprüchliche und fehleranfällige Anwendungspraxis". Sie bietet gerade keine klaren Kriterien an, sondern „führt zu Einschätzungen von Vorfällen oder Sachverhalten, die nicht auf klaren Kriterien basieren, sondern eher auf Vorverständnissen derer [beruhen], die sie anwenden, oder auf unreflektiert übernommenen

23 Andreas Geisel, „Sie stellen das Existenzrecht Israels in Frage", in: ZEIT Online, 25. 9. 2019, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/andreas-geisel-innensenator-berlin-bds-bewegung-verfassungsschutz.

24 Hochschulrektorenkonferenz, Kein Platz für Antisemitismus. Entschließung der HRK-Mitgliederversammlung vom 19. 11. 2019, https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/kein-platz-fuer-antisemitismus; freier zusammenschluss von student*innenschaften (fzs), Resolution – gegen BDS und jeden Antisemitismus, ohne Datum, https://www.fzs.de/positionen/feminismus-antidiskriminierung/gegen-antisemitismus/. Für eine Kritik an der Einschränkung der Grundfreiheiten von Rede, Lehre und Forschung vgl. den offenen Brief der Präsidentin von BRISMES (British Society for Middle Eastern Studies) an den Präsidenten der HRK vom 26. 2. 2020, http://www.brismes.ac.uk/images/BRISMES2020/caf_26022020_signed.pdf, sowie die Petition von Beschäftigten an deutschen Hochschulen und Forschungszentren unter https://www.openpetition.de/petition/online/einspruch-gegen-sprachregelungen-fuer-hochschulen#petition-main.

Mit CamScanner gescannt

verbreiteten Deutungen". Damit bietet sich die Arbeitsdefinition an für eine politische Instrumentalisierung, etwa um Positionen im Nahost-Konflikt zu diskreditieren.[25] Kritik am israelischen Nationalstaatsgesetz vom Juli 2018, das die rechtliche Ungleichheit von jüdischen und arabischen Staatsbürgern Israels festschreibt und das sich schwerlich mit demokratischen Standards vereinbaren lässt, kann eben nicht einfach als israelbezogener Antisemitismus abgetan werden. Auch lässt sich zum Beispiel trefflich darüber streiten, ob und inwiefern die auf Dauer angelegte israelische Besatzung in den palästinensischen Gebieten mit dem historischen Apartheidsystem Südafrikas vergleichbar ist oder ob sie der juristischen Definition eines Apartheidsystems (etwa gemäß Statut des Internationalen Strafgerichtshofs von 2002) entspricht. Aber zu behaupten, der Apartheidvergleich sei per se ein Indiz für Antisemitismus, ist eine unzulässige Verkürzung, die im Ergebnis dazu dient, Kritik an Besatzung und Ungleichbehandlung zu delegitimieren.

Vor diesem Hintergrund lehnen namhafte jüdische und israelische Akademikerinnen und Akademiker, darunter renommierte Holocaust-Forscherinnen und -Forscher – unabhängig von ihrer jeweiligen Haltung zu BDS –, eine Gleichsetzung von BDS und Antisemitismus ab und betonen das Recht jedes und jeder Einzelnen, BDS zu unterstützen.[26] Auch haben mittlerweile mehrere Gerichtsurteile in verschiedenen Städten Deutschlands den pauschalen Antisemitismusvorwurf gegen BDS-Aktivistinnen und -Aktivisten zurückgewiesen.

25 Für ein Expertengutachten zur Arbeitsdefinition der IHRA vgl. etwa Peter Ullrich, Gutachten zur „Arbeitsdefinition Antisemitismus" der International Holocaust Remembrance Alliance, beauftragt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und medico international e. V., September 2019, S. 3, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_2-2019_Antisemitismus.pdf.

26 Vgl. Aufruf von Jüdischen und Israelischen Wissenschaftler[n] an Deutsche Parteien zu „BDS", Mai 2019, https://de.scribd.com/document/410140639/Aufruf-von-Judischen-und-Israelischen-Wissenschaftler-an-Deutsche-Parteien-zu-BDS.

Entsprechend begründete Raumkündigungen oder der Ausschluss von Veranstaltungen wurden gerichtlich aufgehoben. Festgehalten wird in den Urteilen zudem, dass der Bundestagsbeschluss (sowie entsprechende Beschlüsse auf Landesebene) keine Gesetzeskraft hat und daher nicht herangezogen werden kann, um das Grundrecht auf Meinungsfreiheit einzuschränken.[27] Die Bundesregierung hat ihre bisherige Linie beibehalten, die BDS-Bewegung nicht per se als antisemitisch einzustufen, und bekräftigt, dass der Bundestagsbeschluss keine Gesetzeskraft entfaltet.[28] Damit steht sie auch im Einklang mit der Position der damaligen Hohen Vertreterin der EU für Außenbeziehungen, Federica Mogherini, sowie der UN-Berichterstatter für die Menschenrechtspakte, die BDS eindeutig von der Meinungsfreiheit gedeckt sehen.[29]

Eine konstruktive Herangehensweise

Die Kontroverse in Deutschland, wie sie seit dem Bundestagsbeschluss zu BDS geführt wird, geht an den konkreten Herausforderungen im deutsch-israelisch-palästinensischen Dreieck vorbei. Sie verschleiert den Blick auf Entwicklungen vor Ort, die eine Konfliktregelung

27 Vgl. Urteil des OVG Lüneburg, 27. 3. 2019; Urteil des VG Köln, 12. 9. 2019. Anders hingegen Urteil des VG München, 12. 12. 2018.

28 Vgl. Germany's Response to the Joint Communication from Special Procedures AL DEU 3/2019, 14. 1. 2020, https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownLoadFile?gId=35109.

29 Federica Mogherini, Parliamentary Questions – Answer given by Vice-President Mogherini on behalf of the Commission, 15. 9. 2016, http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2016-005122-ASW_EN.html?redirect; Rania Salloum/Christoph Schult, Resolution zu BDS-Boykottbewegung: Uno rügt Antisemitismus-Beschluss des Bundestags, in: Spiegel Online, 25. 10. 2019, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/vereinte-nationen-uno-ruegt-antisemitismus-beschluss-des-bundestags-a-1293375.html.

Mit CamScanner gescannt

zunehmend unmöglich machen, und nutzt einem effektiven Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland nicht.

Sinnvoll wäre daher *erstens* ein differenzierter Umgang mit der BDS-Bewegung, der nicht von einer „Rhetorik des Verdachts"[30] bestimmt ist. Weder sollten die Bewegung und ihre Forderungen pauschal als antisemitisch diffamiert, noch sollten Antisemitismusvorwürfe pauschal zurückgewiesen werden. Letztlich müssen sie im konkreten Einzelfall überprüft werden. Dafür ist die Arbeitsdefinition der IHRA allerdings wenig hilfreich.

Zweitens braucht es eine konzertierte Aktion im Bereich von Prävention, Bildung, Integration und Strafrecht gegen das weitere Erstarken von Antisemitismus. Dazu gehört auch eine Auseinandersetzung damit, wie Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zusammenhängen und welche spezifischen Ansätze notwendig sind, um Antisemitismus in allen Teilen der deutschen Gesellschaft effektiv zu begegnen.

Drittens sollten Räume (wieder) geöffnet werden – unter anderem in den Medien, im Parlament und bei den politischen Stiftungen –, in denen eine konstruktive Debatte über eine Konfliktregelung in Nahost möglich ist, die die Menschenrechte aller Betroffenen gewährleistet und das Selbstbestimmungsrecht beider Völker berücksichtigt. Konstruktive und diskussionsbereite Stimmen, die sich für die Rechte von Palästinenserinnen und Palästinensern einsetzen, dürfen in dieser Debatte nicht ausgegrenzt, pauschal als antisemitisch stigmatisiert oder in die Nähe des Terrorismus gerückt werden. Das muss auch für diejenigen gelten, die dafür eintreten, dass gewaltlos Druck auf Israel ausgeübt wird.

30 Vgl. Christian Heilbronn/Doron Rabinovici/Natan Sznaider, Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte, Frankfurt a. M. 2019, S. 11 f.

Gert Krell

Achille Mbembes „Politik der Feindschaft" und der Vorwurf des Antisemitismus[1]

Auch nach dem Interview mit Felix Klein, dem Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung, in der *ZEIT* vom 20. Mai 2020[2] bleibt der Vorwurf, der afrikanische Historiker und Philosoph Achille Mbembe äußere sich antisemitisch, diskussionsbedürftig. Überhaupt stellt sich die Frage, ob die Fixierung auf Mbembes vermeintlichen Antisemitismus für eine kritische Auseinandersetzung mit seinem Weltbild geeignet ist. Im Zentrum seiner Analysen und Überlegungen stehen die Sklaverei und der Kolonialismus. Das strukturierende Merkmal der letzten Jahrhunderte sei die Spaltung zwischen dem zivilisatorischen Anspruch des die Welt erobernden und teilweise besiedelnden Westens auf der einen und der ungehemmten Gewalt gegen die als unzivilisiert charakterisierten bzw. stigmatisierten Völker auf der anderen Seite. In der Tat: Noch in den Jahrzehnten, in denen Johannes Brahms in seinem Requiem die schönen Wohnungen des Himmelreichs musikalisch in Szene setzte und Gustav Mahler in seiner vierten Sinfonie dessen Wonnen feierte, haben die Europäer und

1 Für Kritik und Anregungen danke ich meiner Frau Irene Krell, Meron Mendel, Reiner Steinweg, Angela Töreyen, Hanne Wiltsch und vor allem Martin Altmeyer und Muriel Asseburg. Eine etwas längere Fassung ist auf meiner Webseite nachzulesen: www.gert-krell.de, dort auf der Unterseite „Papiere".

2 „Für eine Entschuldigung sehe ich keinen Anlass": Ein Gespräch mit Felix Klein, dem deutschen Antisemitismusbeauftragten, über den Streit um den Historiker Achille Mbembe und die dadurch ausgelösten Proteste, in: Die ZEIT vom 20. 5. 2020, S. 49 f.

Mit CamScanner gescannt

die USA in verschiedenen Regionen des „Südens" die reale Hölle verbreitet. Der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts war bekanntlich die weitgehende Vernichtung der Ovaherero und der Nama im Südwesten Afrikas durch deutsche Kolonialtruppen zwischen 1904 und 1908; ein Völkermord, den die Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht offiziell anerkennt. Immerhin gibt es inzwischen Bewegung in der deutschen Haltung. Hier kennt sich Mbembe aus, und hier hat er „uns", dem „Westen", viel zu sagen, auch wenn uns der Spiegel nicht gefallen mag.

Deutlich weniger gelungen, vielfach überzogen und aufgeladen, ja geradezu von Feindseligkeit den Demokratien gegenüber getragen sind dagegen weite Teile von Mbembes Zeitdiagnosen. Bei ihm findet das paradoxe Verhältnis zwischen Zivilisation und Gewalt im Kolonialismus nicht nur eine Fortsetzung im Faschismus und Nationalsozialismus – dafür kann er sich u. a. auf Hannah Arendt berufen –, sondern auch in den westlichen Demokratien. Auch sie brauchten den Feind, ohne ihn seien sie nicht lebensfähig. Da die eigentlich erforderliche Spaltung der Gesellschaft in Herren und Sklaven sich aufgelöst habe, seien die liberalen Demokratien unserer Zeit für ihr Überleben angewiesen auf die Spaltung in Gleiche und Nichtgleiche oder auch in Freunde bzw. Verbündete und Feinde der Zivilisation. Ohne Feinde hätten sie Schwierigkeiten, sich allein aufrechtzuerhalten. Ob es solche Feinde tatsächlich gebe, falle dabei kaum ins Gewicht. Man brauche sie nur zu erschaffen, zu demaskieren und ans Licht zu holen.[3] Nicht nur, dass es für Mbembe keine Entkolonialisierung aufseiten der sich für zivilisiert haltenden Gesellschaften in Form der heutigen Demokratien gibt; er dämonisiert und überblendet sie mit Bildern und Deutungsmustern, die man normalerweise für die Beschreibung totalitärer Gesellschaften verwenden würde. So geht das ein ganzes Kapitel lang, ja fast durch das ganze Buch; immer und nur ist die Rede von *den* liberalen Demokratien, die gleichsam für alle gewaltsamen Übel unserer

3 Achille Mbembe, Politik der Feindschaft, Berlin 2017, S. 100.

Zeit verantwortlich seien, weil sie ihre Bedrohungen und die Gegengewalt selbst inszenierten. Die Demokratien sind, so hat es Ijoma Mangold in der *ZEIT* zusammengefasst, Orte der Entrechtung und Vernichtung. Der liberale Rechtsstaat hat in diesem Denken keinerlei Kredit.[4]

Nichtwestliche oder nichtdemokratische Staaten mit ihren Feindkonstruktionen und ihrer wechselseitigen Gewalt etwa in den Entwicklungs- oder Schwellenländern kommen in „Politik der Feindschaft" überhaupt nicht vor. Zwar liefert Mbembe eine knappe, brillante Analyse der religiösen Motivation von islamischen Selbstmordattentätern oder eine kurze Typologisierung von Gewaltverhältnissen in afrikanischen Ländern, aber analytisch integriert er beides nicht. 9/11 erwähnt er nicht einmal, kein einziges Wort fällt über den Islamischen Staat, über den Völkermord in Ruanda, über die Vernichtungsfantasien gegenüber Israel bei Teilen der iranischen Führung oder der Hamas. Eigentlich hat Mbembe gar keinen Begriff von internationalen Beziehungen oder überhaupt von *Inter*aktion. Reale Konflikte, also z. B. Konkurrenz um unvereinbare Interessen, um Handelsvorteile, um Territorien oder Gefolgschaft, legitime Sicherheitsbedürfnisse gegenüber real existierenden, also ausgesprochenen und materiell unterstrichenen Bedrohungen, geostrategische Rivalitäten und sich mit all dem immer wieder verknüpfende explizite Feindbilder (also nicht bloß eingebildete Gegnerschaft), schwierige Verhandlungen über Problemregulierung, all das spielt keine Rolle in Mbembes reduktionistisch psychologisierender Deutung einer – halbierten – Welt.

Auch bei den Innenbeziehungen der Demokratien verliert Mbembe jedes Maß. Hier sieht er kontinuierlich zunehmende Repression einschließlich der Entwicklung zum totalen Überwachungsstaat.[5] Wie absurd auch diese Einschätzung ist, zeigen verschiedene aktuelle

4 Ijoma Mangold, Wie rassistisch ist der Westen?, in: Die ZEIT vom 29. 4. 2020, S. 45.

5 Mbembe, Politik, S. 76

Mit CamScanner gescannt

Datensammlungen zum Thema.[6] Ja, es stimmt, dass die Freiheitswerte in den letzten Jahren im Weltdurchschnitt zurückgegangen sind, aber wirklich unfrei oder nur halb frei sind gerade nicht die westlichen Demokratien. Und ja, es gibt totale Überwachungsstaaten, aber das sind China, Nord-Korea, vielleicht Singapur; keine der westlichen Demokratien gehört dazu, auch wenn das einige Verschwörungstheoretiker im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie behaupten. Ein weiterer Punkt betrifft Mbembes scharfe Kritik an der Migrations- und Flüchtlingspolitik der westlichen Demokratien. Hier wirken angeblich wieder dieselben schon beschriebenen Mechanismen: Feindkonstruktionen, Rassismus, Abschottung bis gewaltsame Verhinderung von Einwanderung. Sicher kann man auch hier die Demokratien nicht einfach freisprechen, muss man sie an ihren eigenen Maßstäben messen; aber ihnen alle schwerwiegenden hausgemachten Probleme in den Entwicklungs- oder Schwellenländern anzulasten, die zu Fluchtbewegungen führen, ist eine grandiose Projektion.

Im Zentrum der Diskussion über Achille Mbembe steht freilich gar nicht sein dämonisches Weltbild, sondern sein vermeintlicher Antisemitismus. Das soll, wieder am Beispiel von „Politik der Feindschaft", anhand sechs gängiger Kriterien überprüft werden:

6 Vgl. Freedom House, Freedom in the World 2020: A Leaderless Struggle for Democracy, www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2020/leaderless-struggle-democracy; vgl. auch die Datensammlung von Max Roser, der eine hohe Korrelation zwischen dem Niveau der Menschenrechte und dem Regime-Typ belegt: www.ourworldindata.org, dort unter „Democracy"; siehe weiterhin die Political Terror Scale von 1 bis 5 der Purdue Universität, bei der für 2018 fast alle großen westlichen Demokratien mit 1 (Frankreich, Spanien und Polen mit 2, die USA mit 2–3, Israel mit 3 und die Türkei mit 5) bewertet werden: Sie sind sichere Rechtsstaaten, ihre Bürger kommen nicht wegen ihrer Ansichten ins Gefängnis, Folter ist selten oder eine große Ausnahme, politische Morde sind extrem selten: www.politicalterrorscale.org/Data. Diese und alle weiteren Links in diesem Beitrag wurden zuletzt am 8. 6. 2020 abgerufen.

(1) Vertritt Mbembe eine antisemitische Grundhaltung? Definitiv nicht, denn seine Utopie ist eine Weltgesellschaft der allgemeinen wechselseitigen Anerkennung unabhängig von Nation, „Rasse" oder Geschlecht und natürlich auch von Religion. Da hat Antisemitismus, also die Ausgrenzung oder Abwertung von Juden, keinen Platz.

(2) Finden sich bei ihm klassische judenfeindliche oder antisemitische Stereotype wie etwa: Juden seien illoyal, geldgierig, falsch, listig, zu einflussreich oder was es da immer an althergebrachten Stereotypen gibt? Nein, keine Spur davon. Jürgen Kaube von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* will in einem Hinweis Mbembes auf die talionische Tradition im Alten Testament und deren Fehldeutung ein Anzeichen für Antisemitismus sehen.[7]

Nun stimmt zwar, dass Mbembe das talionische Prinzip (also: Auge um Auge, Zahn um Zahn) rechtsgeschichtlich nicht korrekt wiedergibt. Er benutzt „talionisch" pauschal als Fachbegriff für Vergeltung oder wütende Rache, während er doch gerade auf die Einhegung gewaltsamer Beziehungen zielt: für ein Auge *nur ein* Auge, für einen Zahn *nur einen* Zahn und nicht mehr. Es stimmt auch, dass Mbembe den Begriff mit dem Hinweis auf dessen Herkunft im Alten Testament in einem Abschnitt heranzieht, in dem er Israel scharf kritisiert. Aber zum einen benutzen viele Menschen, darunter auch Bildungsbürger, den Begriff so wie Mbembe, ohne dass man sie des Antisemitismus verdächtigen würde, und zum anderen verwendet der ihn an anderer Stelle genauso für die westlichen Demokratien allgemein wie für Israel.[8] Außerdem wäre darauf hinzuweisen, dass es in beiden monotheistischen Religionen, der jüdischen wie der christlichen, sowohl einen zornigen, strafenden als auch einen liebenden und verzeihenden

7 Jürgen Kaube, Alles in einen Topf: Ist dem in Deutschland vielgeehrten Philosophen Achille Mbembe Antisemitismus vorzuwerfen?, in: FAZ vom 20. 4. 2020, S. 9.

8 Mbembe, Politik, S. 92 (Israel) und S. 114 (die liberalen Demokratien).

Mit CamScanner gescannt

Gott gibt, von seiner Einspannung für handfeste irdische Interessen ganz abgesehen.[9]

(3) Leugnet Mbembe den Holocaust? Mit Sicherheit nicht, ganz im Gegenteil; auch für Mbembe ist der Holocaust eine der größten Menschheitskatastrophen. Juden kommen in „Politik der Feindschaft" fast nur als Opfer, als ausgegrenzte, abgewertete und verfolgte Gruppe vor; da sieht er viele historische Parallelen zu den „Negern". (Israel ist ein anderes Thema.) Besonderen Anstoß hat im Amt des Antisemitismus-Beauftragten erregt, dass bei Mbembe „die Verbrechen des Holocaust in Zusammenhang gebracht werden mit anderen geschichtlichen Zusammenhängen". Schon die Formulierung ist krude, wenn nicht absurd, denn natürlich werden historische Katastrophen oder Menschheitsverbrechen immer mit „anderen geschichtlichen Zusammenhängen" in Zusammenhang gebracht, es sei denn, man erklärt sie für unergründlich oder unerforschbar – was gewiss zulässig wäre, aber gerade die Holocaust- oder überhaupt die Gewaltforschung nicht akzeptieren kann. Es gibt gute Gründe, die unfassbare Grausamkeit und Ungeheuerlichkeit des Holocaust zu betonen, gleichwohl ist nicht nur aus wissenschaftlichen, sondern auch aus moralischen Gründen auf der Zulässigkeit von Vergleichen zu insistieren, solange sie nicht zu seiner Verharmlosung führen. Wenn etwa Vergleiche zwischen dem Holocaust und dem Gulag nicht erlaubt wären, dürfte man ihn nicht als „Auschwitz ohne Gaskammern" bezeichnen.[10] Statt auf das Risiko der Relativierung zu verweisen, die ja gerade nicht das Ergebnis von Vergleichen sein muss, sollte man auch bedenken, dass die Singularisierung des Holocaust dazu führen kann oder jedenfalls häufig von Betroffenen so wahrgenommen wird, dass ihr kollektives historisches Leid weniger zählt oder

9 Vgl. dazu Karen Armstrong, Im Namen Gottes: Religion und Gewalt, München 2016.

10 Vgl. dazu das Interview von Sylvia Sasse mit Renate Lachmann, Nicht wissen dürfen: Was für Gemeinsamkeiten gibt es zwischen der Literatur über den GULag und der über den Holocaust?, in: FAZ vom 23. 5. 2020, S. 18.

gar keine Beachtung mehr findet – eine Gefahr, die gerade im Nahost-Konflikt gegeben ist. Opferkonkurrenz ist eine schlechte Voraussetzung für gemeinsames Trauern, das manche jüdischen und arabischen Eltern praktizieren, die in gewaltsamen Konflikten im Nahen Osten Kinder verloren haben.

(4) Bestreitet Mbembe das Existenzrecht Israels? Auch darauf lässt sich bei aller Schärfe seiner Kritik an der israelischen Besatzung und an Israels Verhältnis zu den Palästinensern in „Politik der Feindschaft" kein Hinweis finden. Auf diese Frage ist noch im Zusammenhang mit Mbembes Sympathien für die BDS-Bewegung zurückzukommen.

(5) Dämonisiert Mbembe Israel? Hier gibt es in der Tat Anlass für Kritik. Als Belege für das „Trennungsprojekt" Israels gegenüber den Palästinensern, dessen Kern die Vernichtungsangst bilde, führt Mbembe eine lange Liste von Abgrenzungen, Abwertungen, Einschränkungen, Beschädigungen und Zerstörungen (physisch, politisch, wirtschaftlich, rechtlich, kulturell) der palästinensischen Gebiete und palästinensischen Lebens an. Die Faktizität vielseitiger Maßnahmen der Trennung, Kontrolle, Diskriminierung, Verdrängung und der Negierung palästinensischer Geschichte und Narrative lässt sich nicht ernsthaft bestreiten, zumal sich Mbembe hier auf israelische Literatur bezieht. Stein des Anstoßes sind dann auch eher seine Vergleiche mit dem Apartheid-Regime in Südafrika. Für die besetzten Gebiete, nicht für das israelische Kernland, gibt es allerdings in der Tat einige auffallende Parallelen (getrennte und asymmetrische Verkehrswege, Wassernutzung und Rechtssysteme). Auch viele ehemalige Spitzenpolitiker in Israel warnen vor Netanjahus Nahostplan: Wenn er Realität würde, sei er „mit Apartheid vergleichbar".[11] In jedem Fall aber

11 Alexandra Föderl-Schmid, Der dritte Anlauf: Israel wählt erneut und Benjamin Netanjahu wirbt mit Trumps Nahostplan, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. 2. 2020, S. 9; ähnlich äußerten sich hochrangige europäische Politiker und ehemalige Minister, vgl. den Abdruck der Stellungnahme auf der Webseite von Reiner & Judith Bernstein: https://www.jrbernstein.de/blog/2020/2/27/groe-sorge-ber-den-us-plan-den-israelisch-palstinensischen-

Mit CamScanner gescannt

wäre als eine zentrale Differenz auf das in Israel bestehende Menschenbild und jenes des Apartheid-Regimes in Südafrika zu verweisen – was Mbembe und seine Fürsprecher freilich unterlassen. Von den üblichen paternalistischen Haltungen gegenüber den „Eingeborenen" im frühen Zionismus abgesehen, war „Minderwertigkeit" der Palästinenser niemals ein relevanter Teil zionistischer Programmatik. Im undifferenzierten Vergleich Israels mit dem alten Südafrika könnte man also ein Indiz für Israelfeindlichkeit sehen; ein eindeutiger Beleg für Antisemitismus ist darin jedoch nicht zu erkennen.

Achille Mbembe geht freilich noch zwei Schritte weiter. Er betont unter anderem die erhebliche technische „Verbesserung" der israelischen Kontrollgewalt im Vergleich zu den „primitiven Maßnahmen" des südafrikanischen Apartheidregimes von 1948 bis Anfang 1980. Zum Zweiten meint er, die Metapher der Apartheid reiche nicht aus, um das israelische Trennungsprojekt zu erfassen, denn es ruhe auf einem „recht einzigartigen metaphysischen und existenziellen Sockel". Und weiter heißt es: „Die darunter liegenden apokalyptischen Ressourcen und Katastrophen sind weitaus komplexer und geschichtlich viel tiefer verwurzelt als alles, was den südafrikanischen Calvinismus möglich machte."[12] Wie aus anderen Formulierungen von Mbembe hervorgeht, in denen er vom Zyklus Täter > Opfer > Täter spricht, in dem die Opfer irgendwann selbst zu Tätern werden, spielt er hier offenbar auf einen Zusammenhang zwischen der Holocaust-Erfahrung und der vielfach sehr harten Haltung Israels im Nahost-Konflikt an.[13] Die Literatur, die Mbembe dazu angibt, erscheint Jürgen Kaube wieder höchst verdächtig, weil BDS-nah,

konflikt-zu-lsen. Siehe auch: Shimon Stein/Moshe Zimmermann, Israel will Teile der Palästinensergebiete annektieren. Deutschland muss endlich den Mund aufmachen, in: Der Tagesspiegel, 8. 6. 2020, https://m.tagesspiegel.de/politik/israel-will-teile-der-palaestinensergebiete-annektieren-deutschland-muss-endlich-den-mund-aufmachen/25897708.html.

12 Mbembe, Politik, S. 85.

13 Ebenda, S. 76 (der Teufelskreis des Hasses).

aber hier ließen sich zahlreiche Studien israelischer Psychologen oder Sozialwissenschaftler finden, die theoretisch wie empirisch Überblendungen der jüngeren israelischen Konflikterfahrungen mit dem Holocaust belegen: Die Araber werden zu Nazis und Arafat zu Hitler. Daraus ein „Tätervolk" zu konstruieren, wie es bei Mbembe anklingt, begründet dann aber doch einen Verdacht auf Antisemitismus, zumal wenn der Autor die realen Bedrohungen Israels und die teilweise eliminatorischen Formulierungen in Dokumenten und Äußerungen von Führungspersonal im Iran, bei Hamas oder in arabisch geprägten Ländern ignoriert. Historisch sollte nicht vergessen werden, dass Amin al-Husseini, einer der maßgeblichen palästinensischen Politiker in der Mandatszeit und einer der Führer des palästinensischen Widerstands, ein wütender Antisemit war und sich nach dem Scheitern des Aufstands nach Berlin absetzte, sich von den Nazis aushalten ließ und über den Rundfunk antisemitische Hetzreden in die arabischen Länder verbreitete.[14]

Zum Thema der verhängnisvollen Prägung durch kollektive Traumata gibt es seriöse Literatur in Israel selbst[15] und besonnene Reaktionen von anderen antikolonialen Denkern im „Süden"; so z. B. von dem Pakistani Eqbal Ahmad, dem die PLO schon vor 1982 den Auftrag gegeben hatte, ihre Strategie zu bewerten.[16] Ahmad war nicht

14 Zur Kritik der Einschätzung, diese „Achse" sei die eigentliche Ursache für den Nahost-Konflikt, vgl. Gert Krell, History and Responsibility: Shadows from the Past in German-Israeli Relations, in: Alfred Wittstock (Hrsg.), Rapprochement, Change, Perception and Shaping the Future: 50 Years of German-Israeli and Israeli-German Diplomatic Relations, Berlin 2016, S. 55–92, hier S. 73–81, oder die Gesamtdarstellung von David Motadel, Islam and Nazi Germany's War, Cambridge, Mass./London 2014.

15 Vgl. etwa Esther Benbassa, Suffering as Identity: The Jewish Paradigm, London/New York 2010; Idith Zertal, Israel's Holocaust and the Politics of Nationhood, Cambridge/New York 2011; Avraham Burg, Hitler besiegen: Warum Israel sich endlich vom Holocaust lösen muss, Frankfurt a. M./New York 2009.

16 Das Folgende nach Rashid Khalidi, The 100 Years' War On Palestine, London 2020, S. 179 f.

Mit CamScanner gescannt

prinzipiell gegen den bewaffneten Kampf für antikoloniale Befreiung, kritisierte aber die PLO für ihre mangelnde politische Effektivität und ihre oft kontraproduktive Praxis. Noch wichtiger aber war sein zentraler Einwand: Er stellte ernsthaft infrage, ob der bewaffnete Kampf im konkreten Fall, nämlich gegen Israel, der richtige Weg sei. Angesichts der jüdischen Geschichte, insbesondere im 20. Jahrhundert, verstärke die Anwendung von Gewalt nur das vorgelagerte und alles überwältigende Gefühl in Israel, Opfer zu sein; zugleich eine sie die israelische Gesellschaft, verstärke die militantesten Tendenzen im Zionismus und fördere die Unterstützung für Israel von außen. Die PLO war von dieser Analyse nicht begeistert, obwohl sie sich schon auf den Weg zur Abkehr vom bewaffneten Kampf begeben hatte. Die weitere Geschichte des Konflikts hat Ahmad bestätigt: Die Palästinenser waren politisch nie so erfolgreich wie mit der ersten, fast gänzlich gewaltfreien Intifada.

Schade, dass Mbembe diese oder ähnliche Interpretationen nicht aufgegriffen hat. Stattdessen münden seine insgesamt eher kurzen Ausführungen zu Israels Trennungsprojekt gegenüber den Palästinensern in eine abschließende Zuspitzung, der zufolge die „fanatische Zerstörungsdynamik" (sic) Israels darauf abziele, „das Leben der Palästinenser in einen Trümmerhaufen und einen zur Entsorgung bestimmten Berg aus Müll zu verwandeln".[17] Auch hier lädt Mbembes Sprachgewalt oder manchmal eben auch Gewaltsprache geradezu dazu ein, auf Antisemitismus zu erkennen. Da er ohnehin ständig von Vernichtungsfantasien (nicht Israel, sondern den Westen überhaupt betreffend) redet, muss er auch akzeptieren, dass man bei dieser Formulierung einen Genozid-Vorwurf assoziiert. Im Gegensatz zum deutschen oder türkischen Nationalismus war der Zionismus als jüdische Variante des Nationalismus jedoch nie genozidal. Dass Israel enorme reale Trümmerhaufen (z. B. in Beirut 1982 oder im Gaza-Streifen 2014) und viele Tote zu verantworten hat, deren Zahl in den verschiedenen gewalttätigen Auseinander-

17 Mbembe, Politik, S. 86.

setzungen im Nahen Osten oft deutlich über den eigenen Verlusten liegt,[18] bleibt unbestritten, rechtfertigt aber nicht die Rede von der Vernichtungspolitik, die an den Terror der Nazis erinnert.

(6) Auch wenn Mbembe Israel gegenüber die Grenze zur Dämonisierung überschreitet, singularisiert er Israel nicht; er kritisiert, pathologisiert und dämonisiert alle anderen westlichen Demokratien auch. Eine spezifische Feindseligkeit gegenüber Israel lässt sich allerdings nicht leugnen. Mbembe hat Einschätzungen zu Israel kundgetan, die es durchaus als einen besonderen Übeltäter herausstellen. Man kann die israelische Besatzung als einen großen Skandal bezeichnen, aber gewiss nicht als die „stärkste dehumanisierende Tortur des Jahrhunderts, in dem wir leben, und die größte Feigheit des letzten halben Jahrhunderts".[19] Da gäbe es eine Reihe von anderen „Torturen" wie den schon erwähnten Völkermord in Ruanda, den Krieg zwischen Iran und Irak, den Krieg zwischen den USA plus Verbündeten gegen den Irak, den anhaltenden Bürgerkrieg in Syrien mit russischer und iranischer Beteiligung, den Bürgerkrieg im Jemen mit iranischer und arabischer Beteiligung, die chinesischen Umerziehungslager für Uiguren oder den Terror des Islamischen Staates.

Wie steht es mit Mbembes Sympathien für die BDS-Bewegung, der zweiten Quelle für den Vorwurf antisemitischer Einstellungen?[20] Häufig wird argumentiert, die Anerkennung eines Rückkehrrechts für die palästinensischen Flüchtlinge komme einer Verneinung des

18 Dazu mit vielen Beispielen und empirischen Details Khalidi, The 100 Years' War.

19 Das Zitat stammt aus einem Vorwort Mbembes zu dem Sammelband von Jon Soske/Sean Jacobs (Hrsg.), Apartheid Israel: The Politics of an Analogy, Chicago 2015; vgl. auch Mangold, Wie rassistisch ist der Westen? Mangold macht Mbembes statisches Geschichtsbild für seinen „Hass auf Israel" verantwortlich.

20 Zum Bundestags-Beschluss zur BDS-Bewegung siehe u. a. den Beitrag von Muriel Asseburg in diesem Band. Ich gehe hier nur auf die unterstellten antisemitischen Konnotationen der zentralen BDS-Forderungen ein.

Mit CamScanner gescannt

Existenzrechts Israels gleich. Das ist eine höchst fragwürdige Konstruktion. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass in allen großen Nahost-Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern die palästinensische Seite auf der Anerkennung dieses Rechts bestanden hat, die im Übrigen bis heute durch UN-Resolutionen gedeckt ist. So haben selbst die USA im Einklang mit den Vereinten Nationen in der Frühzeit des Staates Israel intensiv, wenn auch ohne Erfolg über die Rücknahme palästinensischer Flüchtlinge verhandelt, die von Israel aus den ihm vom Beschluss der UN-Generalversammlung zugesprochenen Gebieten ohne völkerrechtliche Rückendeckung vertrieben worden waren. Die konkrete Umsetzung dieser Forderung wäre immer Gegenstand von Verhandlungen gewesen, wozu es bislang nur in allerersten Ansätzen gekommen ist. Mustafa Barghouti, der Vorsitzende der Partei Palästinensische Nationale Alternative, hat diese Differenzierung 2019 in einem Interview der *taz* bestätigt.[21] Auch BDS postuliert keineswegs, dass die einzig mögliche Umsetzung des Rückkehrrechts durch die tatsächliche Rückkehr aller Flüchtlinge nach Israel erfolgen müsse.[22]

Ganz abgesehen davon, dass BDS mehrfach erklärt hat, dass sich das Ziel, die Besatzung und Kolonisierung zu beenden, lediglich auf die 1967 von Israel besetzten Gebiete bezieht, ist der Vorwurf des Antisemitismus aber auch deshalb problematisch, weil er andere Optionen für eine Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern als die Zweistaatlichkeit (oder die Fortsetzung der jetzigen halbkolonialen Konstellation) gleichsetzt mit der von arabischen oder iranischen Extremisten auch immer wieder erhobenen Forderung nach Beseitigung der politischen oder gar der physischen Präsenz von Juden im ehemaligen

21 Palästinensischer Politiker über Nahost: „Ein-Staat-Lösung mit Apartheid", in: taz vom 5. 7. 2019, https://taz.de/Palaestinensischer-Politiker-ueber-Nahost/!5609268/.

22 Zu Regelungsmöglichkeiten vgl. Muriel Asseburg/Jan Busse, Der Nahostkonflikt – Geschichte Positionen, Perspektiven, München 2018, Kap. III.

Palästina überhaupt. Unter BDS-Anhängern oder Sympathisanten ist offenbar das Konzept eines binationalen gemeinsamen Staates mit gleichen Menschen- und Bürgerrechten und paritätischen Entscheidungsgremien eine verbreitete Vision. Man mag diese Perspektive für völlig unrealistisch halten, weil sie der zentralen Prämisse des zionistischen Projekts der Besiedlung und Staatsgründung zuwiderliefe und deshalb niemals die Zustimmung einer Mehrheit in Israel finden würde. Antisemitisch ist sie aber nicht. So fragt Barghouti in dem erwähnten Interview zurück, welche Option denn den Palästinensern, die nach wie vor mehrheitlich für eine Zweistaatenlösung einträten, außer einer Einstaatlichkeit *ohne* Apartheid noch bleibe, wenn die Alternative die kommende Einstaatlichkeit *mit* Apartheid sei.

Der Bundestagsbeschluss gegen BDS sowie weitere deutsche Kritiker der BDS-Bewegung weisen außerdem darauf hin, der Boykott von israelischen Waren oder von Auftritten israelischer Wissenschaftler und Künstler sei auch deshalb ein Beleg für eine antisemitische Einstellung, weil er sich in eine Tradition mit der „Kauft nicht bei Juden"-Kampagne der Nazis stelle. Dieser Vergleich ist nicht nur deshalb fragwürdig, weil es sich nicht um eine Kampagne, nicht bei Juden zu kaufen, sondern eine Kampagne gegen die Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern handelt. Er ist letztlich sogar demagogisch, weil er den hoch bewaffneten Staat Israel, der wiederholt gezeigt hat, dass er sich mit Entschiedenheit zu wehren weiß, mit einer im Verhältnis zur herrschenden Mehrheitsgesellschaft kleinen, unbewaffneten, völlig unschuldigen, politisch kaum noch handlungsfähigen, also alles in allem wehrlosen Gruppe von Juden in Deutschland gleichsetzt, die gegen die immer gewaltsamere Ausgrenzung durch eine diktatorische Gewaltherrschaft unterstützt von breiten Massen der Bevölkerung nicht den Hauch einer Chance hatte.

Ob die Verweigerung jeglicher politischer, wissenschaftlicher oder künstlerischer Kontakte mit Israelis politisch klug ist, steht auf einem anderen Blatt. Ich selbst halte z. B. eine explizite Boykott-Strategie gegenüber Israel für moralisch problematisch und für politisch nicht

Mit CamScanner gescannt

sinnvoll. Ein Boykott gegenüber allen Israelis nimmt die gesamte Bevölkerung in Geiselhaft für die Politik eines Teils ihrer Führung; in einem emphatischen Sinne wäre er deshalb schon nicht mehr gewaltfrei. Unklug ist er aus den Gründen, die ich schon unter Berufung auf Intellektuelle aus dem „Süden" wie Ahmad genannt habe. Auch Assoziationen, die realpolitisch nicht berechtigt sind, haben emotionale und damit politische Auswirkungen. Und Boykott gegenüber allen und jedem bedeutet Kontakt- und Gesprächsverweigerung sowie verhärtete Feindbilder und fördert die Fixierung auf den Konflikt auf beiden Seiten. Dass die *deutsche Politik* vor dem Hintergrund der Schoa nicht für einen Boykott gegen Israel oder seine Vertreter eintreten kann, ist ohnehin selbstverständlich. Freilich hat sich auch Deutschland im Rahmen der EU und im Einklang mit Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zur Differenzierung zwischen dem Umgang mit Israel einerseits und mit israelischen Einrichtungen in den besetzten Gebieten andererseits verpflichtet, was sich z. B. in der Herkunfts-Kennzeichnung von Waren aus den besetzten Gebieten äußern könnte – von Kritikern gelegentlich als „Gelber Stern" bezeichnet. Gerade auf diese Unterscheidung aber verzichtet der Bundestagsbeschluss.

Für die Kontroverse um Achille Mbembe ergibt sich daraus, dass seine Sympathien für BDS allein, egal ob er sie unter dem Druck der Anschuldigungen modifiziert hat oder nicht, kein Beleg für antisemitische Einstellungen sind. Die müssten gesondert nachgewiesen werden. Dass Mbembe offenbar nicht nur Kontakte mit israelischen Wissenschaftlern abgelehnt, sondern in einem Fall eine Universität in Südafrika sogar dazu aufgefordert hat, die allgemein hochgeschätzte israelische Psychologieprofessorin und Friedensaktivistin Shifra Sagy, die schon eingeladen war, wieder auszuladen, ist dann aber doch mehr als ein grober Affront, der sich gegen eine Jüdin richtet, nur weil sie Israelin ist. Hier zeigt sich die Schattenseite von BDS mit dem offenbar gerade in Südafrika weit verbreiteten generellen Wissenschaftsboykott, der nicht mehr zwischen Israelis und der Besatzung oder ihrer Rechtfertigung differenziert. Frau Sagy hat sich übrigens zu diesem Vorfall von

2018 kürzlich wie folgt geäußert: „Mbembe sollte nicht so behandelt werden, wie er uns behandelt hat."[23]

Es bleibt noch auszuführen, warum gleichwohl die öffentlich vorgetragenen Einwände und Maßnahmen gegen Achille Mbembe, die Generalkritik gegenüber BDS und der Israelkritikern gegenüber oft zu schnell erhobene Vorwurf des Antisemitismus problematisch sind. So legen sie einmal den Verdacht von Ersatzhandlungen nahe. Denn während BDS in Deutschland nach Einschätzung des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus eine zu vernachlässigende Größe ist, nehmen hierzulande antisemitische Straftaten von deutschstämmigen Rechtsradikalen seit einiger Zeit deutlich zu. In Meinungsumfragen konnte man schon über Jahrzehnte je nach Kontext bis zu 50 Prozent Zustimmung zu der Aussage bekommen, dass das, was die Israelis mit den Palästinensern machten, auch nichts anderes als das sei, was die Nazis mit den Juden gemacht hätten. Kann sich irgendjemand vorstellen, dass ein deutscher politischer Beamter Günter Grass 2012 wegen seines völlig missratenen politischen Gedichts zu der schweren Nahost-Krise um die iranische Nuklearrüstung öffentliche Räume verboten hätte, weil dieses Gedicht tatsächlich eine Reihe mehr oder weniger offener antisemitischer und antiisraelischer Klischees bediente?[24]

Zum zweiten wäre die Frage an alle Kritiker überzogener Kritik an Israel zu richten, was denn ihre sanfteren Empfehlungen, Ratschläge oder Mahnungen erreicht haben? In über 50 Jahren ist es Israels Freunden und Verbündeten nicht gelungen, seinen Siedlungskolonialismus zu zügeln. Im Augenblick stehen wir sogar vor einem qualitativen

23 Siehe das Interview mit Frau Sagy, in: WELT Online vom 14. 5. 2020, https://www.welt.de/politik/ausland/article207972035/Antisemitismus-Vorwuerfe-Professorin-Shifra-Sagy-ueber-den-Fall-Mbembe.html.

24 Zur Analyse und Kritik von Grass' Gedicht vgl. Gert Krell/Harald Müller, Noch ein Krieg im Nahen Osten? Zum misslungenen Anstoß von Günter Grass zu einer überfälligen öffentlichen Debatte, HSFK-Report 2/2012, Frankfurt a. M. 2012, https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/report 0212.pdf.

Mit CamScanner gescannt

Sprung in dieser Dynamik. Deshalb wäre vielleicht doch auch das offizielle Bild vom Nahost-Konflikt zu überprüfen, um Deutschlands Verhältnis zu Israel unter veränderten Verhältnissen weiterhin auf eine gesicherte und dauerhafte Basis zu stellen.[25] Israel ist ein weltweit anerkannter Staat und hat als solcher wie alle anderen ein selbstverständliches Recht darauf, in Sicherheit zu leben. Israel ist außerdem aus einem Zufluchtsort für diskriminierte oder verfolgte Juden und für Überlebende des Holocaust entstanden bzw. dazu geworden. Übrigens auch, was die arabische Seite gerne verdrängt, für eine große Zahl von Juden, die wegen des Nahost-Konflikts aus arabisch oder islamisch geprägten Ländern in Nordafrika oder im Orient ausgewandert sind oder entschädigungslos vertrieben wurden. Und drittens ist Israel ein Staat, der aus einem Siedlungskolonialismus hervorgegangen ist und der bislang nicht erkennen lässt, ob und wann er sein Kolonisationsprojekt abschließen will.

Aus diesen drei Dimensionen ergeben sich widersprüchliche Anforderungen an Deutschland. Seit der Rede von Kanzlerin Angela Merkel in der Knesset vom 18. März 2008 gilt die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsraison. Ganz abgesehen von der Ausgestaltung dieser Maxime und möglicher Kontroversen darüber stellt sich dabei aber doch die Frage, welches Israel damit konkret gemeint ist, geografisch und politisch. Nach allgemeinem Verständnis gilt die deutsche Staatsraison nur für das israelische Kernland in den Grenzen von vor 1967. Wie unterscheidet Deutschland dann zwischen der Unterstützung des Kernlandes und dessen Sicherheit und den inzwischen annektierten und den noch nicht annektierten, aber besetzten Gebieten, zum Beispiel beim Import von Waffen und der Nutzung von Kampfformen, die in den besetzten Gebieten erprobt wurden? Wie bei den

25 Zu den Herausforderungen für die deutsche Debatte, die sich aus veränderten Konstellationen ergeben, vgl. Omri Boehm, Neue Freunde: Netanjahu, die AfD und der Antisemitismus – Warum es für liberale Deutsche so schwierig ist, über Israel zu reden, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. 5. 2020, S. 9.

wirtschaftlichen oder kulturellen Beziehungen? Nicht einmal aus dem Holocaust ergeben sich widerspruchsfreie Konsequenzen für Deutschlands Haltung gegenüber Israel. Immerhin hat der bekannte und allseits geschätzte deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern das unter Palästinensern weitverbreitete Empfinden, sie seien indirekt Folgeopfer des Holocaust geworden, durchaus ernst genommen. In seinen Erinnerungen schreibt er: „Der Holocaust hatte den zionistischen Anspruch auf einen jüdischen Staat, auf Israel, moralisch unausweichlich und zu einer physischen Notwendigkeit gemacht, aber die Palästinenser, die 1948 ihre Heimat verloren, waren ebenfalls seine indirekten, nicht genügend anerkannten Opfer. Manche Israelis waren wegen der Erinnerung an den europäischen Massenmord unnachgiebig gegenüber der Außenwelt, besonders gegenüber den Arabern, und die Folgen für die Palästinenser nährten den Zorn der Araber – doch das Los der palästinensischen Flüchtlinge ließ die arabischen Länder praktisch ungerührt. Hass und Argwohn, die sich gegenseitig verstärkten, erfüllten Nordafrika und den Nahen Osten."[26]

Aus diesem Zitat ergeben sich Verbindungen zu Mbembes Thesen über die Überblendungen des Nahost-Konflikts durch den Holocaust, die so viel Anstoß erregt haben. Wenn man sie bei Achille Mbembe nicht ohne Verdacht auf Antisemitismus lesen will, dann vielleicht aber doch bei Fritz Stern. Noch mehr Verbindungen zu Mbembes anstößigen Passagen ergeben sich freilich aus der dritten Dimension im Verhältnis zwischen Deutschland und Israel, denn ganz im Sinne seiner Analysen wird auch im Fall Israels im Westen, vor allem in den USA, aber auch in Deutschland, der kolonialistische Aspekt gerne kleingeredet oder ganz verleugnet. So war in der deutschen Kontroverse um Mbembes antisemitische Aussagen erst kürzlich wieder zu lesen, Israel könne gar kein Kolonialstaat sein oder gewesen sein, weil es kein

26 Fritz Stern, Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen, 6. Aufl., München 2007, S. 441.

Mit CamScanner gescannt

koloniales Mutterland gab.[27] Das wussten aber die Zionisten auch, und deshalb haben sie nicht nur ihre eigene Siedlungsbewegung gegründet, sondern sich – aus verschiedenen Gründen sehr erfolgreich – auch um etablierte Kolonialstaaten als Verbündete bemüht.

Dann heißt es gelegentlich, Israel sei kein Kolonialisationsprojekt gewesen, weil es sich doch um eine Rückkehr in früher schon von Juden besiedeltes Land gehandelt habe. Auch das ist ein fragwürdiges Argument, ganz abgesehen davon, ob sich über so große Zeiträume überhaupt eine ethnonationale Kontinuität begründen lässt.[28] Eine Staatenordnung als Rechtsordnung würde an territorialen Ansprüchen aus weit zurückliegenden Epochen zerbrechen, vor allem dann, wenn diese Territorien seit Längerem von anderen Gruppen besiedelt sind. Als nach dem Ersten Zionistischen Kongress 1897 in Basel die Wiener Rabbis zwei Vertreter auf eine Art Fact-Finding Mission nach Palästina schickten, um Theodor Herzls Ideen zu sondieren, kabelten diese nach Wien zurück: „Die Braut ist wunderschön, aber sie ist mit einem anderen Mann verheiratet."[29]

Es führt kein Weg daran vorbei: Sowohl der historische Rückblick als auch die Selbstwahrnehmung und die Praxis des Zionismus verweisen auf die inzwischen eigentlich überlebte Figur des Siedlungskolonialismus. Ohne den Kolonialismus und Imperialismus der Großmächte und den von diesen Großmächten dominierten Völkerbund hätte es keine Grundlegung für einen jüdisch geprägten Staat im damaligen Palästina gegeben. So wäre für die amerikanische Unterstützung auf einen Satz von Woodrow Wilson, dem (prozionistischen) Präsidenten der USA zur Zeit des Ersten Weltkrieges, zu verweisen, der deutlich macht, mit welcher Selbstverständlichkeit Vertreter der sogenannten fortgeschrittenen

27 Vgl. etwa den Kommentar zur Kontroverse von Stephan Grigat in der taz vom 10. Mai 2020

28 Vgl. dazu Shlomo Sand, Die Erfindung des jüdischen Volkes: Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand, Berlin 2010.

29 Zit. nach Avi Shlaim, The Iron Wall: Israel and the Arab World, London/New York 2000, S. 3 (meine Übersetzung aus dem Englischen)

Länder damals noch in den von Mbembe so eindringlich beschriebenen Kategorien von weißer Vorherrschaft über die weniger zivilisierten Völker dachten. Anlässlich einer Zusammenkunft mit führenden amerikanischen Zionisten am 2. März 1919, also im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen, bei denen es auch um das Erbe des Osmanischen Reiches gehen würde, teilte er am 2. März 1919 Stephen Wise mit: „Don't worry, Dr. Wise, Palestine is yours."[30] (Stephen Wise, ein amerikanischer Rabbiner, war von 1918–1920 Vizepräsident der Zionist Organization of America.) Auf ähnliche Weise entlarvend ist ein Memorandum von Lord Balfour vom September 1919, das erst dreißig Jahre später veröffentlicht wurde: „The contradiction between the letter of the Covenant [der Völkerbundssatzung] and the policy of the Allies is even more flagrant in the case of the ‚independent nation' of Palestine than in that of the ‚independent nation' of Syria. For in Palestine we do not propose even to go through the form of consulting the wishes of the present inhabitants of the country. The four great powers are committed to Zionism. And Zionism, be it right or wrong, good or bad, is rooted in age-long traditions, in present needs, in future hopes, of far profounder import than the desires and prejudices of the 700,000 Arabs who now inhabit that ancient land. In my opinion that is right."[31]

Als einen klassischen Kolonialkonflikt, der die militärische Überlegenheit der jüdischen Siedler (für einen Staat im gesamten Cisjordanien oder sogar noch mehr) erforderte, hat dann Vladimir (Ze'ev)

30 Mehr dazu bei Gert Krell, Die USA, Israel und der Nahost-Konflikt. Studie über demokratische Außenpolitik im 20. Jahrhundert, HSFK-Report 14/2004, Frankfurt a. M. 2004. Das Zitat von Wilson ist von Lawrence Davidson, America's Palestine: Popular and Official Perceptions from Balfour to Israeli Statehood, Gainesville/Tallahassee/Tampa 2001, S. 21 übernommen. Im Zionismus haben sich die USA schon damals positiv gespiegelt gesehen, und zwar auch auf der religiösen Ebene (Juden als Vorposten im „Heiligen Land" gegen die Araber und den Islam), was sich in der evangelikalen Klientel der republikanischen Partei und damit von Donald Trump bis heute fortsetzt.

31 Ich zitiere das Memo nach Khalidi, The 100 Years' War, S. 38.

Mit CamScanner gescannt

Jabotinsky, der Präsident der Revisionisten, einer Art Vorläufer des Likud, die Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Palästina in einem Beitrag mit dem Titel *The Iron Wall* interpretiert, der zuerst 1923 auf Russisch erschienen ist: „It is utterly impossible to obtain the voluntary consent of the Palestine Arabs for converting ‚Palestine' from an Arab country into a country with a Jewish majority. [...] I suggest that they [my readers] consider all the precedents with which they are acquainted, and see whether there is one solitary instance of any colonization being carried on with the consent of the native population. There is no such precedent. The native populations [...] have always stubbornly resisted the colonists."[32]

Welche Konsequenzen für seine Außenpolitik gegenüber Israel und dem Nahost-Konflikt sollte Deutschland vor dem Hintergrund dieser komplizierten und widersprüchlichen Voraussetzungen ziehen? Eine einfache Antwort darauf wird es nicht geben, aber man könnte sich z. B. an einer Lageanalyse von Micha Brumlik orientieren. Der Vergleich zwischen den im Zuge des Kolonialismus entstandenen europäischen Staatsgründungen an der – von Europa aus gesehen – Peripherie und dem zionistischen Kolonisationsprojekt, das sich auf das symbolische Herz dreier Weltreligionen und einer bereits bestehenden Großmacht, des Osmanischen Reiches, bezogen habe, möge erklären, so schreibt er, warum – wiederum im Unterschied zu den Amerikas und Ozeanien – diese Staatsbildung ohne Zustimmung der dort ansässigen Gesellschaften nicht ein für alle Mal abgeschlossen werden könne. Das gelte umso mehr, als Israel gegründet wurde, als das Zeitalter des Kolonialismus mit der indischen Unabhängigkeit schon auf sein Ende zuging.[33]

Akzeptiert man Brumliks Deutung als Grundlegung für eine dauerhafte Verregelung des Nahost-Konflikts, die ja im Sinne Israels wäre, dann müsste man auch der anderen Seite, deren Zustimmung

32 Vladimir Jabotinsky, The Iron Wall, in: The Jewish Herald vom 4. 11. 1923, https://www.jewishvirtuallibrary.org/quot-the-iron-wall-quot.

33 Micha Brumlik, Kritik des Zionismus, Hamburg 2007, S. 146 und 148.

man ja nicht einfach so voraussetzen kann, etwas anbieten. Der erste und wichtigste Teil eines solchen Angebots könnte sein, wenigstens einen Endpunkt des israelischen Siedlungsprozesses und der damit verbundenen Ausübung ungerechter Herrschaft in Aussicht zu stellen mit der Perspektive eines wechselseitigen Gewaltverzichts und weiterer Verhandlungen. Wenn Deutschland sich in diesem Sinne Israel gegenüber engagieren würde, dann würde es auch Erfahrungen und einige Sichtweisen der anderen Seite ernst nehmen – was immer eine Voraussetzung für die Regulierung von Konflikten ist. Dazu könnte auch gehören, dass es pragmatisch und besonnen reagiert, wenn Palästinenser Widerstandsstrategien ohne physische Gewalt praktizieren und dafür auch im Ausland werben, anstatt sie und ihre Sympathisanten pauschal und ungeprüft des Antisemitismus zu verdächtigen – ganz unabhängig davon, ob man diese Strategien für ausgewogen oder ausreichend politisch reflektiert hält. Die Grenzen einer solchen Tolerierung blieben die, die für alle gelten, die sich (in Deutschland) politisch artikulieren: Gewaltfreiheit, keine Hetze gegen Israel und keine antisemitischen Parolen.

Die Politiker, die den Beschluss gegen BDS gefasst haben, und diejenigen Journalisten, Intellektuellen, Bürgerinnen und Bürger, die ihn für richtig halten, sollten auch einmal darüber nachdenken, welche Konsequenzen sie damit in Kauf nehmen. Da werden Preisverleihungen zurückgezogen, angekündigte Konzerte wieder abgesagt, Einladungen zu Vorträgen zurückgenommen, werden nicht nur große Teile der palästinensischen Zivilgesellschaft übergangen, sondern auch viele Juden, die sich für Gerechtigkeit im Nahen Osten engagieren, wird israelisch-palästinensischen und anderen Diskussionsgruppen in Deutschland die Nutzung kommunaler Räume untersagt, was Auswirkungen auf die Vergabe gewerblicher Räume hat, und das alles nur auf der Grundlage einer erklärten Nähe, der Sympathie oder auch des bloßen Verdachts der Nähe zu einer sehr heterogenen Bewegung, die sich vorrangig gegen die Diskriminierung eines Volkes und die Besetzung und Annexion von Teilen des ihnen völkerrechtlich zugesprochenen Territoriums wendet.

Mit CamScanner gescannt

Das schließt ja keineswegs aus, dass man sich bestimmten konkreten Positionen, Haltungen und Aktionen von BDS-Anhängern entgegenstellt. Und schon gar nicht sollten offizielle Vertreter Deutschlands Experten, die sich mit Kolonialismus aus der Sicht der Betroffenen gut auskennen und historisch mit dem Holocaust gar nichts zu tun haben, gerade dann wegen vermeintlich antisemitischer, überwiegend aber eher israelkritischer Aussagen öffentlich an den Pranger stellen, wenn sich Israel anschickt, die schleichende Annexion von Teilen des durch Siedlungen ohnehin schon kolonialisierten Westjordanlandes einen großen Schritt weiter zu treiben.[34] Stattdessen sollte Deutschland lieber zusehen, dass es bei berechtigten Anliegen von afrikanischen Intellektuellen wie der Aufarbeitung seiner eigenen kolonialen Vergangenheit (Entschädigungen für die Nachkommen der Ermordeten, Restitution von Raubgütern, eine angemessene Kultur der Erinnerung und Würdigung) vorankommt.

34 Vgl. dazu jetzt den vorzüglichen Artikel von Ralf Michaels, Deutschstunde für alle Welt: Denkverbot im Namen der Erinnerungskultur: Die Debatte um Achille Mbembe kommt nicht zur Sache – und zeigt dadurch, wie nötig die Kritik der kolonialen Denkungsart ist, in: FAZ vom 8. 6. 2020, S. 11.

Die Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Katajun Amirpur hat eine Professur für Islamwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuvor lehrte sie an den Universitäten Hamburg und Zürich, war Gastprofessorin am Dartmouth College. Sie studierte Islamwissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität Bonn sowie schiitische Theologie in Teheran. Sie promovierte im Jahr 2000 über Abdolkarim Soroush und habilitierte sich mit einer Arbeit über den schiitischen Theologen und langjährigen Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg (1970–1978), Mohammad Modschtahed Shabestari. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Reformdiskurse im Islam, schiitischer Islam, Islam und Geschlecht und iranische Geistesgeschichte. Seit 2011 ist sie Mitherausgeberin der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Als freie Journalistin schreibt Katajun Amirpur unter anderem für die *Die Zeit*, die *Süddeutsche Zeitung*, die taz und für die Fachpresse. 2018 wurde ihr von der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste der Toleranzpreis verliehen.

Dr. Muriel Asseburg ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit in Berlin. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen auf Konfliktdynamiken und Friedensbemühungen im Nahen Osten (insbesondere Israel/Palästina und Syrien); deutscher, europäischer und amerikanischer Nahostpolitik sowie Fragen von Staatsbildung, politischen Reformen und Sicherheit im östlichen Mittelmeerraum.

Mit CamScanner gescannt

Sie ist seit 2014 im Beirat des Doktorandenprogramms der *ZEIT*-Stiftung Trajectories of change. Ph.D. Scholarships in Humanities and Social Sciences, seit 2017 im internationalen Beirat von *Mediterranean Politics* und seit 2019 im Wissenschaftlichen Komitee des Middle East Directions Programme des *European University Institute* in Florenz. In den vergangenen Jahren hat sie an der SWP drittmittelgeförderte Forschungsprojekte zu „Transformation, Elitenwandel und neuer sozialer Mobilisierung in der arabischen Welt" (2012–2015) und zur „Fragmentierung Syriens" (2014–2015) geleitet. Zuvor hatte sie sechs Jahre lang (2006–2012) die Leitung der Forschungsgruppe inne. Muriel Asseburg hat Politikwissenschaft, Völkerrecht und Volkswirtschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität in München studiert und dort im Jahr 2000 promoviert. Sie hat u. a. in Jerusalem, Ramallah, Damaskus und Beirut gelebt und gearbeitet bzw. studiert.

Daniel Bax ist Journalist und Autor. Er hat Publizistik und Islamwissenschaft studiert und mit M. A. abgeschlossen. Ab 1997 arbeitete er rund 20 Jahre lang als Redakteur bei der *taz, die tageszeitung*. Von 2017 bis 2019 war er Projektleiter beim Mediendienst Integration und anschließend Kommunikationsmanager beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Seit Juli 2020 leitet er die Abteilung Kommunikation und Wissenstransfer am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin. Seit 2014 ist er im Vorstand der Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) – einem Verband, der sich für mehr Vielfalt in den Medien einsetzt – und seit 2018 im Beirat für CLAM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit. Er schreibt regelmäßig zu den Themen Migration und Asyl, zu Kultur und Medien, zu Rechtspopulismus und Rassismus sowie zu Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit. 2015 erschien sein Buch „Angst ums Abendland – warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor den Islamfeinden fürchten sollten". 2018 veröffentlichter er „Die Volksverführer. Warum Rechtspopulisten so erfolgreich sind".

Prof. Dr. Wolfgang Benz, Historiker und Vorurteilsforscher, 1969–1990 Referent am Institut für Zeitgeschichte München, dann bis 2011 Professor und Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Gastprofessuren in Australien, Mexiko, Bolivien, Nord-Irland und Österreich. Mitglied in Gremien der Forschung, der Politischen Bildung und der Gedenkarbeit, derzeit u. a. Sprecher des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, der Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz. Mitglied im PEN. Autor und Herausgeber zahlreicher Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte, zum Antisemitismus und zur Vorurteilsforschung, u. a. Handbuch des Antisemitismus, 8 Bände, München/Berlin 2008–2015.

Daniel Cil Brecher wurde als Kind von Holocaust-Überlebenden in Tel Aviv geboren und wuchs in der Bundesrepublik auf. Er arbeitete u. a. an der Gedenkstätte Yad Vashem, diente als Historiker in der Geschichts-Abteilung der israelischen Armee und war Direktor des Leo Baeck Institutes in Jerusalem. In seinen Büchern hat er sich vor allem mit jüdischer Geschichte nach 1945 beschäftigt. Daniel Cil Brecher lebt heute in Amsterdam, wo er u. a. von 2012–2016 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Beit HaChidush war.

Prof. Dr. Micha Brumlik, Senior Advisor am Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin/Brandenburg; emeritierter Professor am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, von 2000 bis 2005 Leiter des Fritz-Bauer-Instituts, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust; Stadtverordneter der GRÜNEN in Frankfurt am Main von 1989–2001; Sommer 1995 Invited Paul Lecture, University of Indiana, Bloomington, 1997–1998 Fellow am Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI) Essen; 2013 Distinguished Harris Visiting Professor, Dartmouth College; seit 2013 Senior Professor am Zentrum Jüdische Studien Berlin/Brandenburg;

Mit CamScanner gescannt

2016 Franz Rosenzweig Gastprofessur, Universität Kassel; Mitherausgeber der *Blätter für deutsche und internationale Politik*; Autor und regelmäßiger Kolumnist der *taz*, Mitherausgeber von *Jalta Positionen zur jüdischen Gegenwart*. Letzte Buchpublikationen: Kritik des Zionismus, Hamburg 2007; Kurze Geschichte: Judentum, Berlin 2009; Entstehung des Christentums, Berlin 2010; Innerlich beschnittene Juden, Hamburg 2012; Messianisches Licht und menschliche Würde. Politische Theorie aus den Quellen des Judentums, Baden-Baden 2013; Wann wenn nicht jetzt? Versuch über die Gegenwart des Judentums, Berlin 2015; Hrsg. mit Christina v. Braun, Handbuch Jüdische Studien, Berlin 2018; Preußisch, konservativ, jüdisch: Hans-Joachim Schoeps' Leben und Werk, Köln 2019; Hegels Juden, Berlin 2019.

Derviş Hızarcı ist Antidiskriminierungsbeauftragter der Berliner Bildungsverwaltung und war in der Bildungsabteilung des Jüdischen Museums Berlin tätig. Er ist Lehrer und Experte für Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung. Seit 2015 ist er Vorstandsvorsitzender der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA), die sich als eine der wichtigsten Institutionen in Deutschland etabliert hat und international im Kampf gegen Antisemitismus aktiv ist. Zudem ist er Mitglied im Beraterkreis des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Seit 2016 ist Derviş Hızarcı Teil der Expertengruppe Antisemitismus des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Seit 2020 ist Derviş Hızarcı Mitglied der Jury des Shimon-Peres-Preises der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum.

Prof. Dr. Thomas Knieper, Statistiker und Kommunikationswissenschaftler, ist Inhaber des Lehrstuhls für Digitale und Strategische Kommunikation an der Universität Passau. Er promovierte 1995 über Infografiken. Seine Habilitation über politische Karikaturen folgte

2001. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische, strategische, visuelle, mobile und digitale Kommunikation. Vor seinem Ruf an die Universität Passau (September 2010) war Thomas Knieper u. a. Lehrstuhlinhaber für Kommunikations- und Medienwissenschaften an der TU Braunschweig (Juni 2008 bis August 2010) und Direktor der IWF Wissen und Medien gGmbH in Göttingen (November 2008 bis August 2010). Thomas Knieper ist seit April 2016 zudem Vorstandsmitglied im JFF – Jugend Film Fernsehen e. V.

Dr. Michael Kohlstruck, Politikwissenschaftler, ist seit 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der „Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus" des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Er hat mehrere Projekte der Praxisforschung u. a. für die Landeskommission Berlin gegen Gewalt, das Landeskriminalamt Berlin und die Koordinierungsstelle des Programms „Tolerantes Brandenburg" (TBB) durchgeführt. 15 Jahre lang hat er das Mobile Beratungsteam des Toleranten Brandenburg in der kritischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum beraten. Gemeinsam mit Peter Ullrich hat er 2015 die Studie „Antisemitismus als Problem und Symbol" publiziert und anschließend die Debatte über diese Studie ausgewertet: „Muster der öffentlichen Kommunikation über Antisemitismus. Das Beispiel der Rezeption der Studie ‚Antisemitismus als Problem und Symbol'", in: conflict & communication online (2017). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die Gewaltforschung, Rechtsextremismus, Antisemitismus sowie die öffentliche Erinnerungskultur.

Prof. Dr. Gert Krell studierte Anglistik, Geschichte und Politik. Er war von 1971–1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsgruppenleiter und Geschäftsführender Direktor der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und von 1995–2005 Professor für Internationale Beziehungen am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Theorien der Internationalen Beziehungen und

Mit CamScanner gescannt

Internationale Friedens- und Sicherheitsproblematik (Ost-West-Konflikt, Außenpolitik der USA und der BRD, Nahost-Konflikt); Webseite: gert-krell.de.

Alexandra Senfft ist freie Autorin und Publizistin. Sie hat ihr Studium 1987 an der Universität Hamburg mit einem M. A. in Islamwissenschaft abgeschlossen. Danach arbeitete sie als Nahostreferentin der Fraktion DIE GRÜNEN im Bundestag, als Beobachterin des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlingen (UNRWA) in der von Israel besetzten Westbank und als UNRWA Pressesprecherin im Gaza-Streifen. Von 1991–1994 war sie als Fernsehredakteurin tätig. Als freie Gutachterin evaluierte sie Projekte der Heinrich-Böll-Stiftung in Israel. Seit 1991 schreibt sie regelmäßig für die überregionale Presse und für ausländische Medien über den Nahost-Konflikt. Die Autorin war fünf Jahre Vorstandsmitglied des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten (diAk). Von 2006–2008 assistierte sie dem israelischen Psychologen und Praktiker Dan Bar-On in dessen internationalem Trainingsprogramm „Storytelling in Conflict", bei dem die Teilnehmer durch einen biografischen Erzählansatz in Konfliktbearbeitung ausgebildet wurden. 2007 erschien Alexandra Senffts Buch „Schweigen tut weh. Eine deutsche Familiengeschichte" über die NS-Vergangenheit ihrer Großeltern und deren Folgen innerhalb der Familie. 2008 gab sie mit John Bunzl „Zwischen Antisemitismus und Islamophobie" heraus. 2009 erschien ihr Buch „Fremder Feind, so nah. Begegnungen mit Palästinensern und Israelis". 2016 veröffentlichte sie „Der Lange Schatten der Täter. Nachkommen stellen sich ihrer NS-Familiengeschichte". Senfft ist in verschiedenen Arbeitskreisen aktiv, darunter dem Arbeitskreis Transgenerationelle Folgen des Holocaust (PAKH). Siehe auch www.alexandra-senfft.de

Botschafter a. D. Shimon Stein war von 2000–2007 israelischer Botschafter in Deutschland. Nach dem Ausscheiden aus dem israelischen diplomatischen Dienst ist er Senior Fellow am Institut für Nationale

Sicherheitsstudien (INSS) an der Universität von Tel Aviv. Schwerpunkte seiner Forschung sind Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Außenpolitik der EU und die transatlantischen Beziehungen. Er veröffentlicht regelmäßig Aufsätze auch zum Thema Antisemitismus und Rechtsextremismus. Autor des Buches „Israel, Deutschland und der Nahe Osten: Beziehungen zwischen Einzigartigkeit und Normalität" (Göttingen 2011).

Dr. Juliane Wetzel, Historikerin, ist seit 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Als Co-Koordinatorin war sie sowohl Mitglied des ersten (2009–2011) als auch des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus im Auftrag des Deutschen Bundestags (2015–2017). Als Mitglied der deutschen Delegation der International Holocaust Remembrance Alliance (seit 2000) hat sie einige Jahre die akademische Arbeitsgruppe der IHRA geleitet. 2010 wurde sie in den Vorstand des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien berufen und ist seit 2016 Mitglied im Vorstand der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA). Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Juden unter nationalsozialistischer Verfolgung, jüdische Displaced Persons, Rechtsextremismus und aktuelle Formen des Antisemitismus in Deutschland und Europa.

Dr. Peter Widmann ist Referent für Migration in der Bundesgeschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt und mitverantwortlich für das vom Bundesfamilienministerium geförderte Programm „Respekt Coaches", das der Demokratiebildung und der Extremismusprävention im Rahmen der sozialen Arbeit an Schulen dient. Nach einem Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin hat er im Jahr 2000 an der Technischen Universität Berlin zur kommunalen Sozial- und Minderheitenpolitik in Deutschland promoviert (An den Rändern der Städte. Sinti und Jenische in der deutschen Kommunalpolitik,

Mit CamScanner gescannt

Berlin 2001). Von 2001 bis 2010 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und wissenschaftlicher Assistent am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und von 2010 bis 2015 DAAD-Fachlektor für Politikwissenschaft an der Istanbul Bilgi University. Von 2015 bis 2018 koordinierte er das DAAD-geförderte Programm „Marburg International Doctorate" an der Philipps-Universität Marburg. Peter Widmann hat zu Fragen gesellschaftlicher Vielfalt und zu diversen Formen von Gruppenfeindschaften publiziert, darunter viel im Kontext der politischen Bildung.

Moshe Zimmermann, Professor (emeritus) für deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem. 1986–2013 Direktor des Richard-Koebner-Zentrums für Deutsche Geschichte. Gastprofessuren in Heidelberg, Mainz, Princeton, Köln, Halle, München, Saarbrücken, Krakau, Kassel, Göttingen, Hamburg und Jena; Forschungspreise: Humboldt-Forschungspreis 1993, Jacob- und Wilhelm-Grimm-Preis des DAAD 1997; Dr. Leopold Lucas-Preis der Universität Tübingen 2002, Lessing-Preis für Kritik der Lessing Akademie Wolfenbüttel 2006; Autor zahlreicher Publikationen zu Nationalismus, Antisemitismus, deutsch-jüdischer Geschichte, Sportgeschichte, Filmgeschichte sowie zu den deutsch-israelischen Beziehungen. Für das Thema dieses Sammelbands relevante Bücherauswahl: Wilhelm Marr – The Patriarch of Antisemitism, New York/Oxford 1986; Die deutschen Juden 1914–1945, München 1997; Deutsche Vergangenheit – israelische Erinnerung, Tel Aviv 2002 [hebr.]; Deutsch-jüdische Vergangenheit: Der Judenhaß als Herausforderung, Paderborn 2005; Deutsche gegen Deutsche. Das Schicksal der Juden 1938–1945, Berlin 2008 [hebr. 2013]; Die Angst vor dem Frieden. Das israelische Dilemma, 3. Aufl., Berlin 2012; Vom Rhein an den Jordan. Die deutschen Quellen Israels, Göttingen 2016.